Geschichte des letzten Ministeriums

Königin Annas von England

(1710—1714)

und

der englischen Thronfolgefrage.

Von

Dr. Felix Salomon.

Gotha.
Friedrich Andreas Perthes.
1894.

Geschichte des letzten Ministeriums
Königin Annas von England
(1710—1714)

und

der englischen Thronfolgefrage.

Von

Dr. Felix Salomon.

Gotha.
Friedrich Andreas Perthes.
1894.

Vorwort.

Meine Absicht ist es, vier Jahre englischer Geschichte von einem seit Walpoles Tagen auf ihnen lastenden whiggistischen Drucke zu befreien und insbesondere die Momente, welche dem Werden und Wirken des letzten Ministeriums Königin Annas eine über Englands Grenzen hinausgehende welthistorische Bedeutung gegeben haben, auf Grund einer ins Einzelne gehenden Forschung klarzulegen.

Neben Arbeiten, welche diese Zeit in einem die ganze Regierung der Königin umfassenden Rahmen behandeln und darum die toryistische Politik der Jahre 1710—1714 nicht im speziellen zu prüfen vermochten [1]), hat die neuere Forschung die das Toryministerium beschäftigenden europäischen Verwickelungen unter zwei Gesichtspunkten in Angriff genommen. Die große That der Toryminister war die Lösung der spanischen Erbschaftsfrage im Utrechter Friedensschlusse, das alles beherrschende Ereignis, welches in die Periode ihrer Wirksamkeit fiel, der tragische Kon-

1) Swifts „History of the four last years of the Queen" Works Vol. V (ed. 1883) behandelt nicht, wie der Titel es vermuten läßt, die Jahre 1710—1714, sondern dem ursprünglichen Titel „History of the peace of Utrecht" entsprechend nur die Zeit vom November 1711 bis April 1713. Aitken „Works of Arbuthnot" (S. 66) und Craik „Life of Swift" (S. 286), welche eine History of the peace of Utrecht als nie erschienen bezeichnen, werden auf Swifts Schreiben vom 14. Juni 1737 (Works XIX, 72) hingewiesen, welches jeden Zweifel hebt, daß diese „History" mit der „History of the 4 last years" identisch ist.

flikt zwischen den beiden um den englischen Thron rivalisierenden Familien, den Welfen und Stuarts. Wir besitzen nun sowohl eine tüchtige, aktenmäßig begründete Geschichte des Utrechter Friedens [1]), als auch neben kleineren Beiträgen zur Geschichte der Thronbesteigung des Hauses Hannover in England, Klopps ausführliche und auf wertvollem Material beruhende Arbeit über den Fall des Hauses Stuart.

Was fehlt, ist eine Darstellung, welche die Fragen der spanischen Erbschaft und der englischen Thronfolge in ihrem Verhältnisse zu einander behandelt, welche prüft, ob, wie sie gleichzeitig die Welt bewegten, sie nicht auch ineinander eingegriffen haben, welche, falls sich dies ergeben sollte, daraus die notwendigen Schlüsse auf die Zustände zieht, welche die Toryminister vorfanden und mit denen sie zu rechnen hatten, und welche damit eine neue Basis für die Beurteilung der torystischen Politik überhaupt gewinnt. Der Wunsch, eine solche Darstellung zu geben und auf diesem Wege dann die bisher nicht gelungene Lösung des eigentlichen Problems zu versuchen, welches die Geschichte des letzten Ministeriums Königin Annas bietet: wie weit das Programm dieses Ministeriums mit der Idee einer jakobitischen Restauration im Zusammenhange gestanden hat, hat den Anlaß zu meiner Untersuchung gegeben.

Fasse ich mein Thema unter diesen Gesichtspunkten, so ergiebt sich, daß meine Arbeit, wenn sie nicht ihre innere Einheit verlieren will, sich nicht in jeder Hinsicht mit einer englischen Geschichte der Jahre 1710—1714 decken kann. Sie muß manches weniger bieten, indem vor allem den ökonomischen Verhältnissen kein Raum gewährt werden durfte, und auch die litterarischen Erscheinungen der Epoche wohl als Quelle benutzt, aber nicht ihrer Bedeutung nach besprochen werden konnten. Aber

1) Dr. Ottocar Weber, Der Friede von Utrecht. Gotha, Perthes, 1891.

anderseits giebt sie auch manches mehr. Sie geht über den Rahmen der englischen Verhältnisse hinaus, indem sie die jakobitisch-französischen und whiggistisch-hannoverschen Strömungen, wie sie sich in England geltend machten, bis auf ihren Ausgangspunkt verfolgt und Aufschluß über die Pläne und Maßregeln der hannoverschen und der Stuartschen Familie zu bringen sucht.

Ist also auch der Zeitraum, den meine Forschungen behandeln, nur ein kleiner, so ersieht man doch, wie groß und mannigfaltig die Interessen sind, die er umfaßt. Ich darf vielleicht sagen, daß ich eine in ihrer Art einzige Krisis zum Gegenstand habe, und die Ausführlichkeit meiner Darstellung mag auch noch mit dem Hinweise gerechtfertigt werden, daß von dem Ausgange der von mir zu schildernden Vorgänge die Entwickelung der Folgezeit in jeder Beziehung abgehangen hat.

Das Material, auf dem meine Arbeit beruht, ist zu größerem Teile ungedruckt, und zwar den Archiven und Sammlungen in Paris, London, Hannover und Berlin entnommen. Das Meiste bot das Archiv des Pariser Auswärtigen Amtes. Hier standen neben wertvollen, großenteils unbenutzten Mitteilungen, welche die sorgfältig geordneten Korrespondenzen der französischen Gesandten am englischen Hofe bringen, die noch gar nicht bekannten Briefschaften des Stuartschen Prätendenten zugebote [1]).

Weniger aber doch willkommene Ergänzungen fand ich in London. Eine Enttäuschung wurde mir hier dadurch bereitet, daß, nachdem es mir gelungen war, den Verbleib der Harleyschen Papiere zu erforschen, der Besitzer dersel-

---

1) Von all diesen Akten ist ein von Baschet sorgfältig zusammengestelltes gedrucktes Repertorium vorhanden, welches im „39th Annual Report of the Deputy Keeper of the Public Records", London 1878 veröffentlicht ist.

ben mir die Durchsicht trotz gütigster Vermittelung der kaiserlichen Botschaft in London nicht hat gestatten wollen.

Das hannoversche Archiv enthält gleich wertvolle Beiträge zur Kenntnis der whiggistischen Politik der Periode, wie das französische sie zur Darlegung der ministeriellen gegeben hat. Hinzugefügt sei, daß die Originale der von Macpherson publizierten „Hannover-Papers" sich jetzt im British-Museum unter den Stowe Mss. befinden. Ein Vergleich derselben mit dem Drucke hat ergeben, daß der Herausgeber gleich gründlich in der Auswahl als auch zuverlässig in der Übersetzung verfahren ist. —

Im Geh. Staatsarchiv haben die Berichte des preußischen Residenten Bonnet aus London vorgelegen, welche im wesentlichen nur zur Ergänzung meiner Schilderung der parlamentarischen Vorfälle gedient haben.

Von gedrucktem und bisher nicht verarbeitetem Quellenmaterial sind mit besonderem Nutzen die Berichte der englischen Handschriftenkommission (Reports of the Royal Commission on historical Mss., London 1870 sq.) und der Katalog der kostbaren Handschriftensammlung von Mr. Morrison in London [1]) herangezogen worden.

Den Herren, welche mir den Zutritt zu diesen Schätzen gewährt und mich bei meinen Arbeiten in so liebenswürdiger Weise gefördert haben, noch einmal an dieser Stelle meinen aufrichtigsten Dank. Den Herren Girard de Rialle und Maurice Chévrier in Paris insbesondere die Versicherung, daß ihre mir erwiesene Güte in nicht geringem Maße meine Lust und Liebe an der Arbeit erhöht hat.

Berlin, im Januar 1894.

Der Verfasser.

---

1) Thibaudeau, Catalogue of the Collection of Autograph Letters by A. Morrison. 1883. Privately printed. Der Katalog ist nur im British Museum zugänglich.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Erstes Kapitel.

Das Emporkommen Robert Harleys.

Jene stürmischen Parteikämpfe, welche die Regierungszeit König Wilhelms III. angefüllt und dem Monarchen das Leben verbittert hatten, waren darin zu einem versöhnenden Abschluß gelangt, daß, als es am Lebensabende des Oraniers gegolten hatte, sein Werk vor bourbonischer Herausforderung zu sichern, die Nation einmütig für ihren König eingetreten war.

Der Groll des Königs über die Annahme des spanischen Testaments vonseiten Ludwigs XIV. hatte im Lande nur geringen Wiederhall gefunden. Als dann aber die Kunde gekommen war, daß französische Truppen in Belgien eingefallen waren und gar daß König Ludwig es gewagt hatte, der Act of Settlement zum Trotze am Totenbette Jakobs II., dessen Sohn als König von England anzuerkennen, da hatte die ganze Nation, in ihrer Ehre verletzt, sich erhoben und laut und dringend Krieg gegen Frankreich gefordert. Und es war wahrlich nicht die Angst, wie es nach Frankreich gemeldet wurde, welche jenen warmen Zug der Begeisterung durch das Königreich wehen ließ. Es war der klare und erhebende Ausdruck, daß das englische Volk, der Bedeutung des Augenblicks wohl bewußt, bereit war, die inneren Fehden beizulegen, um gemeinsam gegen den äußeren Feind die Rechte und Freiheiten des Landes zu verteidigen.

Eine Bewegung, die sich auf so breite Massen stützte,

konnte durch einen Thronwechsel nicht wesentlich berührt werden, und als nach Wilhelms inmitten der Kriegsrüstungen erfolgten Ableben Königin Anna den englischen Thron bestieg, wäre es kaum in der Hand der Krone gewesen, einen Systemwechsel, der noch wieder alles in Frage gestellt haben würde, eintreten zu lassen. Wohl hat die französische Diplomatie auf Annas jakobitische Herkunft gepocht und noch einmal ihre Hebel eingesetzt, um die große Allianz in letzter Stunde zu sprengen [1]), und die ersten Schritte der Königin, welche an Stelle der whiggistischen Räte des Oraniers sofort torystische Führer heranzog, hatten in Wien und im Haag trotz beruhigender Versicherungen thatsächlich zu Besorgnissen Anlaß gegeben. Der Gedanke einer Abkehr von den Bahnen König Wilhelms ist bei Hofe aber überhaupt damals nicht aufgekommen. Es war nicht ohne Absicht geschehen, daß König Wilhelm noch kurz vor seinem Tode den Grafen Marlborough in sein Vertrauen gezogen und die militärische wie diplomatische Leitung des Krieges ihm übertragen hatte. Die Stellung, welche er und seine Gemahlin seit langem bei Anna einnahmen, boten die Garantie, daß, wenn die Marlboroughs für den Krieg stimmten, die Königin ihm kein Hindernis entgegensetzen würde. Fraglich blieb wohl aber das — und davon hing die weitere Entwickelung ab —, wie lange diese einmütige Stimmung innerhalb der Nation anhalten würde. Die alte Parteifehde der Whigs und Tories war doch nur augenblicklich zurückgetreten, aber nicht erledigt, und hatten auch beide Parteien in der „glorreichen" Revolution ihren Parteistandpunkt geopfert, so trug vieles doch dazu bei, den Parteigegensatz aufrecht zu erhalten: Familientraditionen aus der Zeit der großen Bürgerkriege, entgegengesetzte kirchliche Sympathieen und Abneigungen, verschiedene wirtschaftliche Interessen, persönliche Eifersucht.

1) Hierüber ein merkwürdiges Schreiben des Abbé Melani an den Earl of Manchester, 1. April 1702 (Manchester Mss. Rep. of hist. Mss. 8. App. Part. II, p. 86).

In welchem Maße würden aber dann all' diese Gegensätze, wenn sie wieder hervortraten, auf Politik und Kriegsführung ihre Rückwirkung ausüben? Es ist von Noordens Meisterhand geschildert worden, wie es das Ministerium Marlborough-Godolphin, welches von Königin Anna berufen, im Jahre 1702 an seine mühevolle Arbeit ging, sieben Jahre hindurch verstand, das englische Staatsschiff zu leiten und bis dahin den Krieg in ruhmreicher Weise fortzuführen [1]). Dann aber ist es im achten Jahre an den Riffen und Klippen des Parteitreibens gescheitert, um dem Friedensministerium Oxford-Bolingbroke den Platz zu räumen. Wie nun das möglich gewesen ist, das ist die Frage, welche in unser Arbeitsgebiet einführen soll. Noordens Forschungen haben auch hier bereits eingegriffen und mit den Legenden, die sich an den Niedergang der Marlboroughs geknüpft haben, abgerechnet. Nehmen wir diese Untersuchung noch einmal auf, so geschieht es nur, um schärfer, als Noorden es in dem großen Zusammenhange vermochte, die Momente zu fixieren, welche uns das Emporkommen des Schöpfers der letzten Verwaltung Königin Annas, Robert Harleys, zu erklären vermögen.

Ein erstes Moment erkennen wir bereits in jener Spaltung der Torypartei, wie sie gleich schon in der denkwürdigen Konseilsitzung vom 12. Mai 1702, in der die Kriegserklärung gegen Frankreich zum Beschluß erhoben wurde, in dem Gegensatze zwischen den Lords Marlborough und Rochester hervorgetreten war, und kaum daß die ersten Schüsse an der Mosel erschallt waren, sich in bedenklicher Weise bemerkbar zu machen begann. Auch Rochester, Annas Oheim, der noch König Wilhelm nach Ludwigs Annahme des spanischen Testaments vor einer Kriegserklärung gewarnt, und vor einem Jahre dem französischen Gesandten versichert hatte, der Frieden würde nicht gebrochen werden [2]), hatte jetzt den Kampf gegen das

1) Carl v. Noorden, Europäische Geschichte im 18. Jahrhundert, Bd. I—III.

2) Tallard an König Ludwig, 2. Januar 1701 (aff. étrang.).

Bourbonenreich nicht mehr zu hindern vermocht und seinen Widerstand darauf gerichtet, eine möglichst geringe Ausdehnung der Kriegsführung zu fordern [1]). Hierin von Marlborough und den in Kriegsfragen mit dem Feldherrn gehenden Whiglords überstimmt, ging er nun darauf aus, den Großschatzmeister Godolphin von seinem Posten zu verdrängen, um für sich dieses Amt zu erlangen und auf diese Weise dem Feldherrn die Flügel beschneiden zu können. Persönlicher Haß und persönliche Parteiung haben nicht zum mindesten seine Haltung beeinflußt. Um sein Ziel zu erreichen, scheute er sich aber nicht, das kirchliche Interesse in den Vordergrund zu schieben und eine Bill einzubringen, welche die Hoffnungen zu erfüllen schien, die das hochkirchliche Lager stets auf Königin Anna gesetzt und in ihr die künftige Beschützerin hatte ersehnen lassen. Für die Chefminister lag die Schwierigkeit, welche Rochesters „Konfirmitätsbill" schuf, darin, daß sie als Tories nicht gegen sie stimmen konnten, anderseits aber, daß, wenn die Bill durchging, nicht nur der Sieg der Rochesterschen Gruppe wahrscheinlich wurde, sondern auch ein Bruch mit den gemäßigten Whigs, deren Umgang sie stets noch gepflegt hatten, zu besorgen war.

Fragen wir, wer in dieser Krisis den Ministern zur Seite stand, wer die Verbindung mit den Whigs im Sinne des Ministeriums aufrecht erhielt, und wer vor allem dann den Ausschlag gab, daß ein Vorschlag des Ultra-Tory E. Seymour die Konfirmitätsbill mit der Geldbill zu verkoppeln, in der Weise, daß letztere nicht eher abgesandt werden sollte, bevor das Unterhaus wegen ersterer Satisfaktion erhalten hätte, abgewiesen wurde, so war es kein anderer als Robert Harley [2]).

So erklärt es sich, daß, als nach Überwindung der Krisis der Posten eines Staatssekretärs frei wurde, weil Lord Notting-

1) Vgl. Kap. III, S. 43.

2) Klopp XI, 331; für Harleys Anfänge auch Cunningham (Vol. I), den Stanhope mit Unrecht verurteilt.

ham, der ihn innegehabt hatte, als eifriger Verfechter der Konfirmität seine Demission einreichte, die Chefminister dieses Staatssekretariat an Harley übertragen haben. Es lag ihnen sogar beiden sichtlich daran, daß er es annahm, denn als er sich anfänglich sträubte, drängte ihn Godolphin mehrfach brieflich, dem Rufe Folge zu leisten [1]), und als er sich fügte, äußerte Marlborough seine besondere Genugthuung, einen Mann in dieser Stellung zu wissen, welcher der Königin seine Bemühungen um ihren Dienst in rechtem Lichte darstellen könne [2]).

Forscht man nun weiter, was Harley eigentlich befähigt hatte, dem Ministerium so wesentliche Dienste zu leisten, so war es nicht allein seine Stellung als Sprecher, die er seit 1701 inne hatte, sondern vorzüglich seine Eigenschaft als Führer einer an Zahl und Einfluß täglich wachsenden Fraktion.

Der neue Staatssekretär gehörte jener Gruppe von Politikern an, welche vielen neben Whigs und Tories als eine dritte Partei erschienen, aber richtiger von anderen, da sie ebenso wenig, wie sie von den üblichen Parteibezeichnungen etwas wissen wollten, sich einem festen Parteiprogramme unterordnete, sondern je nach der augenblicklichen politischen Lage einmal mit den Whigs, ein anderes Mal mit den Tories stimmten — nach einem von den Konklaven hergenommenen Ausdrucke — als „fliegende Schwadron" bezeichnet wurden. Es hatte diese Fraktion bereits in dem vielgestaltigen Parteigetriebe, wie es unter der Regierung Wilhelms III. im Parlamente und im öffentlichen Leben zum Ausdruck kam, eine Rolle gespielt, und es wird uns versichert, daß ihre Haltung in den großen Fragen, die um die Wende des Jahrhunderts zur Beratung gekommen waren, eine den englischen Interessen durchaus entsprechende gewesen sei [3]). Gleichwohl, sie erfreute sich der Gunst der öffentlichen Meinung in keiner Weise.

1) An account of the Earl of Oxford by his brother (Landsdowne Mss. Br. Mus. 885).

2) Coxe I, 233.

3) Noorden I, 465 ff.; Ranke, S. W. XX, 282.

Man nannte sie wohl die gemäßigten, aber häufiger die unbeständigen Tories und bezeichnete ihre Führer als Trimmers oder Schaukler. Harley aber gar wurde als Trickster oder Gauner gescholten.

Erschien Harley vorzüglich als Intrigant und höhnten die hauptstädtischen Pasquille ihn schon vor seiner Amtsführung als solchen, so lag das nun auch an seiner ganzen Erscheinung und an seinem eigenartigen Wesen. Eine kleine gedrungene Gestalt, ein Paar scharfe stechende Augen, welche seinem Gesichte den Ausdruck eines lauernden Ehrgeizes gaben, eine unharmonische Stimme, eine schnelle undeutliche Sprache, ungelenke Bewegungen, das waren die Merkmale, die ihn äußerlich kennzeichneten. Im Verkehr gewann er zuerst durch ein liebenswürdiges Entgegenkommen und durch eine angenehme Unterhaltung, aber wer ihm näher trat, fand, daß er sich mit einem Scheine von Heimlichkeit und List umgab, der jeden abschrecken mußte. Er entschuldigte sich damit, daß er dafür nie ein Ding von irgendwelcher Wichtigkeit verraten habe. Und dieses Heimlichthun, das ihm wirklich zur Gewohnheit geworden war, gab auch seiner parlamentarischen Thätigkeit den Stempel. So sehr man seine Kenntnis der Verfassung und seine Geschicklichkeit in der Bearbeitung der Parteien bewunderte, so fiel es doch übel auf, daß er anstatt auf gerader Straße zu gehen, sich mit Vorliebe eines Dutzends kleinlicher und kabalenhafter Auskunftsmittel zu bedienen liebte [1]).

Steht Harley in dieser Gestalt vor uns, so begreift man, wie die Auffassung hat aufkommen können, daß er, dem jetzt als Staatssekretär der Zutritt zur Königin offen stand, diesen ausgenutzt habe, um gegen die selbst, die ihn ins Amt gebracht hatten, zu intriguieren und über die Köpfe von Marlborough und Godolphin hinweg sein weiteres Emporkommen vorzubereiten.

1) Eine vortreffliche Charakteristik der Persönlichkeit Harleys giebt Noorden I, 501—505; in der Beurteilung seiner Thätigkeit scheint uns Noorden indessen zu sehr unter dem Einflusse der Marlboroughs zu stehen.

Prüfen wir, ob dies Harleys Streben in der That gewesen ist.

Staatssekretäre haben in England oft eine größere Rolle gespielt als die Premierminister selbst, aber das war keineswegs Harley vergönnt. Entfernt, einen entscheidenden Einfluß zu besitzen, war er nichts mehr als ein Hebel an der großen Staatsmaschine, die die Chefminister lenkten, und ganz richtig haben auswärtige Gesandte seine Stellung erkannt, wenn sie ihn als Vertreter der Marlboroughschen Gleichgewichtspolitik bezeichneten [1]). Ging Harley insofern seinen eigenen Weg, daß er eigene Korrespondenten unterhielt und nach Cromwells Art eigene Spione bezahlte, so kamen seine Informationen doch der Regierung zugute. So wenn er sich über die Stimmung in den Provinzen und in Schottland unterrichten ließ, und so, wenn er imstande war, lange, bevor der junge Stuartsche Prinz seine schottische Königsfahrt antrat, die Minister auf Grund der ihm zugegangenen Nachrichten zu warnen [2]).

Daß Harley, auch wenn es sich um Fragen von prinzipieller Bedeutung handelte, auf dem Boden der Minister stand, kann auf Grund seiner Korrespondenzen hier in zwei Fällen bewiesen werden: Einmal ist er mit ihnen dafür eingetreten, daß den Generalstaaten eine Barriere bewilligt werden müsse — das läge im Interesse Englands [3]) —, und dann vor allem hat er sich dem Bemühen Marlboroughs angeschlossen, ultratoryistischen Intriguen, wie sie sich von dem Jahre 1704 an geltend machten, ein Mitglied des hannoverschen Hauses nach England zu laden, entgegenzutreten; nicht als Gegner der hannoverschen Thronfolge, sondern als ausgesprochener Freund derselben [4]), um keinen der Succession ge-

1) Noorden I, 501.

2) An account of the Earl of Oxford, Landsdowne Mss. (Brit. Mus.).

3) Harley an Halifax, 6./17. August 1706 (Rec. off. Regencies Nr. 9).

4) Die Verdächtigung Harleys als Jakobiten wird schon durch einige seiner Schreiben an Carstares (Carstares State Papers 1744) wider-

fährlichen Gegensatz zwischen der Königin und der Familie des Thronfolgers aufkommen zu lassen [1]). Zwei Methoden gäbe es nur, schrieb er damals an Howe, den englischen Vertreter in Hannover, die Succession Hannovers zugrunde zu richten: Gewalt und diese Methode [2]).

Weder also in der Art der Amtsführung Harleys noch in seinem Verhältnisse zu den Chefministern ist ein Anzeichen eines Konfliktes zu beobachten. Was zu diesem führte, das war der Verlauf, den inzwischen die parlamentarischen Verhältnisse genommen hatten.

Die Hochkirchlichen, welche sich nach dem Mißlingen des Rochesterschen Anschlags in der Session 1704 nochmals zum Angriff gesammelt hatten, waren in der Session 1705 völlig aufs Haupt geschlagen worden. Auf ihren Trümmern erhob

---

legt. Hierzu folgende Äußerungen aus seiner ungedruckten Korrespondenz. An Sir R. Gwynne, 25. August/5. September 1704: „I cannot but rejoice that you are fixed in a Court (Hannover) from where the just exspectations of all good Englishmen are so great. It is too true there are a great many evil spirits at work, and the extreams of two partys, which have so long senselessly torn this nation to pieces, are studying to expose all moderate conncils ... bnt ... the Bulk of the Nation are so settled in good opinion of her Majesty and a resolution to snpport the Protestant snccession, that no disguises will deceive them ..." An Halifax, 5./16. Juli 1706 (gelegentlich der Verhandlungen mit Holland betreffs Garantie der protestantischen Succession in England): „Those, who wish well to both nations should consider, how much it is their commun interest to secnre the Protestant succession and that the little piques against a particular family should never be put in the ballance with so great aud public a good." An Howe, 16./27. Dezember 1707: tadelt die Bestrebungen gewisser Leute, den guten Ruf des Kurfürsten zu schädigen, „which every good man wishes the Elector may allways preserve here", Rec. off. Regencies Nr. 9.

1) „One cannot help making this remark that if now the two Courts are so remote in place one from another, some people are so busy and so tronblesome, what would they be, if any of that family were brought into England during the Queen's life and this heat of faction"? (Harley an Howe, 1./12. März 1706.)

2) Harley an Howe, 16./27. November 1705 (Rec. off. Regencies).

sich nun die Whigpartei, die sich in den ersten Jahren der Regierung Annas abwartend zurückgehalten, dann durch Dienste, die sie den Chefministern erwiesen, sich dieselben verpflichtet hatte, und jetzt ihren Lohn zu fordern begann. Darin nun unterschied sich die Taktik der Whigführer von der, welche die torystischen Ultras beobachtet hatten, daß, während diese ihren Angriff direkt auf Godolphin gerichtet hatten, die Whigs zunächst und vornämlich die übrigen Staatsämter mit Männern ihres Schlages zu besetzen trachteten, um dann ihre Gesetze auch den Chefministern vorschreiben zu können. So war die Ernennung Sunderlands, des heißblütigsten unter ihnen, die sie an Stelle von Hedges im April 1706 durchsetzten, nur ein erster Schritt: ein Nagel, wie sie sagten, der von selbst sich einbohren werde [1]); Harleys Posten mußte aber gleichfalls in ihren Händen sein, und darum bemühten sie sich, Harley zu beseitigen.

Marlborough und Godolphin gaben dem ersten Drängen der Whigs nach Beamtung um so lässiger und nur der Not gehorchend nach, als sie mit dem Widerstande der Krone zu rechnen hatten, und ließen sich auch in ihrem Verhältnisse zu Harley durch whiggistisches Gerede wenig beeinflussen. Marlborough rühmte nach wie vor das energische Eintreten des Staatssekretärs für die Regierung [2]), und Godolphin erbat seine Ansicht und seinen Rat. Harley seinerseits, welcher das ihn bedrohende Unwetter wohl aufsteigen sah, bestrebte sich vor allem, die Minister in ihren bisherigen Gesinnungen festzuhalten und ihnen das Gefährliche einer whiggistischen Herrschaft darzulegen. Könne man mit den Whigs kein gemäßigtes System aufrecht erhalten, so solle man es mit den Tories versuchen, in jedem Falle aber die Regierung vor dem Übergreifen einer einzigen Partei schützen, denn seine Meinung wäre, daß zwischen einem tollen Whig und einem tollen Tory kein Unterschied bestände. So suchte Harley also auch mit

1) Conduct of the Duchess of Marlborough.

2) Klopp XII, 265.

den gemäßigteren Whigs, allerdings vergeblich, Fühlung zu behalten [1]). Nicht nur, daß vielen unter ihnen Harley persönlich zuwider war, hielten die Whiglords ein Zusammengehen mit den „Hof-Tories" auch prinzipiell für eine Unmöglichkeit. Halifax meinte, das hieße Öl mit Essig mischen und seine Freunde klatschten ihm Beifall [2]).

Selbst um die Gunst der Herzogin von Marlborough hat sich Harley damals bemüht und ihr in schmeichelnden Worten geschrieben, wie er Leute, welche gegen die Familie des Herzogs, dem alle so viel verdankten, intriguierten, nur mit Abscheu betrachten könne [3]).

Darin liegt für die weitere Entwickelung nun die doppelte Bedeutung der so oft geschilderten, an den Namen der Masham sich knüpfenden Kabalen und Streitigkeiten bei Hofe, daß einmal ihr Bekanntwerden die Chefminister veranlaßte, dem Drängen der von Anfang an mit den Whigs gegangenen Herzogin Sarah folgend, Harleys Gegnern die Hände zu reichen, und daß jetzt die Königin Gelegenheit nahm, ihre Übereinstimmung mit den durch die Masham ihr vermittelten Gedanken Harleys so weit zu bekunden, daß sie persönlich in den Kampf der Parteien eingriff, um Harley zu stützen.

Anna hatte sich ihre Ansicht über die Stellung der Krone zu den Parteien längst schon gebildet, bevor Harley sie durch die Masham hätte beeinflussen können. Es war von Anfang an ihr Wunsch gewesen, beiden Parteien gerecht zu werden, und in diesem Sinne hatte sie ihr Regierungsprogramm, wie Marlborough es bald nach ihrer Thronbesteigung selbst einmal dem kaiserlichen Gesandten vortrug, formuliert: Die Königin werde niemals, sagte Marlborough, sich auf eine der beiden Parteien stützen, sondern, wenn es ihr nicht möglich sein würde, sich beider zu bedienen, diejenigen Persönlichkeiten her-

1) Die einschlägige Korrespondenz bei Somerville, Great Britain during the Reign of Queen Anne, 624 und bei Coxe II, 160.

2) Cowpers Diary Br. Mus.

3) Letters of Sarah Duchess of Marlborough from the Original Mss. at Madresfield Court. 1875, p. 23.

vorziehen, welche für sie und das Gemeinwohl die beste Neigung zeigen würden [1]). Eine Frau von regerem Geiste hätte sich allerdings nach Prüfung des wechselvollen Verlaufs, den ihre Regierung dann genommen hatte, die Frage vorgelegt, ob die Zeitverhältnisse ein Koalitionsministerium, wie sie es sich ausdachte, überhaupt gestatteten. Aber Annas Anlagen waren nun einmal so beschaffen, daß alle Schwierigkeiten und Ärgernisse nur die eine Wirkung auf sie ausübten, sie in einem einmal gefaßten Wunsche zu verstärken. Nichts also konnte ihr widerwärtiger sein als die Erkenntnis, daß das Einrücken der Whiglords in die Kronämter sie von ihrem ursprünglichen Programme immer mehr entfernte und ihr eine whiggistische Parteiherrschaft bevorstand. In flehendlichem Tone schreibt sie ihren Ministern, sie davor zu behüten. Alles, was sie wünsche, sei die Freiheit, die anzustellen, die sich ihrem Dienste ehrlich widmeten, gleichviel ob Whigs oder Tories; würde sie an die einen oder anderen gebunden werden, sollte sie in die Hände einer der beiden Parteien fallen, so würde sie mit dem Namen der Königin doch eine Sklavin sein; sie würde persönlich zugrunde gehen und die Regierung aufhören. Sie habe keine Absicht, keinen Gedanken, als die Wohlfahrt des Landes: solle sie so unglücklich sein, in die Gewalt einer Sekte zu geraten? die Ruhe ihres Lebens hänge davon ab [2]).

Stets von neuem versichert sie dann Godolphin ihres Vertrauens, wiederholt sie, daß sie eine Trennung von ihm nicht ertragen werde, aber so solle er ihr auch helfen [3]).

So drängt sie ihn, die Wahl Lord Cowpers zu hintertreiben, weil die Anstellung eines Parteimannes ihr gefährlich dünke, weil ja auch die Whigs in letzter Zeit schon so viele

---

1) Äußerung Marlboroughs an den Grafen Wratislaw (1701) bei Klopp IX, 484.

2) Oldmixon, History of England II, 148.

3) „I depend entirely on your friendship, which I hope you will continue to me as long as I live and never think of leaving me, for that would be a blow I could never support" (Morrison Mss. Br. Mus.).

Gunstbeweise erhalten hätten, und noch einige mehr unversehens die Gewalt in whiggistische Hände bringen würden, was für sie eine nicht zu beschreibende Kränkung wäre [1]).

So widerstrebt sie mit ganzer Leidenschaft der Wahl Sunderlands und giebt sie endlich nur unter der Bedingung zu, daß sobald dieser etwas thäte, was ihr mißfiele, Godolphin sich verpflichte, ihn zum Rücktritt zu bewegen [2]).

Wie hätte manches so anders kommen können, wenn der natürliche Bundesgenosse der Chefminister, die ständig in Annas Umgebung weilende Herzogin von Marlborough, es sich zur Aufgabe gemacht hätte, die Königin zu beruhigen, ihren Starrsinn zu mildern und ein allmähliches Eingehen in die heikle Lage des Ministeriums zu vermitteln. Aber lange schon war der Zauber geschwunden, der über jenen Stunden gelegen, in denen Mrs. Morley und Mrs. Freeman als wahre Freundinnen miteinander verkehrt hatten; wo Sarah Marlborough früher mit dem Herzen gewonnen hatte, da suchte sie jetzt mit dem Verstande zu überzeugen, aber ganz vergeblich war ihr stets erneuertes Bemühen, die Königin zu ihren whiggistischen Ideen zu bekehren; es legte nur den Grund zu wachsender Entfremdung.

Aus dem durch dieses alles geschaffenen Seelenzustande der Königin heraus ist die Wirkung des Auftretens Harleys zu erklären. Es kann nicht Harleys Persönlichkeit oder seine Beredsamkeit oder der Schwung seiner Ideen gewesen sein, was der Königin imponiert hat. Daß Harleys Doktrinen, wie er sie stets auf den Lippen trug, aber eben das formulierten,

1) „I hope in God you will never think it reasonable, for this would be an unexpressible uneasiness and mortification to me. There is nobody I can rely upon but yourself to bring me out of all my difficulties" (Br. Mus. add. 28,070, fol. 12).

2) „I cannot forbear of the promise you made to me, when I first took this person into my service, which was that if he did anything, I did not like ..., you would bring him to make his leg and to take his leave", 22. Juni 1708 (Blenheim Mss.; Rep. of. hist. Mss. 8, Part. I, p. 42.

was die Königin empfand und ersehnte, Wiederherstellung und Wahrung der königlichen Autorität, Verlassen des Systems einer Fraktionsregierung, Beibehaltung eines der Eifersucht und Tyrannei der Parteien entrückten, auf Kompromiß beruhenden Ministeriums der Mitte, daß auch Harley das alles für durchführbar hielt, während die Chefminister auf ihre Wünsche nicht eingehen zu können meinten — das muß es gewesen sein, was ihrem Herzen wohlgethan und ihr Zutrauen zu Harley begründet hat. Daß sie nun aber auch in dem Gefühl, eine Stütze zu haben, gestärkt, den Mut fand, persönlich in den Parteikampf einzutreten, daß sie sich entschloß, den Einfluß der Krone, den Harley ihr zugestand, wenn es sein müßte, auch in Opposition zu den Chefministern wiederzugewinnen, und daß, je mehr sich der Marlboroughsche Kreis ihr entfremdete, sie desto mehr in Harley den eigentlichen Anwalt ihrer eigenen Ideen und Wünsche sehen lernte, das bildet das entscheidende Moment in Harleys Leben.

Von einer Offensive gegen die Chefminister oder einem Schema irgendwelcher Art, wie man wohl gewähnt hat, war nun bei alledem noch nicht die Rede, und noch lag die Zukunft ganz in den Händen Marlboroughs und Godolphins. Lange unschlüssig, von der Herzogin gedrängt, von den Whigs geplagt, in jedem ihnen mißliebigen Schritte der Königin, besonders in einer ohne ihr Wissen erfolgten Ernennung hochkirchlicher Bischöfe den Einfluß Harleys witternd, und durch Harleys Versicherungen, daß er unwissend sei und falls er unbequem falle, seinen Abschied einreichen wolle, nur wenig beruhigt, entschlossen diese sich, der Königin die Unzuträglichkeit des obwaltenden Zustandes zum Bewußtsein zu bringen und im Oktober 1707 noch vor Parlamentseröffnung Harleys Verabschiedung als Kabinettsfrage zu behandeln. „Ich glaube", schrieb Marlborough an Sunderland, „daß, wenn die Königin sieht, daß wir Ernst machen wollen, sie sich nicht von uns trennen wird, so daß man dieses Experiment versuchen kann", und an demselben Tage erging aus seiner Feder ein Brief an die Königin, in welchem er ausführte, daß wenn sie den Entschluß, den

sie gefaßt zu haben scheine — der Direktive Harleys zu folgen — und der es Godolphin unmöglich mache, in ihrem Dienste zu verbleiben, nicht ändere, sie nicht nur die Ruhe ihres Landes stören, sondern auch die protestantische Religion und die Freiheiten Europas zugrunde richten würde. Denn sie möge bedenken, welche Rückwirkung der Austritt eines Mannes, mit dem er seit dreißig Jahren in Freundschaft verbunden sei, auch auf seine Stellung ausüben würde, wie man nicht anders als vermuten könnte, daß sie sich von anderen leiten ließe, womit es also auch ihm genommen würde, sich ihr und dem Vaterlande nützlich zu erweisen. Und wie sehr müßten andere, welche sich ihrem Dienste hingeben beabsichtigten, entmutigt werden, wenn sie sähen, wie Männer, welche ihr so lange Jahre treu gedient hätten, nicht Ansehen genug besäßen, sie davon, was für sie gut sei, zu überzeugen. Er würde das nicht in so ernstem Tone schreiben, wenn er es nicht für seine Pflicht ihr gegenüber hielte; denn für seine Person habe er keinen Ehrgeiz mehr, und würde er ihr noch tausend Jahre dienen, so würde er nichts für sich zu verlangen haben. Gott möge sie behüten und leiten! [1])

Die Königin wich aus, entschlossen, wie es scheint, den Gang der Parlamentsverhandlungen abzuwarten, die sich wirrer anließen wie je. Niemals in meinem Leben schrieb ein Beobachter der parlamentarischen Vorgänge, sah ich ein solches Durcheinander von Parteien: man erblickte äußerste Tories und äußerste Whigs denselben Karren vorwärtsschieben [2]). Als sich dann aber im Verlaufe der Session ergab, daß infolge eines geschickten Eintretens der Whigpartei für die auswärtige Politik der Regierung das Bündnis der Minister mit den Whigs perfekt wurde und somit neue Demütigungen für die Königin zu erwarten standen, da hat sie sich zu einem entscheidenden Schritte entschlossen. Sie hat in aller Stille durch einen

1) Marlborough an Königin Anna Haag, 7. Oktober 1707, Morrison Mss. Original (nicht bei Coxe oder sonstwo gedruckt).

2) Swift an Erzbischof King, 12. Februar 1708.

Gärtnersmann an Harley ein Billet ergehen lassen und diesen geradezu aufgefordert, ihr jetzt seinen Beistand zu leihen [1]).

Und nun erst ist Harley selbständig vorgegangen und hat in nächtlichen Zusammenkünften mit seinen torystischen Freunden, dem Advokaten Simon Harcourt und dem Kriegssekretär St. John, thatsächlich ein Schema entworfen. Dasselbe zielte dahin, eine gemäßigte Toryverwaltung mit Ausschluß der extremen Lords Nottingham, Buckingham, Rochester herzustellen und zu diesem Zwecke den Großschatzmeister zu stürzen [2]). Was Marlborough betraf, so rechnete man insofern auf seinen Beistand, als der Feldherr sich zu einem Gesinnungsgenossen Harleys, dem Herzoge von Shrewsbury über die Tyrannei der Whiglords beklagt und gesagt hatte, daß dem abgeholfen werden müsse [3]). Es stand mit diesem Schema im Zusammenhange, daß St. John, um Godolphin der Nation gegenüber zu diskreditieren, im Parlamente Anfang Februar 1708 die Enthüllung vorbrachte, von den parlamentarisch für den spanischen Feldzug bewilligten Mannschaften, seien zur Zeit der Schlacht von Alamanza noch nicht ein Viertel unter Waffen gewesen [4]); und alles war schon so weit gediehen, daß die Königin St. John zu sich rufen ließ, ihm zu sagen, sie sei entschlossen, dem Großschatzmeister den Abschied zu geben

1) An account of the Earl of Oxford; Landsdowne Mss. Br. Mus.; bestätigt durch einen späteren Brief Priors an Lord Oxford (Paris, 13. Mai 1713 Rec. off., France): „Look back upon some instances of your own, cast in the merit of Mr. Harley from the time that the gardiner brought you the letter". Von der Übergabe eines Briefes der Königin durch einen Gärtner schreibt auch Swift in „the change in the Queen's ministry", Works .. III, 175 (ed. 1883), verlegt sie aber in das Jahr 1710. Daß Swift im Irrtum ist und Harley die Worte, die Swift bringt, auch nicht damals erst zur Königin gesagt haben kann, ist aus dem ganzen Gange unserer Darstellung zu entnehmen.

2) Addisons Berichte an Lord Manchester, Duke of Manchester, „Court and Society from Elisabeth to Anne" II, 295; Manchester Mss. Rep. of hist. Mss. 8 App. Part. II, p. 95.

3) Cowpers Diary Br. Mus.

4) Noorden III, 219. 220.

und ihm die Erlaubnis erteilte, dies in der Stadt zu erzählen [1]).

Da ist Harley in letzter Stunde an Marlboroughs Haltung gescheitert. Durch ein Mißgeschick des Staatssekretärs, den die Whiglords gerade in diesen Tagen einer strafbaren Nachlässigkeit zu zeihen vermochten, ermutigt, hat Marlborough seine Sache mit der Godolphins identisch erklärt und ist, als die Königin ihrem verschärften Drängen, sich zu entscheiden, kein Gehör gab, der Kabinetssitzung, die sich allsonntäglich in Kensington versammelte, mit Godolphin fern geblieben. Als Harley dann in dieser Sitzung der Königin eine militärische Dinge betreffende Denkschrift einreichte, erhob sich der Herzog von Somerset und sagte, daß wenn ihre Majestät es dulde, daß dieser Geselle Kriegssachen behandle ohne den Rat des Generals, er, Somerset, ihr nicht länger dienen könne. In demselben Sinne, nur mäßiger im Tone sprachen der Graf von Pembroke und die meisten der übrigen Lords. Unter diesen Umständen ist Harley aus dem Amte geschieden. Noch hätte ihn die Königin gehalten, wenn es möglich gewesen wäre und nur mit Thränen in den Augen hat sie ihn entlassen; aber Harley hatte es für das Richtigste gehalten, selbst seine Demission zu erbitten.

Diese Entwickelung ergiebt nun, daß es sich von jetzt an für Harley nur darum handelte, wann die Königin die Freiheit ihrer Entschlüsse wiederfand, und daß sich dann für seine Thätigkeit ein neues Feld eröffnen mußte. Und fassen wir noch in kurzen Zügen zusammen, wie es dahin gekommen ist.

Zunächst gestaltete sich die Lage für die Königin so trübe wie nur möglich. Harleys Fall kam nicht den Chefministern zu statten, sondern der Whigpartei und diese, welche jede Gemeinschaft mit den gemäßigten Tories kündigte, durfte sich rühmen, seit der Revolution kein besseres Parlament gehabt zu haben [2]).

1) Swift an Erzbischof King, 12. Februar 1708; Works XV, 281 auch für das Folgende.

2) Sunderland an Newcastle, 27. Mai 1708 (Landsdowne Mss. Br. Mus.).

Dann ist aber ein Ereignis eingetreten, welches einen von Harley vermerkten Ausspruch, „daß, wenn die Whigs in allen ihren Wünschen befriedigt sein würden, es mit ihnen vorbei sein werde“ [1]), in merkwürdiger Weise bewahrheitete. Es ist bekannt, daß die Engländer, wenn auch nicht unempfindlich bei politischen Streitfragen, doch im innersten Grunde des Herzens erst durch religiöse Kämpfe erregt werden. Auf diesem Gebiete erhob sich eine mächtige Bewegung, als ein Geistlicher, Namens Sacheverell, der am Gedenktage der Pulververschwörung in der üblichen Predigt vor Lord-Major und Aldermen in der Paulskirche, unter dem Texte „Die Gefahren, die von falschen Brüdern drohen“ ebenso wohl die minder kirchlich gesinnten Bischöfe wie die Inhaber der höchsten Reichsämter angegriffen hatte, vor die Schranken des Oberhauses gerufen wurde, um in einem langwierigen Prozesse abgeurteilt zu werden. Daß dieses Verfahren eingeschlagen wurde, statt Sacheverell vor einem gewöhnlichen Tribunal zur Verantwortung zu ziehen, war wohl gegen den Rat der gemäßigteren Whigs auf Godolphins Wunsch geschehen, aber dieser war vorzüglich durch die Erregung, in welche ihn die Junta versetzt hatte, dahin gebracht worden: er meinte eine übelwollende Untersuchung seiner letzten Finanzoperationen besorgen zu müssen und wünschte darum die Aufmerksamkeit der Junta durch den Prozeß auf andere Dinge zu lenken. Die Whigs vom Schlage Lord Whartons stimmten dann Godolphin bei, weil ihnen daran lag, eine Rückkehr Godolphins zur Hochkirchenpartei, die ihnen nicht ausgeschlossen erschien, für immer unmöglich zu machen [2]). Diese Bewegung, welche sich nun in einer ganz unerwarteten Erhebung des torystischen Alt-Englands für Sacheverell äußerte, und eine Kraft und Ausdehnung des Torysmus bewies, wie sie niemand vermutet hatte, mußte sich naturgemäß auch als eine Kundgebung gegen das bestehende Regierungssystem gestalten, und so ist sie es gewesen, welche

1) Harley an Godolphin, 15. August 1706 Sommerville S. 624.

2) An account of the Earl of Oxford; (Landsdowne Mss.).

die whiggistische Kette, die die Königin fesselte, gebrochen hat.

Das Volk, welches noch ganz in seinen kirchlichen Gefühlen schwelgend die tiefere Bedeutung des Geschehenen wenig zu ermessen vermochte, jubelte: „Sacheverell für immer" und kein anderer als er war der Held des Tages.

Bei Hofe aber stand es fest: der Mann der Zukunft war Robert Harley.

Zweites Kapitel.

Der Zusammentritt des Ministeriums.

Wer vermöchte im einzelnen auszumalen, wie die Verhältnisse in England sich ohne den Sacheverellschen Prozeß gestaltet haben würden, aber es ergiebt sich aus unserer Darstellung, daß man die Bedeutung desselben verkannt hat, wenn man ihn als die Ursache des Stellenwechsels hat hinstellen wollen. In Wahrheit haben doch die Sacheverellschen Händel nach der sonstigen Lage der Dinge zu urteilen, den Ausbruch der Krisis nur eigentlich beschleunigt, aber nicht einmal eine in jeder Hinsicht passende Gelegenheit geboten hervorzutreten. Denn darin lag von vornherein ein Keim von Schwierigkeiten und Mißverständnissen: Der durch Sacheverell hervorgerufenen Bewegung würde eine Erhebung Harleys an der Spitze einer toryistischen Opposition mit toryistischem Programme entsprochen haben, während weder Harley, wie wir wissen, ein rechter Tory war, noch auch die Gruppe, die sich inzwischen um ihn versammelt hatte und von ihm Befriedigung ihrer Wünsche erwartete, zu großem Teile viel mehr mit den Tories gemeinsam hatte, als Haß gegen die Marlboroughsche Verbindung und Groll über die Übergriffe der Whigjunta. Ein Blick auf die Reihen derer, die bereit standen, den Kampf zu eröffnen, wird es uns beweisen [1]).

---

1) Für das Folgende Coxe III, 133 sq. und Cunningham II, 260 sq.

Harleys Kreis, der nach den Ereignissen im Frühjahr 1708 auseinandergesprengt schien, hatte sich nicht nur seinen Grundstock, zu dem vor anderen St. John und Simon Harcourt zählten, bewahrt, sondern noch einen zahlreichen und gewichtigen Zuwachs erhalten. Um die Werbung neuer torystischer Elemente hatten sich besonders Freunde St. Johns, Atterbury und Bromley, verdient gemacht, und Bromley bemühte sich, auch noch ein Einverständnis zwischen Harley und Marlboroughs altem Gegner Rochester zustande zu bringen. Durch Harley persönlich war der Herzog von Ormond herangezogen, der im parlamentarischen Leben bisher wenig hervorgetreten war, aber geschmeichelt durch das Versprechen, die Lord-Lieutenantsstelle in Irland oder, falls Marlborough das Kommando abgeben werde, die Stelle Marlboroughs zu erhalten, sich dem neuen Kurse zuwandte. Die übrigen Herren gehörten ihrer politischen Überzeugung nach sämtlich zu den Wighs, Rivers, ein General und Diplomat von Kenntnissen und Erfahrung, Peterborough, der trotz seiner Jahre ewig bewegliche Feldherr, den man gern zu seinen Freunden zählte, weil er in der Opposition höchst unbequem war, Queensbury, der Staatssekretär für Schottland, dessen Wunsch, seinen Posten zu wahren, seine whiggistischen Bedenklichkeiten überwog, der Herzog von Newcastle, ein persönlicher Freund des Harleyschen Hauses und vor anderen die Herzöge von Somerset und Argyle, welche ihre königliche Herrin selbst geworben hatte. Wichtig vor allem aber war der Beitritt des greisen Herzogs von Shrewsbury. Nicht, daß seine parlamentarischen oder sonstigen Fähigkeiten diesen zu einem so wertvollen Mitarbeiter gemacht hätten. Wie die Zeiten vorüber waren, in denen der Herzog seiner stattlichen, durch den Verlust eines Auges wenig nur beeinträchtigten Erscheinung und seiner gesellschaftlichen Talente wegen ein Liebling der Damen, am Hofe von St. James als „König der Herzen" bezeichnet worden war, so war an Stelle der einstmaligen Beweglichkeit und Thatkraft des Freundes und Genossen Wilhelms von Oranien eine zögernde, düstere Unentschlossenheit getreten. Es war aber der Nimbus, der ihn

umgab, die Erinnerung, daß König Wilhelm erklärt hatte, er beneide ihn, weil er der einzige sei, der unter beiden Parteien Freunde zähle, welche eine Sache schon darum als empfehlenswert erscheinen ließ, weil er sich ihr angeschlossen. Shrewsburys Entschluß galt als um so reiflicher erwogen, als er nach einem Sturze vom Pferde und einem darauf folgenden Bluterguß den Dienst quittiert hatte und ohne seine Abneigung vor weiterer politischer Thätigkeit zu verbergen — er schrieb einmal an Somers, daß, wenn er einen Sohn hätte, er lieber einen Schuster aus ihm machen würde als einen Hofmann, und einen Henker lieber als einen Staatsmann — eine Aufforderung Marlboroughs, ein Amt zu übernehmen, abgewiesen, und lange Jahre in der Fremde gelebt hatte. Daß er sich für Harleys Schema dann bereits im Jahre 1707 interessiert hatte [1]), war in weiteren Kreisen unbekannt geblieben.

Also fürwahr eine bemerkenswerte und einflußreiche Schar, die sich um Harleys Banner zusammengefunden hatte, aber zu bunt zusammengewürfelt, als daß es nur möglich gewesen wäre, über die Wahl der Mittel, viel weniger über Umfang und Ziel der Bestrebungen zu einem Einverständnis zu gelangen. Harley scheint sich darüber so klar gewesen zu sein, daß er sich zunächst begnügt hat, einen jeden mit Hinweis auf eine glücklich Zukunft und Erfüllung seiner Wünsche so gut es anging, bei guter Laune zu erhalten.

Wirksam geworden ist diese Opposition zum ersteumale nun im Verlaufe des Sacheverellschen Prozesses. Es erregte im Ministerium peinliches Aufsehen, Shrewsbury für Sacheverell stimmen zu sehen, und forschten die Chefminister nach Abschluß des Prozesses, wer ihnen zum Trotze das geringe Strafmaß für Sacheverell durchgesetzt hatte, so waren es nebst anderen die Lords Argyle, dessen Bruder Ilay und Rivers. Harley selbst, der bei Beginn der Verhandlungen von seinem

1) Das ist aus Cowpers Diary Br. Mus. ersichtlich. Vgl. dazu die damalige Korrespondenz Shrewsburys mit Buckingham bei Sommerville S. 629—632.

Landsitze zu Brompton nach London geeilt war, hat in den Gang derselben nicht eingegriffen. Durch die Masham in der üblichen geheimen Weise zur Königin geführt, ist er aber sogleich mit ihr über die Maßregeln, die jetzt zu ergreifen waren, in Beratung getreten.

Mit der Situation des Jahres 1708 verglichen, mußte das Schema soweit dasselbe bleiben, als wiederum Godolphins Entlassung den Ausgangspunkt zu bilden hatte, da Harley dann erst in die Regierung aufgenommen werden konnte: so blieb fürs erste nur zu überlegen, in welcher Weise dieser Schritt, um ein abermaliges Mißlingen zu verhüten, zweckmäßiger vorbereitet werden sollte. Verstand es sich nun, daß auf die Mitwirkung Marlboroughs, wie sie damals geplant und für möglich gehalten worden war, verzichtet werden mußte, so ergab sich als erste Notwendigkeit, schrittweise die Macht beider Chefminister zu verringern, ihre Stützen ihnen zu entziehen, die Kette, welche sie an die Junta schloß, zu lockern, und auf diesem Wege die Königin zur Herrin ihrer weiteren Entschlüsse zu machen.

Diesem Gedankengange entsprechend ist die Königin vorgegangen und hat die ersten frei werdenden Stellen, die Kommandantur des Tower und ein Regimentskommando, welche beide durch den Tod des Earl of Essex, der sie gleichzeitig innegehabt hatte, erledigt wurden, ohne Marlborough zu befragen, selbständig besetzt. Was also weiteste Kreise in Bewegung setzen mußte, als an Stelle des Marlboroughschen Kandidaten, Earl Rivers die Stelle als Towerkommandant erhielt und ebenfalls gegen Marlboroughs Vorschlag Colonel Hill, der Bruder der königlichen Favoritin, für das Regimentskommando bestimmt wurde, das war die Erkenntnis des Umschwungs, der sich darin kundgab, daß der große Feldherr, der noch vor kurzem eine Cromwell ähnliche Stellung für erreichbar gehalten hatte, seinen Willen in Fragen von so geringer Bedeutung nicht mehr durchzusetzen vermochte.

Hatte aber die Königin sich zu diesem Schritte entschieden, so mußte jeder Widerstand, auf den sie stieß, nur ihre Ini=

tiative kräftigen, zumal da Marlboroughs jetziges Vorgehen Harleys Warnung, daß er auf eine Schmälerung der königlichen Prärogative hinziele, zu bestätigen schien.

Marlboroughs Haltung in diesen kritischen Tagen ist zur Genüge bekannt: Aufs tiefste gekränkt, aber noch immer in dem Wahne, daß allein Intriguen und Kabalen ihm die königliche Huld entzogen hätten, kehrte er seinen Groll gegen die Masham und meinte, daß, wenn erst sie beseitigt, die Quelle alles Übels verstopft sein würde. Einmal wohl suchte er noch seinen persönlichen Einfluß bei der Königin geltend zu machen, entrüstet eilte er zu ihr, um das Regiment für Colonel Meredith zu fordern und ihr vorzustellen, daß ihr Verfahren eine Standarte aufpflanzen heiße, um die unzufriedenen Elemente in der Armee zu sammeln [1]). Weder aber von der Königin befriedigt, noch von seinen Freunden beruhigt, flüchtete er sich dann nach Windsor Lodge und setzte hier ein Schreiben auf, in welchem er den Entschluß kundgab, von der Entlassung der Kammerfrau sein eigenes Bleiben abhängig machen zu wollen. Dieses Schreiben wurde allerdings auf Anraten der gemäßigten Mitglieder der Junta nicht abgesandt. Das Gerücht davon aber drang zur Königin, und verschwieg auch nicht, daß Sunderland sogar eine parlamentarische Eingabe betreffs der Masham befürwortet hatte. Ein tiefernster Konflikt war damit heraufbeschworen. Es bedurfte der klugen Mäßigung eines Cowper und der warmen Beredsamkeit eines Somers, um einen Ausgleich zu ermöglichen und ein beiderseitiges Entgegenkommen in der Art zu veranlassen, daß die Königin auf die Vergebung des Regiments zugunsten Hills verzichtete und Marlborough, wenn auch noch immer mit dem Gedanken umgehend, von der Entlassung der Masham nicht abzugehen, sich bereit erklärte, nach London zurückzukehren. Danach fand eine Audienz des Feldherrn bei der Königin statt, in welcher Marlborough wie in alten guten Tagen mit aller Liebenswürdigkeit und Huld empfangen wurde, und nach welcher die Gesandten der Allianz-

---

1) Das Folgende nach Coxe.

mächte triumphierend an ihre Regierungen melden zu dürfen glaubten, daß alles nach Wunsch und beim alten sei [1]).

Da die Königin nun auch die Kränkung überwand, die in einem whiggistischen Antrage lag, Marlborough nach dem Haag zu senden, und Marlborough zu der Zeit, in welcher die Whigs es wünschten, nach dem Haag abging, so war die Junta befriedigt und selbst um jene trübe Scene wenig bekümmert, welche bald darauf im Palaste zu St. James stattfand und den Verkehr zwischen der Königin und der Herzogin von Marlborough endgültig löste. Starren Blickes und mit kalter Stimme versagte die Königin der Frau, die sie wie keine geliebt hatte, mündliches Gehör und verwies sie auf den Weg schriftlicher Mitteilung. Wie eine Furie, heißt es, habe die Herzogin den Palast verlassen [2]). Den Whigs war es die Hauptsache, daß die Herzogin im vollen Besitze ihrer Ämter blieb, und so nicht nur der Schein weiteren Einvernehmens nach außen hin gewahrt blieb, sondern auch eine nochmalige Aussöhnung nicht ausgeschlossen schien.

Waren während alledem von Harleys Seite keine weiteren Schritte gethan, so war es nur geschehen, um den Auseinandergang des Parlaments abzuwarten, welches am 5./16. April mit einer kurzen, von Godolphin verfaßten Thronrede, die besagte, daß die Vertagung nur kurz sein solle, geschlossen wurde. Kaum nämlich war der Großschatzmeister auf seinem Landsitze zu Newmarket eingetroffen, als ihn ein Schreiben der Königin erreichte, welches den Willen der Monarchin kundgab, ihren Oberstkämmerer, den Grafen von Kent, zu entlassen, um den Herzog von Shrewsbury, der wiederholt seine Bereitwilligkeit erklärt hätte, in ihren Dienst zu nehmen. Sie hoffe, daß diese Veränderung seine Zustimmung erhalten werde, die sie bei all ihren Handlungen zu haben wünsche [3]). Wie geschickt es erdacht war, als erstes Mitglied der Harleyschen Gruppe

1) Berichte des preußischen und holländischen Residenten bei Noorden III, 622.

2) Bericht des französischen Geheimagenten Gaultier (aff. étrang.).

3) Coxe III, 208.

Shrewsbury ins Amt zu bringen, trat daraus hervor, daß man in der Stadt durchaus nicht sicher war, was dieser Wechsel bedeutete und ob nicht noch Marlborough und Godolphin bei dieser Ernennung dahintersteckten [1]), zumal der Herzog es sich angelegen sein ließ, die Auffassung zu bestärken, daß weitere Änderungen kaum stattfinden würden. Selbst die Chefminister ließen sich durch Shrewsburys Versicherung, daß, durch welches Thor er auch in die Regierung hineinkomme, es in der Absicht sei, gut mit ihnen zu leben, ja, daß in Anbetracht der Eifersucht der Whigs sein Eintritt vielleicht auch für sie nicht ganz unerwünscht sei, bis zu einem gewissen Grade beruhigen, wenn gleich Marlborough bei der Überzeugung blieb, daß ein Mann wie dieser sich nicht freiwillig in den Sturm herausgewagt haben würde, wenn er nicht wüßte, daß die Königin hinter ihm stünde [2]).

Es war aber doch nicht zu vermeiden, daß kaum, als Shrewsbury seinen Posten eingenommen hatte, das Gerücht sich zu verbreiten begann, auch Sunderlands Stunde habe nunmehr geschlagen. Hing nun wirklich das Wohl Englands nicht davon ab, wer die Stelle eines Oberstkämmerers inne hatte, so werden wir zugeben, daß an die Entlassung eines Staatssekretärs des Auswärtigen inmitten eines Krieges sich berechtigte und weitgehende Bedenken knüpfen mußten. Der österreichische Resident wollte überhaupt nicht daran glauben: „ein so gefährlicher Entschluß sei bei den jetzigen auswärtigen Konjunkturen nicht möglich" [3]).

Die Chefminister lebten in peinigender Ungewißheit — es sei ihm zu Mute, schrieb Godolphin an Marlborough, wie wenn eine Wolke über ihnen schwebe, die sich in jedem Augenblicke über sie zu entladen drohe [4]). — Aber sie konnten an den Absichten der Königin keinen Zweifel mehr hegen, als Shrewsbury sie auszuforschen begann, ob etwa Sunderlands

1) Bericht von Gallas bei Klopp XIII, 425.

2) Coxe III, 215.

3) Hoffmanns Bericht bei Klopp XIII, 432.

4) Coxe III, 239.

Entlassung große Unruhe verursachen würde. Sie hielten es jetzt geradezu für eine Ehrensache, ihn zu stützen: „sobald Sunderland aufgegeben wird“, schrieb Marlborough der Herzogin, „haben die Whigs alles verloren“ [1]). Er rechnete dabei auf die Einigkeit der Junta, welche Sunderland so oft gerühmt hatte.

Hätte nur Harley nicht auch hier schon seine Hebel eingesetzt. War es ihm, wie der bisherige Gang ergiebt, gelungen, dem ersten Teile des vorhin entwickelten Gedankenganges entsprechend den Glauben an die Allgewalt der Chefminister zu erschüttern, so war er auch bereits schon weitergegangen und hatte die Kette, welche die Minister an die Junta schloß, zu lösen begonnen. Denn was bedeutete es anders, wenn wir vernehmen, daß es ihm gelungen war, durch die Vermittelung von Halifax bei Somers, durch jene des Herzogs von Newcastle bei Boyle und anderen Whigs Eingang zu finden, und wenn Halifax versicherte, Shrewsbury nicht minder zu schätzen als seine übrigen Kollegen [2]). Marlborough war über diese Haltung seiner whiggistischen Freunde empört: „Sie irren sich, wenn Sie meinen, daß nur ich und Sie gekränkt werden sollen“, heißt es in einem Briefe an Godolphin, „denn Ihr Sturz und ein neues Parlament ist sicherlich das Schema. Ich weiß nicht, was ich raten soll, wenn die Whigs Sunderlands Entlassung zugeben“ [3]).

Um so mehr quälte sich Godolphin, einen Ausweg zu finden. Sollte Marlborough einen Brief an Shrewsbury schreiben den dieser der Königin zu zeigen hätte, und in dem er ausdrückte, wie tief ihn Sunderlands Abgang berühren würde, oder sollte man etwa den Ratspensionär Heinsius ersuchen, den Gesandten Gallas und Vryberger den Auftrag zu geben, der Königin darzulegen, welche Folgen diese Gerüchte für die große Allianz haben würden, und wie er Holland dann nicht mehr

1) Marlborough an die Herzogin, Juni 1710, Private Corr. of Sarah, Duchess of Marlborough I, 356.

2) Coxe III, 231. 232.

3) Coxe III, 240.

zurückhalten könnte, gemeinsame Sache mit Frankreich zu machen [1])?

Marlborough fand den Gedanken, die Hilfe der auswärtigen Regierungen in Anspruch zu nehmen, nicht übel, aber Wesentliches meinte er nur noch durch Shrewsbury erreichen zu können, wäre es auch nur Sunderlands Entlassung zu verzögern, denn jede Woche, die dieser blieb, erschien ihm als Gewinn. Erst als Shrewsbury, trotz warmer Worte, die er an ihn gerichtet hatte, sich in seinen Antworten in ein geheimnisvolles Dunkel hüllte, entschied er sich in einem an Godolphin adressierten Schreiben, das aber der Königin vorzulegen war, die Monarchin selbst anzugehen, die Entlassung wenigstens bis zum Ausgange des Feldzuges zu verschieben [2]).

Aber nur an der Schwierigkeit, für Sunderland einen geeigneten Nachfolger zu finden, lag es, daß seine Demission sich von Tag zu Tag verzögerte. Unter den toryistischen Kandidaten waren in erster Reihe Lord Guernsey und der Earl of Nottingham, der eifrige Vorkämpfer der Konformitätsbill in Betracht gekommen, aber beide waren der Königin nicht genehm gewesen, ersterer als zu heißblütiger Parteimann und letzterer, weil die Königin ihm es nicht vergeben konnte, daß er im Jahre 1705 für die Berufung eines Mitgliedes des Hannoverschen Hauses nach London eingetreten war. Harleys Kandidat war vor anderen Earl Powlett, welcher schon 1708, wenn Harley das Ministerium hätte neu bilden können, den Posten eines Staatssekretärs erhalten haben würde, aber jetzt trotz vielen Bittens nicht zur Annahme dieses Amtes, ohne daß Godolphin damit einverstanden wäre, bewegt werden konnte [3]). Der Kandidat, für den man sich endlich entschied, war der Earl of Dartmouth, ein ehrgeiziger, aber wenn gleich er zur toryistischen Partei zählte, selbst in whiggistischen Augen

---

1) Godolphin an Marlborough, 8./19. Juni 1710. Coxe Mss. Br. Mus.

2) Coxe III, 241.

3) Dartmouth, Note bei Burnet VI, 7; Bericht des preußischen Residenten Bonnet, 9./20. Juni 1710 (Geh. Staatsarchiv.)

harmloser Politiker. Die Königin mochte ihn besonders gern und hatte ihm schon einmal den Wunsch ausgesprochen, seine Dienste in Anspruch zu nehmen [1]). Daß ihn einige für einen Jakobiten hielten, ließ sich aus den engen Beziehungen, in denen sein Vater bis zuletzt zu König Jakob gestanden hatte, erklären; wie falsch aber die Annahme war, ergab sich aus seinem, von einer hannoverschen Mission her datierenden persönlichen und guten Verhältnisse zur kurfürstlichen Familie, welches gelegentlich seiner Berufung in einer Meldung seiner Ernennung nach Hannover und in einem freundlichen Glückwunschschreiben der Kurfürstin Sophie zum Ausdruck kam [2]). Nachdem er angenommen hatte, wurde am 12. Juni Lord Somers zur Königin berufen, um als Zeichen ihres Vertrauens, als erster und aus ihrem Munde die wichtige Nachricht zu erhalten. An demselben Tage wurde Godolphin von dem Geschehenen in Kenntnis gesetzt und zugleich beauftragt, Marlborough davon zu unterrichten. Am 13. erhielt Sunderland sein Abberufungsschreiben.

Warum haben nun die Whigs, welchen Sunderlands Entlassung jetzt als vollendete Thatsache trotz aller beschönigender Worte ein Schlag ins Gesicht war, sich nicht mit Sunderland solidarisch erklärt und sämtlich ihre Ämter niedergelegt? Es ist hierüber verschieden geurteilt worden, und zwar haben die einen ihre Politik als klug und überlegt gerühmt, die anderen sie wegen Mangels an Ehrgefühl gescholten. Wir beantworten die Frage vom Harleyschen Standpunkte aus dahin, daß für diesen nichts peinlicher hätte sein können, als wenn die Whigs geschlossen ausgetreten wären, um die weitere Ausführung seines Schemas durch eine gemeinsame Opposition zu hindern. Blieben sie also im Amte, so war es für Harley ein Erfolg, der, soweit er dahin hatte wirken können, darauf beruhte, daß er den Whigs die Entlassung des Staatssekretärs als rein persön-

1) Dartmouth, Note bei Burnet V, 344

2) Beide Schreiben unter den Dartmouth Mss. Rep. of hist. Mss. XI. Part. V, p. 297.

liche Angelegenheit dargestellt, kein anderer habe doch die Königin in gleichem Maße gekränkt — aber jeden Angriff auf die whiggistische Verwaltung als solche noch aufs strengste vermieden hatte. Daß hierdurch Hoffnungen innerhalb der Junta erweckt wurden, die Harley weder erfüllen konnte noch wollte, und daß ein von den Whigs vorgeschlagener Kompromiß zur Beförderung weiterer Tories auch ihrerseits die Hand reichen zu wollen, falls sie die wichtigeren Ämter behielten und das Parlament nicht aufgelöst würde [1]) auf falschen Voraussetzungen beruhte, soll nicht geleugnet werden, aber sehen wir, warum Harley gerade jetzt nicht mit offenem Visir hätte kämpfen können: Als nächstes Ziel stand Godolphins Entlassung bevor, also ein Wechsel in der Finanzverwaltung. Ein solcher erforderte jede Rücksicht auf den öffentlichen Kredit, und dieser stützte sich wesentlich eben auf die Whigpartei. Bedenken wir nun, daß in diesen Tagen die Nachricht von dem Abbruche der Gertruydemberger Verhandlungen eintraf und die Notwendigkeit bewies, neue Fonds für die Fortführung des Krieges ausfindig zu machen, daß aber Erkundigungen, welche Harley unter der Hand bei vermögenden Tories hatte einziehen lassen, ob von ihnen Geld zu erwarten wäre, verneinend ausgefallen waren, beobachten wir ferner die Auskunft, die der Kurszettel gab: auf die Nachrichten aus Gertruydemberg waren die Kurse unverändert geblieben, aber auf das Gerücht einer Parlamentsauflösung hin bedeutend gefallen; sie stiegen um 4%, als ein Ausgleich mit den Whigs verlautbar wurde — so leuchtet ein, welchen Schaden eine whiggistische Opposition hätte anrichten können [2]).

Traten damals die finanziellen Überlegungen in den Vordergrund, so waren sie doch aber keineswegs Harleys einzige Sorge. Auch die Rücksicht auf die auswärtigen Regierungen, welche durch Sunderlands Fall sehr beunruhigt waren, verlangte ein schnelles und aufmerksames Vorgehen. Es erregte

1) Bonnets Bericht vom 21. Juli/1. August (Geh. Staatsarchiv).

2) Bonnets Berichte (Geh. Staatsarchiv).

Verwundern, als von bisherigem Gebrauche abweichend Shrewsbury sich beim kaiserlichen Gesandten Gallas, und Staatssekretär Boyle beim Vertreter der Generalstaaten einstellte, beide um Sunderlands Entlassung anzumelden und mit ähnlichen Worten zu versichern, daß es nicht der Wille der Königin sei, durch diese Veränderung es dahin kommen zu lassen, daß die politische Stellung Englands darunter leide; mißtrauisch fragte man sich, ob die Königin das wohl veranlaßt haben würde, wenn sie nicht selbst die Notwendigkeit dazu eingesehen hätte. Ganz besonders höflich erwies man sich dem hannoverschen Hofe. Shrewsbury hatte sich erboten, selbst dorthin zu eilen, aber Harley, der ihn nicht gern entbehren mochte, beauftragte Cresset, in Hannover ein alter Bekannter, und als dieser vor Antritt seiner Mission plötzlich verschied, den Earl of Rivers mit einer außerordentlichen Gesandtschaft an den kurfürstlichen Hof. Er erhielt ein Handschreiben der Königin mit auf den Weg und zugleich Versicherungen der Treue und Ergebenheit vonseiten der Lords Shrewsbury und Rochester [1]).

Mit dem weiteren Verlaufe der Kriegsführung hing aufs engste die Frage zusammen, welche Haltung Marlborough nach dem Sturze seines Schwiegersohns beobachten würde. Marlboroughs Drängen, Sunderland, das ihr verhaßteste Mitglied der Junta im Amte zu belassen, hatte die Königin als persönliche Kränkung aufgefaßt und an Godolphin geschrieben, ob das Schicksal Europas wohl von dieser Entlassung abhänge, und ob denn alle Wünsche Marlboroughs gewährt werden müßten. Und als nach erfolgter Demission der Großschatzmeister mit Marlboroughs und seinem Rücktritte drohte, hatte die Monarchin in schroffen Worten geantwortet: „Ich kann meinem gestrigen Schreiben, bei dessen Inhalt ich beharre, nur noch hinzufügen, daß ich nicht die Absicht habe, den Herzog Marlborough von der Armee wegzunehmen, noch auch, wie ich sicher glaube, irgendjemand sonst. Wenn Sie oder er jemals ein solches Unrecht begingen, meinen Dienst zu verlassen, so

1) Die Schreiben bei Macpherson II, 185, 186.

würde die daraus erfolgte Verwirrung Ihnen zur Last fallen und Sie allein würden dafür verantwortlich sein. Aber ich hoffe, Sie werden sich das besser überlegen" [1]). Aber hätte selbst Marlborough ernstlich an seiner Absicht festgehalten, sein Kommando niederzulegen, so würden seine whiggistischen Freunde es nimmer zugegeben haben; denn was auch Harley für die Whigs zu thun versprach, darin stimmten die Mitglieder der Junta unter sich und mit Godolphin überein, daß ein eigentlicher Umschwung zu ihren Gunsten nur von einer glücklichen Kriegsführung zu erwarten sei. Es war keine leere Schmeichelei, wenn Somers an Marlborough schrieb: „Ich sehe keine Hoffnung als von der Armee unter ihrer Führung" [2]). In diesem Sinne wurde ein gemeinschaftliches Schreiben an Marlborough abgesandt, um den gekränkten Feldherrn zu ersuchen, seine Dienste der gemeinsamen Sache zu erhalten.

Wie verhielt sich nun aber Godolphin und was that er, um das in erster Reihe ihn bedrohende Verderben abzuwenden? Wie der Vorschlag, das genannte Schreiben an Marlborough zu richten, von ihm ausgegangen war, so bemühte er sich mehr wie je, Marlborough zu einer entscheidenden Unternehmung zu drängen, und riet, da die Königin sich besonders für ein Unternehmen auf Calais interessierte, daß Marlborough ohne Zögern diesen Plan in Angriff nehmen solle. Auch der Junta gegenüber würde ein frisches Gelingen von Nutzen sein: es müsse überhaupt etwas geschehen, mahnte er, damit sie etwas hätten, worauf sie hoffen und womit sie sich gegenseitig neuen Mut zusprechen könnten [3]). Hätte er im übrigen besser gethan, im stillen zu wirken und jede Auseinandersetzung mit der Königin nach Möglichkeit zu vermeiden, so erklärt sein vielmehr schroffes und entschiedenes Verhalten aus der Überzeugung, in der er lebte, daß er, solange das Parlament noch versammelt sei, für seine Stellung nichts zu fürchten habe, und daß nur alles ge-

1) Die Schreiben bei Coxe III, 244.

2) Coxe III, 237.

3) Godolphin an Marlborough 29. Juli/9. August 1710 (Coxe Mss. Br. Mus.).

schehen müsse, um die Auflösung desselben zu hintertreiben. Er hat somit Harley in die Hände gearbeitet, zumal noch anderes hinzukam, den lange gefaßten Entschluß zur Reife zu bringen. Sehr übel empfand es die Königin, als auf ihre Sendungen nach dem Haag und nach Wien gelegentlich der Ernennung Dartmouths als Antworten zuerst ein Schreiben der Generalstaaten, dann ein Kaiserliches Handschreiben eintrafen, welche die Königin ersuchten, im Interesse der großen Allianz weitere Änderungen in ihrem Ministerium zu unterlassen, und mit Recht hat sie diesen Eingriff fremder Mächte in ihre eigenen Angelegenheiten der Initiative Godolphins zugeschrieben. Den Ausschlag aber gab ein Schritt, den dieser in seiner Eigenschaft als Finanzminister unternahm, und der Besorgnisse erweckt zu haben scheint, daß er auch von dieser Seite aus Hindernisse zu bereiten beabsichtigte.

Die finanziellen Schwierigkeiten des Großschatzmeisters waren seit dem Sacheverellschen Prozesse dadurch noch wesentlich vergrößert worden, daß die Unterstützung der Bank von England auszubleiben drohte. Eine Anleihe, welche Godolphin zu machen gewünscht hatte, hatte die Direktion verweigern müssen, weil das Publikum, durch die Unsicherheit der Verhältnisse beunruhigt, in Massen herbeiströmte, sein Geld abzuheben und die Summen also flüssig gehalten werden mußten. Nach Sunderlands Entlassung hatte die Bank eine Deputation von vier ihrer Direktoren an die Königin entsandt, um dieser die üblen Folgen weiterer Änderungen für die Finanzlage vorzustellen und die Versicherung erhalten, daß man die nötigen Rücksichten nehmen würde. Als nun Godolphin jetzt eine neue Anleihe von 100000 Pfund zu machen begehrte, und die Bank sie abermals abschlug, eilte er zur Königin sie zu drängen, die Direktoren nochmals zu sich kommen zu lassen und mit ihnen zu sprechen. Die Königin war erstaunt und erwiderte kurz, sie werde sich den Vorschlag überlegen.

Nach einem von Harleyscher Seite vorliegenden Berichte hat dieser Auftritt die Königin endgültig bestimmt, das seit über einen Monat bereit liegende Abschiedsschreiben an Go-

dolphin abzusenden [1]). Noch am 7./18. August hielt er bei der Königin den gewohnten Vortrag und konferierte abends im Hause von Lord Halifax mit Harley über die Möglichkeit, die Tories zu befriedigen, ohne das Ministerium zu verändern und das Parlament aufzulösen [2]). Am 8./19. brachte ein königlicher Lakai in der Frühe des Morgens sein Abberufungsschreiben, welches als Grund seiner Entlassung seine mannigfachen Unfreundlichkeiten, besonders eine in Anwesenheit der übrigen Lords ihr gehaltene heftige Rede angab und in wenig herzlichen Worten die Aufforderung enthielt, den weißen Stab, anstatt ihn ihr zu bringen, zu zerbrechen; dies würde für sie beide leichter sein.

Man erzählt und wen möchte es wundern, daß Godolphin über das Schreiben der Königin entrüstet, es zerrissen und ins Feuer geworfen habe. Wie schnell fand er dann aber die Fassung des Hofmannes wieder, denn in voller Selbstbeherrschung erwiderte er, daß er sich nicht des geringsten Mangels an Respekt weder in Wort noch in That bewußt sei, wie er sich selbst einen solchen auch nie hätte vergeben können, und wie sein Herz voll sei von den innigsten Wünschen für ihr ferneres Glück und Wohlergehen [3]).

Jetzt also endlich war der Augenblick gekommen, wo Harley nicht mehr in der stillen Weise eines Verschwörers, sondern als offen berufenes und anerkanntes Mitglied der Regierung in der Königin und seinem Sinne den Stellenwechsel zu Ende führen konnte. Allerdings erhielt Harley Godolphins Stelle nicht. Das Schatzamt wurde vielmehr in Kommission gegeben in der Art, daß Powlett zum ersten Lord des Schatzes ernannt wurde und Harley mit der Stelle des zweiten Lords wie gebräuchlich das Kanzleramt des Schatzamtes vereinigte. Doch aber fühlte jedermann heraus, daß Harley das treibende Rad war, wie auch sein Einfluß sich jetzt äußerlich kundgab.

---

1) An account of the Earl of Oxford (Landsdowne Mss.).

2) Bonnets Bericht 4./15. August 1710 (Geh. Staatsarchiv).

3) Burton, History of England III, 65.

Denn nicht mehr in nächtlicher Einsamkeit kam er zur Königin, sondern zu jeder Tageszeit und jeder Stunde wurde er empfangen, und es war auch kein Geheimnis mehr, daß die Königin öfters Akten, die nicht in sein Ressort gehörten, zurückbehielt, um ihn Einblick in dieselben nehmen zu lassen [1]). Bereits auch gelang es Harley, einen weiteren Stützpunkt zu erlangen, indem er durch die Berufung der Lords Anglesey und Powlet in den Geheimen Rat, zu der er die Königin veranlaßte — er selbst hatte amtlich auf einen Sitz im Rate Anspruch, aber diese Lords nicht — hierselbst sich für seine Gruppe eine Majorität schuf [2]). So mußte doch nun jetzt aber auch die eigentliche Tendenz seiner Bestrebungen sich zeigen, und das für die meisten noch in völliges Dunkel gehüllte, vielbesprochene Ziel des neuen Kurses hervortreten.

Wir kennen Harleys Ideengang aus der Zeit seiner ersten Anknüpfung mit der Königin; ziehen wir aus den damaligen theoretischen Ausführungen die Konsequenzen, wie sie sich für seine jetzige praktische Leitung ergeben mußten, so galt es, die Regierung auf ein gemischtes, aus gemäßigten Elementen beider Parteien zusammengesetztes, von Extremen nach jeder Richtung gleich freies Ministerium zu gründen; also anstatt die whiggistische Parteiherrschaft durch eine toryistische abzulösen, über beiden Parteien eine eigentliche Regierungspartei herzustellen, welche in der Lage sein sollte, ohne sich zu dem Programme einer Partei zu verpflichten, die Entscheidung je nach dem vorliegenden Falle in dem einen oder anderen Sinne abzugeben. Ging es also nach Harleys Wünschen, so mußte das vierjährige Ringen zwischen Harley und Godolphin, wie es soeben seinen Abschluß fand, mit einer Rückkehr zu den Prinzipien enden, deren Verlassen vonseiten der Chefminister zuletzt ihren Konflikt mit der Königin herbeigeführt hatte, mit zwei Ausnahmen nur: einer stärkeren Betonung der königlichen Prärogative und

1) Bonnets Bericht 4./15. August (Geh. Staatsarchiv).

2) Da Sunderland und Godolphin ausgeschlossen, Marlborough und Wharton abwesend waren. (Bonnets Bericht 15./26. August.)

einer weiteren Berücksichtigung der anglikanischen Kirchenforderungen, wofür sich Harley besonders verbürgt hatte.

Kurzum, das „berüchtigte" letzte Ministerium Königin Annas wäre, was die innere Politik betraf, im Grunde nach dem Muster der Marlboroughschen Verwaltung des Jahres 1706, ein zweites „Ministerium der Mitte" geworden.

Verfolgen wir hiernach Harleys weiteres Vorgehen.

Die ersten Maßregeln, die nach Godolphins Sturz verkündet wurden, waren durchaus whiggistisch, indem sowohl die Fortführung des Krieges bis zu einem sicheren und ehrenvollen Frieden und die Schaffung der nötigen Geldsummen versprochen, als auch so scharf als nur möglich das Festhalten an der protestantischen Thronfolge betont wurde [1]). Viel besprochen wurde damals, ob man am Hofe sogar daran gedacht habe, um sich gleichzeitig Marlboroughs zu entledigen, das Armeekommando dem Kurfürsten von Hannover zu übertragen, und nicht nur in whiggistischen Kreisen, sondern ziemlich allgemein hieß es, daß sich eine ähnliche Instruktion bereits unter Cressets Papieren befunden hätte. Die Frage wird durch ein vertrauliches Schreiben Harleys an den Herzog von Newcastle gelöst: der Gesandte sollte das Kommando dem Kurfürsten anbieten, aber nur für den Fall, daß Marlborough es niederlegen würde [2]).

Einen um so schärferen Kontrast zu alledem bildete das jetzt zum erstenmale zu beobachtende Vordringen der echten

1) Über die Absichten der Königin äußerte sich Harley zu Newcastle: „daß sie gerichtet seien to the sole aime of making an honorable and safe peace, securing her allys, reserving the liberty and property of the Subject in general and the indulgence to dissenters in particular, and to perpetuate this by really securing the Succession of the House of Hanover." Harley an Newcastle, 10. August 1710. Welbeck, Mss. Rep. of hist. Mss. app. Part. II, p. 213.

2) Harley an Newcastle: ibid. p. 214. Cresset selbst schrieb kurz vor seinem Tode an den Kurfürsten über den Zweck seiner Mission: „Comme il ne s'agira que de cultiver l'amitié et la bonne intelligence entre S. M. et S. A. E. qui est déjà si bien établie, je suis plus que persuadé que je n'aurai pas de peine à réussir." 4. Juli 1710. (Stowe Mss. Hannover Pap. Vol. I.) Br. Mus.

Tories innerhalb der Harleyschen Gruppe und ihr Bestreben, Harley in ihr Fahrwasser zu ziehen. Harleys Bruder erzählt uns, wie sie Bischof Atterbury zu ihm entsandten, sich zu beschweren, daß sie über seine Pläne völlig im Dunkeln seien und ihn seitens seiner Freunde zu veranlassen, die Whigs aus den Ämtern zu entfernen und das Parlament aufzulösen. Nie habe er Harley in ähnlicher Erregung gesehen. „Er erwiderte, daß er sehr gut wisse, von wem diese Botschaft käme, auch die Schwierigkeiten kenne, mit denen er zu kämpfen habe, aber er sich durch nichts anderes bestimmen lassen werde, als durch seine Pflicht und sein der Königin gegebenes Versprechen. So möge er diesen Herren antworten, daß, wenn sie Mitteilung einer jeden Maßregel wünschten, die er zu treffen hätte, um die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden, er die Königin wissen lassen wolle, daß es ihm unmöglich sei, weiter in ihrem Dienste zu bleiben und er sich aufs Land zurückziehen wolle. Könne einer von ihnen das Spiel besser spielen, so möchten sie doch die Karten aufnehmen [1])." Aber einer ließ sich trotzdem nicht abweisen, und das war Rochester, welcher sich direkt an die Königin wandte: „Der Plan, eine Regierung zu bilden, hielt er ihr vor, die unabhängig von den Parteien bleiben wolle, sei undurchführbar. Weder er noch andere Mitglieder der hochkirchlichen Partei seien geneigt, mit Männern zusammen zu dienen, die im Prinzipe nicht mit ihnen übereinstimmten. Wolle die Königin der hochkirchlichen Partei vertrauen, so werde sie dieselbe insgesamt zu ihrem Dienste haben" [2]).

Je mehr nun aber die Tories drängten, desto notwendiger wurde es für Harley, um sein Schema zu wahren, aus whiggistischen Elementen ein Gegengewicht zu errichten, und als ihn gar noch der Herzog von Somerset, einer der einflußreichsten Whigs seiner Gruppe, aus rein persönlichen Motiven verließ, galt es, innerhalb der noch im Amte gebliebenen Mitglieder der Junta nach Hilfskräften zu suchen. Er wandte sich an

1) An account of the Earl of Oxford (Landsdowne Mss. Br. Mus.).
2) Hoffmanns Bericht 19./30. September 1710; bei Klopp XIII, 486.

Walpole und als ob er die Bedeutung des damals noch wenig hervorgetretenen Kriegssekretärs vorausgeschaut hätte, versicherte er ihm, er sei ihm seine halbe Partei wert [1]). Er sandte zu Cowper, zählte ihm auf, wie viel Whigs im Amte seien, und erklärte, daß im Grunde ein whiggistisches Spiel beabsichtigt sei [2]). Und glauben wir nur nicht, daß die Whigs der Junta mit Ausnahme Whartons, der, wie er sich ausdrückte, mit einem Schufte, wie Harley, nichts zu thun haben wollte [3]), von vornherein abgeneigt gewesen seien, auch jetzt noch mit Harley zu paktieren. Erst Godolphins Darlegung der finanziellen Schwierigkeiten, die Harley finden würde und müßte: der Staatsschatz sei erschöpft und die Notwendigkeit vorhanden, so und so viel Truppen zu besolden — er soll auch einen Traum erzählt haben, wie er Harley allein in einem Boote gesehen habe, ohne Beistand vergeblich gegen Sturm und Flut ankämpfend — hat sie in der Überzeugung befestigt, daß Harley über kurz oder lang doch zu ihnen werde Zuflucht nehmen müssen, und daß sie, anstatt zu kapitulieren, ihrerseits vielmehr Bedingungen zu stellen hätten [4]).

Inzwischen hatte sich der torystischen Freunde Harleys eine wachsende Unruhe bemächtigt. Wohl waren die Vorbereitungen zu der von ihnen verlangten Parlamentsauflösung getroffen, die Friedensrichter und eine Reihe von Statthaltern aus der Godolphinschen Verwaltung abgesetzt und durch zum Teil torystische ersetzt, wohl hatte Harley eine Reihe weiterer Ämter mit Tories besetzt und sogar dem jakobitischen Unterhausmitgliede Lockhart in warmen Worten Versprechungen gemacht,

1) Coxe, Walpole I, 32.

2) Cowpers Diary Br. Mus.. Über Harleys Verhandlungen mit der Whigpartei und das Verhalten der Whiglords, insbesondere auch der Briefwechsel mit Newcastle. In einem Schreiben vom 12. Sept. 1710 (Welbeck Mss. p. 219) bringt Harley besonders merkwürdige Mitteilungen über die Haltung von Lord Somers.

3) Onslow, Note bei Burnet VI, 11.

4) An account of the Earl of Oxford (Landsdowne Mss. Br. Mus.).

aber dazwischen bemerkte man doch wieder, daß nicht nur Whigs in wichtigen Ämtern blieben, sondern auch erledigte Stellen von neuem durch Whigs besetzt wurden. Sie konnten sich all das nicht erklären und verglichen Harleys Haltung mit dem Vorgehen eines Feldherrn, der, anstatt nach gewonnener Schlacht den Feind zu verfolgen, ihm Zeit gebe, sich zu sammeln, um dann die Waffen von neuem gegen den Sieger zu kehren.

Was blieb Harley also anderes übrig, da die unbedingte Notwendigkeit, das Parlament aufzulösen, aus dem Verhalten der Whigs von Tag zu Tag mehr hervortrat — auch das finanzielle Moment kam in Betracht, indem der Kredit der Regierung durch sie absichtlich geschädigt wurde — als den Würfel zugunsten der Tories fallen zu lassen [1]. Hätten aber jetzt wenigstens die Whigs demissioniert und ihm die böse Aufgabe erspart, sie zu entlassen. Aber jetzt fürwahr in reiflicher Überlegung und um ihre Sache, wie sie sagten, nicht als eine persönliche, sondern als nationale erscheinen zu lassen, harrten sie bis zur letzten Stunde aus [2]. Diese war am 20. September/1. Oktober gekommen; zu gleicher Stunde erhielten Lord Somers als Präsident des Geheimen Rates, der Herzog von Devonshire als Oberhofmeister und der Staatssekretär Boyle ihre Entlassung, um den torystischen Lords, Graf Rochester, Herzog von Buckingham und Henry St. John den Platz zu überlassen. Am nächsten Tage wurden die Lords Wharton, Statthalter von Irland und der Großadmiral Lord Orford verabschiedet; dem ersteren folgte im Amte der Herzog von Ormond, wie Harley es ihm versprochen hatte, während für die Admiralität eine Kommission bestellt wurde. Auch das Kanzleramt wurde, da Cowper sich weigerte, das Siegel zu

1) Daß es aber auch jetzt noch nicht seine Absicht war, sich den Tories hinzugeben, bestätigen seine Worte: „As soon as the Queen has shewn strength and ability to give the law to both sides, then will moderation be truly shewn in the exercise of power without regard to parties only.“ Harley an Newcastle, 14. Sept. 1710. Welbeck Mss. Rep. of hist. Mss. App. Part. II, p. 219.

2) Bonnets Bericht 12./23. September 1710 (Geh. Staatsarchiv).

behalten, zunächst in Kommission gegeben, aber bald dem langjährigen Gehilfen Harleys, Sir Simon Harcourt, übertragen. Alle hohen Staatsämter waren damit in kürzester Zeit gewechselt. Zugleich nun erklärte die Königin, daß der Termin, bis zu dem das Parlament vertagt sei, herannahe, daß sie sich jedoch entschlossen habe, dasselbe aufzulösen. Das geschah am 30. September. Fünf Tage später wurden die Writs erlassen, welche das neue Parlament beriefen.

Appellierte Anna hiermit an die Nation, so entschied sich diese durchaus im Sinne der Sacheverellschen Bewegung und genehmigte den Ministerwechsel. Denn nach einer Reihe von Wahltagen, die an Cromwells Zeiten erinnerten, machte sich, mit der großen Whigmajorität des Jahres 1708 verglichen, ein Umschwung der Volksstimmung kund, wie er in gleich kurzer Zeit nicht wieder beobachtet worden ist [1]. Die Whigs unterlagen an Wahlorten, die sie seit vierzig Jahren innegehabt hatten, auf einen Whig kamen durchweg drei Tories. Das Endresultat war, daß 270 Whigs ihre Sitze verloren hatten.

Mit diesem Parlamente und unter diesen Auspizien ging das neue Ministerium an seine Arbeit.

1) Morley, Walpole S. 19.

Drittes Kapitel.

Der Ministerwechsel und die auswärtige Politik.

Tritt unter den Momenten, welche den Ministerwechsel in England herbeigeführt und vollbracht haben, bisher am schärfsten das persönliche hervor, so gilt es jetzt zu zeigen, wie diese ganze Bewegung doch nun auch in die großen Fragen eingriff, welche die Welt bewegten.

Es wird uns erzählt, daß Harley zum ersteumale nach der Schlacht von Ramillies der Königin vorgestellt habe, wie ihrer Nation nichts schädlicher sein könne als einen Krieg in die Länge zu ziehen, der den Handel zerstören und die Kräfte des Landes erschöpfen müsse [1]). Augenscheinlich setzte die Königin seitdem der fortschreitenden Kriegslust der Chefminister Widerstand entgegen, und wenngleich sie noch im Jahre 1708 an Marlborough schrieb, daß was immer ihre Feinde Gegenteiliges ausstreuen möchten, sie niemals und zu keiner Zeit in einen Frieden willigen werde, als auf sichere und ehrenhafte Bedingungen, so war es weder Marlborough noch der Junta verborgen geblieben, daß die Monarchie kriegsmüde geworden war und Harley sie in dieser Stimmung bestärkte [2]).

Galten nun aber Harley und seine Gefolgschaft in whig=

1) An account of the Earl of Oxford by his brother (Landsdowne Mss. 885. Br. Mus.).

2) Coxe II, 225; Klopp. XIII, 165.

gistischen Kreisen von vornherein als Vertreter einer in tory-stischem Sinne einzuleitenden Friedenspolitik, so wurde diese Beobachtung für die Junta ein Grund mehr, energisch die Weiterführung des Krieges zu betreiben, und so geschah es, daß der Parteihader, welchen Politik und Kriegsführung bis dahin wenig beeinflußt hatte, sich auch auf diese Gebiete zu erstrecken begann. Erhielt der Streit der englischen Parteien dann gar eine europäische Bedeutung, so kam es daher, daß die Allianzmächte so sehr auf England angewiesen waren, daß schon im zweiten Kriegsjahre Graf Wratislaw das inhaltsschwere Bekenntnis hatte machen müssen: „Das Schicksal der großen Allianz hänge von dem Willen der englischen Nation ab“ 1).

Dieses Verhältnis begründet und bewahrt, und hierzu vor allem die Generalstaaten in Englands Abhängigkeit gebracht zu haben, ist das Verdienst der Marlborough-Godolphinschen Verwaltung gewesen. Niemand hatte den Krieg unlustiger unternommen und galt als geneigter französischen Friedensanerbietungen Gehör zu schenken, als die reichen Kauf- und Handelsherren der holländischen Städte; nach Sicherung der Grenzen und Gewährung erwünschter Handelsvorteile hätte ihren Beschlüssen nach einer Einigung mit Frankreich nichts im Wege gestanden, und wenig hätte es sie besorgt, ob ein bourbonischer oder habsburgischer Prinz auf dem spanischen Throne geblieben wäre. Darum war es eine kluge, oranischen Traditionen entsprechende Politik Marlboroughs und Godolphins gewesen, die Staaten von frühzeitigem Frieden abzuhalten, und sie außer durch das allgemeine Band, das die Allianzmächte insgesamt umschloß, noch durch ein besonderes an England zu ketten, und das eben war der Grundgedanke der sich durch Jahre hindurchziehenden Verhandlungen, welche in dem bekannten Barrieretraktat zum Abschluß gekommen sind. England verpflichtete sich darin, dafür daß die Staaten die Garantie der protestantischen Thronfolge in England übernahmen, den Hollän-

1) Bericht von Wratislaw bei Klopp X, 229.

dern die erwünschte Barriere zu sichern. Hat die torystische Kritik später vorgeworfen, daß dieser Vertrag England in Hollands Abhängigkeit gebracht habe, so hat sie die Bedeutung desselben völlig verkannt. Gerade mittelst der offenen Barrierenfrage hatte das Londoner Kabinett vermocht, die Amsterdamer Friedenspartei zu zähmen und die Kriegspartei zu weiterer Energie anzuspornen; nichts war darum der französischen Diplomatie widerwärtiger, und wer weiß, ob England ohne diese Konzessionen einen zweiten Nymweger Frieden hätte verhüten können. Darin allerdings schoß die whiggistische Politik zuletzt übers Ziel, daß sie dem holländischen Begehren keine Schranken setzte und indem sie, wie selbst Marlborough gestand, ein kleines Königreich anstatt des ursprünglichen Festungsgürtels verbürgte, sowohl den englischen Handel schädigte, als auch der englischen Diplomatie unerträgliche Fesseln anlegte [1]).

Weil also die Entscheidung in Englands Händen lag, kam alles darauf an, wie weit die am Ruder befindliche Partei gewillt war das Ziel englischer Politik zu stecken.

War auch der Krieg gegen das Bourbonenreich kein Whigsondern ein Nationalkrieg, so war doch von Anfang an ein Zwiespalt über Art und Ausdehnung desselben hervorgetreten und zwar war, um Noordens Worte zu gebrauchen, die grundsätzliche Frage, um die es sich gehandelt hatte, keine geringere als die, welchen Anteil der Inselstaat England an den allgemeinen Angelegenheiten des abendländischen Staatensystems überhaupt zu nehmen habe [2]). Torystischen Prinzipien entsprechend hatte in der bereits genannten Conseilsitzung vom 12. Mai 1702 Lord Rochester die Ansicht vertreten, daß eine möglichst geringe Teilnahme Englands an den kontinentalen Wirren geboten sei und es lediglich als Auxiliarmacht in den Krieg einzutreten habe. Der englische Kontingent müsse der Größe der Gefahr entsprechen, die man besorge,

---

1) Noorden III, S. 579—605.
2) Noorden I, S. 205.

wenn ein Bourbone auf dem spanischen Throne bleibe. Dieser Gefahr gegenüber würde vollauf, so hatte er ausgeführt, die Entsendung von etwa 10 000 Mann genügen; vielleicht sogar, daß die Aufstellung von Landtruppen überhaupt zu vermeiden und durch Subsidienzahlungen auszugleichen wäre, damit um so größere Sorgfalt der Ausrüstung der Flotte gewidmet werden könne [1]).

Ihm entgegen war aber wie gesagt die Ansicht Marlboroughs durchgedrungen, welcher ganze Anspannung aller Kräfte von England gefordert hatte und zwar mit Hinweis darauf, daß nach Ausnahme eines von Lord Seymour vorgeschlagenen Zusatzartikels zu der großen Allianzurkunde, der sich gegen König Ludwigs Anerkennung Jakob Stuarts richtete, der Krieg nicht mehr allein einen Kampf um das spanische Erbe, sondern auch ein Ringen um die Sicherstellung der protestantischen Thronfolge in England bedeute [2]).

Also Sicherung der protestantischen Succession wäre nach Marlboroughs Worten vornehmlich das Ziel englischer Kriegsführung gewesen; enthielt ja auch die Allianzurkunde betreffs der spanischen Frage keine weiteren Verpflichtungen als die, daß der kaiserlichen Majestät auf Grund ihrer Ansprüche, auf die spanische Erbfolge, eine gerechte und geziemende Genugthuung zu verschaffen wäre [3]).

Wie schnell indessen dieser erste Standpunkt vergessen war, sollten die Verhandlungen ergeben, welche in den Jahren 1703/4 unter Nottinghams Staatssekretariat geführt wurden, um Portugal und Savoyen zum Beitritt zu der großen Allianz zu bewegen. Aus dem Kabinett des Tory Nottingham stammt der Entwurf eines weiteren Zusatzartikels, der besagte, daß der Kaiser, die Königin von England und die Generalstaaten beschlossen hätten, sich betreffs der gesamten spani-

1) Sommerville S. 4, Anm. 5. Zur Ergänzung der auf Spanheims Bericht beruhenden Schilderung bei Noorden I, 205.

2) Klopp X, 43.

3) Dumont, Corps Universel VIII, 89 sqq.

schen Monarchie auszusprechen. Sie erklärten also, daß sie zu keiner Zeit einen Frieden eingehen wollten, so lange irgendein Mitglied des Hauses Bourbon im Besitze eines der Länder verbleibe, welche einst König Karl II. von Spanien besessen hätte oder rechtlich hätte besitzen sollen [1]). Und wurde dieser Artikel nicht in die Allianzurkunde aufgenommen, so lag es nur an dem Widerstande des Kaisers, der von einer von England daran geknüpften Bedingung: der Wiederinkraftsetzung des von Wilhelm III. aufgegebenen Artikels VI des Vertrages, demzufolge die in Amerika von den Seemächten zu machenden Eroberungen ihnen auch verbleiben sollten, nichts wissen wollte [2]).

Beide Traktate, der portugiesische sowohl wie der savoyische erhielten dann aber doch noch eine bedeutende Erweiterung des Kriegsprogrammes, indem die Zweifel, die sich über die unsichere Fassung des Artikels II erheben konnten, dadurch beseitigt wurden, daß als Zweck der Allianz die Einsetzung des Erzherzogs Karl zum Erben der ganzen von Karl II. besessenen spanischen Monarchie ausdrücklich angegeben wurde. Und war es demnach zu verwundern, daß zwei Jahre später Godolphin gar versichern konnte: das Objekt des Krieges sei im Unterschiede von dem vorigen, wo es sich um den Titel König Wilhelms gehandelt habe, jetzt die spanische Monarchie [3]).

Es soll dieser Überblick vorzüglich erweisen, daß Addisons Programm und der auf ihm fußende whiggistische Parlamentsbeschluß des Jahres 1708: daß kein Frieden ehrenhaft oder sicher sein könne, welcher Spanien, Westindien oder irgendeinen Teil der spanischen Monarchie unter der Herrschaft des Hauses Bourbon belasse, doch im Grunde nur auf eine Verpflichtung zurückgriff, welche England schon einmal und zwar unter torystischer Verwaltung hatte eingehen wollen. Boling-

1) **Klopp** X, 389.
2) **Landau**, Geschichte Karls VI., S. 126.
3) Godolphin an Buys, **Coxe** II, 120.

brokes spätere Angriffe auf die whiggistische Politik sind in diesem Punkte also zurückzuweisen; Whigs und Tories haben an der Erweiterung und Verschiebung des ursprünglichen Programmes gleichen Anteil gehabt.

Dennoch trifft insofern die Whigjunta der Vorwurf, den Frieden verzögert zu haben, als sowohl die Haager wie die Gertruydemberger Konferenzen ergeben, daß die Verhandlungen nicht an dem durch die genannte Erweiterung des Programmes bedingtem Maße der Forderungen gescheitert sind, sondern an den überdies an die Übergabe des Geforderten geknüpften Bedingungen, welche englischerseits den Wunsch, nicht abzuschließen, kaum verbergen konnten.

Wer weiß nicht, daß Torcys weitgehende Zugeständnisse im Haag in letzter Stunde lediglich an dem Artikel 37 des Maipreliminars sich brachen, welcher die Bürgschaften betraf, die König Ludwig für den Verzicht seines Enkels zu liefern hätte, und daß wesentlich die starre Haltung der englischen Deputierten eine Lösung unmöglich gemacht hat. Sehr bezeichnend ist doch auch für die Haltung der Whigjunta, daß während Prinz Eugen und der holländische Deputierte Goslinga nach Auseinandergang der Unterhändler noch immer die Möglichkeit eines Ausweges besprachen, die Whiglords an Townshend Weisungen ergehen ließen, welche die Ausführbarkeit des Artikels 37 noch erschweren mußten [1]. Zu ihrer Entschuldigung mag nur angeführt werden, daß auch Godolphin, der im Prinzipe für den Frieden war, die whiggistischen Bedenklichkeiten billigte. Er hat seine Motive in einem bemerkenswerten Schreiben an Marlborough entwickelt: die Schwierigkeit lag für ihn darin, daß wenn England seine Bereitwilligkeit erklären würde, auf ein französisches Anerbieten einzugehen, des Inhalts, daß König Ludwig das spanische Land soweit es in seiner Macht stehe, überliefern, seinen Enkel weder direkt noch indirekt unterstützen, vielmehr den Truppen der Allianzmächte den Durchmarsch durch französisches Gebiet ge-

1) Boyle an Townshend, Somerville App. S. 633.

statten wolle, nur daß es nicht erwartet werden könnte, der König solle mit seinen eigenen Truppen bei der Verjagung seines Enkels Hilfe leisten [1]), die Folge sein würde, daß man Frankreich entlaste, Holland entlaste und dann die Kosten der Weiterführung des Krieges bis zur völligen Eroberung Spaniens allein auf England fallen würden.

Zu Gertruydemberg, wo die Verhandlungen auf Drängen der holländischen Friedenspartei von neuem aufgenommen wurden, wiederholte die englische Diplomatie das gleiche Spiel. König Ludwig ging jetzt zugunsten des Artikels 37 soweit, daß er sich sogar verpflichtete, den Kampf gegen seinen Enkel durch monatliche Subsidienzahlungen zu erleichtern [2]). Aber die englischen Abgesandten hatten diesmal nicht einmal die nötigen Vollmachten erhalten: sie durften anhören und melden, aber nichts anbieten oder abschließen.

In Wien wäre man jetzt bereit gewesen, einen Separatfrieden mit Frankreich für alle Alliierten zu schließen, und Pläne für den spanischen Feldzug wurden bereits in Erwägung gezogen [3]). Godolphin riet davon ab: ein solcher würde vor allem einen neuen Vertrag mit der kaiserlichen Regierung nötig machen, und die Erfahrung habe gezeigt, daß man

1) Er schlägt darum vor: „that France were brought to a present compliance with the evacuation of the towns for the Barrier of Holland, and an immediate demolition of Dunkirk for the satisfaction of England and that being done the hostilities to cease a longer term allowed for evacuating of Spain and a further security given by France for performing it, as for instance, offering the Pyrenean treaty." (Godolphin an Marlborough, 22. Juli 1709. Coxe Mss. Br. Mus.) Auf Godolphins Haltung zur Friedensfrage darf im übrigen nicht näher eingegangen werden. Die Coxe Mss. enthalten darüber noch manche ungedruckte Briefe, welche Elliot für seine Biographie Godolphins sich nicht hätte entgehen lassen sollen.

2) Journal de Torcy publié par Masson (1884), p. 205—208. Das Journal bietet zu der grundlegenden Darstellung Noordens (III, 655—680) noch Ergänzungen. Neues bietet besonders Torcys Sitzungsbericht vom 26. März (Journal S. 152).

3) Landau S. 556.

auf pünktliche Erfüllung der Vertragspflichten nicht rechnen dürfe [1]). Sobald Prinz Eugen bei der Armee einträfe, sagte er zum österreichischen Gesandten, möge nur der Feldzug mit allem Nachdrucke eröffnet werden, dann werde die Friedenssache bald ein anderes Ansehen gewinnen [2]).

Das hätte alles nicht kommen können, wenn nicht Marlborough den streitenden Einwirkungen nachgegeben und wie in den inneren so in den auswärtigen Angelegenheiten den Kompaß völlig verloren hätte. Beschuldigte ihn die öffentliche Meinung, daß er den Krieg eigener Interessen wegen in die Länge ziehe, so gab sie irrtümlich zum Ausdruck, daß sie die Entscheidung noch immer in seinen Händen wähnte.

Der Keim aller Schwierigkeiten Marlboroughs lag in seiner Doppelstellung als Feldherr und Diplomat, wie sie ihm König Wilhelm übertragen und Anna bestätigt hatte. Nannte Lord Portland es bedenklich, Vorbereitung und Abschluß wichtigster Verträge in das Vermögen eines Mannes zu legen und rügten torystische Stimmen, „keine Nation in der Welt würde das thun" [3]), so war die zwiefache Thätigkeit keinem unbequemer als Marlborough selbst. Der Mann, der als Feldherr nie sich Blößen gegeben, der die Lorbeeren von Blenheim und Ramillies, von Oudenarde und Malplaquet auf seiner Stirn trug, mochte sich nicht in den Irrgängen der diplomatischen Verhandlungen verrennen oder gar durch Mißgriffe am Konferenztische sich parlamentarischer Verfolgung aussetzen. Aber ein in diesem Sinne an die Königin gerichtetes Gesuch, in der Armee aber nicht im Ministerium beschäftigt zu sein [4]), hatte ihm nur die huldvolle Antwort eingebracht, daß sie stets auf ihn als General und Minister sehen und in

1) Godolphin an Marlborough, 4. April 1710 (Coxe Mss. Br. Mus.).

2) Bericht von Gallas bei Klopp XIII, 416.

3) Portland an Heinsius, 8. März 1709; Noorden III, 481.

4) Conduct. of the Duchess, p. 251.

jeder von diesen Eigenschaften seinen Rat stets in Anspruch nehmen werde [1]).

Diesen Bedenken entspricht Marlboroughs Haltung zur Friedensfrage vollauf. Anstatt, wie Godolphin es so gern gesehen hätte, die Verhandlungen ganz in seine Hand zu nehmen, und sich die Verbündeten zu verpflichten [2]), anstatt auf diesem Gebiete sich zum Meister der Whiglords zu machen, legte er aus freien Stücken das Geschick Englands in die Hände der Junta und begann seinerseits ein Doppelspiel, um sich jeder Verantwortung zu entziehen: weder sollte man ihm ein Hintertreiben des Friedens noch eine Schmälerung des whiggistischen Friedensprogramms aufbürden können [3]). Er hörte aber auch anderseits nicht auf das Drängen von Freunden, welche wie Lord Albemarle einen baldigen Friedensschluß als sein persönliches Heil hingestellt und zu diesem Zwecke sogar eine Anknüpfung vonseiten des französischen Hofes vermittelt hatten [4]). Und doch hätte Marlborough gut gethan, gerade diesem Winken zu folgen: Wenn Marlborough für den Frieden hätte arbeiten wollen, schrieb ein französischer Agent inmitten

---

1) Königin Anna an Marlborough, 22. Juli 1708 (Blenheim Mss. Rep. of hist. Mss. VIII, Part. 1, p. 42).

2) Godolphin an Marlborough 2. August 1709 (Coxe Mss. Br. Mus.).

3) Noorden III, 484.

4) Torcy erhielt durch den Sr. Henriquez die Nachricht, daß Mr. und Madame Albemarle den Frieden wünschten und zwar im Interesse Marlboroughs, „voyant qu'il s'elève contre lui une cabale puissante en Angleterre, et qu'à la fin elle l'accablera si la guerre continue encore quelques années. Mémoire de Mr. de Torcy au Roi". 30. November 1708. Aff. étrang. Dazu der Entwurf einer Instruktion für einen von Berwick an Marlborough zu entsendenden Agenten, mit folgender Warnung: „Le duc a à craindre au milieu de ses prospérités l'envie et l'inimitié de ceux de son rang, la haine générale de sa nation, dont la faveur est plus inconstante que celle d'aucun autre peuple, l'incertitude de sa maîtresse et le crédit des nouveaux favoris ... Il doit être satisfait du côté de la gloire, s'il rend le repos à la Patrie". Aff. étrang.

des Ministerwechsels aus London, würde die Königin diese Schritte nicht gewagt haben [1]).

Wo sollte nun Harley einsetzen, um diesem unhaltbaren Zustande ein Ende zu machen?

Verstand es sich, daß er erst Herr im Lande sein mußte, um mit den whiggistischen Traditionen brechen und das Ziel des Krieges nach seinem Willen normieren zu können, so trat ihm von vornherein hindernd entgegen, daß die Generalstaaten wie der kaiserliche Hof ihre Interessen durch das whiggistische Ministerium so gut vertreten fanden, daß sie selbst eine Einmischung in Englands innere Angelegenheiten nicht scheuten, um ihre whiggistischen Freunde zu stützen. Daher nach Sunderlands Fall das Ersuchen beider Regierungen an die Königin, keine weiteren Änderungen eintreten zu lassen, daher das Anerbieten Prinz Eugens, nach London zu eilen, und der persönliche Befehl des Kaisers an den Gesandten Grafen Gallas, sich zur Verfügung Marlboroughs zu stellen.

Behalten wir dieses Verhältnis im Auge, so ergiebt sich, daß Harley, wenn er an Frieden dachte, nicht damit beginnen konnte, die Basis, auf welcher ein Frieden zu verhandeln sei, festzustellen, sondern daß die erste Schwierigkeit für ihn darin bestand, unter diesen Umständen überhaupt Friedenskonferenzen zustande zu bringen. So gut also Harley den Allianzmächten zu begegnen verstand, indem er sich selbst auf whiggistischen Boden zu stellen schien und die Notwendigkeit, den Krieg weiterzuführen betonte, so mußte eben das Zusammengehen der Mächte mit den Whigs ihn veranlassen, nicht ausschließlich sein Interesse den heimischen Verhältnissen zu widmen, sondern sich gleichzeitig umzusehen, in welcher Weise die Wiedereröffnung von Friedensverhandlungen gleichwohl ermöglicht und beschleunigt werden könnte.

Der Ausbruch der Parteiwirren in England hatte in Paris begreiflicherweise nicht nur neue Hoffnungen erweckt, sondern den Beschluß hervorgerufen, dieselben nach Möglichkeit

1) Gaultier an Torcy, 16. September 1710 (Aff. étrang.).

auszunutzen und somit zu mannigfachen Überlegungen geführt, in welcher Weise dies am besten geschehen könnte? Sollte man die Gelegenheit wahrnehmen, eine neue schottische Expedition auszurüsten, sollte man wie zu Zeiten der Revolution Agenten herübersenden, um die Unruhen zu schüren oder sollte man endlich von dem alten Vorurteil abgehend, daß der Frieden nur in den holländischen Sümpfen zu holen sei, mit den neuen Räten Königin Annas eine Anknüpfung suchen [1])? Alle drei Wege sind besprochen, keiner ganz verworfen worden und nur dem Umstande, daß in London sich ein Mann befand, der geschickter wie alle übrigen Emissäre seine Aufträge zu erledigen wußte, mag es zugeschrieben werden, daß der dritte Weg zum Ziele geführt hat [2]).

Bevor Marschall Tallard, Frankreichs Gesandter am englischen Hofe, nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen im April 1701 London verließ, hatte er mit Genehmigung König Ludwigs eine Reihe von Geheimagenten zu weiterer Berichterstattung aus England engagiert — alles Franzosen, da die Engländer zu hohe Forderungen stellten [3]) — unter denen François Gaultier zweifellos der geriebenste war. Aus einer armen Familie in der Normandie gebürtig, war er in den geistlichen Stand getreten und hatte es bis zum dritten Vikar

1) Journal de Torcy p. 225. Die schottische Expedition betr. noch S. 254 u. 290.

2) Die bisherigen, auf Berwicks und Torcys Memoiren beruhenden Angaben über Gaultier sind in folgendem aus Gaultiers Korrespondenz ergänzt und berichtigt. Der erste von Gaultiers Hand geschriebene Brief im Pariser Archiv ist vom 3. November 1702 und unterzeichnet „Dubius". Seine Korrespondenz zieht sich dann hindurch durch die Volumes „Angleterre" 214—257.

3) In einem Schreiben vom 13. März 1701 frägt Tallard an, ob er einen Mann besorgen solle, der während des Krieges Nachrichten liefere und wieviel König Ludwig dafür auslegen wolle. Der Bescheid des Königs vom 24. März lautete „la dépense sera bien employée si les avis sont bons". Ein Schreiben Torcys an Poussin vom 15. September 1701 ergiebt dann, daß Tallard eine Verbindung mit Davenant aufrecht erhalten wollte, „mais on le trouva trop cher".

einer Pfarrei in St. Germain gebracht. Dieser Stelle wurde er verlustig, als er einmal einen ihm nach seiner Heimat gewährten Urlaub über Gebühr ausgedehnt hatte, und da hatte er sich entschlossen, sein Glück in der Fremde zu suchen und nach London zu gehen [1]). Hier hat Marschall Tallard ihn nun in Dienst genommen, ihm genaue Instruktionen ausgestellt, und um ihm die Möglichkeit zu schaffen, während der Dauer des Krieges unbeanstandet in London zu verweilen, ihn als Kaplan im Hause des österreichischen Gesandten Grafen Wratislaw eingemietet [2]). Bis Friedensschluß sollte er in London bleiben; trotzdem das versprochene Jahresgehalt mehr als einmal ausblieb und seine Thätigkeit nicht ohne Gefahren war — eine Entdeckung seiner Umtriebe im Jahre 1708 hätte ihn bald an den Galgen gebracht — leistete er Tallards Befehlen folge und setzte nach Wechsel von Namen und Wohnung seine Berichterstattung unverdrossen fort [3]). Als dann die Gertruydemberger Verhandlungen ihm zum Abschluß zu führen schienen, schrieb er, um seinen Posten sich zu wahren, nach Paris, daß seine Kenntnis von Land und Leuten und seine Übung in der englischen Sprache ihn auch nach Friedensschluß als willkommenen Gehilfen französischer Diplomatie in London erscheinen lassen dürften [4]). Der französische Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten, Marquis von Torcy mag seine Sendungen, die stets in guter Handschrift und klarem Stile

1) Mitteilung Königin Maries aus den „Stuart Papers" printed for the Roxburghe Club. 1889, p. 407.

2) Gaultiers Bericht vom 6. Mai 1703. Führt aus, daß „Tallard lui ordonna de la part de V. Grandeur (Torcy) de rester en Angleterre tant que la guerre durerait, après m'avoir fait entrer en qualité d'aumosnier chez Mr. le C[te] de Wratislaw (Aff. étrang.).

3) „Je serais pendu et écartelé, ou au moins très étroitement renfermé les fers aux pieds et aux mains, si depuis trois mois j'avais coutumé à vous écrire comme autrefois. On a arrêté plusieurs personnes avec qui j'avais des liaisons fort secrètes... J'ai été obligé de me cacher, de changer de quartier, de nom, de conaissances, d'adresses" (Gaultiers Bericht vom 15. Mai 1708; Aff. étrang.).

4) Gaultier an Torcy, 11. März 1710 (Aff. étrang.).

abgefaßt waren, inhaltlich aber nicht viel brachten, gelesen haben, aber beantwortet hat er sie nie. Erst nach Abbruch der Gertruydemberger Verhandlungen wandte er sich zum erstenmale an seinen Agenten und fragte bezugnehmend auf Gaultiers schon einmal im Januar gesandte Mitteilung, daß der Herzog von Shrewsbury und die Masham die Königin beherrschten [1]) und besonders letztere allen Konferenzen der Königin mit ihren Ministern beiwohne, an, ob es nicht möglich wäre sich dieser beiden Shrewsburys und der Masham Gunst zu gewinnen [2]). Gaultier hätte, da der Zutritt zu Shrewsbury nicht zu erreichen war, Torcys Anfrage einfach verneinen müssen, wenn er nicht in seiner Eigenschaft als Kaplan bei Gelegenheit auch in die Häuser englischer Familien katholischen Glaubens gekommen wäre, die in Friedenszeiten den Kaplan der französischen Botschaft hinzuzuziehen pflegten, und in dieser Weise die Bekanntschaft von Lord und Lady Jersey gemacht hätte. Mit der Kühnheit eines Mannes, der nichts zu verlieren hat, und jedenfalls durch Matthew Prior, einen Schützling Jerseys, den er auch kennen gelernt hatte, auf Jerseys Verbindungen mit Shrewsbury und Harley hingewiesen [3]), wandte er sich nun an Jersey und eröffnete sich diesem ohne weitere Umstände als Agenten des französischen Ministers. Jersey verlangte vor anderem ein Beglaubigungsschreiben. Dieses traf alsbald ein und übte eine so schnelle Wirkung aus, daß bereits im August von einer Mission Gaultiers nach Frankreich die Rede sein konnte [4]). Merkwürdig aber, mit wie geringem Interesse diese Verhandlungen französischerseits aufgenommen worden sind. Abgesehen davon, daß sie den Gang der französischen Politik in diesem ersten Stadium kaum beeinflussen konnten, hat Torcy es nicht einmal

1) Gaultier an Torcy, 13. Januar 1710 (Aff. étrang.).

2) Torcy an Gaultier, 10. Juli 1710; vgl. Weber S. 12, Anm. 2.

3) Spätere Anspielungen deuten darauf hin. Priors mir leider nicht zugänglich gewesene, im Besitze des Marquis of Bath befindliche Korrespondenz wird hierüber Gewißheit geben.

4) Weber S. 13. 14.

der Mühe wert gehalten, sie in sein regelmäßig geführtes Tagebuch einzuschreiben.

Um so wichtiger sind Gaultiers Berichte als einzige Quelle der englischen Geheimpolitik in dieser Periode [1]).

Zum erstenmale eröffnete sich Lord Jersey Anfang September ausführlicher über die Absichten der neuen Minister: Sobald die Königin Herrin im Lande geworden, werde sie die Generalstaaten wissen lassen, daß sie kriegsmüde sei und Mittel suchen wolle zu einem baldigen Abschlusse zu gelangen. Sie werde ihnen erklären, daß, wenn sie den Krieg fortsetzen wollten, sie vor allem darauf sehen sollten, ihr Kontingent zu Wasser und zu Lande zu liefern. Er bemerkte auch, daß Earl Rivers mit dem Befehle nach Holland abgegangen sei, den dortigen Gesandten Lord Townshend zurückzurufen, da die Königin an seine Stelle einen anderen berufen wolle, der in gleichem Maße friedliebend sei wie letzterer kriegsliebend gewesen, und daß der neue Gesandte Instruktion erhalten werde, die Vorschläge anzuhören, die man französischerseits offen oder unter der Hand machen könnte, um sie der Königin zu melden. Wenn dann die Holländer in den nächsten Konferenzen es wie in Gertruydemberg machen würden, so würde der Gesandte nicht nur ihnen nicht beistimmen, sondern ohne sie zu befragen und allein unterhandeln. Mit einem Worte: er werde den Befehl erhalten, ohne Zeit zu verlieren am Frieden zu arbeiten.

Dazu fügte Jersey noch hinzu, in welcher Weise Frankreich die Minister unterstützen könne. „Das Beste würde sein, am Ende des Feldzuges französischerseits Konferenzen in Holland wieder anzuknüpfen, weil ihrerseits nicht die ersten Schritte

1) Es ist Webers Verdienst, als erster hierüber Auskunft gegeben zu haben. Ich bin noch einmal auf die Akten zurückgegangen, um zu einem selbständigen Urteil zu gelangen. Daß die Anknüpfung mit Frankreich seit dem Juli 1710 datiert und nicht erst seit dem Januar 1711 war übrigens schon aus Swifts „History of the 4 last years years" V, 62 zu entnehmen. Man hat Swift aber nicht Glauben schenken wollen. Vgl. Macknight, Bolingbroke, S. 176.

gemacht werden dürften. Werde sich dennoch eine Gelegenheit finden, so würde er Gaultier benachrichtigen und ihm den Weg weisen [1])."

Als von Paris hierauf erwidert wurde, warum die Verhandlungen nicht doch direkt mit England geführt werden könnten, und ob nicht Marschall Tallard — der als General in der Blenheimer Schlacht gefangen genommen, seitdem sich in Nottingham aufhalten mußte — als geeignetstes Organ zu diesem Zwecke auf kurze Zeit nach Frankreich kommen dürfte, erklärte Jersey, daß Tallards Reise das Geheimnis verraten würde und wiederholte: die Minister dürften es nicht wagen, selbst Verhandlungen anzuknüpfen und würden darum froh sein, wenn die Holländer sie aufnehmen würden.

Käme es aber erst dahin und würden die Holländer Schwierigkeiten machen, so würde man ohne Rücksicht auf sie abschließen. Frankreich müsse dann aber auch die neue Regierung in England besser behandeln, als sie die alte behandelt haben würde und alle Sicherheiten für den Handel geben [2]).

Was hätte die Harleysche Gruppe auch anderes antworten können, da die Allianz im Herbste 1710 weitere Vorteile errungen hatte und Philipps Niederlage zu Saragossa die Anknüpfung mit Frankreich überhaupt aufzulösen schien.

In ein neues Stadium nun trat die Friedensfrage mit der Niederlage der Verbündeten zu Villaviciosa.

Wer den durch den Ministerwechsel in England veranlaßten Wirren in diesen Anfängen bereits eine Schädigung der Allianz zuschreibt, übersieht, daß trotz derselben Frankreich im September so weit gebracht war, daß eine Mission nach Madrid abgesandt wurde, König Philipp mittelst einer beliebigen Entschädigung zu freiwilligem Verzicht auf die spanische Monarchie zu bewegen [3]).

Trat dann an Stelle völliger Resignation eine ebenso ent-

1) Gaultier an Torcy, 2. September 1710 (Aff. étrang.).

2) Gaultier an Torcy, 3. Oktober 1710 (Aff. étrang.). Vgl. Weber S. 15, 16.

3) Journal de Torcy, p. 256. 257.

schlossene Energie, so war das die Folge des Sieges von Noailles, der, wie Torcy jubelte, König Philipp die Krone auf das Haupt gesetzt hat [1]). Die torystischen Freunde Harleys hatten allerdings schon vor diesem Tage den Gesandten der verbündeten Mächte gegenüber bedenkliche Äußerungen gemacht, welche sogar eine Absicht durchscheinen ließen, Spanien und Indien dem bourbonischen Prinzen zu überlassen [2]), aber nicht die geringste Mitteilung dieser Art war bisher an den französischen Hof gelangt. Erst vom 28. Dezember ist die erste Sendung datiert, welche den Entschluß der Minister kundgiebt, auf veränderter Basis die Verhandlungen mit der französischen Regierung wieder aufzunehmen. Die inhaltsschwere Depesche lautet: „daß man nicht mehr auf Rückgabe der ganzen spanischen Monarchie an das Habsburgische Haus bestehen wolle, und daß, wenn man es thäte, es nur aus Form geschehen würde. So lange der Erzherzog Sieger in Spanien war, hätte man ihm nicht zumuten dürfen, diese Provinz wieder herauszugeben. Anders jetzt, da er sie verloren hätte" [3]).

Nunmehr sollte aber auch die französische Regierung definitive Schritte thun, um die Friedensverhandlungen in Gang zu bringen, und diesem Zwecke diente die Mission Gaultiers nach Paris, die er Anfangs Januar 1711 antrat.

Es soll hier, was Weber über diese Sendung in genügender Ausführung gesagt hat, nicht wiederholt werden; versuchen wir vielmehr eine selbständige Auffassung dieser ersten Schritte torystischer Politik überhaupt zu begründen.

Wiesen wir darauf hin, daß Harley von Anfang an den Frieden erstrebte, daß das Zusammengehen der Allianzmächte mit der Whigpartei denselben erschweren, aber den Wunsch erhöhen mußte, ihn zustande zu bringen, so ergiebt sich uns, daß Harley die französischerseits eröffnete Sonderverhandlung in

1) Journal de Torcy p. 322.

2) Hoffmanns Berichte 28. Juli / 8. August und 1./12. August 1710, Klopp XIII, 461, 462.

3) Gaultier an Torcy, 23. Dezember 1710 (Aff. étrang.). Vgl. Weber S. 18, Anm. 1.

dem Sinne aufgenommen und bis hierher geführt hat, um trotz des Wiederstrebens der Whigs und der Allianzmächte einerseits und trotz der Unlust der französischen Regierung von neuem mit Holland anzuknüpfen, anderseits die Wiedereröffnung von Friedenskonferenzen zu ermöglichen [1].

Hätte also der Staatsrat zu Marly, wie der Kriegsminister Voysin, Kanzler Pont Chartrain und andere es befürworteten [2], kurzweg Gaultiers Vorschläge angenommen, hätte Torcy unter den Garantieen, welche die neuen Minister boten, noch einmal im Haag die Wiederaufnahme der Konferenzen erbeten, so würde die holländische Friedenspartei eine Abweisung nie geduldet haben und die Friedensverhandlungen wären nach Art der Haager und Gertruydemberger zustande gekommen. Die Sonderverhandlung wäre damit aufgehoben gewesen und wäre es später auch nötig geworden, was Harley überdies nicht annahm, separat in London zu konferieren — es sei dies nicht zu fürchten, weil es den Ratspensionär sehr gereue, die Gertruydemberger Konferenzen scheitern gelassen zu haben — [3], so wäre doch immer der Charakter einer allgemeinen Friedenshandlung gewahrt geblieben.

Nun aber weigerte sich die französische Regierung, vorzüglich auf die klugen Einwände des Generalkontroleurs Desmarets hin [4]) Gaultiers Vorschläge anzunehmen — dieser legte dar, wie infolge der bei den Alliierten eingetretenen Zustände, Zwist unter ihnen, Parteiungen in England, Geldmangel, Kreditverlust, Krieg im Norden, die Aussichten für Frankreich nicht nur für den Beginn des Feldzuges, sondern für den ganzen Verlauf desselben gute seien, und eine Nachgiebigkeit den König nur in Nachteil setzen würde — und ließ durch Gaultier antworten: „Man habe vonseiten der Holländer soviel Abneigung gegen den Frieden, so viel Hochmut, so viel Unaufrich-

1) Nicht also zielte Harley von vornherein auf eine Sonderverhandlung mit Frankreich, wie Weber S. 73. 74 ausführt.

2) Journal de Torcy p. 356.

3) Ebendas. p. 355.

4) Ebendas. p. 357.

tigkeit erfahren müssen, daß der König sich wegen einer neuen Unterhandlung nicht mehr an jene wenden könne. Mit England dagegen wolle er eine solche mit Vergnügen beginnen, besonders seitdem das Ministerium dort geändert worden sei ... Lieber aber als von neuem mit den Holländern verhandeln, wolle der König im Vertrauen auf Gottes Hilfe noch einmal das Glück der Waffen versuchen" [1]).

Wollte jetzt die englische Regierung die Verhandlungen nicht ganz aufgeben, so galt es ihrerseits einen Ausweg zu finden, und erst auf diese Alternative hin hat Harley sich zu weiterer Sonderunterhandlung entschließen müssen. War es für die englischen Minister nach wie vor unmöglich, öffentlich die Initiative in der Friedensfrage zu ergreifen, so handelte es sich jetzt darum, wenigstens den Schein zu erwecken, als seien die ersten Propositionen von Frankreich über den Kanal gekommen, um von hier nach Holland übermittelt zu werden [2]).

Die französische Regierung mußte also veranlaßt werden, derartige Propositionen aufzustellen und zwar ganz so, wie sie der englischen Regierung geeignet erschienen, um sie den Staaten vorlegen zu können. Dies erforderte eine schnell zu schließende Intimität, und aus dieser Situation heraus hat sich das weitere Verhältnis der beiden Regierungen zueinander entwickelt.

Das Ziel der englischen Minister wurde nach vielen Schwierigkeiten in der Weise erreicht, daß das Londoner Kabinett die Bedingungen, welche Frankreich anbieten sollte, in sieben Artikeln selbst formulierte und dem französischen Ministerium durch Gaultier zustellen ließ, so daß das bekannte Memorandum Frankreichs vom 22. April 1711, welches als erstes französisches Schriftstück im Berichte der Walpoleschen

1) Weber S. 23.

2) Es galt also vor anderen diese Schwierigkeit zu beseitigen, welche durch Frankreichs Weigerung mit Holland anzuknüpfen, hervorgerufen war und nicht wie Weber (S. 24) ausführt, nur dem Glauben entgegenzutreten, „als ob England den Frieden gesucht und den Allianzvertrag gebrochen habe".

Untersuchungskommission abgedruckt wurde, auf englischen Ursprung zurückgeführt werden muß [1]).

Mit dem Abgang dieser französischen Eingabe nach dem Haag findet die erste Phase der Friedensverhandlungen insofern einen Abschluß, als mit dem Eintreten der Staaten und dem gleichzeitig erfolgenden Tode Kaiser Josephs neue Momente auf die englische Politik wirksam werden, welche in anderer Verbindung eine Betrachtung verdienen.

Bevor wir nun aber den weiteren Gang der auswärtigen Politik des neuen Kurses verfolgen, gilt es der Anlage unserer Arbeit gemäß auf den Zusammenhang der bisher geschilderten Verhältnisse mit dem Bestehen einer englischen Thronfolgefrage hinzuweisen.

1) Weber S. 30—33.

Viertes Kapitel.

Die englischen Parteien und die Thronfolgefrage.

Es ist begreiflich, daß wenn in den bewegten Jahren des Marlborough-Ministeriums jegliches in den Kampf der Parteien hineingezogen wurde, Verfassung und Verwaltung, Kriegführung und Politik, Kirche und Religion, auch die eine Frage, von der im letzten Grunde alles abhing, nicht unberührt geblieben ist: die Thronfolgefrage.

Anfangs hatte ebenso wenig wie betreffs der Kriegserklärung hierüber eine Meinungsverschiedenheit der Parteien bestanden. Als es in König Wilhelms letztem Parlamente gegolten hatte, die Thronfolge zu regeln und der König seine hannoverschen Verwandten in Vorschlag brachte, hatten Whigs und Tories sich nicht nur gleichmäßig mit der hannoverschen Succession einverstanden erklärt, sondern auch mit gleichem Eifer zusammengewirkt, sie zu sichern: die Act of Settlement ist recht und gut ein Werk beider Parteien gewesen.

Nun hätte wohl die Thronfolgefrage überhaupt eine andere Entwickelung genommen, wenn König Wilhelm noch lange genug gelebt hätte, um jene Beschlüsse in Ausführung zu bringen, die er auf Schloß Loo mit dem Herzoge von Zelle besprochen hatte und die zu weiterer Sicherung der Succession neben der Zahlung eines Jahrgeldes an Kurfürstin Sophie, die Residenz Sophiens selbst oder des Kurprinzen Georg August in London bestimmten: Indessen der König starb zuvor. Da dann Königin Anna, wie es in Hannover hieß, sich darauf

beschränkte, höflich kalte Schreiben zu senden und den Namen der Kurfürstin in das sonntägliche Kirchengebet aufnehmen zu lassen [1]), aber, wiewohl sie dem hannoverschen Gesandten versicherte, die gesetzlich geordnete Thronfolge aufrecht erhalten zu wollen [2]), nichts von König Wilhelms Versprechungen wissen wollte, so blieben diese Fragen dem Belieben der Königin und des Parlamentes überlassen, bis auf weiteres offen.

An sie nun knüpfte die Opposition zunächst an, als es galt, nach Wiederausbruch des Parteihaders auch die hannoversche Familie in die englischen Parteiungen hineinzuziehen. Aber nicht etwa, daß von vornherein die Tories, deren äußerstem Flügel sich wirklich die Anhänger der vertriebenen Dynastie angeschlossen hatten, als Gegner und die Whigs als Vertreter der hannoverschen Interessen hätten angesehen werden dürfen. Die Verhältnisse waren so verworren, daß, während ein Whig wie Somers vom französischen Hofe jakobitischer Gesinnung wegen angegangen wurde [3]), torystische Lords wie Rochester und Buckingham mit Kurfürstin Sophie in intime Korrespondenz traten [4]) und im Winter 1705 torystischerseits sogar in allem Ernste die Einladung eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses nach England vorgeschlagen worden ist. Lockhart, ein damaliges Unterhausmitglied, der das Treiben der Parteien scharf beobachtete, bemerkte hierzu in treffenden Worten: Es sei weniger darauf angekommen, w e r König würde, als w e s s e n König [5]).

1) B o d e m a n n, Briefe der Kurfürstin Sophie an die Raugrafen 2c. (Publikat. aus den Königl. preuß. Staatsarchiven 37), S. 229.

2) K l o p p X, 45.

3) Den Beleg bietet ein merkwürdiges Schreiben Torcys an Lord Somers: „Vous pouvez, Mr., assurer vos amis, et on leur tiendra parole, que toutes les propositions qu'ils voudront faire par votre moyen pour le service du Roi d'Angleterre, seront tenus secrètes" 25. April 1703 (Correspondence of Colonel Hooke published by the Roxburghe Club., p. 11).

4) Die Haltung der Kurfürstin wird eingehender in Kap. 12 besprochen.

5) Georg Lockhart an den Herzog von Athol, 15. Oktober 1705 Athol Mss. Rep. of hist. Mss. XII; App. VIII, p. 62. 63.

Besonders bedeutsam für die weitere Haltung der Parteien ist aber die Verknüpfung der Thronfolgefrage mit Englands auswärtiger Politik und der spanischen Erbschaftsangelegenheit geworden.

Nichts war vom französischen Standpunkte aus folgerichtiger gewesen, als daß König Ludwig, da der Krieg ohnedem ihm unvermeidlich erschienen war [1]), die Sache der Stuarts durch Anerkennung des Sohnes Jakobs II. als König von England zur seinen gemacht hatte. In die Allianzurkunde war darauf hin — sogar auf torystische Anregung — jene Klausel aufgenommen worden, welche die Allianzmächte zu Garanten der protestantischen Thronfolge in England machte und hiermit also den Krieg, wie der vorhergehende es gewesen, zu einem europäischen aber zugleich auch inneren englischen stempelte [2]). Im Verlaufe des Krieges war dieser Doppelcharakter wenig hervorgetreten, da doch jeder Sieg der Allianzmächte zugleich eine neue Bürgschaft für die Thronfolge schuf. Mit Beginn der Friedensverhandlungen machte er sich nun geltend und kam in der Frage zum Ausdruck: ob nicht die Partei, welche wie die Whigs den Krieg bis zu völliger Niederwerfung der Bourbonen und Eroberung der gesamten spanischen Monarchie weiter zu führen wünschte, das hannoversche Haus besser verträte als die, welche wie die Tories einen Frieden befürwortete, der der französischen Regierung freie Hand lassen müßte, sich den Stuartschen Interessen ungehindert zu widmen.

Und von hier aus war dann nur noch ein Schritt zu dem Verdachte, daß ein Ministerium, welches gleichwohl einen Frankreich günstigen Frieden einginge, ihn nur in der Absicht einleiten könne, die Restauration des Pretendenten vorzubereiten.

1) Schon am 16. März 1701 schreibt König Ludwig an Tallard: „Après la communication du mémoire des Etats Généraux et celle de la prétendue lettre de Melfort, vous avez raison de regarder la guerre comme certaine“ (Aff. étrang.).

2) Auf diesen Zusammenhang hat zuerst Klopp hingewiesen, ihn aber im Verlaufe seiner Darstellung mehr und mehr aus dem Auge verloren.

Auf dieser eigenen Verkettung beruht es, daß jetzt die Whigs um ein torystisches Friedenswerk zu hintertreiben, sich dem hannoverschen Hofe, die Tory-Minister, um es durchzusetzen, sich dem Stuartschen Hause genähert haben. Wir werden im einzelnen entwickeln, in welcher Weise diese Gruppierung zustande gekommen ist.

Ganz abgesehen von ihren sonstigen Tendenzen und der Haltung des Kurfürstlichen Hofes zur Thronfolgefrage besaßen seit langem die Whigs als die eigentlich kriegführende Partei die Sympathieen Georg Ludwigs, des regierenden Kurfürsten von Hannover. Seitdem dieser die kurfürstliche Würde, das Ziel seiner Wünsche als Mitglied jener großen Koalition von Wilhelm III., dem Kaiser und den Staaten gegen Ludwig XIV. erreicht hatte, und in diesem Kriege von neuem bewiesen war, daß ein Kampf gegen die Bourbonen ihm nicht allein Gelegenheit bot, seine Pflichten als Reichsfürst zu erfüllen, sondern auch als Landesherr seine Interessen wahrzunehmen, lebte und webte er in dem Gedanken der Zurückdrängung französischer Übermacht. Als also im Jahre 1706 zum erstenmale von einem Frieden gesprochen wurde, der Spanien den Bourbonen lassen sollte, hatte er energisch dagegen Einspruch erhoben [1]). Dazu war er mit Leib und Seele Soldat: Sein Stolz war, daß hannoversche Truppen an dem Siege bei Blenheim einen Anteil gehabt hatten, und ein nicht geringer Beweis seines persönlichen Interesses an den militärischen Operationen war die Übernahme des Kommandos der Rheinarmee im Juli 1707.

Von der Succession war bis dahin kurfürstlicherseits nicht viel die Rede. Was diese beträfe wiederholte er nur stets, verlasse er sich ganz auf die Königin [2]).

Die Whigs hatten dann aber auch nichts versäumt, diese günstigen Gesinnungen zu pflegen und ihrerseits mit beson-

1) Der Kurfürst an Marlborough, 14. Dezember 1706 Macpherson II, 73.

2) Berichte Howes aus Hannover im November u. Dezember 1705 (Rec. off. Regencies no. 4).

derem Hinweis auf die Succession bei jedem Ergebnis innerer wie auswärtiger Politik die Gemeinschaft ihrer Interessen mit denen des kurfürstlichen Hauses zu betonen. Es war sogar unrecht, daß der hannoversche Hof das vorzüglich whiggistischer Arbeit zu verdankende Zustandekommen der englisch-schottischen Realunion mit geringer Aufmerksamkeit verfolgte [1]: erst diese Einigung der beiden Reiche, deren sich die Whigs dem Kurfürsten gegenüber mit Recht rühmten, hat es ermöglicht, dem Sohne Jakobs II. ebenfalls sein nordbritannisches Erbe unwiderruflich zu entziehen. Teilnehmender zeigte sich der Kurfürst dem Verlaufe der Barriereverhandlungen gegenüber, deren Ergebnis bekanntlich war, daß die Generalstaaten die hannoversche Succession garantierten und sie sogar mit ihren Waffen zu verfechten versprachen; er stand darüber mit Lord Halifax, der vielfach mit den holländischen Behörden unterhandelte, in fleißiger Korrespondenz [2].

Und auch an Maßregeln, die sich direkt auf die Sicherung der Succession bezogen, hatte es die Whigpartei nicht fehlen lassen und den damals gleichzeitig mit dem hannoverschen Hofe liebäugelnden Tories auch hier den Rang abgelaufen. Geschickt die peinliche Situation ausnützend, welche durch die von torystischer Seite geplante Einladung der Kurfürstin nach England geschaffen war, war es ihnen gelungen auf Somers' Vorschläge hin, Succession und Naturalisation der Frau Kurfürstin und ihrer protestantischen Nachkommen in drei weiteren Statuten zu begründen, welche mit allem urkundlichen Gepräge ausgefertigt nach Hannover abgesandt wurden. Erst auf Grund der Act of Security durfte jetzt die Kurfürstin die wichtige Urkunde ausfertigen lassen, welche für den Fall eines plötzlichen Ablebens der Königin die Namen von neunzehn englischen Peers enthielt, die als Lord-Oberrichter bis zum Erscheinen des neuen Souveräns die Regentschaft führen sollten. Wohl versiegelt unter der Überschrift: „Unmittelbar nach dem

1) Hierüber auch eine Äußerung der Kurfürstin an Leibniz, Werke von Leibniz ed. Klopp IX, 258.

2) Stowe Mss. Hannover Papers Vol. 1 u. 2 (Br. Mus.).

Ableben Königin Annas zu eröffnen", befand sich das Instrument fortan in Verwahrung des kurfürstlichen Residenten in London [1]). Mit diesen Akten hatte sich auch der Kurfürst einverstanden erklärt. Er sagte darüber zu seinen Räten, die sie ihm zur Annahme vorlegten, daß, wenn gleich er für sich nicht an die Krone denke, da er älter sei als die Königin, er doch nicht so wenig seiner Nachkommen eingedenk sei, als daß er eine so günstige Gelegenheit vernachlässigen werde, ihnen das zu sichern, was ihnen so viel Ehren und Vorteile bringen könne [2]).

Hätte es dann noch eines persönlichen Vermittlers zwischen den Whigs und Hannover bedurft, so wäre derselbe in Marlborough gefunden gewesen. Nicht als Politiker und Whig, sondern als Feldherr und Kriegsgenosse hatte dieser die Freundschaft des Kurfürsten erworben, aber seitdem besaß er in allen Fragen das vollste Vertrauen des hohen Herrn. Kein Engländer war in Herrenhausen lieber gesehen als er. Die Kurfürstin fand, daß er als General und Hofmann gleich schätzenswert sei [3]).

Diese Momente dürften genügen, um begreiflich zu machen, daß, als die Whigs sich durch das kühne Emporstreben Harleys und seiner Gruppe bedroht sahen, sie die Berechtigung fühlten, ihre Blicke Hannover zuzuwenden, ja daß Sunderland eine Annäherung an das kurfürstliche Haus vor allem empfahl und geradezu den Kurfürsten als ihrer aller Rettungsanker bezeichnete. Wie hätte der Kurfürst sie abweisen mögen, um so mehr als von den neuen Ministern selbst ein Anlaß geboten zu werden schien, welcher eine sofortige Stellungnahme von seiner Seite erfordern mußte.

Schon nach Sunderlands Fall hatte gleich dem Kaiser und den Staaten, der Kurfürst den Wunsch ausgesprochen, daß

1) Schaumann, Gesch. der Erwerbung der Krone Großbritannien durch das Haus Hannover, S. 57.

2) Halifax an Godolphin, Hannover 8. Juni 1706 (Morrison Mss. Br. Mus.).

3) „Je n'ai jamais vu un homme plus aisé".

die Königin keine weiteren Änderungen vornehmen möge, aber Königin Anna war über dieses Schreiben mit Stillschweigen hinweggegangen. Nun hieß es nach Godolphins Entlassung, wie wir bereits erwähnten, daß die neuen Räte Annas nicht nur eine außerordentliche Gesandtschaft nach Hannover entsenden würden, um ihre Schritte zu rechtfertigen, sondern auch, um im Namen der Königin dem Kurfürsten an Marlboroughs Stelle das Kommando der Truppen anzubieten, und die Kunde wurde whiggistischerseits umgehend nach Hannover übermittelt. Sofort war der Entschluß des Kurfürsten gefaßt: Noch bevor der Earl Rivers eintraf, ließ er eine Antwort auf einen solchen Vorschlag entwerfen, welche auf Marlboroughs Eifer für die gemeinsame Sache und sein bei den Alliierten erworbenes Vertrauen hinweisend, den Gesandten abschlägig beschied. Und noch mehr: Als Rivers eingetroffen war, ohne die heikle Frage auch nur zu berühren, war der Kurfürst der erste, welcher Marlborough und den Whigs hiervon als einer willkommenen Mitteilung Nachricht geben ließ. Nicht richtig ist, daß er, wie angenommen worden ist, den Gesandten in dem eigentlichen Zwecke seiner Mission unbefriedigt gelassen hat [1]). Auf die Versicherungen, die Rivers in Harleys und seiner Freunde Auftrage brachte, daß alles, was geschehen sei, nur dazu diene, ein engeres Einvernehmen zwischen beiden Höfen herzustellen, erhielt er zur Antwort, daß der Kurfürst sich völlig auf die Weisheit der Königin verlasse — die großen Dinge, welche ihre Majestät bisher für das Gemeinwohl, für die Ehre der britischen Nation und für die Befestigung der protestantischen Succession verrichtet habe, gestatteten keinen Zweifel betreffs desjenigen, was sie in Zukunft vollbringen werde, Raum zu geben — und das war alles, was die englischen Minister erwarten konnten [2]).

1) Das behauptet Klopp XIII, 491.

2) Die einschlägigen Aktenstücke bei Pauli, Zeitschrift des historischen Vereins für Nieder-Sachsen 1883, S. 7—10 und Klopp XIII, 483 u. 554.

Weiter noch ist der Kurfürst nicht gegangen, aber eine Erkenntnis der Gemeinsamkeit hannoverscher und whiggistischer Interessen ist doch bereits zu beobachten. Dazu tritt aus seinem Verhalten hervor, daß nicht der Gesichtspunkt der Succession für ihn zunächst der vorherrschende war, sondern daß die mit den Whigs gemeinsame Tendenz in der auswärtigen Politik ihn leitete. So hing es von der Entwickelung der auswärtigen Verhältnisse ab, wohin dieses Einvernehmen weiterhin führen würde.

Sehen wir nun, wie, dem Verhältnisse der Whigs zu dem hannoverschen Hofe entsprechend, sich die Annäherung der neuen Minister an das Stuartsche Haus vollzogen hat.

Jerseys Unterredungen in London mit Gaultier, wie wir sie den französischen Akten entnehmen, geben hierüber Aufschlüsse, die um so merkwürdiger sind, als sie mit unserer bisherigen Schilderung Harleyscher Bestrebungen offen in Widerspruch stehen.

In einem Anfangs Oktober geführten Gespräche, in welchem Jersey sich überhaupt eingehender über die Absichten der neuen Minister geäußert hatte, berührte er die Successionsangelegenheit zum erstenmal und machte hierüber folgende Eröffnung: Die Königin hege warme Gefühle für den Pretendenten, betrachte ihn wie ihr Kind und lasse das, was geschähe, zum großen Teile für ihn geschehen. Von ihren Ministern arbeiteten neben ihm Harley und Shrewsbury für den jungen König und wollten sich bemühen, das Verlorene ihm zurückzuerstatten [1]); allerdings ergänzte er vorsichtig, erst nach dem Tode der Königin [2]). Hierzu meldete er wenig später: Im Interesse des Pretendenten sei bereits ein Plan entworfen, dem der Erfolg nicht fehlen könne und welcher durch Gaultier dem französischen Hofe zugestellt werden würde. Auch drückte er den Wunsch aus, der Pretendent möge benachrichtigt

1) Gaultier an Torcy, 3. Oktober 1710; Stanhope, Reign of Queen Anne, p. 470; Weber S. 16, Anm. 1.

2) Gaultier an Torcy, 7. Oktober (Aff. étrang.).

werden, daß man an ihn denke [1]). Dann verlautete eine Zeit lang nichts über weitere Schritte in dieser Frage, weil die ersten Friedensverhandlungen im Winter 1710/11 die ganze Aufmerksamkeit beider Regierungen beanspruchten. Nur hatte Gaultier in Paris zu versichern, daß Jersey zum Friedenskongresse entsandt werden würde, mit einer Instruktion, welche die Aufnahme eines Artikels in dem Friedenstraktat zugunsten der Stuartschen Nachfolge bestimmen werde [2]), und nach London zurückgekehrt, wiederholte er im Namen der Minister: Die Königin wünsche den Frieden zu ihrer Ruhe und zum Vorteile des Pretendenten [3]).

Als dann Gaultier aber im April abermals nach Paris ging, erhielt er mit seinen die Friedensfrage betreffenden Aufträgen an die französische Regierung zugleich eine Mission an den jungen König: persönlich aufsuchen sollte er ihn indessen nur dann, wenn Königin Marie, deren Indiskretion man besorgte, nichts zu erfahren brauchte. Das war nach Torcys Ansicht undurchführbar. So wandte sich Gaultier durch seine Vermittelung an Marschall Berwick, den Sohn Jakobs II. und Arabella Churchills — also den natürlichen Bruder des Pretendenten — und eröffnete diesem, daß er den Auftrag habe, den jungen König der guten Gesinnungen Jerseys und seiner Freunde zu versichern und über die Stuartschen Angelegenheiten zu beraten. Die Bedingungen seien, daß Königin Anna die Krone für ihre Lebenszeit behalte und König Jakob für die Erhaltung der anglikanischen Religion und der englischen Freiheiten genügende Bürgschaften gebe. Zweimal trafen Gaultier und Berwick zusammen. Zu einem rechten Ergebnisse kam es aber nicht, da Gaultier zu erklären hatte, daß vor allen Dingen Frieden gemacht sein müsse, ohne welchen das Ministerium nicht wagen würde, sich mit einer so heiklen Sache zu befassen [4]).

1) Gaultier an Torcy, 2. Dezember u. 28. Dezember (Aff. étrang.) u. Stanhope S. 471.

2) Journal de Torcy p. 352.

3) Gaultier an Torcy, 20. Februar 1711 (Aff. étrang.).

4) „Mémoires de Berwick“ II, 126; Journal de Torcy p. 426.

So fanden diese Verhandlungen einen vorläufigen Abschluß. Als Trost verlautete dann noch, daß die Königin und Harley die Sache des Pretendenten selbst in die Hand nehmen würden [1]), aber die Warnung folgte darauf, daß, wenn der Pretendent etwa der Königin zu schreiben gedächte, es unterbleiben müsse. Das würden die Minister nicht zugeben [2]).

Auf diese Weise war die Verbindung zwischen dem neuen Ministerium und der vertriebenen Dynastie eingeleitet.

Fragen wir, inwiefern sie, da es sich in diesen Unterredungen doch ausschließlich um die Succession handelt, die Minister in ihrem Friedenswerke zu fördern vermocht hat, so ist das auf Jerseys Versprechungen hin in folgender Hinsicht möglich gewesen: Hatte Harley, um das Friedenswerk in Gang zu bringen, da wie gesagt nur schon der Wunsch nach Frieden den Verdacht jakobitischer Gesinnung hervorrief, nichts mehr zu besorgen, als ein unzeitiges Agitieren der Jakobiten oder gar ein abermaliges Hervortreten des Pretendenten selbst, so wurde von jetzt ab beides unterlassen.

Es hat der Stuartsche Hof, der bis dahin noch wiederholt den Plan einer Königsfahrt nach Schottland beraten hatte, sogar bevor noch die beteiligten Personen Genaues über Jerseys Mitteilungen erfahren hatten, dem an ihn gerichteten Wunsche, sich ruhig zu verhalten, Folge geleistet und auf die Zukunft pochend jeden Schritt, der auch nur den Verdacht einer erneuten schottischen Expedition hätte hervorrufen können, sorgsam vermieden [3]). Und überdies: er hat den Jakobiten

---

Gaultier hat den Pretendenten also nicht persönlich gesprochen, wie es in den Memoiren Berwicks steht.

1) Gaultier an Torcy, 22. Mai 1711 (Aff. étrang.).

2) Ders. an dens., 16. Juni 1711 (Aff. étrang.).

3) Ders. an dens., 19. Mai 1711: „Notre ami Montgoulin a extrêmement plû à ses parents en différant son voyage et ils m'ont dit qu'il ne se repentirait pas d'avoir eu cette complaisance pour eux et qu'ils étaient persuadés qu'il ne prendrait jamais de fausses mesures tant qu'il suivait nos bons conseils et nos avis salutaires ... Si mon cousin ne passe point en Normandie ni en Bretagne je crois qu'il gagnera sa cause et le coeur de notre

im englischen Parlamente die Ordre zugehen lassen, in der beginnenden parlamentarischen Session, in welcher der Boden für die Friedenspolitik des Ministeriums vorzubereiten war, geschlossen für die Regierung zu stimmen [1]).

So weit über die Stellung, in welche einerseits die Whigpartei, anderseits das Ministerium in Hinblick auf das Friedenswerk zu den beiden um den Thron rivalisierenden Familien getreten sind.

Hier aber schließt sich noch eine Untersuchung von selbständiger Bedeutung an: Sind Jerseys Äußerungen, wie es kürzlich noch mit großer Bestimmtheit versichert worden ist, wirklich nur unter dem eben entwickelten Gesichtspunkte zu fassen, daß es der Königin und ihren Ministern daran gelegen gewesen sei, die Stuartsche Familie dem Friedensinteresse dienstbar zu machen, ohne daß es ihre Absicht gewesen wäre, die gegebenen Versprechungen zu erfüllen [2]), oder läßt sich thatsächlich ein Umschwung zugunsten der Stuarts nachweisen, welcher dieser Gruppierung dann noch eine ganz andere Wichtigkeit geben würde?

Man möchte zunächst antworten, daß ein auf den Wogen der Sacheverellschen Bewegung emporgetragenes Ministerium auf die Berücksichtigung des jakobitischen Elements in der englischen Nation geradezu hätte hingewiesen werden müssen, und jedenfalls ist die jakobitische Färbung dieses Prozesses, die er durch eigenes Verschulden der Whigs erhalten hatte — denn, daß er von toryſtischer Seite in irgendwelcher Absicht für den Pretendenten geführt worden sei, hatten selbst die heißblütigsten Whigs nicht behaupten können — besonders zu vermerken [3]).

bonne Tante" (Aff. étrang.). Im gleichen Sinne die Schreiben vom 15. Mai und 2. Juni. Selbst Middelton durfte den Pretendenten nicht auf seiner Reise begleiten, damit nicht der Verdacht erweckt werden könnte, daß der Prinz sich nach Schottland begeben wolle.

1) Macpherson II, 222.

2) Weber S. 16. 74.

3) Das Folgende nach einem Schreiben Maynwarings an die Herzogin von Marlborough, Dez. 1710, Private Corr. of Sarah, Duchess of Marlb. II, 19sqq.

Einer der wesentlichen Gründe, welcher die Nation so einmütig in die Revolution getrieben hatte, war die angenommene Illegitimität des Pretendenten gewesen, und gleichviel was die oberen Schichten darüber gedacht haben mochten, die große Masse hatte streng an dieser Ansicht festgehalten. Konnte nun die Basis, auf welcher die Revolution ihr Recht gründete, stärker erschüttert werden, als durch das Bemühen, das Volk von diesem Glauben zu befreien, und würden die Tories dies versucht haben, welch' triftigerer Grund hätte gefunden werden können, sie für Jakobiten zu erklären? Da waren es die Whigs gewesen, welche die Theorie der Legitimität verbreitet, sie frei und offen in Westminster-Hall verkündet und behauptet hatten, daß das Erbrecht in dem Prätendenten beruhe. Hatte sich das englische Volk wie die an die Königin gerichteten Adressen kundgaben, hierüber mehr wie über alles andere erregt und waren Tausende bekehrt worden, so durfte es doch fraglich sein, ob nicht diese Bewegung überhaupt zuletzt zugunsten des Prätendenten enden würde.

Nun aber hat Harley sich hierdurch nicht bestimmen lassen. Wir konnten vielmehr beobachten, wie er sich bemüht hat, whiggistische Führer für seine Verwaltung zu gewinnen, und da er die ultratoryſtischen und jakobitischen Mitglieder seines Kabinetts dann nur in letzter Stunde der Not gehorchend, aufnahm, so wäre es doch wohl unmöglich, ihn, Jerseys Worten folgend, als einen Jakobiten von Rochesters oder Buckinghams Schlage hinzustellen.

Was also ihn betrifft, so schließen wir uns für den Anfang der herrschenden Auffassung an, daß Harley aus parlamentarischen und taktischen Gründen den Anschluß an den Stuart-Hof genehmigt, aber es für seine Person im übrigen nicht ernst gemeint hat.

Teilen wir sie nicht ganz, und meinen wir, daß Jerseys Worte einen wahren Kern enthalten, so berufen wir uns auf die Haltung der Königin.

Ist Anna, wie man es in Hannover empfand und erwi-

derte [1]), gewiß von lange her keine Freundin der kurfürstlichen Familie gewesen — ihre Antipathie mag vielleicht bis auf jene Zeit zurückzuführen sein, wo Georg Ludwig als Kurprinz zum Zwecke einer Vermählung mit einer englischen Prinzessin nach London entsandt, die Hand Prinzessin Annas auf seiner Mutter Wunsch kühl abgewiesen hatte — [2]), so lassen sich doch vor Beginn des Ministerwechsels ebenso wenig Beweise ihrer Sympathieen für ihren Bruder Jakob finden. Man darf sogar sagen, daß sie diesem von seiner Geburt an als Feindin entgegengetreten ist, indem sie, anstatt das Gerücht, daß der junge Prinz in mysteriöser Weise geboren und untergeschoben sei, entrüstet zurückzuweisen, wie sie es wohl auf Grund der ihr zugegangenen Nachrichten konnte, das Ihrige that, ihre Schwester, die Prinzessin von Oranien in diesem Glauben zu bestärken. Ist es dann allerdings wahr, daß Anna sich mit König Wilhelm darüber entzweit hat, daß sie ein von ihrem Vater an sie gerichtetes Schreiben, welches den Prinzen ihrem Schutze empfahl, dem Könige nicht hat vorzeigen wollen [3]), so ist anderseits wiederum in den folgenden langen Jahren auch in traulichen Stunden nie auch nur ein Wort des Mitgefühls der Königin für ihren Bruder vernommen worden.

Betonte Anna hier und dort einer whiggistischen Meinungsäußerung der Herzogin von Marlborough gegenüber ihre torystische Gesinnung, so schied sie scharf zwischen Tory und Jakobit. Sie sehe nicht ein, warum man eine Partei ohne deren Mitwirkung weder die Revolution noch die Succession zustande gekommen wären, durchgängig mit dem Namen Jakobiten brandmarken solle. Sie leugne nicht, daß einige für den Prinz von Wales seien, aber sie halte ihre Zahl für gering und glaube sagen zu dürfen, daß unendlich viele, die man Jakobiten nenne, die jakobitischen Prinzipien nicht weniger

1) Dartmouth Note bei Burnet IV, 197.

2) Spanheims „Portrait de la Cour d'Angleterre" (1704); Engl. Hist. Rev. 1887, p. 757 sqq. Sophie war gegen die Heirat und nicht dafür, wie Ward (Engl. Hist. Rev. I, 481) meint.

3) Spanheims Bericht, ebendaselbst.

verabscheuten als die Herzogin [1]). Was aber die Jakobiten betraf, so lautete ihr Urteil hart genug: Sie empfinde es sehr wohl, daß diese Leute immer Absichten gegen sie haben würden, weil, so lange der junge Mann in Frankreich lebe, beständig Verschwörungen gegen ihre Krone und ihr Leben befürchtet werden müßten. Und ergänzend fügte die Herzogin auf die Rückseite des diese Äußerung enthaltenden Schreibens der Königin hinzu: Ich konnte nie beobachten, daß sie irgendwelche Skrupel darüber empfand, daß sie die Krone trage, noch irgendwelche Neigung für die, welche in jakobitischem Interesse waren, obgleich sie die Tories immer liebte, weil sie meinte, diese wären für sie und gegen ihren Bruder [2]).

Nun meinen wir aber, daß die Entfremdung der Königin von der Herzogin, dann der Tod Prinz Georgs, der gleichfalls stets den Jakobiten abhold gewesen war, und die Vereinsamung, in der die Königin sich seitdem befand, sie zu tieferem Nachdenken über das Verhältnis zu ihrem Bruder veranlaßt haben mögen und daß hieraus psychologisch der Eindruck zu erklären ist, den die Sacheverellsche Bewegung zweifellos in dem Sinne einer Annäherung an die Stuartsche Sache auf sie gemacht hat.

Sah man sie nicht weinen, sobald von dem Tode ihres Großvaters und den Unglücksfällen ihres Vaters die Rede war [3])? Trat sie seitdem nicht in beinahe täglichen Verkehr mit Rochester und anderen, die sie lange gemieden und die

1) Königin Anna an die Herzogin von Marlborough (Blenheim Mss. Rep. of hist. Mss. VIII. Part. I, p. 53).

2) Ebendaselbst S. 52; hier auch noch ein Schreiben der Königin vom 21. Mai (1707?): „I do not all doubt of the malice of my ennemies, and shall never be surprised to hear of plots sither against my government and myself, for it is what I exspect all my days from the joung man in France and those of his religion."

3) Gaultiers Bericht vom 18. März 1710: „On remarque que la Reine est très-triste, depuis que ce procès a été mis sur le tapis et que souvent elle verse des larmes, surtont quand elle entend parler du Martyre de son grand père et des malheurs qui sont arrivés à son père" (Aff. étrang.).

dem Stuartschen Hause nahestanden? Empfing sie nicht Lockhart, der ihr eine jakobitische Adresse überreichte mit sichtlicher Genugthuung [1])? Und erkannte sie nicht überdies, welche Sympathieen das Stuartsche Haus noch im Volke besaß, und wie sie sich geirrt hatte, die Zahl der Jakobiten so gering zu schätzen? Kam nun zu alledem vor anderem ihr Sehnen nach Frieden und sah sie den hannoverschen Hof gegen die ihn vorbereitenden Maßregeln in Verbindung mit der Whigpartei Stellung nehmen, so glauben wir behaupten zu können, daß die Königin von all diesen Momenten beeinflußt, damals thatsächlich bestimmt worden sei, die Nachfolge ihres Bruders bedingungsweise in Erwägung zu ziehen. Gewiß nun aber nicht, daß sie ihre Ansicht in einem so delikaten Punkte so klar geäußert hat, wie man es Gaultiers Berichten entnehmen möchte, wie ja auch in der uns erhaltenen Korrespondenz der Königin mit Harley der Name des Prätendenten nicht erwähnt wird [2]). Was wir annehmen, ist, daß die Veränderung in ihrer Gesinnung zunächst nur durch gewisse Symptome bekannt geworden ist, aber genug erkannt war, um von Harley zu politischen Zwecken ausgenutzt werden zu können und um bei Jersey, Rochester und den Jakobiten wirklich Hoffnungen auf die Restauration des Stuartschen Hauses zu erwecken.

Fragt man nun, unter welchen Bedingungen die Königin die Nachfolge ihres Bruders für möglich gehalten hat, so war es neben dem von Gaultier an Berwick geäußerten Verlangen die Forderung seines Übertritts zur anglikanischen Staatskirche.

Schon in einer seiner ersten Unterredungen hatte Jersey angedeutet, daß die Zurückführung des Pretendenten keine Schwierigkeiten machen würde, wenn er den Glauben der Minister teilte [3]). Darauf kam Jersey vor Gaultiers zweiter

1) Lockhart Papers I, 317.

2) Das hat mir der Marquis of Bath, der Besitzer dieser Handschriften, brieflich versichert.

3) „s'il pensait comme eux, il n'y aurait point de difficulté à

Reise noch einmal zurück: Die Königin scheine geneigt, den Prinzen als ihren Sohn zu betrachten. Diese Neigung gründe sich auf die Annahme, daß er, wie es in einer gedruckten und in seinem Namen in Schottland veröffentlichten Proklamation heiße, geneigt sei, sich der Religion des Landes anzuschließen. Sei dies wahr, sagte Jersey, so würde ganz England für ihn sein [2]).

So ist also das Resultat unserer Erörterungen folgendes: Ist auch weder Harleys Ministerium in irgendwelcher Verbindung mit dem Stuartschen Hause begründet, noch das Friedenswerk im Hinblick auf Stuartsche Interessen eingeleitet worden, so ist doch gleichzeitig mit diesen Ereignissen und unter ihrem Einflusse eine Veränderung in der Gesinnung der Königin hervorgetreten, welche der Stuartschen Dynastie in der That neue Aussichten eröffnen mußte. Ergiebt sich daraus, wieviel für den Pretendenten darauf ankam, unter welchen Einflüssen die Königin blieb, so tritt hiermit deutlich die Verkettung der Thronfolgeangelegenheit mit dem weiteren Verlaufe der inneren wie auswärtigen Verwickelungen zutage.

---

lui rendre, ce qui lui appartient" (Gaultiers Bericht 7. Okt. 1710; Aff. étrang); auch bei Stanhope S. 470.

2) Rapport fait verbalement par Gaultier, à Marly le 16. avril 1711 (Aff. étrang.).

Fünftes Kapitel.

Die erste Session des neuen Parlaments.

(November 1710 bis Juni 1711.)

Einen tiefen Sinn bargen die Worte, mit denen der Herzog von Beaufort die Königin zu ihrem neuen Ministerium beglückwünschte: Jetzt sei sie Königin. So erschien es in der That, und in jeder Weise glaubte man zu verspüren, wie sehr die veränderte Situation sie beglückte.

Königin Anna trat jetzt in ihr fünfundvierzigstes Lebensjahr, und die Jahre waren nicht spurlos an ihr vorübergegangen [1]). Besonders hatten Sorgen und Kummer dem sonnigen frischen Gesichte, das man an der jungen Königin gekannt hatte, einen mürrischen und fast verdrossenen Ausdruck gegeben, und infolge häufiger Gichtanfälle an Hand und Knie, die sie an der nötigen Bewegung hinderten, war sie unförmlich stark und dabei schwerfällig und ungelenk geworden. Jetzt war es nun aber, als ob ihr Glück auch auf ihr körperliches Befinden einen wohlthätigen Einfluß ausübte. Ihre Augen, durch das Weinen getrübt und verschleiert, erhielten wieder den Glanz früherer glücklicher Tage, ihre Bewegungen erschienen gelenkiger, ihr ganzes Wesen energischer und teilnahmsvoller. Allerdings hielten die Gichtanfälle an,

1) Das Folgende nach Gesandtschaftsberichten und Mitteilungen Swifts.

aber man hoffte, daß die Gicht die schlechten Säfte aufzehren und ihr also noch ein langes Leben bevorstehen würde. Welch' anderes Treiben herrschte jetzt auch in der Umgebung der Königin, und wie füllten sich die seit langem so stillen Räume von St. James von neuem. Die Königin, in bescheidenen Verhältnissen erzogen, einfach in ihrer Lebensweise und Kleidung, hatte nie die Entfaltung eines glänzenden Hofstaates geliebt, aber die Zurückgezogenheit, in der sie seit dem Tode ihres Gemahls gelebt, und welche sich zu einer völligen Absperrung von aller Welt ausgebildet hatte, entsprach ihren eigentlichen Neigungen doch auch nicht. Wie sie stets für das Wohl ihres Volkes sich sorgte, und von diesem mit bestem Grunde als die „gute Königin" bezeichnet worden ist, so freute es sie, sich ihren Unterthanen zu zeigen und gewissermaßen persönlich mit ihnen zu verkehren. Wer nun zuvor in den Zimmern der Herzogin von Marlborough hatte Halt machen müssen, der gelangte jetzt vor die Stufen des Königlichen Thrones selbst. Auch die Drawing-Rooms der Königin wurden wieder geöffnet und ein Tag in der Woche festgesetzt, an welchem die Minister und die in London accreditierten Gesandten regelmäßig von der Königin empfangen werden sollten.

Die Königin schwelgte geradezu in ihrer Unabhängigkeit, und bis zum Mißtrauen eifersüchtig sie sich zu wahren, bereitete sie ihren neuen Ministern oft wesentliche Schwierigkeiten. Selbst Harley, dem sie doch alles verdankte, mußte manchesmal erfahren, daß sie etwas abschlug, nur um abzuschlagen und die Selbständigkeit ihres Willens zu betonen.

Ob es so bleiben würde, hing nun doch nicht von ihr, sondern auch weiterhin von Harleys Gelingen ab, und also um so besser, daß auch er der beginnenden Parlamentssession nicht ohne Zuversicht entgegensah. Nicht, daß er es für möglich gehalten hätte, der torystischen Strömung, wie sie in so elementarer Weise bei den Wahlen hervorgetreten war und seinem Schema bedrohlich erscheinen mußte Halt zu gebieten — Lord Haversham sagte ganz richtig, das hieße das Themse-

wasser bei Londonbridge mit seinem Daumen zurückhalten wollen [1]) —, aber er hoffte, doch nach wie vor die Mittel zu finden, um seinerseits nicht getrieben zu werden, sondern den Strom zu lenken und allmählich seinen Zielen entgegenzuführen. Harley gehörte eben nicht zu den Staatsmännern, die es für eine ihrer größten Pflichten halten, unter allen Umständen und unbekümmert um alle Folgen, keine anderen Hoffnungen zu erwecken als die, welche sie zu verwirklichen sich geneigt und befähigt fühlen [2]). Gelang es ihm nur, durch Versprechungen die extremen Elemente, die im Kabinett und Parlament eine Vertretung gefunden hatten, bis daß seine Stellung befestigt war, hinzuhalten, so meinte er, daß diese dann von selbst schon sich in die gegebenen Verhältnisse hineinfinden würden. Was ihm dabei besonders zustatten kam, war, daß sein erster und fähigster Mitarbeiter, der Staatssekretär Henry St. John, gleichfalls kein bestimmtes Parteiideal verfolgte, sondern, wie er es selbst gesagt hat, in die Regierung eingetreten war, um Minister zu werden und sich als solcher zu behaupten [3]).

St. John aus der Verbindung zweier, mit den angesehensten Familien des angelsächsischen und normannischen Adels verwandten Linien seines Hauses, den St. Johns von Battersea und den St. Johns von Bletsoe entsprossen, war als einstmaliger Günstling Marlboroughs, unter dem er das Kriegssekretariat im Jahre 1704 erhalten hatte, und als Anhänger Harleys, mit dem er gleichzeitig im Frühjahr 1708 aus dem Ministerium ausgetreten war, bereits vor seiner jetzigen Anstellung in weiteren Kreisen bekannt. Mehr aber noch als von seinem staatsmännischen Wirken sprach man von ihm als Menschen. Eine stattliche, imposante Erscheinung, seine Gesichtszüge von klassischer Regelmäßigkeit, eine hohe intelligente Stirn, eine scharf hervorspringende Nase, feurige Augen,

1) The Wentworth Papers ed. Cartwright (London 1883), p. 150.

2) Ich denke hier an eine Äußerung Gladstones.

3) Von darstellenden Werken über Bolingbroke habe ich die Arbeiten von Macknight (1863), Brosch (1883), Harrop (1884) und Hassall (1889) durchgesehen.

und wie in seinem Aussehen klug und anziehend, in seinem Wesen liebenswürdig und gewinnend, das war St. John, wie er dem englischen Publikum im Jahre 1710 erschien. Dabei ein Mann, der angesehene Stellen trotz seines jugendlichen Alters eingenommen, der, wenngleich er vor anderen das lustige Treiben in der Hauptstadt mitgemacht, das Leben hinter den Büchern nicht minder gründlich kennen gelernt hatte und dessen Leitstern nun der tiefempfundene Wunsch war, es in seinem Leben zu noch Höherem zu bringen.

Nur die Schattenseiten St. Johns, der jedem als ein Günstling des Glücks erschien, kannte man damals noch nicht. Niemand wußte es, wie nachteilig sein Durst nach Ehre und Auszeichnung auf seine Anlagen wirkte, wie er bei vieler Einsicht doch keine Überzeugung, bei schneller Empfänglichkeit keine Tiefe des Gefühls erwarb, und keiner hätte es glauben mögen, daß an ihm ein Wort Voltaires zur Wahrheit werden würde, daß man nicht durch seinen Geist sein Glück mache, sondern durch seinen Charakter.

Warum St. John sich nach Harleys Falle 1708 ganz von dem Parlamente und dem öffentlichen Leben zurückgezogen hatte, um auf seinem Landgute zu Bucklebury, ein zwischen der Landwirtschaft und dem Studium geteiltes ruhiges Leben zu führen, war Gegenstand mannigfacher Vermutungen geworden. Die einen meinten, daß vorzüglich Rücksichten auf Marlborough ihn geleitet hätten, der doch von Harleys Schema abgefallen war, und gegen welchen St. John sich nicht hätte erklären wollen, während andere sagten, daß er in der Erkenntnis einer bald zu erwartenden Reaktion den Lauf der Ereignisse in Ruhe habe verfolgen wollen [2]). Seinem Freunde Graham hat er den wahren Sachverhalt angegeben: Nachdem er beschlossen habe, sich in seinem eigenen Flecken nicht aufstellen zu lassen, habe er alles versucht, anderswo gewählt zu werden, aber es sei ihm nicht

1) „Que c'est par le caractère et non par l'esprit que l'on fait fortune."

2) Macknight S. 124.

möglich gewesen. Die, welchen er seinen Neigungen und Prinzipien nach habe dienen wollen, hätten ihn im Stich gelassen, woraus er den Schluß gezogen hätte, daß sie ihn nicht gebrauchten. Und Graham als ersten hat er damals in tiefem Geheimnis in seine weiteren Plänen eingeweiht: „Lebe ich bis zu einem anderen Parlamente, so will ich gewählt werden, ohne anderen als meinen Wählern gegenüber verpflichtet zu sein", und, fügt er in einem anderen Schreiben hinzu, „ruft mich dann mein Land oder irgendeiner meiner Freunde, so hoffe und verspreche ich, einige Kraft zu entwickeln und keine schlechte Figur abzugeben" [1]).

Auffällig war es wohl, daß Harley ihm in dem neuen Ministerium zuerst wieder nur den Posten des Kriegssekretärs zugedacht hatte und erst auf Drängen Lord Landsdownes sich bestimmen ließ, ihm den wichtigeren Posten eines Staatssekretärs zu verleihen [2]). Wir glauben diese Haltung Harleys indessen nur dem anfänglichen Verdachte zuschreiben zu müssen, daß St. John noch in engeren Beziehungen zu Marlborough stände, wie es in Wahrheit der Fall war, wenngleich in der That St. John mehrmals Gelegenheit genommen hatte, dem Feldherrn zu seinen Erfolgen zu gratulieren und ihn dabei seiner Anhänglichkeit und seiner Sympathieen zu versichern.

Neben St. John gehörte auch wieder Simon Harcourt zu Harleys engerem Freundeskreise, der auch außerhalb der Geschäftsstunden zu traulichen Beratungen zusammentrat, und diesem Kreise ist von Jonathan Swift, der damals versicherte, kaum je ein innigeres Verhältnis, als das dieser drei Staatsmänner gesehen zu haben, das Horoskop gestellt worden. Er prophezeite ihnen, ihr Ministerium werde von Dauer sein, denn sie hätten Kirche, Krone und Volk ganz auf ihrer Seite, und ein Glück falle ihnen zu, was wenigen beschieden sei: das öffent-

---

1) St. John an John Graham 18. Juli 1708 und 16. September 1709. Bagot Mss. Rep. of hist. Mss. X. app. IV, p. 341. 342.

2) Macpherson II, 531.

liche Wohl stimme durchaus mit ihren Privatinteressen überein [1]). So gingen sie guten Muts an ihr Werk. Daß die öffentliche Meinung ihnen hold blieb und zunächst sich mit der Nützlichkeit des geschehenen Wechsels mehr und mehr vertraut machte, dafür sorgte Swift, welcher von Harley in kluger Berechnung geworben, dem Ministerium seine Feder bedingungslos zur Verfügung stellte [2]).

Entwickeln wir nun, wie die unter diesen Verhältnissen begonnene erste Session des neuen Parlaments verlaufen ist.

Noch vor Parlamentsbeginn fuhr Harley zur Königin nach Windsor, um ihr daselbst in kurzen Zügen sein Programm in der inneren wie auswärtigen Politik, mit besonderer Rücksicht auf die der Thronrede zugrunde zu legenden Momente zu entwickeln [3]). Am 25. November/6. Dezember wurde dann das Parlament, wie angesagt, feierlichst von der Königin eröffnet. Charakteristisch schon war der erste Akt, die einstimmige Wahl des Tory Bromley zum Sprecher, welcher durch das Torymitglied Sir Thomas Hamner eingeführt wurde. Dann folgte die Thronrede: diese war so gefaßt, daß sie nach Möglichkeit Tories und Whigs befriedigen konnte, wie das besonders bei den Stellen hervortrat, welche sich auf die Kriegführung und die Thronfolge bezogen. Erstere betreffend bemerkte sie: Die Fortführung des Krieges auf allen Schauplätzen, und besonders in Spanien mit dem äußersten Nachdrucke sei das wahrscheinlichste Mittel, mit Gottes Segen einen sicheren und ehrenhaften Frieden zu erlangen, sowohl für England wie für die Verbündeten, deren Unterstützung und Interesse ihr wahrlich am Herzen lägen, und sie verlangte demgemäß vom Unterhause

1) Behaviour of the Queen's last ministry. Works V, 276.

2) Aus Elliots „Life of Godolphin" entnehme ich, daß Harley auch Godolphin schon darauf hingewiesen hat, daß es für die Regierung von Wichtigkeit sei, eine geschickte Feder zur Verfügung zu haben.

3) Das Original dieses von Harley selbst für die Königin niedergeschriebenen Programms fand ich im Rec. off. Holland 358. Lord Hardwickes Kopie befindet sich jetzt unter den Stowe Mss. 380, Nr. 24. Der Druck ist in Hardwickes „Collection" II, 485 einzusehen.

die entsprechenden Mittel. Dann folgte aber ein unverkennbarer Ausdruck des Wunsches nach Frieden: Die Beschwerden, welche ihren Unterthanen verursacht würden, gingen ihr zu Herzen, und wenn es Gott gefallen sollte, den gegenwärtigen Unruhen ein Ende zu machen, so werde sie ebenso viel Sorgfalt, als sie jetzt für die Sicherheit ihrer Unterthanen trage, darauf richten, den blühenden Zustand des Landes wieder herzustellen.

Ein weiteres Zugeständnis an die Tories war die Erwähnung der Schuldenlast des Flottenamtes und die Mitteilung, daß die Regierung sich deren Tilgung zur Aufgabe machen werde. Was aber whiggistische Ohren erfreute, das war die ausdrückliche Betonung der hannoverschen Succession, die in den Worten lag, daß die Königin niemanden anstellen werde, als diejenigen, welche von Herzen der protestantischen Thronfolge im Hause Hannover zugethan seien, denn bei dem Interesse dieser Familie könne niemand so wahrhaft beteiligt sein als sie selbst.

Fühlten einige besonders empfindliche Whigs sich durch den Gebrauch des Wortes Indulgenz für die von der Staatskirche abweichenden, an Stelle von Toleranz unangenehm an die Sacheverellschen Tage erinnert, und mochten sie einen Hinterhalt witternd, die Kurse in der City daraufhin fallen, so waren sie im Unrecht, da Harley hinzugefügt hatte „nach den Gesetzen", was jede Zweideutigkeit hob [1]).

Dem Charakter der Rede im ganzen entsprach die Aufnahme, welche sie in beiden Häusern fand: Im Oberhause wurde die Dankesadresse ohne Diskussion beschlossen. Im Unterhause erhob sich allerdings ein gewisser Lechmere und forderte, daß man die Königin gegen Maßregeln sichere, welche den Pretendenten begünstigen könnten. Sofort erwiderte Harley, daß die protestantische Thronfolge durch verschiedene Parlamentsakten bereits hinreichend gesichert sei, erklärte sich aber bereit, auf Lechmeres Vorschläge einzugehen.

1) Wentworth Papers, p. 158.

Die Tories höhnten, daß die Whigs die Zähne gezeigt hätten, bevor sie beißen könnten [1]).

Die ersten Vorlagen, welche vor das Parlament kamen, gaben dem Parteihader wenig Nahrung, und so verlief die Session bis Weihnachten ruhig: es handelte sich im großen und ganzen nur um die Feststellung der Landtaxe, welche in gleicher Weise wie in den früheren Jahren erhoben werden sollte, nur daß die Regierung eine kleine und nicht prinzipielle Änderung einzuführen wünschte.

Dazwischen drohten wohl die Tories mit anderen Dingen, so wenn sie eine Untersuchung der Godolphinschen Finanzverwaltung forderten, ohne daß es doch aber zu ernsteren Entschlüssen gekommen wäre [2]).

Das allgemeine Interesse wandte sich dann überhaupt von den parlamentarischen Verhandlungen ab, je näher die Zeit kam, in welcher wie alljährlich Marlborough in London eintreffen mußte, aber jetzt, um zum erstenmale seit dem Sturze der Junta der Königin und den neuen Ministern entgegenzutreten; wußte doch ein jeder, der an den öffentlichen Angelegenheiten Anteil nahm, daß die nächste Zukunft weit mehr als von den Verhandlungen in Westminster von der Frage abhing, in welcher Weise sich die Zukunft des Feldherrn gestalten würde.

Harley hatte in seinem Vortrage zu Windsor das Verhalten, welches dem großen Manne gegenüber einzuschlagen sei, als ein Moment von besonderer Bedeutung bezeichnet. Nach seinen persönlichen Gefühlen wäre jetzt der Augenblick gekommen gewesen, zum Äußersten zu schreiten und Marlborough das Kommando abzunehmen, aber mit einem Vorschlage dieser Art wäre er selbst innerhalb seiner eigenen Partei auf Widerstand gestoßen. Hielten viele unter den Tories aus Prinzip die Übergabe des Kommandos an den demnächst genannten Kandidaten, den Kurfürsten von Hannover für bedenklich, weil sie

1) Wentworth Papers, p. 160.

2) Bonnets Bericht im November und Dezember 1710 (Geh. Staatsarchiv).

besorgten, dieser möchte sich leicht im Heere und bei den Offizieren Sympathieen erwerben [1]), so waren im Kabinett selbst Shrewsbury und Rochester gegen Marlboroughs Entlassung: Ersterer, weil er aus alter Freundschaft für Marlborough, ihm die äußerste Demütigung zu ersparen wünschte, und letzterer, weil ihn das Alter so merklich milder gestimmt hatte, daß er überhaupt von extremen Maßregeln dieser Art nichts wissen wollte [2]).

So entschied man die Zukunft Marlboroughs von seinem eigenen Verhalten abhängig zu machen und danach weitere Maßregeln zu treffen: „Sagt er sich von all seinen Freunden der letzten Jahre los und vereinigt er sich wieder mit denen der früheren Zeiten", meldete St. John nach Holland, „so kann er durch die Gnade der Königin und durch die ihm bei einigen noch gebliebene Rücksicht nicht bloß sich behaupten, sondern auch eine so hohe Stellung einnehmen, wie ein Unterthan sie beanspruchen darf." Mit allgemeinen Redensarten könne er sie aber nicht hinhalten, und weigere er sich, Bürgschaften zu geben, so werde er sich täuschen [3]). Nicht also, daß man noch wie im vorigen Jahre Marlboroughs Einfluß und Persönlichkeit besorgt hätte: „Die Nation ist aus ihren goldenen Träumen erwacht, und ich glaube", schloß St. John voller Selbstbewußtsein, „daß gewisse Leute mehr der Protektion bedürfen, als sie imstande sind ihrerseits eine solche zu erteilen" [4]).

Daß die Regierung es ernst meinte, ergab sogleich ihr Vorgehen gegen drei dem Feldherrn nahe stehende Generäle, die, weil sie dem Ministerium übelwollende Gesinnungen offen zum Ausdruck gebracht hatten, ohne weiteres den Abschied erhielten. Ihr kam ein für Marlborough nicht minder pein-

1) Bonnets Bericht, 2./13. Januar 1711 (Geh. Staatsarchiv).

2) Bothmars Berichte, 3. und 30. September 1710 und 20. Januar 1711 (Hannov. Staatsarchiv).

3) St. John an Drummond, 28. November 1710 Letters and Correspondance of Lord Viscount Bolingbroke I, 17 (Quartausgabe von 1798).

4) Ebendas. S. 19.

licher Vorfall zustatten, den gleichzeitig whiggistische Gegner des Feldherrn im Oberhause in Scene gesetzt hatten. Auf einen Vorschlag des Grafen Scarborough, an Marlborough im Namen des Hauses ein Dankschreiben für die Erfolge des letzten Jahres zu richten, erhob sich der Herzog von Argyle, um in heftiger Rede auszuführen, wie wenig Marlborough diesen Dank verdiene: 30000 Mann und ungeheuere Summen habe er verwandt, um die unnützen Belagerungen von Béthune, St. Venant und Aire auszuführen, deren blutige Einnahme England nicht einen Heuhaufen einbringe, und im übrigen könne jeder einfache Hauptmann mit so guten Truppen und so viel Geld die gleichen Resultate erzielen.

Der Vorschlag wurde daraufhin abgewiesen [1]).

Marlborough hatte inzwischen längst den festen Entschluß gefaßt, in jedem Falle bei der Whigpartei auszuharren, und indem er dies seinen Freunden mitteilte, deren Ansicht und Rat erbeten. Cowper riet ihm: jede Unterwürfigkeit der Königin, aber keine den Ministern gegenüber, vielmehr größeren Stolz wie je, und auf dieser Basis zu stehen und zu fallen [2]). Keineswegs war Marlborough aber von vornherein entschieden, sein Kommando im nächsten Feldzuge weiterzuführen, denn wenngleich er durchschaute, daß Harley kaum in der Lage war, es ihm zu nehmen, so besorgte er doch die Schikanen, durch welche er ihn veranlassen würde, freiwillig von seinem Posten zurückzutreten. Je mehr er sich sträubte, desto größer ist der hier eingreifende Einfluß des Kurfürsten von Hannover zu schätzen, der vor anderen ihn bestimmte, abermals zum Nutzen der gemeinsamen Sache die persönlichen Kränkungen zu überwinden und sich zur Beibehaltung des Kommandos bereit zu erklären.

Der Kurfürst von Hannover hatte, der Tendenz entsprechend, welche seine Annäherung an die Whigs bewirkt hatte, sich jetzt entschlossen, unter dem Vorwande, Unterhandlungen wegen der Neutralität Hannovers in dem von Norden und Osten sich

1) Bonnets Bericht vom 1./12. December 1710 (Geh. Staatsarchiv).

2) Cowpers Diary, 26. Oktober und 30. Dezember 1710. Ausgabe des Roxburghe Club, p. 49 u. 52 (Br. Mus.).

nähernden schwedisch-russischen Kriege in London einleiten zu lassen, neben dem ständigen Residenten einen außerordentlichen Gesandten nach der englischen Hauptstadt zu entsenden, um durch diesen im allgemeinen über die englischen Parteiverhältnisse unterrichtet zu werden, im speziellen aber, um in Marlboroughs Person das bisherige System der Kriegführung nach Möglichkeit sichern zu helfen.

Zu dieser Mission war Baron Bothmar, seit 1702 Hannovers Vertreter im Haag, ausersehen, ein besonderer Freund der Whiglords Halifax und Sunderland, und angewiesen, noch vor seiner Überfahrt im Haag mit Marlborough zu konferieren.

Marlborough hat nun auf Bothmars Zureden versprochen, das Seinige zu thun, daß ihm das Kommando belassen werde. Er werde der Königin selbst bezeugen, daß er der Veränderungen in England ungeachtet, weiter zu dienen bereit wäre und wolle zeigen, daß ihm Unrecht geschehe, wenn man ihm beimäße, daß er alles unter seine Direktion zu ziehen und sonst nicht zu dienen gedächte. Ihre Majestät würde ihm aber zu Gnaden zu halten haben, daß er seine Freunde nicht verließe und darin seiner Meinung folge; nachdem er sechzig Jahre geworden, wüßte er besser, was ihm zukäme als Harley und die anderen, die ihn zu leiten beabsichtigten. Dafür erbat er aber auch die Unterstützung des Hannoversches Hofes: Nicht in der Art etwa, daß der Kurfürst der Königin schreibe, wozu sich auch der Kaiser und die Generalstaaten bereit erklärt hätten. Das hielt er für gefährlich. Wohl aber sollte Bothmar Vorstellungen bei der Königin und ihren Ministern gelegentlich mündlich machen und auch, wie er im Vertrauen eröffnete, mit Sunderland reden, der dafür wäre, daß er das Kommando niederlegen solle, während Somers und die anderen gemäßigteren anderer Meinung seien. Auf Bothmars zuversichtlichen Einwand, daß es vielleicht gar gelingen werde, durch seinen Einfluß die Königin zu anderen Maßregeln zu bewegen, schloß er die Unterredung mit den ernsten Worten: er werde sein bestes thun, besorge aber, Ihre Majestät würde sich nicht ändern,

bis ein Unglück sie gleichsam dazu nötige und sie aus den Folgen erkenne, daß sie mißleitet worden sei [1]).

Bothmars Einflusse war es auch zuzuschreiben, daß Marlborough seine Abreise, die er aus Besorgnis vor parlamentarischer Verfolgung aufgeschoben hatte, nicht weiter verzögerte, sondern am 4. Januar 1711 in Begleitung des Gesandten die Rückfahrt nach seiner englischen Heimat antrat [2]).

Nach stürmischer Überfahrt betrat er am 7. abends in Solebay an der Küste von Suffolk den englischen Boden, wo ihn die Herzogin und Godolphin, die sich zu seinem Empfange eingefunden hatten, bereits erwarteten, und richtete es dann so ein, daß er in London erst in den Abendstunden eintraf, um nicht von der Volksmenge bemerkt zu werden, und die Königin durch Demonstrationen zu seinen Gunsten unnütz zu reizen. Als die Londoner ihn dennoch erkannten und ihm zujubelten, fuhr er in einem Mietswagen zu seinem Schwiegersohn nach Montagu-House, und erst nachdem die Massen sich verlaufen hatten, begab er sich nach seiner Wohnung in St. James. Trotz der späten Stunde eilte er dann noch an demselben Abend zur Königin, die ihn mit wenigen aber huldvollen Worten begrüßte. Die eigentlichen Intentionen seiner Herrin erfuhr er erst in längeren Audienzen am nächsten und den folgenden Tagen: Die Königin erklärte ihm, daß sie einwilligen könne, ihm das Kommando zu belassen, wenn er die Herzogin dazu brächte, auf ihre Hofämter zu verzichten und den goldenen Schlüssel der Oberhofmeisterin zurückzugeben. Damit war aber eine neue Schwierigkeit in der Kommandofrage geschaffen, die im Hinblick auf die Liebe und Verehrung, die der Herzog stets seiner Gemahlin gezollt hatte, als unüberwindlich erscheinen mußte. Wie dennoch eine Lösung gefunden wurde und

1) Bothmar an den Kurfürsten, 2. Dezember 1710 (Hannoversches Staatsarchiv).

2) Für das Folgende auch die auf den hannoverschen Akten beruhende Darstellung Paulis: „Die Aussichten des Hauses Hannover auf den englischen Thron im Jahre 1711“ in „Aufsätze zur englischen Geschichte“. Neue Folge. S. 342—378.

wesentlich dadurch, daß der hannoversche Gesandte seiner Instruktion gemäß auch hier wieder vermittelnd eingriff, ist erst aus den hannoverschen Akten bekannt geworden.

Auf Shrewsburys Rat, der versicherte, daß man dem Feldherrn gern alles gewähren würde, wenn er nur nicht zur Bedingung machen wollte, daß die Herzogin nach wie vor die erste Dame der Königin bliebe, begab sich Bothmar in Begleitung Lord Sunderlands zur Herzogin selbst, um diese zu freiwilligem Rücktritte zu bewegen. Die stolze Frau hörte den Vortrag Sunderlands, den dieser als Bothmars Dolmetscher machte, in sichtlicher Erregung an. Dann erwiderte sie so höflich wie nur möglich: Sie sei von Erkenntlichkeit für alle Gnadenbeweise, welche der Kurfürst zumal in der gegenwärtigen Verwickelung dem Herzog, ihrem Gemahle, gegeben hätte, tief durchdrungen, und es würde undankbar sein, wenn sie nicht ihrerseits alles, was von ihr abhinge, beitrüge, um den Erfolg weiser Ratschläge zu erleichtern, mit denen der Kurfürst sie beehrte. So versichere sie, daß sie bereit wäre, hinsichtlich ihrer Ämter alles zu thun, was man ihr vorschlüge, um ihrem Gemahle die seinigen zu bewahren [1]).

Die Herzogin hielt Wort: drei Tage später konnte Marlborough sich zur Königin begeben, um ihr im Namen seiner Gemahlin den goldenen Schlüssel als Zeichen ihrer Unterwerfung zurückzugeben, womit Marlboroughs Verbleiben entschieden war. Der Herzog hat dann auch nicht verfehlt, dem Gesandten für die Vorstellungen, die er der Herzogin mit so gutem Erfolge gemacht hatte, den wärmsten Dank auszusprechen.

Wie tritt inmitten dieser aus rein persönlichen Sympathieen und Antipathieen resultierenden Verhandlungen, die eigentliche Tendenz des Ministeriums zurück. Um so notwendiger ist es, nachzuholen, wie diese in der inzwischen wieder aufgenommenen Parlamentssession zum Ausdruck gekommen ist.

Unmittelbar nach Marlboroughs Ankunft waren neue Unglücksnachrichten vom spanischen Kriegsschauplatze eingetroffen,

1) Pauli, S. 354.

welche dazu beigetragen hatten, auch Harley in der Kommandofrage traktabler zu machen. Wie nun aber diese Niederlagen im Hinblick auf die Friedenssache durchaus nicht unwillkommen waren, so scheute sich dasselbe Ministerium, welches Marlborough im Kommando bestätigt, ja eben erst reichliche Mittel für den nächsten Feldzug hatte notieren lassen, nicht, das Parlament zu einer bedenklichen Kritik der bisherigen Kriegführung überhaupt herauszufordern.

Es wurde die Frage gestellt, ob das Unglück in Spanien durch eine frühere ungeschickte Führung herbeigeführt worden sei; diese Untersuchung führte zu einer Kritik der Ereignisse in Spanien im Jahre 1706, der Schlacht von Almanza: der Führung, des Bestandes, der Verpflegung der damals nach Spanien abgegebenen englischen Streitkräfte, und spitzte sich endlich ganz nach dem Vorbilde der Session des Jahres 1707 mit Hintenansetzung des Sachlichen, zu einer Ruhmesfeier Peteroboroughs, des Freundes der Minister auf Kosten der Marlboroughschen Verwaltung zu.

Auch noch auf ganz anderem Gebiete erzielte das Ministerium einen Erfolg: Es gelang ihm, dem toristischen Landadel eine wesentliche Bevorzugung zu verschaffen, indem es eine Bill durchbrachte, welche von den Tories schon einmal 1703 eingebracht, aber damals von den Whigs hintertrieben worden war und jetzt gesetzlich die Verwaltung obrigkeitlicher Ehrenämter an ein bestimmtes Maß ländlichen Grundbesitzes knüpfte.

Trat trotz alledem aber doch als charakteristischer Zug der bisherigen ministeriellen Politik eine bemerkenswerte Mäßigung hervor, wie das Ministerium von weiteren Untersuchungen Abstand nahm und die spanische Kritik auch mehr mit dem Wunsche motivierte, sich selbst für die Zukunft zu rechtfertigen, als andere zur Rechenschaft zu ziehen, so konnte es nun nicht ausbleiben, daß bei eben den Tories in und außerm Kabinette, welchen von Anfang an als einzig vorteilhaft eine frische Parteipolitik erschienen war, sich zuerst Enttäuschung und bald Miß-

1) Nach Bonnets Berichten (Geh. Staatsarchiv).

trauen geltend machte. Was wußten diese Männer von der großen Aufgabe, die dem Ministerium bevorstand, und zu der alles andere doch nur als Vorbereitung diente? Wer kannte die Schwierigkeiten Harleys, der allein schon der Königin zu Liebe mit den gemäßigten Whigs, wie sie es wünschten, nicht ganz hätte brechen können? Was alle Welt sah, war nur, daß ganz im whiggistischen Sinne Marlborough im Kommando blieb, daß der Krieg weitergeführt wurde, daß Whigs nach wie vor in Amt und Würden blieben, und daß im Parlamente die Minister, anstatt offensiv vorzugehen, sich im ganzen mit einer matten Defensive begnügten. Diese Überlegungen, welche jetzt noch in stärkerem Maße hervortraten, als wir sie bereits im Herbste 1710 beobachtet haben, führten zur Bildung eines Clubs von ungefähr einem Drittel der im Unterhause sitzenden Landadelleute, der nach dem stark gebrauten Oktober-Ale, das gereicht zu werden pflegte, den Namen des Oktober-Klubs erhielt und zu regelmäßigen Sitzungen zusammentrat. Das Programm dieser Männer war, von der Regierung einen allgemeineren Stellenwechsel, sowie eine Untersuchung der Mißherrschaft des früheren Ministeriums zu fordern und die Minister überhaupt zu offener Erklärung für die alten Prinzipien in Staat und Kirche zu bringen [1]). Ihr Einfluß machte sich im Parlamente sogleich geltend, denn nur ihnen nachgebend, legte die Regierung eine Bill vor, welche die Ernennung von Kommissarien zur Prüfung der öffentlichen Ausgaben unter Godolphins Verwaltung bestimmte [2]).

War da aber nicht zu erwarten, daß die Whigpartei diese peinliche Situation des Ministeriums sich zu Nutzen machen würde?

Die Whigs hatten anfangs beschlossen, der Mäßigung der Regierung gleichfalls zunächst mit Mäßigung entgegenzutreten, aber darum keineswegs den Gedanken einer neuen Kräftigung

1) Swifts, Behaviour of the Queen's last ministry, Works V, 275; Wentworth Papers, p. 180; vgl. auch schon das Schreiben Swifts vom 30. Dezember 1710 an King (Works XV, 391).

2) Bonnets Bericht vom 27. Februar/10. März 1711 (Geh. Staatsarchiv).

ihrer haltlos gewordenen Position aus den Augen zu verlieren. Und fragen wir, worauf sie ihr Augenmerk richten, so war es ihr Wunsch, die bisher vom kurfürstlichen Hofe in Hannover entgegengebrachte Freundschaft auszunutzen, um den Kurfürsten ganz für die whiggistische Sache zu engagieren. Diesem Zwecke sollte das Hervorkehren der Successionsangelegenheit dienen: ihre Absicht wäre gewesen, ein Mitglied des hannoverschen Hauses, möglichst den Kurfürsten selbst nach London kommen zu lassen, um durch Anschluß an dieses, ihrem Programme, die nötige Auffrischung und ihrer Opposition den rechten Nachdruck zu verleihen.

Als erster äußerte sich in diesem Sinne Lord Townshend, der Schöpfer des Barriere-Traktats zu Bothmar im Haag [1]). Die Succession sei nach den toryistischen Prinzipien in großer Gefahr, so daß, wenn man nicht bei Zeiten vorbeuge, man ehe man es sich versehe, um die Succession kommen könne. Diesem Übel vorzubeugen, sei das beste Mittel, daß der Kurfürst sich der englischen Angelegenheiten näher annehme. Um ihm dazu mehr Recht und bessere Gelegenheit zu geben, würde man ihm etwa den Titel des Herzogs von York mit dem Vorsitze vor allen anderen Herren des Königreichs zu geben haben, wie es mit dem Prinzen Georg von Dänemark gehalten worden sei; auch könnte man ihm zugleich des letzteren Chargen beilegen, damit er nicht allein im Parlamente, sondern auch im Geheimen Rate den ersten Platz und die erste Stimme nach der Königin habe. Daraus könnte dann der Kurfürst den Anlaß nehmen, noch bevor die hierüber auszustellende Akte ihm überreicht würde, nach England zu kommen, wie um der Königin einen Besuch abzustatten und Ihrer Majestät für so große Beweise ihrer Affektion zu danken. Townshend fügte hinzu, er habe diesen Plan Marlborough eröffnet, der ganz damit einverstanden sei, da dieser aber meinte, daß, wenn erst darüber gesprochen sei und der Kurfürst Schwierigkeiten machte,

1) Bothmar an den Kurfürsten, 20. Dezember 1710 (Hannover. Staatsarchiv).

sie übler daran sein würden, als zuvor, so erbäte er die Ansicht des Kurfürsten.

Das Gleiche hatte Bothmar in London von Lord Halifax und anderen Spitzen der Whigpartei zu vernehmen: Zur Unterstützung der unleugbar in Gefahr schwebenden Thronfolge rieten sie alle das persönliche Erscheinen des Kurfürsten dringend an; entweder auf Besuch bei der Königin oder auch um den Oberbefehl über die verbündeten Armeen zu übernehmen, könne er sich einfinden. Bothmar hatte darüber nach Hannover zu berichten [1]).

Lag nun nicht auf der Hand, daß, je mehr sie die wachsenden Schwierigkeiten Harleys bemerkten, welche eine völlige Spaltung der Torypartei in die Harleysche Hofpartei und die eigentliche Torygruppe möglich erscheinen ließen, sie desto mehr sich um die Stärkung ihrer eigenen Position besorgten. Vielleicht sogar, daß es ihnen dann gelang, Harley zu sich herüberzuziehen und ihn zur Auflösung des Parlamentes zu bewegen, und hätte Marlboroughs Verhältnis zu Harley hierfür ein Hindernis bilden müssen, so kam ihnen zustatten, daß Marlborough, um sich mit Harley zu verständigen, die Überwindung gehabt hatte, sich Harleys Freundin, Mrs. Masham, zu nähern. Auch über diese Möglichkeit haben sie Bothmars Gutachten eingefordert [2]).

Man sieht, wieviel davon abhing, nach welcher Richtung sich der Vertreter des hannoverschen Hauses entschied. Schon im Haag hatte Bothmar nach seiner Unterredung mit Townshend dem Ratspensionär Heinsius gegenüber zu erkennen gegeben, daß seiner Meinung nach die Whigs die Successionssache in größerer Gefahr vorzustellen trachteten, als sie es in der That wäre, um nur den Kurfürsten desto mehr für ihre Partei zu

1) Bothmar an den Kurfürsten, 16. Januar 1711; vgl. Pauli, S. 351.

2) Bothmar an Bernstorff, 30. Januar/10. Februar und 13./24. Februar 1711 (Hannover. Staatsarchiv). Das Verhältnis ist also noch etwas anders, als Pauli (S. 357) es darstellt. Die Whigs haben sich geradezu um Harleys Übertritt zu ihnen bemüht.

engagieren; er aber halte dafür, daß es weder ihr eigenes noch Hannovers Interesse sein könne, zu der einen oder anderen Partei sich öffentlich zu schlagen, zumal die Tories nichts gegen sie thäten, sondern möglichst beide Teile zu menagieren. Er hatte sogar Heinsius ersucht, Townshend von weiteren Propositionen abzuraten [1].

Scharf beobachtend war Bothmar in dieser Überzeugung in London nur verstärkt worden. Er wiederholte, daß für die Succession keine eigentliche und direkte Gefahr vorhanden sei, und daß viele unter den Whigs die Überkunft des Kurfürsten nur wünschten, um ein fürstliches Parteihaupt gegen die Tories aufstellen zu können; anders stände es nur mit den Schotten, welche in der That den ehrlichen Wunsch hegten, jemanden zur Stelle zu haben, an dem das Volk, im Gegensatze zum Prätendenten, einen Halt gewinnen könne [2]. Nicht ganz durchschaute er Nottingham: er meinte, daß dessen Wunsch nach der Anwesenheit des Kurfürsten oder seines Sohnes einen Kunstgriff bedeute, um durch Einbringung eines der Königin widerwärtigen Vorschlages seitens der Whigs Harley vollends an die Torypartei zu ketten, während Nottingham thatsächlich, nachdem auch er Harley vergeblich zu energischerem Vorgehen gedrängt hatte, entschlossen war, zu der Whigpartei überzugehen [3].

So fielen Bothmars Antworten auf alle eine Reise des Kurfürsten betreffenden Propositionen ablehnend aus [4].

Die Sache sei viel zu delikat, um darüber auch nur dem Kurfürsten Bericht zu erstatten, dessen Ehrerbietung vor der Königin ihm niemals erlauben würde, zu einem Schritte die Hand zu bieten, der nicht nach dem Sinne Ihrer Majestät sei. Die Kommandoübernahme betreffend, setzte er geschickt auseinander, daß der Kurfürst ja schon früher den Oberbefehl der

1) Bothmar an den Kurfürsten, 20. Dezember 1710 (Hannover. Staatsarchiv).

2) Pauli, S. 362.

3) Dartmouth, Note bei Burnet VI, 37.

4) Pauli, S. 351 u. 359.

Reichsarmee wegen der seinen Staaten vom nordischen Kriege her drohenden Gefahr niedergelegt habe, daß diese Gefahr inzwischen nur gewachsen, und der Kurfürst auch aus diesem Grunde sich nicht zu einem Besuche bei der Königin entfernen dürfe. Dafür wies er aber, des Zweckes seiner Mission eingedenk, in anderer Weise der Whigpartei den Weg. Drängten sie ihn, was denn sonst zu thun wäre, um die Succession zu sichern, so erhielten sie den Bescheid: daß die Durchführung der protestantischen Succession mit Englands Freiheit und der Besiegelung der Freiheit Europas zusammenfalle, und daß also nach Ansicht des Kurfürsten ihr ganzer Einfluß aufzubieten sei, um den Krieg energisch fortzuführen und nur einen den Verbündeten vorteilhaften Frieden mit Frankreich zu erlangen. Die einzige Gefahr, die zu befürchten wäre, sei ein fauler Frieden statt eines guten [1]). Die Whiglords ließen sich überzeugen: Halifax sah ein, daß man im Friedenstraktate den König von Frankreich verpflichten könne, den Prätendenten vom französischen Boden zu verbannen [2]), und Godolphin forderte den Gesandten auf, sich nach Parlamentsschluß nach dem Haag zu begeben, um bei den Generalstaaten auf einen guten Frieden hinzuwirken [3]).

Das also war nach viermonatlichem Bestehen der neuen Verwaltung die Lage, in die die Minister geraten waren und wie sie Swift mit treffenden Worten bezeichnet hat: Das Ministerium steht gleichsam auf einem Isthmus zwischen den Whigs einerseits und den extremen Tories anderseits. Sie sind tüchtige Seemänner, aber der Sturm ist zu heftig, das Schiff zu beschädigt und die ganze Besatzung gegen sie [4]). Und wo war ein Ausweg zu ersehen? Da sind zwei gleich unvorhergesehene

1) Bothmar an Bernstorff, 23. Januar/3. Februar 1711; vgl. Pauli, S. 356.

2) „Et qu'on peut faire consister là dedans, la satisfaction que l'Empereur et les États-Généraux ont promis par un acte, qui fait partie de la Grande-Alliance.“ Halifax meinte „qu'aucun des nouveaux ministres a connaissance seulement qu'il y a un tel acte“, Bothmar an Bernstorff, 6./17. Februar (Hannover. Staatsarchiv).

3) Pauli, S. 363.

4) „Journal to Stella“, 4. März 1711. Works II, 189.

Ereignisse eingetreten, welche die Situation in jeder Weise zu Harleys Gunsten veränderten: Ein Mordanfall auf Harley und der plötzliche Tod Kaiser Josephs in Wien.

Schon seit geraumer Zeit war Harley auf das Treiben eines französischen Abenteurers, des Marquis Guiscard, aufmerksam geworden, der zuvor Marlborough Kriegs- und Spionendienste geleistet hatte, und jetzt in dem Verdacht stand, der französischen Regierung allerlei zu hinterbringen. Mit seiner Festnahme hatte Harley nur gezögert, in der Hoffnung, Guiscards Korrespondenzen auffangen zu können, aber am 8./19. März ließ er ihn, weil es hieß, daß er einen Anschlag auf die Königin beabsichtige, ohne in dem Besitze eigentlicher Beweise zu sein, im St. James-Park verhaften. Er wurde alsbald vor den in Eile zusammengerufenen Geheimen Rat geführt, um einem Verhör unterzogen zu werden, und hier hat nun Guiscard, kurz bevor er nach erfolgter Untersuchung abgeführt werden sollte, ein auf dem Wege zum Verhör in einem Bureauzimmer aufgegriffenes Federmesser herausgezogen und es in blinder Wut in Harleys Brust gestoßen. Der Stoß war, da sich ein Motiv, warum er gerade Harley zu beseitigen wünschte, nicht finden ließ und eine Verwechselung mit Marlborough, welche viele angenommen haben — denn zwischen diesem und Guiscard bestand eine nachweisbare Freundschaft — wegen Marlboroughs allbekannter Abwesenheit von London doch nicht möglich gewesen sein kann, zweifellos von einem geistig nicht mehr ganz Zurechnungsfähigen ausgegangen, aber so heftig ausgeführt, daß die Klinge an Harleys Brustknochen abbrach. Der Übelthäter starb wenige Tage darauf an den von den verfolgenden Lords ihm zugefügten und durch eigene Schuld verschlimmerten Wunden, ohne eine Aufklärung gegeben zu haben. Aber auch Harley hielt seine letzte Stunde für gekommen: mit matter Stimme drängte er in den sofort zur Stelle befindlichen Arzt, ihm zu sagen, ob die Wunde tödlich sei, denn er sei zum Sterben bereit [1]).

1) An account of the Earl of Oxford by his brother (Lands-

Dieses Attentat erregte nun einmal in der Stadt und in beiden Häusern des Parlaments allgemeinste Sympathieen für Harley als Menschen, welche nach der glücklicherweise bald erfolgenden Genesung voll dem Staatsmanne zugute kamen, und dann hatte es sich während Harleys Krankheit, wo er in dem Kabinette fehlte, erst recht herausgestellt, was er im Kabinett war. St. John, der ihm Nächststehende, hatte offen erklären müssen, nicht im Besitze des Schemas zu sein und auch das Vertrauen der Königin nicht in genügendem Maße zu besitzen, um es fortführen zu können [1]); als selbständige Maßregel hatte er nur in Eile die Entsendung einer Expedition nach Kanada angeordnet, welche bereits unter Godolphins Verwaltung von Marlboroughs Kriegsgenossen, General Maccartney, warm empfohlen worden war, aber von der weder Marlborough noch Harley etwas hatten wissen wollen — als Harley kurz nach seiner Verwundung davon erfuhr, hatte er sogar sagen lassen, es sei der letzte Wunsch eines Sterbenden, daß diese Expedition unterbliebe [2]) —, und ob diese einen Erfolg bringen würde, mußte erst noch die Zukunft ergeben.

Und Harley lag noch auf dem Krankenbette, als die Kunde von dem Tode Kaiser Josephs, der einen völligen Umschwung in der europäischen Lage besorgen ließ, in London einlief.

Unter diesem Eindrucke begaben sich der Herzog von Newcastle, und im Namen der gemäßigten Whigs, Lord Somers zu Harleys Bruder, ihm mitzuteilen, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Ruhe in England gewahrt bleiben müsse, und daß nichts mehr dazu beitragen würde, als Harleys Annahme des Großschatzmeisterpostens: So ließen sie ihn ersuchen, den weißen Stab zu übernehmen [3]).

Wir dürfen allerdings nicht verschweigen, daß nicht ein

downe Mss. 885. Br. Mus.). Die Worte Guiscards „C'est à toi donc", welche zuerst Boyer bringt (vgl. Stanhope S. 476), erklärt Harleys Bruder als erfunden.

1) Swifts Works V, 278.

2) An account of the Earl of Oxford (Br. Mus.).

3) Ebendas.

wohl anzuerkennender Patriotismus allein, sondern auch die Parteilage Somers zu diesem Schritte bewogen haben wird. Gerade in diesen Tagen war die Whigpartei hoffnungsvoller wie je, daß Harley, um sich dem fortgesetzten Drängen der Oktobermänner zu entziehen, sich zu den Whigs wenden werde, und sie hielten es sogar nicht für unmöglich, daß er in seiner Besorgnis vor einem abermaligen Streiche, wie der Guiscards es gewesen, den sie mit französischen Intriguen in Zusammenhang brachten, oder vor einer Invasion des Prätendenten, die Königin bewegen würde, Kurfürstin Sophie nach England kommen zu lassen und einer Dotierung des kurfürstlichen Hauses bereitwillig zuzustimmen [1]).

Als nun gar der Earl of Rochester am 13. Mai plötzlich starb, nachdem er noch tags zuvor gesund und munter einer Kabinettssitzung beigewohnt hatte, und durch diesen Todesfall ein Platz im Kabinett frei wurde, da zweifelten sie keinen Augenblick an der Wiederaufnahme eines der ihrigen. Ließ doch auch die Königin im tiefsten Geheimnisse die Lords Cowper und Somers zu sich rufen [2]).

Da fielen sie wie aus den Wolken, als ein in der That jetzt erfolgender Ämterwechsel Harleys Intentionen in ganz anderer Weise enthüllte.

Harley hätte wirklich gern auch jetzt noch whiggistische Mitglieder in seine Verwaltung berufen, und noch auch verhandelte er ernstlich mit Lord Halifax, an Townshends Stelle die Gesandtschaft nach dem Haag zu übernehmen.

Inzwischen hatten nun aber die Friedensverhandlungen Fortschritte gemacht, und da diese ihm vor allem am Herzen liegen mußten, so nahm er mehr Rücksicht auf die, welche ihm dabei behilflich gewesen waren, als auf jene, welche, wie Lord Somers, jedes Friedensgerücht nach wie vor mit Entrüstung zurückwiesen. Dazu kam, daß die finanzielle Abhängigkeit von der Whigpartei, welche Harley anfangs so scharf hatte im Auge

1) Bothmars Berichte vom 13./24. April und 27. April/8. Mai 1711; vgl. Pauli S. 368.

2) Ders. an dens. 8./19. Mai 1711; vgl. Pauli S. 370.

behalten müssen durch gewandte Finanzoperationen, so weit doch wenigstens gehoben war, daß die Regierung, ohne die whiggistischen Börsen in Anspruch nehmen zu müssen, für die nächste Zukunft ausgesorgt hatte.

Um der andauernden Entwertung der Fonds entgegenzutreten, legte Harley am 15. Mai seinen Finanzplan vor, im wesentlichen, wie ihn sein Bruder während seiner Krankheit ausgearbeitet hatte [1]), nach welchem die Staatsschulden den Gläubigern zu sechs Prozent verzinst und sie selbst ganz nach dem Muster der großen Whigkorporationen zu einer Gesellschaft mit der Anweisung auf ein Handelsmonopol in der Südsee inkorporiert wurden.

Und vielleicht, daß Harley auch dann noch, wenn der Oktoberklub gleich halsstarrig geblieben wäre, das Entgegenkommen der Whigs ausgenutzt haben würde; aber auch dieser, durch die Annäherung der Whigpartei an Harley beunruhigt und durch Rochesters Verlust geschwächt, war nachgiebiger geworden und versicherte sogar, sich Harleys Intentionen unterwerfen zu wollen.

So erklärt sich die ausschließliche Wahl von Tories, welche Harley für die Neubesetzung traf und welche die Zeitung am 23. Juni veröffentlichte: Die Präsidentschaft des Geheimen Rats erhielt der Herzog von Buckingham; Earl Powlett, bisher das nominelle Haupt der Schatzkammer, wurde Lord Steward; der Posten des Geheimsiegelbewahrers wurde Lord Jersey zugedacht, dessen Ernennung vor allem Bedenken erregte [2]), und als dieser am Tage vor der Ausfertigung seines Patentes vom Schlage tödlich getroffen wurde, Bischof Robinson von Bristol, zum letztenmale ein Kleriker, ernannt. An Townshends Stelle ging endlich der langjährige Gesandte in Berlin, Lord Raby, nächstdem Earl of Strafford zu den Friedensverhandlungen nach dem Haag.

Harleys veränderte Stellung hatte sich inzwischen nach

1) An account of the Earl of Oxford (Br. Mus.).

2) Bothmars Bericht 5./16. Juni 1711; vgl. Pauli S. 372.

außen hin in folgender Weise kundgegeben: Am 24. Mai/ 14. Juni erschien das Patent, durch welches er zum Grafen von Oxford und Mortimer ernannt wurde, und am 29. Mai wurde ihm mit allem Pompe in Gegenwart der Königin der weiße Stab des Großschatzmeisters von Großbritannien verliehen.

Wenige Tage darauf erfolgte der Schluß des Parlaments.

So ging das Ministerium nun unter folgenden Auspizien in die nächste Session hinein: Scheinbar besser befestigt als je, aber wieder noch mehr von Harleys ursprünglichem Schema entfernt und jetzt nur noch allein auf die Kraft des Torysmus angewiesen.

Sechstes Kapitel.

Englische Friedenspolitik bis zur Berufung der Utrechter Konferenzen.

Wir haben im dritten Kapitel ausgeführt, wie das Harleysche Ministerium es verstanden hatte, um das Friedenswerk von neuem in Fluß zu bringen, die französische Regierung zur Absendung neuer Friedensvorschläge zu veranlassen. Als Basis der Verhandlungen hatte es dabei den Verzicht auf die Restitution der gesamten spanischen Monarchie an das Haus Habsburg angegeben; es hatte sich aber herausgestellt, daß es diesen Verzicht nicht, wie man denkt, von vornherein ausgesprochen hatte, sondern erst nach der Niederlage in Spanien, als die Verhältnisse ihn rechtfertigten.

Es bleibt zunächst nachzuholen, was die Minister anfingen, um mit den Waffen in der Hand einen auf dieser veränderten Basis zu eröffnenden Friedenskongreß vorzubereiten.

In seinem Vortrage zu Windsor, also zu der Zeit, wo die Anknüpfung mit Frankreich noch zu keinem Resultate geführt hatte, hatte Harley als den wahrscheinlichsten Weg den Frieden zu erreichen das Dringen in die Alliierten bezeichnet, genau ihren allianzmäßigen Pflichten nachzukommen. In schneidigem Tone führte daraufhin der Staatssekretär St. John in einem Schreiben an Marlborough die Wünsche der Regierung im einzelnen aus: die Staaten solle er drängen, nicht nur die

Quoten beizutragen, welche sie schuldeten, sondern auch den Überschuß der Ausgaben nach dem Beispiele der Königin decken zu helfen. Die Ereignisse in Spanien im Verlaufe des Sommers hätten bewiesen, daß der Herzog von Anjou nach menschlicher Berechnung aus Spanien hätte vertrieben werden können, wenn die Alliierten gleich England ihr möglichstes gethan haben würden, König Karl zu unterstützen. Das sollte Marlborough den Staaten vorstellen: die Königin sei mit gutem Beispiele vorangegangen, sie sollten folgen. Was den Kaiserhof betraf, so sollte Marlborough den Generalstaaten den Wunsch kundthun, daß sie gemeinsam mit der Königin dem Kaiser die Erwartung aussprächen, daß nach allem, was Großbritannien und Holland für sein Haus gethan, er auch etwas für sich selber thue und auf eigene Rechnung ein Truppencorps nach Spanien sende. Mit der bisherigen Haltung des Kaiserhofes sei die Königin in beinahe jeder Hinsicht überaus unzufrieden gewesen [1]). Es wurden dann, um die Verbündeten noch einmal und noch eingehender von dem Verlangen der neuen Regierung in Kenntnis zu setzen, Spezialbotschafter an die verschiedenen Höfe beordert: Nach Wien und Turin ging der Earl of Peterborough, vorzüglich auch um zu einem Einfalle in die Dauphiné von savoyischer Seite zu mahnen, nach dem Haag Sir J. Wishart, um die Staaten zu größerer Ausdehnung des Seekrieges aufzufordern und sogar mit ihnen einen gemeinschaftlichen Angriff auf die französischen Besitzungen in Westindien zu besprechen [2]).

Die sich allerorten regenden Besorgnisse, daß gleichwohl die englischen Minister einen voreiligen Frieden planten, wurden auch sonst widerlegt. Die Torypartei, hieß es, werde den Krieg nicht mit geringerem Eifer fortzuführen wissen als die Whigs, was die Thronrede wiederholte und Harleys Bemühungen, die nötigen Fonds zu schaffen, nicht zum mindesten bestätigten. Alles schien Kriegslust zu atmen. Selbst nach

1) St. John an Marlborough, 10. November 1710 (Coxe III, 323), ergänzt aus den Coxe Mss. Br. Mus.

2) Weber S. 79. 82.

den Niederlagen von Brihuega und Villaviciosa verfehlte die Königin nicht den Allianzmächten ermutigende Schreiben zugehen zu lassen und vor dem Parlamente durch St. John zu verkünden: sie zweifle nicht, daß das Parlament seine Hilfe anbieten werde, das große Unglück wieder gut zu machen. Das Unterhaus votierte dann auch die gewünschten Summen, und mit Recht durfte Marlborough sagen, daß alles geschähe, die spanischen Angelegenheiten wiederherzustellen [1]). Dennoch macht sich nun nach den spanischen Niederlagen der Versuch bald bemerkbar, nicht allein die Verbündeten auf die steigende Inklination der Königin zum Frieden hinzuweisen, wie besonders Lord Rochester genugsam zu erkennen gab, daß man den Bogen zu straff gespannt habe [2]); leise und verstohlen bemüht man sich auch, den Gedanken in die Allianz hineinzutragen, daß dieser Frieden mit geminderten Ansprüchen erlangt werden müsse. Allerdings nicht den kaiserlichen Hof hat man umzustimmen versucht: an diesen erging keine andere Andeutung als die Drohung, welche Peterborough nach einem jetzt (Februar 1711) abgefaßten Zusatzartikel zu seiner Instruktion der kaiserlichen Regierung zu übermitteln hatte: „daß wenn der Kaiser sich weigere die englischen Propositionen zu erfüllen, die Alliierten das als Verzicht auf die spanische Monarchie betrachten würden [3]); — destomehr aber bemühte sich das Ministerium in Holland, den Boden zum Empfange der französischen Friedensvorschläge vorzubereiten. Wir bemerkten, daß wenn es nach den Wünschen Harleys gegangen wäre, die Friedensbewegung überhaupt von Holland ihren Ausgang genommen haben würde. Da sich aber die französische Regierung auf die dahin gehenden Harleyschen Vorschläge nicht eingelassen hatte, so haben die englischen Minister ihrerseits mit der holländischen Friedenspartei Fühlung suchen müssen.

1) Marlborough an Wratislaw (Murray V, 254. 257).

2) Bothmars Berichte 20. Januar, 2./13. Februar 1711 (Hannov. Staatsarchiv).

3) Br. Mus. 4107, fol. 184. Original. Gedruckt bei Fiedler „Aktenstücke" XVII, 146.

Auch in Holland waren nach Brihuega und Villaviciosa Stimmen laut geworden, von denen die einen eine erneute Anknüpfung mit dem Gegner forderten, während andere sich nicht auszusprechen scheuten, daß vielleicht ein Frieden geschlossen werden müsse, der Spanien in bourbonischen Händen belasse [1]. Besonders gehörte Buys, der Syndikus von Amsterdam, zu den Gegnern weiterer Kriegführung: ihn hörte man fragen, ob man dadurch dem Kriege ein Ende zu machen gedächte, daß man die Kräfte des Landes vernichte, die Kassen leere und den Handel zerstöre; man habe die rechte Zeit zum Friedenschließen versäumt; jetzt müsse man ihn nehmen, wie man ihn erhalten könne [2]. Und bei Worten allein war es nicht geblieben, sondern es waren auch von hier aus Fäden nach Frankreich gesponnen worden, die bewiesen, wie lebhaft trotz der den Whigs günstigen Haltung des Ratspensionärs Heinsius die Friedenspartei auch in den Staaten ihr Wesen trieb: der eine, schon zur Zeit der Gertruydemberger Verhandlungen angeknüpft, ging durch bayerische Hände und sollte den Staaten den Besitz der ganzen Niederlande einbringen, ein zweiter durch die Vermittlung des Herzogs von Lothringen [3], und auch ein holsteinischer Agent, Namens Pettecum, der seit geraumer Zeit den Unterhändler zwischen Torcy und Heinsius spielte, hatte seine Thätigkeit wieder aufgenommen [4].

Unter diesen Umständen bedurften die englischen Minister vorzüglich einer geeigneten Mittelsperson, um den maßgebenden Persönlichkeiten der holländischen Friedenspartei soweit wie thunlich die wirklichen Absichten des neuen Ministeriums zu enthüllen — denn sowohl Lord Townshend, den man nur darum noch nicht abgerufen hatte, um ihn nicht in London zu haben, als Vrybergen der holländische Gesandte in London waren erklärte Whigs — und diese Mittelsperson war in

1) Wagenaar, Vaderlandsche Historie (Amsterdam 1757), Deel XVII, S. 399.

2) Strafford Papers (Brit. Mus. 22205).

3) Weber S. 86—88.

4) Journal de Torcy, p. 295. 297. 304.

einem schottischen Kaufmanne, John Drummond gefunden, welcher in den Regierungskreisen im Haag und in Amsterdam intim verkehrte. Mit ihm traten Harley und St. John in eifrige Korrespondenz, und ihm als ersten hat St. John nach dem Unglück von Brihuega in tiefem Geheimnisse mitgeteilt, es sei die Meinung der Königin, daß, da Spanien auf dem Wege der Erhebung der Unterthanen nicht gewonnen werden könne, kein nüchterner vernünftiger Mensch an dem Gedanken festhalten werde, dieses weite Land mit den Waffen zu erobern [1]). Das Ergebnis der von London aus geleiteten Bemühungen Drummonds war, daß Anfangs April Buys sich bereit erklärte, über die Feststellung einer veränderten Friedensbasis mit England in Verhandlungen zu treten [2]) und sich sogar entschloß, um das Einverständnis zu beschleunigen, persönlich nach London zu reisen; Drummond, den die englischen Minister in ihre Dienste nehmen wollten, sollte ihn begleiten [3]).

Da starb der Kaiser.

Es gilt als gesicherte Thatsache, daß die Toryminister den Tod des Kaisers als einen Glücksfall hätten ansehen müssen, da er ihnen ein neues und das bedeutsamste Moment in die Hände gegeben habe, einen Friedensschluß auf der mit Frankreich verabredeten Basis zu motivieren: Lag es doch am Tage, daß die Mächte, welche zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts in Europa die Waffen ergriffen hatten, nicht die Vereinigung der Kronen von Spanien und Österreich auf dem Haupte König Karls gern sehen konnten, welche die Übermacht des habsburgischen Hauses an Stelle des bourbonischen gesetzt haben würde.

Läßt es sich mit dieser Auffassung dann aber in Einklang bringen, daß die Hindernisse, welche dem englischen Friedensprojekte entgegenstanden, sich mit dem Hinscheiden des Kaisers in keiner Weise verringerten, sondern daß gerade jetzt neue Komplikationen hinzukamen?

Wir behandeln diese Frage eingehender, weil auch die

1) St. John an Drummond, 26. Dezbr. 1710 (Bol. Korr. I, 34).
2) Weber S. 110; Wagenaar XVII, 400.
3) Raby an St. John, 5. Mai 1711 (Strafford Pap., Br. Mus. 22205).

neueste Forschung die Aufgaben und die Haltung der englischen Politik in dieser besonders bedeutsamen Krisis noch nicht ganz klar gelegt hat [1]).

Nichts hätte in der That in Harleys geheime Politik besser hineingepaßt, als wenn das englische Ministerium den Todesfall Kaiser Josephs hätte benutzen können, um die Unmöglichkeit zu beweisen, den künftigen Kaiser zugleich König in Spanien bleiben zu lassen, oder auch nur um die Stimmen zu unterstützen, die sich in diesem Sinne geltend machten. Auch das schon wäre ein wesentlicher Fortschritt gewesen, wenn sie, diesen Gesichtspunkt betonend, für die Kandidatur des Herzogs von Savoyen hätten eintreten können, der überdies rechtliche Ansprüche auf die spanische Succession besaß [2]). Darin lag nun die Wurzel ihrer Schwierigkeiten, daß sie alles dies eben nicht durften, und zwar aus Sorge vor einer alsdann möglichen Annäherung zwischen den Höfen von Wien und Versailles. Eine Besorgnis in dieser Richtung war nicht allein dadurch begründet, daß von Wien die Kunde kam, wie wenig dort noch am Kriege gelegen sei, wenn Neapel und Sicilien in kaiserlichen Besitz kämen; — Spanien möge dann der Teufel holen, hatte es geheißen [3]), — der kaiserliche Gesandte in London, Graf Gallas, hatte überdies in kluger Weise zur Verbreitung des auf Erfindung beruhenden Gerüchts beigetragen, daß bereits schon im Frühjahr nach der Einnahme von Girona der Herzog von Noailles König Karl ein Friedensangebot gemacht hätte des Inhalts, daß für den Verzicht Spaniens sämtliche italienische Länder abgetreten werden sollten, welches von letzterem damals aber zurückgewiesen worden sei [4]).

1) Weber schreibt (S. 80): Der Tod des Kaisers habe „eine billige Entschuldigung" für das Aufgeben der großen Allianz gewährt.

2) Daß Raby im Haag dafür eingetreten sein soll, die spanische Monarchie solle an den Savoyer kommen (Weber S. 90) ist ein positiver Irrtum. Vgl. über Rabys Haltung den ausführlichen Bericht Rotbethons bei Klopp XIV, Anlage II.

3) Raby an St. John, 28. April 1711 (Strafford Papers, Br. Mus. 22205).

4) St. John an Raby, 24. April 1711 (Rec. off. Holland). Daß das

Bedenken wir nun, daß die Aufgabe Spaniens englischerseits die Basis für die Verhandlungen mit Frankreich bildete, so verstehen wir, daß die englischen Minister, so lange sie mit der französischen Regierung noch nicht im reinen waren, alles zu vermeiden wünschten, was ihrer Meinung nach die kaiserliche Regierung veranlassen könnte, neuen Anerbieten Frankreichs besseres Gehör zu schenken und etwa ihren eigenen Verhandlungen durch einen kaiserlicherseits geäußerten Verzicht auf Spanien den Boden zu entziehen. Darum also völliges Schweigen St. Johns in seinen Unterredungen mit Vertretern der Allianzmächte über etwaige Übelstände, welche aus einer Union Spaniens mit dem Reiche zu befürchten wären [1]), darum seine Versicherungen, daß England wohl für die Nachfolge König Karls in Spanien eintreten würde, es aber nur nicht wagte, um nicht den Savoyer zu reizen, der dann leicht mit Frankreich gemeinsame Sache machen könnte [2]), darum St. Johns Botschaft an Raby im Haag, die Successionsangelegenheit, so wenig wie möglich zu berühren, indem völliges Schweigen oder Ausweichen weniger Unheil anrichten könne als eine offene Erklärung [3]) — es sei ja doch auch lächerlich, das Fell teilen zu wollen, bevor man den Löwen erlegt habe [4]); — darum endlich die Haltung des Ministeriums in den beiden Fragen, welche sich an den Tod des Kaisers knüpften: die Kaiserwahl und Karls Heimreise zu derselben betreffend [5]).

Gerücht erfunden war, ist aus Rabys Schreiben vom 22. Mai und seiner Randbemerkung zu der Mitteilung, die ihm St. John darüber zugehen ließ: „That is since disavowed" zu entnehmen. Bestätigt wird Rabys Angabe dadurch, daß weder in dem Journal de Torcy noch in den Memoiren von Noailles von einem ähnlichen Anerbieten die Rede ist. Gallas trug es allerdings als Thatsache vor; vgl. Klopp XIV, 91.

1) Bericht von Gallas bei Klopp XIV, 92; Bonnets Bericht 24. April/5. Mai (Geh. Staats-Archiv).

2) St. John an Raby, 24. April 1711 (Rec. off. Holland).

3) St. John an Raby, 8. Mai 1711. Eigenhändig und ganz chiffriert (ebendas.).

4) St. John an Peterborough, 8. Mai 1711 (ebendas.).

5) Nicht also haben „die Minister den Tod des Kaisers benutzt.

Mit aufrichtig gemeintem Eifer entschied sich die englische Regierung sofort für die Notwendigkeit, Karl zu wählen, und versäumte keine Schritte, die Wahl zu erleichtern und zu beschleunigen, womit England und das gleich gesinnte Holland der Sache des Kaisers einen wirklichen Dienst leisteten. Hätte doch jedes Schwanken und Zaudern die Pläne, welche in Paris zur Störung oder Hintertreibung der Wahl gefaßt wurden, gefördert und was die diplomatische Gewandheit der französischen Agenten, die König Ludwig an die Kurfürsten entsandte, nicht vermochte [1]), das hätte vielleicht das Schwert von Villars und ein Zug seiner Truppen nach der alten Kaiserstadt, wie ihn der Kurfürst von Köln anriet, zustande gebracht [2]).

Zweideutiger mußte ihre Haltung in der anderen Frage sein: da hier doch der Schein zu vermeiden war, daß mit Karls Abreise der Verzicht auf Spanien verbunden sein könnte, so galt es, die Rückkehr des Königs nach Möglichkeit zu verzögern. St. John vermied darum auf die Anfragen von Gallas, ob der König in Catalonien bleiben solle oder nicht, eine positive Antwort zu geben und Dartmouth erhielt den Auftrag, den Admiralen des Mittelmeergeschwaders Ordre zugehen zu lassen, sich nicht bedingungslos dem Kommando des Kaisers zu untergeben und die Reise Karls geschickt in die Länge zu ziehen [3]). Die Ordre erwies sich als um so notwendiger, als das Anerbieten, die englische Flotte zur Vorführung des kaiserlichen Erben zu stellen, bereits von Peteroroughs Seite geschehen war, den Karls Freund, Graf Wratislaw, in einem in der ersten Erregung nach dem Tode Jo-

um der Welt die Unmöglichkeit dem Hause Habsburg auch noch Spanien zu verschaffen darzuthun", wie Weber S. 92 ausführt.

1) Die bisher herangezogenen Quellen werden noch ergänzt durch die Instruktion von Hooke in „Instructions aux Ambassadeurs de France", Pologne ed. Farges I, 266 sqn.

2) Schreiben des Kurfürsten von Köln in „Mémoires de Villars" ed. de Vogüé III, 298—300.

3) St. John an Raby, 19. April (Rec. off. Holland), Robethon an den Kurfürsten, 9. Mai 1711 (Hannov. Stadtbibliothek).

sephs abgefaßten Briefe im Namen der Kaiserin-Regentin dringend angegangen hatte, nach Barcelona zu kommen und den Kaiser mit der kaiserlichen Familie so schnell wie möglich nach Italien zu geleiten [1]).

Mit den Verhältnissen, welche der Tod des Kaisers in den Beziehungen Englands zum Wiener Hofe schuf, hing aufs engste die weitere Komplikation zusammen, daß die englischen Minister nun doch auch berechtigte Forderungen des Turiner Hofes durchaus nicht abweisen konnten noch wollten.

Es ist nicht richtig, daß der savoyische Gesandte im Haag nach Eintreffen der Todesnachricht des Kaisers sofort im Namen seines Herrn feierlich gegen eine Vereinigung der kaiserlichen und spanischen Kronen auf Karls Haupte Einspruch erhoben habe, ebenso wenig wie der Marquis del Borgo in London geradezu die spanische Monarchie gefordert hat [2]). Wohl aber war der Herzog entschlossen, die für ihn besonders günstige Situation auszunützen, um seinen Hausbesitz zu mehren, das schulde er seinen Kindern, und zwar forderte er zunächst Vigevano. Sein Sinn sei auf das Nützliche gerichtet, erst dann auf das Angenehme, bemerkte er zu dem Earl of Peterborough, als dieser seine weltumstaltenden Pläne vortrug, nach welchen Spanien der Anteil des Savoyers werden sollte [3]).

1) „A présent que chaque delay ou moment de l'absence du Roi notre maître pourrait nous attirer un accident fâcheux, et peut-être un bouleversement général des affaires de l'Europe, il est dans un cas pareil de la prudance à passer par toute sorte de forme et je ne doute point que la Reine et la nation vous aura bon gré de cette vigilance." Wratislaw an Peterborough, 21. April 1711, Original (Rec. off. Savoy 40). Darnach ist Klopps Darstellung XIV, 87 zu berichtigen.

2) Beides behauptet Weber S. 90 u. 98. — Del Borgo bat nur „de réfléchir aux justes vues que S. A. R. dit avoir sur l'Espagne en cas d'incompatibilité de l'union de cette monarchie avec l'Espagne. Del Borgo an Dartmouth, 22. Mai 1711 (Savoy King's Letters 37 Rec. off.).

3) Peterboroughs Bericht bei Sclopis „Delle Relazioni Politiche tra la Dinastia di Savoia ed il Governo britannico", p. 145sqn. Chetwynds Berichte aus Turin (Rec. off. Savoy).

Den vorteilhaftesten Weg für die englische Diplomatie fand diesmal Lord Raby, der neu ernannte englische Gesandte im Haag. Man hatte dort holländischerseits nebst anderem für die Hinreise einer Erzherzogin nach Spanien gesprochen, welche nach Art Königin Elisabeths viele Freier in der Schwebe halten könne, und daß, wem diese ihre Hand gäbe, König von Spanien werden solle. Raby hatte darauf als berechtigtsten Freier den Prinzen von Savoyen, des Herzogs ältesten Sohn, genannt und die Heirat dieses mit der österreichischen Erzherzogin angeraten. Damit fand er im Londoner Kabinettsrate vollen Anklang sowohl bei Harley, dem es paßte, ohne England zu binden, den Wiener wie Turiner Hof hinhalten zu können [1]), als bei St. John [2]), der mit Recht als guter Savoyarde galt und dem das Wohl und die Zukunft Savoyens wirklich am Herzen lagen. Ursprünglich war er für die Succession des Herzogs in Spanien eingetreten [3]). Die Union des Reiches mit Spanien sei höchst gefährlich, hatte er dem Vertreter Savoyens zugeflüstert [4]) und vertragsmäßig käme diese Succession dem Herzoge zu. Dann war aber auch der Heiratsplan nach seinem Sinne, den er nach Kräften zu fördern suchte [5]): Er bezeichnete die Notwendigkeit, den Herzog zu befriedigen, geradezu als den Knoten der ganzen Angelegenheit. Bedenkt doch, schrieb er an Orrery, daß nach dem ursprüng-

1) Harley ließ sogar den französischen Hof davon in Kenntnis setzen und ihn ersuchen, Englands Bemühungen, Savoyen zu schmeicheln, nicht durch ein anderes Heiratsangebot zu stören. Gaultiers Bericht, 5. Mai 1710 (Aff. étrang.).

2) St. John an Raby, 17. April. The expedient mentioned by your Exc. is for ought I know the only probable way of satisfying the minds of these people at quiet into whose scheme of politics it can never enter that the Empire and the Monarchy of Spain be united in the same person. (Rec. off. Holland.)

3) St. John an Marlborough, 13./24. April 1711 (Rec. off Holland 358). Das war seine nur persönliche Meinung „without delivering any direct opinion of the Queen's".

4) Der savoyische Gesandte verriet es an Bothmar. Bothmar an den Kurfürsten 24. April / 5. Mai (Hannov. Staatsarchiv).

5) St. John an Raby, 1. Juni 1711 (Rec. off. Holland).

lichen Kriegsprogramm der Krieg nicht nur beabsichtigt worden ist, um Spanien den bourbonischen Händen zu entreißen, sondern auch um die spanische Monarchie und das Kaiserreich getrennt zu halten, da doch sonst die zugunsten Karls III. gemachten Renunziationen unnötig gewesen wären, und welche Gedanken eine so wesentliche Änderung des Programms in Turin wachrufen muß? [1]) In jedem Falle wünschte er den italienischen Besitz des Herzogs zu sichern und zu stärken, und zwar ging er hierbei von großen Gesichtspunkten aus: Savoyen sollte als Balance dienen zwischen den beiden sich befehdenden Häusern Habsburg und Bourbon [2]).

Der Bescheid, welchen der savoyische Gesandte in London von der Königin selbst und ihren Ministern empfing, fiel daher zur Befriedigung des Herzogs aus: Nicht nur die Sympathieen für den Herzog würden die Königin veranlassen, für ihn einzutreten, sondern auch die Überlegung, daß die Vergrößerung Savoyens das wirksamste Mittel sein werde, das europäische Gleichgewicht aufrecht zu erhalten. Und als den besten Weg hierhin sähe die Königin die Heirat des Erbprinzen mit einer der Töchter Kaiser Josephs an [3]). Hierfür versprach auch der Herzog, wie die Engländer es wünschten, sich an die Spitze der gegen die Dauphiné operierenden Truppen zu stellen: seine Armee, schrieb er höflich an Königin Anna, sei auch die ihrige [4]).

Dazu kam nun als dritte Schwierigkeit, welche das Hinscheiden Kaiser Josephs hervorrief, eine durch die Wiener Ereignisse hervorgerufene Schwenkung der holländischen Politik. Sie war das Werk des Ratspensionärs Heinsius, welchen die durch den Todesfall veranlaßten Beratungen notwendigerweise wieder in den Vordergrund der Geschäfte riefen und der jetzt

1) St. John an Orrery, 24. Juli 1711 (Rec. off.).

2) Ders. an Raby, 1. Juni 1711 (Rec. off.). Derselbe Gedanke ist auch in anderen Schreiben St. Johns zu finden.

3) Darthmouth an del Borgo, 5. Juni 1711 (Savoy Kings letters 37. Rec. off.).

4) Viktor Amadeus an Königin Anna à la Venerie, 8. Mai 1711 (Br. Mus. add. 4908 Original).

die Gelegenheit auszunutzen suchte, die Fäden, welche sein Rivale Buys inzwischen angesponnen hatte, zu zerreißen. Nicht daß nicht auch er erkannte, wie wenig die Staaten imstande waren, noch längere Zeit den Krieg fortzuführen. Was er erstrebte, war zunächst die Verhandlungen der Direktion von Buys zu entziehen und dann überhaupt die Leitung des Friedensgeschäftes in seine Hände zu nehmen. Nur in diesem Zusammenhange läßt es sich verstehen, daß die Staaten auf die französischen Friedensanerbietungen eine ablehnende Antwort schickten, wie sie nach Drummonds Berichten niemand hätte erwarten können, denn auch kurz noch bevor dieser Bescheid nach London abgegangen war, hatte Heinsius durch einen Mittelsmann dem Gesandten Raby klar machen lassen, daß er den Frieden wünsche, man ihn mit Unrecht für einen Freund Marlboroughs halte und er soweit wie nur irgendeiner gehen wolle den Frieden zu erlangen. Raby würde ihn verpflichten, wenn er Shrewsbury, Harley und St. John mitteilen würde, daß sie drei sich auf ihn verlassen dürften und daß er alles selbst vor Marlborough und Prinz Eugen so lange geheim halten würde, bis man so weit gegangen sei, daß eine Änderung oder ein Widerstand nicht mehr möglich sei. Er wünsche eben nur, daß alles durch seine Hände ginge, nicht durch die des Schwätzers Buys, der nichts geheim halten könne [1]).

Das waren die Verhältnisse, mit denen das Ministerium nach dem Tode des Kaisers zu rechnen hatte. Sie drängen uns die Frage auf, ob sich eigentlich die bis dahin geführte Politik der Harleyschen Gruppe bewährt hat, oder ob es für England nicht vielleicht vorteilhafter gewesen wäre, wenn die englischen Staatsmänner beim Tode des Kaisers noch volle Freiheit der Aktion besessen hätten. Wir glauben antworten zu können, daß die Harleysche Politik ohne jeden Zweifel die für England günstigste gewesen ist. Wären die Seemächte jetzt, ohne daß schon englischerseits eine Verbindung mit Frankreich

1) Raby an St. John, 5. Mai 1711 (Strafford Papers, Br. Mus. 22205).

bestanden hätte, dem Kaiserhofe gegenüber für eine Trennung Spaniens vom Reiche eingetreten, wie sie es doch sicherlich gethan haben würden und zwar auf das Argument sich stützend, daß die Vereinigung Spaniens mit dem Reiche unter einem Scepter dem Programme der Allianz nicht minder widerspräche, als die Belassung Spaniens in bourbonischen Händen, so hätte sich der Kaiser ihrem Drängen auf die Dauer nicht entziehen können und der Frieden hätte auf veränderter Basis auch so eingeleitet werden müssen. Nur aber wäre er dann nicht zwischen den Höfen von Paris und London, sondern zweifellos zwischen den Regierungen von Paris und Wien beraten worden. Bedenken wir nur, daß König Karl der Möglichkeit Spanien dem Savoyer zu übertragen — den Ausweg, den die Allianzmächte dann in erster Reihe vorgeschlagen haben würden — damals noch so feindlich gegenüberstand, daß er drohte, falls es dahin kommen sollte, lieber mit Frankreich in direkte Verhandlungen treten zu wollen [1]) und daß einflußreichste Persönlichkeiten in Wien überhaupt schon dahin gekommen waren, dem italienischen Besitze größeren Wert beizulegen als dem Spaniens. Sinzendorf sagte nach Josephs Tode geradezu: König Karl werde lediglich im Interesse der Seemächte und ihres Handels sich auch ferner noch bemühen, den Herzog von Anjou außer Besitz zu setzen [2]). Wie hätten unter diesen Umständen französische Anerbietungen im Sinne der vermeintlichen Noaillesschen Vorschläge in Wien nicht auf fruchtbaren Boden fallen sollen, so gern wir auch glauben wollen, daß der österreichische Hof nie mit Ausschluß der Alliierten unterhandelt haben würde.

Verfolgen wir jetzt die Konsequenzen, die sich aus den durch des Kaisers Tod bereiteten Hindernissen für den weiteren Gang der englischen Diplomatie ergaben, so war die erste und dringendste, die Notwendigkeit, die Verhandlungen mit

---

1) Carl an Wratislaw, 11. Juni 1711. Archiv für österr. Gesch. XVI, 181.

2) Robethons Bericht vom 5. Mai bei Klopp XIV, 97.

Frankreich zu einem desto schnelleren Abschlusse zu bringen. Wir begnügen uns, hier auf Webers gründliche Darstellung [1]) hinweisend kurz nur die Hauptmomente in das Gedächtnis zu rufen: Zunächst Priors geheime Mission nach Paris Mitte Juli, um der französischen Regierung mitzuteilen, daß die Minister ungeachtet der ablehnenden Antwort der Generalstaaten bereit seien die Verhandlungen weiterzuführen und um, nachdem er sich vergewissert hätte, daß Torcy von Spanien Vollmacht besitze, über die Forderungen, die England für sich stellte, zu beraten. Dann Mesnagers Sendung nach London mit ausführlichen Instruktionen, um die in den Londoner Konferenzen strittig gebliebenen Punkte zu entscheiden und das Maß französischer Zugeständnisse festzustellen. Endlich der Abschluß der Konferenzen zwischen ihm und den von der Königin beauftragten Kommissaren am 27. September / 8. Oktober mit Unterzeichnung dreier Konventionen als Friedenspräliminarien. Das eine Dokument zählte in acht Artikeln die England zugestandenen Vorteile auf, welche als von Frankreich angenommen in den allgemeinen Friedensvertrag einzuschalten seien: Es war darin das Recht Annas auf den englischen Thron und die protestantische Thronfolge, wie sie durch die Parlamentsakten geregelt war, anerkannt, die Abtretung von Gibraltar, Port Mahon und Neufundland mit der Hudsonsbay unter Vorbehalt des französischen Fischereirechtes bewilligt oder bestätigt. Der Hafen und die Befestigung von Dünkirchen sollten beim Frieden demoliert werden; ein Handelsvertrag mit Frankreich war in Aussicht gestellt, und das lukrative Recht, die spanischen Kolonieen in Amerika mit Negern zu versorgen, von einer französischen Compagnie auf eine englische übertragen. Das Schriftstück war von englischer und französischer Seite unterzeichnet.

Eine zweite nur von französischer Seite signierte Konvention enthielt die Artikel eines allgemeinen Friedensentwurfes: Ebenfalls Anerkennung des Rechtstitels der Königin und der

1) Weber Kap. 1 u. 2.

durch die Gesetze geordneten Thronfolge, ferner den auf Dünkirchen bezüglichen Artikel und eine Zusage kommerzieller Vorteile für England und Holland. Die Sondervorteile, welche England sich ausgemacht hatte, waren verschwiegen, anderseits aber festgesetzt, daß Maßregeln getroffen werden sollten, um die Vereinigung der Kronen von Frankreich und Spanien zu verhindern, und um für Holland und das Reich hinreichende Barrieren zu schaffen.

Ein drittes Schriftstück betraf den Herzog von Savoyen, dem eine Barriere gegen Frankreich und eine Gebietserweiterung in Italien gesichert wurde.

In dem Maße, als nun diese Unterhandlungen sich ihrem Ende genähert haben, sind die beim Hinscheiden des Kaisers erörterten Rücksichten Englands auf den Wiener Hof in den Hintergrund getreten [1]). Noch wurde allerdings im Herbst in der Person von Sir Charles Whitworth ein Gesandter nach Wien beordert, um die Kaiserin-Regentin zu energischerem Vorgehen anzuspornen und für eine wirksamere Unterstützung des Savoyers eine sehr ansehnliche Beitragsleistung anzubieten, aber es kann wohl nicht geleugnet werden, daß diese Mission wesentlich nur darum erging, um jedes Unterbleiben später der österreichischen Regierung als Schuld vorwerfen zu können.

Auch der Turiner Hof hatte über die Haltung der englischen Minister besonders ihr vorsichtiges Lavieren in der Successionsangelegenheit zu klagen: Er sei kein Prinz, der sich amüsieren lasse, ließ er sich in einer Unterhaltung mit dem holländischen Gesandten vernehmen [2]).

Die weitgehendste Konsequenz der durch den Tod des Kaisers veranlaßten Komplikationen beobachten wir aber in der Umgestaltung des Verhältnisses Englands zu den Generalstaaten. Selbst Godolphin war der Ansicht gewesen, daß ein Friedenstraktat nicht gemeinsam von den drei Hauptmächten

1) Vgl. Weber Kap. 5.

2) Chetwynds Bericht aus Turin, 1. Juli 1711 (Rec. off Savoy 38).

der Allianz eingeleitet zu werden brauchte, sondern daß zuvor, ohne daß man sich durch Rücksichten auf den Wiener Hof bände, ein separates Einvernehmen zwischen England und den Staaten hergestellt werden müßte [1]). Eben diesen Weg hatte Harley eingeschlagen, als er nach Torcys Weigerung, direkt mit Holland anzuknüpfen, durch Drummonds Vermittelung getrachtet hatte mit Buys zu einem Einvernehmen zu kommen, und wer weiß, ob er nicht, wenn dies Einvernehmen erzielt und die französischen Präliminarien angenommen worden wären, die Staaten in die weiteren Verhandlungen aufgenommen haben würde.

Da ist es nun die bereits verzeichnete, nach Josephs Tode eingetretene Schwenkung der holländischen Politik, welche die Ablehnung der Präliminarartikel veranlaßt hatte, gewesen, die die Minister, wenn sie nicht ihre Existenz gefährden wollten, genötigt hat, auch weiterhin separat mit Frankreich zu unterhandeln und bis zu völligem Übereinkommen auch die Staaten im Dunkeln zu lassen. Darauf beruht dann auch das von hier an hervortretende feindliche Verhalten der Staaten zu dem torystischen Friedenswerke. Wohl haben die Engländer, da es ihnen galt, das Einverständnis Hollands zu der Eröffnung des Friedenskongresses zu erhalten, sich bald wieder den Staaten zu nähern gesucht, aber es ist doch wohl begreiflich, daß diese sich sträubten und daß, als sie endlich sich überreden ließen und Buys zu näherer Beratung nach London entsandten, es doch nicht mit dem Wunsche geschah, den Frieden zu fördern, sondern in der Hoffnung, ihn, wenn noch möglich, zu durchkreuzen.

Wie tritt dieses alles nun aber hinter der einen Thatsache zurück, daß, da der Friedenskongreß berufen werden konnte, die Minister allen Schwierigkeiten zum Trotze ihr Ziel, den Frieden zur Verhandlung zu bringen, erreicht haben, und zumal unter Bedingungen, welche für England als besonders günstig bezeichnet werden konnten. Daß England diese For-

1) Godolphin an Buys, Coxe II, 118—120.

derungen stellen durfte, war gewiß nicht Harleys Verdienst, sondern die Folge von Marlboroughs Ruhmesthaten, aber es kam doch England zustatten, daß die Toryminister im Unterschiede von ihren whiggistischen Kollegen, die anfangs gar nichts zu beanspruchen beabsichtigt hatten [1]), diese Forderungen formulierten. Ein großer und unleugbarer Übelstand bestand allerdings in der durch die Verhältnisse geschaffenen Anlage des Friedenswerkes, denn dieses drohte zugunsten eines wachsenden Einvernehmens mit Frankreich, welches das französische Selbstbewußtsein in bedrohlicher Weise wachrufen mußte, England im Gegensatz zu den Alliierten zu bringen. Aber wenn nur die englische Nation den Frieden billigte, so meinten die Minister auch auf die Nachgiebigkeit des Auslandes rechnen zu können.

Nicht also in Wien und nicht im Haag sondern im englischen Parlamente mußte es sich entscheiden, ob auf der soweit geschaffenen Basis der Frieden zustande gebracht werden würde.

1) Bericht des Grafen Goes über eine bemerkenswerte Unterredung mit Marlborough (8. Juni 1706) bei Klopp XII, 87; Godolphin an Marlborough 18./29. September 1706: die englische Regierung sei „without the least view or desire of any extent of conquest least or dominion of England". Coxe II, 115.

Siebentes Kapitel.

Elemente der Opposition.

Wir wissen, welche Interessen sich an das Verlangen eines Friedens von toryistischer, an die Verweigerung desselben von whiggistischer Seite knüpften. Wenn also die Whigs sich bis hierher noch immer im großen und ganzen abwartend zurückgehalten hatten, so mußte die Veröffentlichung der Präliminarien auf sie einem Signale gleich wirken, wie ein Mann zur Stelle zu sein, um ihrerseits in jeder Weise die Weiterführung des Krieges zu betreiben. Das war aber vorauszusehen und so hatte der Großschatzmeister sich darnach einrichten können. Die Heranziehung der Jakobiten, sowie die Aussöhnung mit den Oktobermännern hatten ja eben bezweckt, dem Ministerium auch angesichts einer geschlossenen whiggistischen Opposition eine Majorität zu schaffen, und übersahen die Minister jetzt vor Beginn der neuen Session ihre Gefolgschaft, so durften sie mit gutem Grunde vertrauen, trotz der whiggistischen Opposition in beiden Häusern die Friedensvorschläge durchzubringen. Überdies begünstigte sie die durch Swifts „Examiner“ bearbeitete öffentliche Meinung, welche je länger je mehr den Frieden zu fordern begann. Wohl gab es Leute, welche, wie Swift sie beschrieb, im Kriege erzogen, den Krieg für den natürlichen Zustand hielten, aber zahlreicher waren die Kundgebungen derer, welche ein Ende des Blutvergießens wünschten. Wen sähe man in stattlichen Karossen einher-

fahren, schalten die torystischen Landedelleute des Oktoberklubs, als die Kriegsobersten und die Geldmänner? Diese allein seien reich; der Landeigentümer werde bald nur ein Pächter sein. Das Resultat des Feldzuges hatte dazu beigetragen, diese Stimmung zu erhöhen, weil, da Marlborough und Villars in gleichem Maße unter dem Drucke des sich verbreitenden Friedenswerkes stehend, einen größeren Zusammenstoß vermieden hatten, Erfolge, wie in den früheren Jahren nicht erzielt worden waren. „Ihr seht", höhnte Lord Raby, „unsere Generale verbringen ihre ganze Zeit beim Kartenspiel. Aber nach Abschluß der Campagne wird es heißen noch eine und wieder eine und so ohne Ende. Das kann so nicht weiter gehen" [1]). Marlboroughs im September unternommener Durchbruch der Linien von Villars, welchen ein Kenner, wie Prinz Eugen, als ein Non plus ultra bezeichnete und die darauf folgende Einnahme von Bouchain, wonach nur noch Le Quesnay und Landrecies den Einmarsch nach Frankreich hinderten, waren strategisch allerdings Unternehmen ersten Ranges, ohne daß Marlborough daraufhin doch aber die Friedensstimmung hätte unterdrücken können. „Das Sehnen nach Frieden ist so groß", schrieb er auf ein zu weiterer Energie anspornendes Schreiben Godolphins, „und nicht nur in England, sondern auch in Holland, daß wenn der Krieg fortgeht, sie in diesem Winter, wie ich besorge, so vieles vernachlässigen werden, daß es nicht in unserer Macht sein wird, einen erfolgreichen Feldzug zu führen" [2]).

Daß das Ministerium die Kriegführung durch ungenügende Geldsendungen erschwert hätte, durfte selbst Marlborough nicht sagen: es hieß im Gegenteil aus dem Feldlager, daß der Herzog sowohl betreffs der Regelmäßigkeit der Zahlungen als des Eingehens in seine Dispositionen niemals befriedigter gewesen wäre als jetzt [3]). Auch das kam dem Ministerium zugute.

1) Robethon an den Kurfürsten, 16. Juni 1711 (Hannov. Stadtbibl.).

2) Marlborough an Godolphin, 22. Oktober 1711 (Coxe, Mss. Br. Mus. 9113).

3) H. Watkins an Drummond, 3. September 1711 (Drummond Mss. Rep. of. hist. Mss. X, Part. I, p. 143).

Was in der Welt hatte die Whigpartei dem entgegenzusetzen?

Ergiebt es sich, daß eine whiggistische Opposition allein nicht imstande gewesen wäre, jene Schwierigkeiten zu schaffen, welche sich an die Geschichte der Utrechter Verhandlungen knüpfen, so drängt sich die Frage auf: Besaßen die Whigs einen Rückhalt, mit dem vielleicht das Ministerium nicht gerechnet hatte?

Wir müssen hier noch einmal auf die ersten Zeiten des Ministeriums zurückgehen.

Noch vor dem Zusammentritte des Parlaments, in jenem Vortrage zu Windsor, hatte Harley die Königin gewarnt: Es gäbe einen schwachen Punkt, deu sich der Feind zum Angriffe ausersehen könnte: das sei die Angelegenheit des Hauses Hannover. Es müsse der großen Weisheit der Königin überlassen werden, zu erwägen, wie dem zuvorzukommen wäre. Es war daraufhin folgendes geschehen: Ein außerordentlicher Gesandter war nach Hannover beordert worden, um dort das zu wiederholen, was die Thronrede aller Welt verkündet hatte, nnd dazu in verschiedenen Schreiben die Ergebenheitsversicherungen der Lords Shrewsbury, Rochester und Buckingham zu übermitteln [1]). Harley für seine Person hatte vordem schon einem Freunde des hannoverschen Hofes, der es nach dorthin mitgeteilt hatte, geschrieben, daß die Änderungen, welche die Königin unternommen habe, auf ehrlichen und wahrhaft englischen Prinzipien beruhten und daß zu diesen Prinzipien das Festhalten an der hannoverschen Succession zähle [2]). Nach Eröffnung des Parlaments wandte er sich noch einmal direkt an den Kurfürsten: Er habe es bisher unterlassen, weil er es vorgezogen haben würde, seine Ergebenheit durch Thaten als durch Worte zu beweisen, aber er benutze nun die günstige Gelegenheit. Der Kurfürst antwortete allen

1) Sämtlich bei Macpherson.

2) Harley an Gwynne, 21. November (Stowe Mss., Astle's Collection, Vol. 1, Br. Mus.); Gwynne an Robethon, 31. Dezember 1710; Macpherson II, 206.

in verbindlichen Worten: „Ich habe mit Freuden vernommen", erwiderte er Harley, „daß die Königin mit ihrem Vertrauen einen Minister beehrt, welcher so vollkommen die wirklichen Interessen Großbritanniens kennt und der stets so regen Eifer für sein Land bewiesen hat" [1]). Befand sich unter den erst genannten Korrespondenten nicht St. John, so versäumte doch auch dieser nicht, sich durch Robethon, den Sekretär des Kurfürsten, dem hannoverschen Hofe empfehlen zu lassen. Entgegenkommend war die Antwort Robethons gerade nicht, aber ihm durfte es genügen, seinen guten Willen bewiesen zu haben [2]). Und in Wahrheit war St. John gut hannoverisch gesinnt. „Ich spreche um so öfter und offener zu Ihnen über die Succession", schrieb er an den englischen Residenten in Hannover, „weil wir nicht unwissend sind, wieviel Mühe von gewissen Leuten angewandt worden ist, viel Lärm über die Succession zu machen — Leute, die für dieselben nicht das Geringste geleistet haben — als ob ein Nachlassen des Interesses für dieselbe am Hofe zu verspüren sei" [3]).

Dann ereignete sich allerdings ein Zwischenfall, welcher in jeder Weise aufgebauscht, geeignet sein konnte, die Beziehungen zwischen beiden Höfen abzukühlen. Wie schon wiederholt zuvor hatte damals auch die Herzogin von Gordon in Edinburg eine Medaille prägen lassen, die auf der einen Seite das Brustbild des Prätendenten zeigte mit der Unterschrift: Cuius est? auf der anderen Seite Großbritannien und Irland mit einer herannahenden Flotte und der Unterschrift: Reddite. Diese Medaille machte die Herzogin der schottischen Advokateninnung zum Geschenk und erhielt als Dank im Namen der Genossenschaft, welche in besonderer Sitzung über die Annahme der Medaille beraten hatte zur Antwort, daß sie hoffte, die Herzogin werde bald die Gelegenheit haben, ihrer Innung

1) Macpherson II, 197. 204.

2) St. John an Robethon, 10. November 1710; Robethon an St. John, 17. Dezember 1710, Macpherson II, 202, 204.

3) St. John an D'Allais, 4. September 1711 (Rec. off. Regencies 9).

noch eine andere Medaille zu schenken, geprägt auf die Herstellung des Königs und der königlichen Familie und auf die Austilgung der Rebellion, der Usurpation, der Tyrannei und des Whiggismus [1]).

Robethon legte das von dem hannoverschen Residenten in London hierüber eingesandte Protokoll sofort dem Kurfürsten vor und veranlaßte ihn, wie er sich rühmend an Marlborough meldete, das englische Ministerium in längerem Schreiben zur Bestrafung der Schuldigen aufzufordern. Die Minister thaten auch in diesem Falle, was sie nur thun konnten: Sie mißbilligten das Vorgehen der Advokaten aufs schärfste und versprachen eine schleunige Untersuchung.

Als jetzt nun die Präliminarien festgestellt waren, ließen sich die Minister angelegen sein, sofort den hannoverschen Hof über die Politik des Ministeriums aufzuklären und geradezu seine Zustimmung zu erbitten. Lord Rivers ging wiederum nach Hannover und erhielt eine ganze Sammlung von Schriftstücken mit auf den Weg: Schreiben von Oxford, Shrewsbury, Buckingham, Bristol [2]), Memoires an den Kurfürsten betreffs der Friedenshandlung und auch eine Kopie der Instruktion Straffords für die Generalstaaten in französischer Sprache, welche Rivers dem Kurfürsten vorzulegen hatte; mit der Begründung, daß, da es sich nicht nur um das gegenwärtige, sondern auch das zukünftige Wohl Englands handle, die Königin sich verpflichtet halte, den Kurfürsten von ihren Beschlüssen und den Überlegungen, auf welche dieselben gegründet seien, in Kenntnis zu setzen. Dazu hieß es, die Königin schlage die Eröffnung der Konferenzen nicht allein aus den in Straffords Instruktion angegebenen Gründen vor, sondern auch um sowohl die kaiserlichen wie holländischen Minister an dem Gelingen eines Planes zu hindern, den die ersteren geschmiedet und die letzteren sicherlich billigen würden: die

---

1) Klopp XIV, 204. Das Protokoll in der „Zeitschr. d. histor. Vereins für N.-Sachsen" 1883, S. 12—14.

2) Bei Macpherson gedruckt. II, 255 sq.

Verhandlungen abzubrechen, um am folgenden Tage neue zu beginnen, in welchen die englischen Interessen ganz vernachlässigt werden würden. Das wisse man aus sicherster Quelle [1]).

Da ist es denn für den Gang der englischen Verhältnisse entscheidend geworden, daß nunmehr der Kurfürst, diesen Bemühungen der Toryminister zum Trotze offen für die Whigs Partei genommen hat.

Wir wissen, wie sehr diese von vornherein darauf gepocht hatten, daß der Kurfürst gleich ihnen jener Kombination angehörte, welche sich die möglichste Erniedrigung des bourbonischen Hauses zum Ziele gesetzt hatte, aber wie es ihnen doch bisher nicht gelungen war, den Kurfürsten daraufhin zu einer wirklichen Stellungnahme in den englischen Angelegenheiten zu bewegen. Nur hatten wir den hannoverschen Gesandten auf das Drängen der Whiglords, der Kurfürst möge doch wenigstens in irgendeiner Weise sein Interesse für die Succession bekunden, antworten hören: Sie sollten auf einen guten Frieden hinarbeiten, der dann zugleich am besten die Succession sichere. Diesen Hinweis machte sich die Whigpartei jetzt, wo die Präliminarien hinter ihrem Rücken zustande gekommen waren, zu Nutzen. Sie stellten vor, daß ein Frieden, so wie ihn das Ministerium plane, die Succession gefährden werde, und daß darum der Kurfürst gewiß nicht mehr zaudern dürfe, mit ihnen gegen die ministerielle Politik Front zu machen. Sie begründeten ihre Ansichten über die Bedenklichkeit der Lage mit folgenden Argumenten: Einmal, betonten sie, daß die Königin mehr für den Prätendenten als für die protestantische Religion inkliniere, wenngleich sie für ihre Person gar eifrig und andächtig in ihrer Religion sei. Auch der Klerus, insbesondere der niedere, halte es mit dem Prinzen und suche das Volk auf alle Weise zu seiner Meinung zu bekehren, gleichwie die Professoren zu Oxford sich angelegen sein ließen, die Jugend in diesem Gedankenkreise zu erziehen. Man sähe auch, wie

1) Unter Bothmars Papieren Y 48, Vol. II (Hannoversches Staatsarchiv).

diejenigen, welche der protestantischen Succession stets entgegen gewesen, dem Prinzen aber öffentlich zugethan seien, jetzt hervorgezogen würden und ansehnliche Ämter erhielten. Ja, einige vornehme Herren, die immer für die protestantische Thronfolge gewesen, begännen schon zu sagen, man würde endlich, um die Ruhe zu wahren, besser thun, sich zu bequemen, als es zu einem Bürgerkriege kommen zu lassen [1]). So träte es jetzt auch aus dem Friedensplane hervor, daß die Minister für den Prätendenten seien und Frankreichs Beistand für ihn zu gewinnen suchten: denn sonst hätten sie doch wohl anstatt Spanien und Indien zu verschenken, sich wenigstens bemüht, diese Länder teuer zu verkaufen [2]).

Forschen wir, mit welchen Gefühlen der Kurfürst die Berichte aus London empfing, so lehrt uns eine Klage seines Sekretärs, man vernehme sie mit völliger Gleichgültigkeit [3]), daß der Kurfürst der Succession gegenüber noch immer auf seinem bisherigen Standpunkte beharrte. So mag es ihm auch nicht schwer geworden sein, die Successionsangelegenheit in seinen im Laufe des Sommers nach London gerichteten Reskripten überhaupt nicht zu berühren. Er war dann wohl einverstanden, daß Bothmar die Ernennung Jerseys, weil er Jakobit war, zu hintertreiben suchte, aber eigentlich interessiert hatte ihn von den im Laufe des Jahres erfolgenden Neuernennungen doch nur die Lord Rabys zum Gesandten im Haag, weil er besorgte, daß dieser, da er aus Berlin kam, die preußischen Interessen zu eifrig vertreten würde [4]). Wir sagen es unbedenklich: die Sorge um die Succession hätte ihn noch zu weiterem Handeln nicht getrieben.

1) Schlußbericht Bothmars an den Kurfürsten, Haag 18. Juli 1711 (Hannoversches Staatsarchiv).

2) Bothmar an Bernstorff, 20. November 1711 (ebendas.).

3) „Ayant diné hier chez Mylord Duc avec Mylord Townshend, ils eurent des entretiens fort curieux sur les affaires d'Angleterre .. je me réserverai à rendre compte à mon retour de ces sortes de choses qui d'ailleurs sont reçues à Hannovre avec une parfaite indifférence“. Robethon an Bernstorff, 14. April 1711 (ebendas.).

4) Reskript des Kurfürsten, 29. Januar 1711 (ebendas.).

Was ihn aber in Harnisch brachte, das war nur schon das Gerücht gewesen, daß die Toryminister einen Anjou auf Spaniens Thron dulden würden, weil seine Meinung, von der in keinem Falle abgehen mochte, war, daß „Spanien durch Abaissierung Frankreichs gewonnen werden müsse“ [1]). Dahinter trat bei ihm auch die Besorgnis durch eine Vereinigung Spaniens mit dem Reiche den Kaiser zu mächtig werden zu lassen, völlig zurück. Robethon hatte in seinem Namen im Haag zu verkünden, daß, wiewohl es aus politischen Rücksichten bedenklich erscheinen könnte, die österreichischen Erblande mit der spanischen Monarchie zu verbinden, das doch bei weitem nicht so erheblich wäre, als wenn man die Allianz bei gegenwärtiger Konjunktur, wo man ausschließlich nur durch ein weiteres festes Zusammengehen die Früchte des langjährigen Krieges zu ernten hoffen könnte, auseinandergehen ließe. Seiner unmaßgeblichen Meinung nach wäre also das einzige Mittel schädliche Folgen des Todesfalles des Kaisers zu verhindern, daß man den Krieg gegen Frankreich, um den Bourbonen die spanische Monarchie zu entreißen, mit gleicher Kraft einmütig fortsetze, die Succession aber ihren natürlichen Gang gehen lasse [2]). Und in London hat Bothmar nicht verfehlt, dem Großschatzmeister selbst vorzustellen, daß die Vereinigung beider Kronen für England sogar vorteilhaft sein würde, da König Karl dann gezwungen sein würde, sich den Seemächten desto mehr zu nähern [3]).

Als jetzt also die Präliminarartikel durchschauen ließen, daß die Toryminister gleichwohl zu dem Entschlusse gekommen zu sein schienen, die spanische Monarchie den Bourbonen zu überlassen, hat der Kurfürst sich entschieden, dem englischen Ministerium seinen ablehnenden Standpunkt klar zu machen und nicht nur dem nach England zurückkehrenden Lord Rivers eine in diesem Sinne abgefaßte Denkschrift als Antwort auf die englischen Memoires mitzugeben, sondern abermals Bothmar und zwar mit bestimmten Aufträgen nach London zu senden:

1) Reskript des Kurfürsten, 23. Januar 1711 (ebendas.).

2) Reskript des Kurfürsten, 5. Mai 1711 (ebendas.).

3) Bothmar an den Kurfürsten, 18. Juli 1711 (ebendas.).

Er sollte deutlich bei allen Gelegenheiten der Königin, den Ministern, auch den Parlamentsmitgliedern betreffs des Friedens zu verstehen geben, daß wenn Frankreich und Spanien in den Händen französischer Prinzen seien, die Freiheit ganz Europas verloren wäre und daß, wenn man von dieser Macht der Bourbonen sich nicht ganz unterdrücken lassen wolle, man in wenigen Jahren genötigt sein werde, die Waffen wieder zur Hand zu nehmen, aber mit viel geringerer Hoffnung auf Erfolg. Im übrigen sollte er in jeder Weise die Union mit den Alliierten, insbesondere mit Österreich anempfehlen und die Weiterführung des Krieges betreiben, zurückhaltend nur betreffs der Succession sein und jedes Mißtrauen gegen die Absichten der Minister sorgsam verbergen [1]).

Diese in einem kurfürstlichen Reskripte enthaltenen Weisungen waren noch in einer sorgfältig ausgearbeiteten Instruktion erweitert und ergänzt [2]).

Aus den für diese Periode bisher unbenutzten Bothmarschen Papieren entnehmen wir nun, daß erst die Parteinahme Hannovers dahin geführt hat, die Verhältnisse in London wesentlich zu ungunsten des Ministeriums umzugestalten.

Bothmar war jetzt wie umgewandelt. Hatte er sich zuvor wohl gehütet, sich in den Strudel des Parteilebens hineinreißen zu lassen, so trat er jetzt offen mit den Whigs in Verkehr und unterstützte ihre Bestrebungen. Den Inhalt seiner Instruktion arbeitete er zu einem Memoire um, in dem er seinerseits noch einfügte, daß, sobald König Ludwig seinen Enkel auf dem spanischen Throne befestigt sehen werde, er auch dahin arbeiten würde, mit seiner gesteigerten Machtfülle den Prätendenten auf den Thron zu setzen, und übermittelte in dieser Form die Ansichten des Kurfüsten der englischen Regierung [3]).

1) Reskript des Kurfürsten, 4. Dezember 1711 (Hannov. Staatsarchiv). Die Denkschrift des Kurfürsten für Rivers bei Klopp XIV, 208. 209.

2) „Mémoire instructif pour le baron de Bothmar" bei Klopp XIV, Anhang VIII, S. 688—692.

3) Das Memoire bei Lamberty VI, 73 ff.

St. John, der das Schriftstück in Empfang nahm, versprach alles durchzulesen und dann mit dem Gesandten darüber zu reden [1]). Überhaupt blieben in dem Verkehr mit dem Hofe und dem Ministerium alle Formen bewahrt, wie auch in Bothmars Ansprache an die Königin, wie sie von Hannover aus angeordnet war [2]), nichts lag, was die Königin hätte unangenehm berühren können: Gott hätte Ihrer Majestät Regierung das Glück und den Ruhm verliehen, sagte er ihr, die überwiegende Macht der Krone Frankreich in gehörige Schranken zu setzen; man zweifle also nicht, daß die Königin Sorge tragen werde, einen solchen Frieden zustande zu bringen, der Großbritannien und dessen Alliierte mithin ganz Europa für die Zukunft in volle Sicherheit bringen werde.

Das Memoire, welches Bothmar dem Ministerium eingereicht hatte, sollte aber auch dazu dienen, der Ansicht, welche die Minister zu verbreiten trachteten, daß die Staaten und der Kurfürst mit einem auf dem Fuße der Präliminarien zu schließenden Frieden sich einverstanden erklärt hätten, in weiteren Kreisen entgegenzutreten, und zu diesem Zwecke ließ er es in Kopieen bei seinen Freunden zirkulieren. Das war dem Kurfürsten gerade recht, denn kurz nachdem Bothmar diesen Schritt aus eigenem Antriebe gethan hatte, erhielt er ein Reskript, das ihn durchaus in gleichem Sinne instruierte [3]).

Als erster erklärte der Herzog von Somerset sich durch das Memoire überzeugt und entschlossen, es sich zum Programm zu wählen. Zwar war der Herzog schon vordem mit dem Ministerium zerfallen, weil seine Wünsche mit Godolphins Entlassung befriedigt waren und er sich gegen die

1) Bothmars Bericht, 30. November/10. Dezember 1711 (Hannoversches Staatsarchiv).

2) Reskript des Kurfürsten, 7. November 1711 (ebendas.).

3) „Nun werdet ihr keine Zeit verlieren, die Vorstellung besagtes Friedenswerk betreffend, die ihr angefangen mündlich zu verrichten, bei der Königin und dero Ministern auch schriftlich per memorialia zu thun. Ihr könnt solche mem. auch wohl einigen guten Freunden unter der Hand schriftlich kommunizieren". Reskript des Kurfürsten, 11. Dezember 1711 (ebendas.).

Parlamentsauflösung ausgesprochen hatte; es war sogar zu offenem Bruche gekommen, als er nach langer Abwesenheit im August einmal wieder in den Kabinettsrat gekommen war und St. John sich erhoben hatte, um in geschickter Weise Somersets einstmaliges Vorgehen gegen Harley rächend, zu erklären: Er wolle nicht mit einem Manne im Rate sitzen, der sie oft verraten und sich offen mit den Gegnern eingelassen habe [1]). Die Notwendigkeit aber, das Friedensprojekt des Ministeriums nicht durchgehen zu lassen, versicherte Somerset jetzt erst erkannt zu haben [2]).

Ein anderer Lord, der die vom kurfürstlichen Hofe entwickelten Gedanken zu vertreten versprach, war Nottingham. Er war gleich Somerset nicht erst zur Opposition zu bekehren gewesen, weil seine abermalige Übergehung bei dem letzten Stellenwechsel, ihm keinen Zweifel gelassen hatte, daß innerhalb der Regierung kein Platz für ihn sein konnte, aber es galt, um seine Stimme zu gewinnen, doch Schwierigkeiten zu beseitigen, bei denen Bothmars Beistand von besonderem Werte war. Der Großschatzmeister hatte, um Nottingham und seine Gruppe für die Friedensabstimmung zu gewinnen, das Anerbieten gemacht, jene gelegentliche Konformitätsbill, die Nottingham unter Marlboroughs Verwaltung zu zwei Malen vorgelegt, aber nicht durchzubringen vermocht hatte, einzubringen, woraufhin Townshend und andere Whigs vorgeschlagen hatten, vorausgesetzt, daß man die Freiheiten der Nonkonformisten nicht beeinträchtige, ihrerseits dasselbe Versprechen zu geben. Nottingham war also im Zweifel, ob er das Geschäft mit den Whigs oder den Tories machen sollte. Am 15. Dezember konnte nun Bothmar triumphierend berichten, daß es gelungen sei, mit Nottingham ein Abkommen zu treffen: Nottingham versprach auf die Erklärung der Whighäupter, ihm die Bill zuzugestehen, mit den Whigs gegen einen auf Fuß der Präli-

1) Swifts „History of the four last years", Works V, 35.

2) Bothmars Bericht, 21. Dezember 1711 (Hannoversches Staatsarchiv). Auch das Folgende nach Bothmars Berichten.

minarartikel zu schließenden Frieden zu stimmen, auch in der nächsten Session Schritte zu weiterer Befestigung der protestantischen Succession zu thun und sich zu bemühen, seine Freunde in beiden Häusern zu gleichem Vorgehen zu bewegen.

Auch Marlborough kam erst ganz zu dem Entschlusse gegen den Frieden zu opponieren, als er sah, welchen Rückhalt der Kurfürst bot. In steter Sorge vor einer parlamentarischen Untersuchung hatte er sich im Laufe des Sommers merklich dem Großschatzmeister zu nähern gesucht und nacheinander den Grafen Stair [1]) und den uns bekannten John Drummond mit der Vermittelung betraut. „Ihr mögt Euch darauf verlassen", schrieb General Watkins, um Marlboroughs Versicherungen zu bekräftigen, aus dem Feldlager an Drummond, „daß kein Mann in Europa den Frieden mehr wünscht als der Herzog und daß er von Herzen gern mit den Ministern zusammen arbeiten würde, ihn zu beschleunigen; nur müßten Korrespondenzen hierüber ihrerseits begonnen werden, denn Vorschläge dieser Art von seiner Seite zuerst möchten vielleicht Verdacht erregen" [2]). Es folgten im Oktober, als der Großschatzmeister es nur gerade gut gefunden hatte, den Feldherrn in Kenntnis zu setzen, daß die Franzosen ein Friedensanerbieten gemacht hätten und im allgemeinen den Alliierten betreffs der Barrieren, des Handels und der übrigen Artikel Genugthuung versprächen [3]), eine Reihe direkter Schreiben Marlboroughs [4]) an Oxford, und noch im November wandte sich Marlborough abermals an Drummond, daß er einen Brief an den Großschatzmeister übergäbe und ihm die Freundschaft desselben verschaffe: „Ich versichere Euch", schrieb er ihm,

1) Marchmont Papers II, 77 sq.

2) Watkins an Drummond, Camp before Bouchain, 20. August 1711 (Drummond Mss. Rep. of. hist. Mss X, Part. I, p. 142).

3) Oxford an Marlborough, 28. August/8. September 1711 (Blenheim Mss. Rep. of. hist. Mss. VIII, Part. I, p. 39).

4) Die Herzogin, welche diese Schreiben erst später fand, hielt es für unmöglich, daß sie von ihrem Gemahl geschrieben seien, und meinte Watkins habe sie verfaßt. — Ibid. S. 39.

„daß, was man auch Gegenteiliges sagen mag, ich keine anderen Absichten habe als solche, welche zu einem festen Bunde mit dem Großschatzmeister hinzielen, dessen mir im Laufe des Sommers erwiesene Freundschaft sich stark genug bewiesen hat, alle von unseren Feinden gemachten Versuche, sie zu stören, zu hintertreiben“ [1]). Das war jetzt alles vergessen. Um mit den Whigs stimmen zu können, fuhr Marlborough nicht wie sonst nach seiner Rückkehr auf das Land, sondern blieb in London und wollte es sogar auf sich nehmen, der Königin vorzustellen, daß der Frieden nur die Einführung des Prinzen von Wales zum Ziel habe und die Königin dann ihres Lebens nicht mehr sicher sein werde [2]).

Und zuletzt ist das Bothmarsche Memoire, welches diese mannigfachen Wirkungen erzielt hatte, noch in folgender Weise ausgenutzt worden: War es bisher trotz vieler Bemühungen, es zu verbreiten — es war übrigens auch noch den Vertretern der Allianzmächte, dem Holländer Buys und dem österreichischen Residenten Hoffmann mitgeteilt worden — doch nur zur Kenntnis eines beschränkten Kreises gelangt, so las es am 6. Dezember die ganze Bevölkerung Londons als im Verlage des Whigblattes „Daily-Courant“ erschienen im Drucke. Die Veröffentlichung war ohne Zuthun Bothmars und wie er dem Kurfürsten berichtete, auch ohne sein Wissen veranstaltet [3]), also zweifellos ein letzter Trumpf der von Bothmar unterrichteten Whiglords, um das Publikum, bevor das Parlament zur Entscheidung zusammentrat, zu belehren, daß die Regierung keineswegs, wie die Minister es ausgaben, im wesentlichen im Einverständnisse mit dem Thronfolger vorgegangen sei.

So war denn der Konflikt zur Genüge vorbereitet. Sehen wir, wie er zum Ausbruch gekommen ist.

1) Marlborough an Drummond, 10. November 1711 (Drummond Mss. p. 144).

2) Bothmar an den Kurfürsten, 24. November 1711 (Hannoversches Staatsarchiv).

3) Derf. an denf., 8. Dezbr. 1711 (ebendaf.).

Nach Eintreffen der Zustimmung der Generalstaaten zur Beschickung des Kongresses war kein Grund mehr gewesen, die Eröffnung des Parlaments zu verzögern. Sie erfolgte am 7./18. Dezember mit einer Ansprache der Königin, welche nunmehr verkündete, daß ungeachtet der Künste derjenigen, welche am Kriege ihre Freude hätten, Ort und Zeit für den Beginn einer allgemeinen Friedensunterhandlung hätten angesetzt werden können. Die Rede verbreitete sich im weiteren über die Aussichten des Friedens, ohne allerdings für die im einzelnen ausgemachten Bedingungen einen Anhaltspunkt zu bieten. Daß die Opposition, die der Thronrede gewohnheitsgemäß folgende Kritik diesmal ausnützen würde, um gegen die Friedenspolitik des Ministeriums Front zu machen, lag auf der Hand, und auch das war den Ministern nicht unbekannt geblieben, daß Nottingham und seine Gruppe sich zur Whigpartei geschlagen hatten und die Gelegenheit wahrnehmen würden, ihre feindlichen Gesinnungen kund zu geben. So herrschte in der Umgebung des Großschatzmeisters eine begreifliche Unruhe und Erregung, wenngleich, wie Swift zu berichten weiß, die Minister am 6. Dezember noch immer auf eine Majorität von zehn Stimmen rechneten [1]). Um dann aber doch sicherer zu gehen, hatte sich der Großschatzmeister zur Königin begeben, um diese zu ersuchen, bei einigen Lords, die als schwankend galten, ihre Autorität zugunsten der Regierung geltend zu machen, und am Tage der Abstimmung selbst schritt er, kurz noch bevor die Königin den Sitzungssaal betrat, durch die Reihen der Lords, sie zu bereden, von Bothmar mit einem General verglichen, der den Ausgang der Schlacht besorgend, seine Truppen anzufeuern suche [2]). Da geschah es nun, daß nach Verlesung der Thronrede Nottingham die Aufnahme einer Klausel in die Antwortadresse vorschlug, des Inhalts, daß kein Frieden sicher oder ehrenvoll sein könne, der Spanien und Indien einem

1) Journal to Stella. Works II, 422; Behaviour of the Queen's last ministry V, 279.

2) Bothmars Bericht, 11. Dezbr. 1711 (Hannov. Staatsarch.).

Zweige des bourbonischen Hauses belasse und daß diese Klausel mit 62 Stimmen gegen 54 angenommen wurde.

Vergegenwärtigen wir uns die Bedeutung der Situation. Das Gelingen der Friedensverhandlungen war nach wie vor die Existenzfrage des Ministeriums. Nun basierten aber die Verhandlungen auf einem Einverständnis mit Frankreich, das nur durch Aufgabe Spaniens erzielt worden war, denn hatte man dieser Bedingung im Friedenstraktate auch nicht offen Erwähnung gethan, um erst den Zusammentritt eines Kongresses zu erreichen, so blieb sie gleichwohl zwischen London und Paris eine abgemachte Sache. Da ging im englischen Parlamente ein Beschluß durch, welcher das Verbleiben Spaniens in bourbonischen Händen als unehrenhaft erklärte.

Das war es, was das whiggistisch-hannoversche Bündnis erreicht hatte, so daß die ganze Zukunft des Ministeriums davon abhing, ob es die Folgen dieser Niederlage zu überwinden vermochte.

Zuerst hatte es ganz den Anschein, als sollte der kühne Streich der Opposition von nachhaltigem Erfolge gekrönt werden und die Regierung nicht mehr imstande sein, der jetzt allerseits vordringenden Whigpartei Halt zu gebieten. Einmal siegten die Whigs von neuem in einer Vorlage, welche im speziellen den schottischen Herzog von Hamilton betraf, aber insofern von prinzipieller Bedeutung war, als es sich um die Frage handelte, ob schottische Pairs, die nach der Union zu Pairs von Großbritannien ernannt wären, in der letzteren Qualität das Recht hätten, im Oberhause zu sitzen. Der Regierung wäre die Bejahung zustatten gekommen, weil die schottischen Lords für sie gestimmt haben würden, aber bei der Abstimmung blieb das Ministerium — Dartmouth war aus persönlicher Überzeugung mit den Gegnern gegangen [1]) — mit fünf Stimmen in der Minorität. Dazu gewann die Whigpartei die Nottinghamsche Gruppe vollends, indem Nottingham jetzt, wie verabredet, die Konformitätsbill vorbringen

1) Dartmouth und Onslow Note bei Burnet VI, 82.

durfte und diese, weil natürlich auch die Tories nicht dagegen stimmten, in beiden Häusern eine schnelle Aufnahme fand. Und dann gelang noch der vereinten Opposition ein abermaliger Eingriff in die Friedenspolitik des Ministeriums: Eine Adresse wurde angenommen, in welcher die Königin ersucht wurde, vor Beginn des Kongresses Maßregeln zu treffen, daß durch eine allgemeine Garantie der Friedensbedingungen die Einigkeit zwischen den Alliierten aufrecht erhalten bleibe. Die Regierungspartei konnte nur mit Mühe die Klausel durchsetzen: „Im Falle die Königin nicht bereits solche Befehle gegeben habe."

Diesen Erfolgen entsprach der Jubel im whiggistischen Lager. Wharton, schreibt Swift [1]), lächelte schadenfroh und der Lord-Oberrichter Parker begann schon die Autoren von Schriften und Zeitungen, welche für die Politik des Ministeriums eintraten, zu verfolgen. Bothmar, ihr Bundesgenosse war auf sein Memoire nicht wenig stolz, weil es doch feststehe, wie er nachhaus meldete, daß ohne dasselbe eine Majorität gegen den Frieden nicht zusammengebracht worden wäre [2]). Man begann überhaupt ganz ernstlich den Termin der Parlamentsauflösung und eine Neubildung des Kabinetts zu besprechen: An Oxfords Stelle sollte Lord Somers treten, Nottingham Präsident des Geheimen Rates werden und Walpole ein Staatssekretariat erhalten.

Was sie in ihren Hoffnungen überdies bekräftigte, war das eigentümliche Verhalten, das sie bei der Königin beobachtet hatten: Beim Verlassen des Parlamentsgebäudes hatte sie auf die Frage des Oberkammerherrn Shrewsbury, wer sie an den Wagen geleiten solle, den Arm des Herzogs von Somerset erbeten, der am heftigsten gegen den Frieden gesprochen hatte, so daß es torystischen Augenzeugen erschien, als sei alles zwischen der Königin und den Whigs verabredet worden. Man erzählte weiter, daß die Königin anstatt, wie der Großschatzmeister sie gebeten, Somerset und andere zur Abstimmung für das Ministerium zu veranlassen, aus völliger

1) „History of the four last years", Works V, 41.

2) Bothmars Bericht, 11./22. Dezember 1711 (Hannov. Staatsarch.).

Gleichgültigkeit vergessen hätte, mit den zu ihr gerufenen Lords auch nur über diese Dinge zu reden [1]).

Da ist aber nun der Großschatzmeister hervorgetreten und hat die Kriegserklärung der Opposition in ganz unerwarteter Weise erwidert. Wie sorgsam hatte er doch bis dahin alles vermieden, um nicht dem Parteihaber Nahrung zu geben, wie hatte er die Zornesausbrüche der Oktobermänner ruhig über sich ergehen lassen, ohne sein Vorgehen zu ändern und wie hatte er sich nur nach und nach durch die Verhältnisse gezwungen, zu einem rein torystischen Ministerium führen lassen. Jetzt war er es, welcher in schroffem Gegensatze zu seiner bisherigen Mäßigung die Königin zu einer Maßregel veranlaßte, die von jedem Standpunkte aus als extrem und ungesetzlich gelten mußte. Er empfahl seiner Herrin, die volle Autorität der Monarchin für sich in Anspruch nehmend, einen Pairsschub vorzunehmen, und die Königin erklärte sich einverstanden. Allerdings nicht ohne weiteres: Auch sie war — und das macht ihr vorher geschildertes Verhalten verständlich — durch das kurfürstliche Memoire, das ihr Somerset durch seine Gemahlin hatte vorlegen lassen und die Warnungen, die der Herzog daran geknüpft haben mag, überrascht und erschreckt worden, um so mehr als ihre Minister, welche die Bedenklichkeiten der Königin nicht mit Unrecht besorgt haben mochten, es ihr vorenthalten hatten [2]): Umgestimmt war sie aber so wenig, daß der Großschatzmeister sie bald zu überzeugen wußte, wie man nur dahinziele, sie zu zwingen, das Parlament aufzulösen und die Verwaltung in whiggistische Hände zu bringen, um dann ihre jetzigen Minister der Rache der Whigs preiszugeben und wie er auch seinerseits Mittel finden werde, eine Vereinigung von Frankreich und Spanien zu verhindern [3]); sodaß dann die Königin auf Einwände ihres mit der

1) Swifts „Journal to Stella", Works II, 424, 425 und „Behaviour of the Queen's last ministry", Works V, 280.

2) Bothmars Bericht vom 21. Dezbr. 1711 (Hannov. Staatsarch.).

3) Swifts „Behaviour of the Queen's last ministry". Works V, 280, 281.

Ausstellung der Patente beauftragten Staatssekretärs Dartmouth erwiderte, daß sie diesen Ausweg zwar nicht liebe, aber keinen besseren fände, und daß, da Marlborough und die Whigs alles thäten, um sie zu stören, sie sich nach Kräften selbst helfen müsse [1]). So kam es denn, daß die Gazette vom 29. Dezember/9. Januar die Ernennung von zwölf neuen Pairs von Großbritannien verkündete.

Und damit geriet das Ministerium überhaupt in ein anderes Fahrwasser. Nach einer Maßregel, wie ein Pairsschub sie war, die mancher wohl regierenden, aber keiner gefallenen Ministern verzieh, erforderte geradezu ihre persönliche Sicherheit ein rücksichtsloses Zurückdrängen der Opposition.

Von diesem Gesichtspunkte aus ist das Vorgehen der Regierung in den ersten Monaten des neuen Jahres (1712) zu betrachten.

Zunächst erfolgte endlich der entscheidende Schlag gegen Marlborough, indem dasselbe Zeitungsblatt, welches die Liste der neuernannten Pairs brachte, die Entlassung des Feldherrn aus allen seinen Ämtern kundgab. Es soll der Königin schwer geworden sein, diesen letzten Schritt zu thun, und als Marlborough noch kurz vorher sich bei ihr über eine im Unterhause gegen ihn eingeleitete Untersuchung beschwerte, sprach sie ihr Bedauern darüber aus; gleichzeitig allerdings ihrem Kummer Ausdruck gebend, daß sie ihn gegen den Frieden habe stimmen sehen [2]). Aber wir können es dem Großschatzmeister nicht verdenken, daß er die Demission des Feldherrn betrieb: belasse sie ihm das Kommando, sagte er zu ihr, so könne sie erwarten, daß er sie vom Throne setze [3]). Nichts aber lag ihm daran, daß jene Anklage gegen Marlborough, sich bei den Armeelieferungen bereichert zu haben, weiter geführt und etwa von dem Unterhaus an das Oberhaus übertragen wurde. Er sagte darüber seinen Freunden, daß wenn es zur förmlichen Anklage vor den Lords

1) Dartmouth Note bei Burnet VI, 87.

2) Bothmars Bericht, 28. Dezember 1711/8. Januar 1712 (Hannoversches Staatsarchiv).

3) Derselbe 1./12. Januar 1712 (ebendas.).

kommen sollte, alle, die es gut mit ihm meinten, gegen den Herzog stimmen müßten, weil, wenn dieser freigesprochen würde, es ihm selbst das Leben kosten könnte, aber daß es ihm lieb wäre, wenn die Untersuchung im Unterhause hängen bliebe. Das war es, was Marlborough veranlaßte, seinerseits die Weiterführung des Prozesses zu betreiben: Er sei nicht ohne alle Hoffnung, gestand er Bothmar, die Sache werde im Unterhause gut für ihn ausschlagen, und daß man ihn auch im Oberhause absolvieren werde. Er pochte dabei auf seine wiedererwachende Popularität, da er sich nach seiner Abdankung nicht auf der Straße zeigen konnte, ohne von den Volksmassen umringt und mit Jubel begrüßt zu werden [1]).

Gleichzeitig mit Marlborough vermochten die Minister auch den Herzog von Somerset zu entfernen, wobei sie insofern auf eine große Schwierigkeit gestoßen waren, als die Herzogin, seine Gemahlin, sich die volle Gunst der Königin bewahrt hatte und ihren Gemahl zu halten suchte. Nach achttägigem Zaudern entschied sich die Königin aber doch, ihm mitzuteilen, daß, da ihr Dienst Einigkeit unter ihren Ministern erfordere und er eine andere Partei erwählt habe, sie auf seine Dienste verzichten müsse [2]). Und waren diese gefährlichsten Gegner gefallen, so war es den Ministern nicht schwer, auch sonst in der Umgebung der Königin und im Parlamente mit denen, welche gegen den Frieden gestimmt hatten, aufzuräumen: Am meisten Aufsehen erregte das Verfahren gegen den Kriegssekretär Walpole, welcher nach heftigen Erörterungen vom Parlamente des Vertrauensbruchs und der Korruption schuldig erklärt in den Tower gebracht wurde.

Das Wesentlichste aber war, daß mit der vom Ministerium geschaffenen Majorität gegen die whiggistische Opposition auch in Bezug auf die Friedensfrage mit Erfolg vorgegangen werden konnte. So gelang es der Regierung, einmal die Resolution durchzubringen, daß nur England und nicht die anderen Mächte

1) Bothmars Bericht, 15./26. Januar 1712 (ebendas.).

2) Bothmars Bericht, 28. Dezbr. 1711/8. Jan. 1712 (ebendas.).

die vertragsmäßigen Pflichten der Allianzurkunde gemäß erfüllt hätte, was eine Handhabe zur Lösung der Allianz bot, weiter auch den Barrièretraktat, welcher den Frieden in so hohem Maße erschwerte, als verderblich für den Handel und die Interessen Großbritanniens erklären zu lassen, und dies alles in einer ausführlichen Denkschrift über „den Krieg und den Zustand der Nation“, welche als Antwort auf Bothmars Memoire gelten konnte, gründlich zu motivieren. Und um endlich auch noch den ungünstigen Eindruck zu verwischen, den Bothmars Memorial mit Bezug auf die Stellung der Minister zum hannoverschen Hause in weiteren Kreisen gemacht hatte, verstand es der Großschatzmeister, die Whigs wunderbar geschickt zu überlisten, und bevor der Herzog von Devonshire eine in Townshends Sinne [1]) von den Whigs für die hannoversche Familie ausgearbeitete Präcedenzakte dem Hause vorlegen konnte — die Akte bestimmte, daß der Kurfürstin Sophie, ihrem Sohne und Enkel der erste Rang nach der Königin zuerkannt würde — den Vortrag der Akte seinerseits und im Namen der Königin zu thun [2]).

Mit alledem war das Endergebnis, daß, so bedrohlich die hannoversch-whiggistische Opposition auch blieb, sie doch als zurückgeschlagen bezeichnet werden durfte, und daß das Ministerium sich von neuem einen Weg geöffnet hatte, die Friedensverhandlungen fortzuführen. Es bestand aber von jetzt an zwischen dieser Opposition und der Regierung ein offener Kriegszustand. So hatten die Minister beständig einen abermaligen Eingriff zu besorgen, und um so mehr mußte ihnen also daran liegen, das Friedenswerk so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen.

1) Vgl. S. 90.

2) Bothmars Berichte, 29. Januar, 2. Februar 1712 (ebendas.).

Achtes Kapitel.

Englische Friedenspolitik bis zum Abschluß des Waffenstillstandes.

(Januar bis September 1712.)

Während noch die soeben geschilderten Vorgänge im englischen Parlamente die Welt in Spannung hielten, und die Frage, welche der beiden Parteien den endlichen Sieg davontragen würde, nicht in London allein, sondern allerorten als die vor allem die Zukunft des Friedenswerks entscheidende angesehen wurde, war am 29. Januar der Friedenskongreß im Rathause zu Utrecht mit aller Feierlichkeit eröffnet worden. Es konnte nun wohl den Anschein haben, zumal nach Rang und Zahl der anwesenden Diplomaten, nach Inhalt und Umfang ihrer Instruktionen zu urteilen, als sei die Zentralstelle der europäischen Politik aus den englischen Wirren heraus hierhin verlegt worden; indessen mag eines genügen, diese Annahme zurückzuweisen: Die englischen Deputierten waren nicht einmal voll von den Intentionen ihrer Regierung unterrichtet. Allerdings hatten ihre Instruktionen gerade in jener Woche ausgearbeitet werden müssen, welche der Abstimmung zugunsten der Nottinghamschen Klausel im Oberhause folgte, und es wäre darum in jedem Falle unmöglich gewesen, in diesen offiziell die Abmachung zu verzeichnen, welche Spanien dem Hause Anjou beließ, aber überdies hatte Gaultier im Auftrage des Großschatzmeisters ausdrücklich nach Paris zu melden gehabt, daß die Kongreßdeputierten Strafford und Bristol nicht, wie der Ausdruck lautete, im Geheimnisse seien.

Unsere Aufgabe scheint es demnach auch nicht zu erfordern, den Kongreßverhandlungen selbst erneute Aufmerksamkeit zuzuwenden, sondern sie wird sich mit abermaligem Hinweise auf die gründliche Arbeit Webers in der Darstellung des Friedenswerks darauf beschränken, aus dem wirren Knäul diplomatischer Aktionen nur die wesentlichen Phasen der englischen Diplomatie hervorzuheben [1]).

Als erste Phase der englischen Friedenspolitik bezeichnen wir das Vorgehen der Minister, um die infolge der parlamentarischen Vorfälle auch im Friedenswerke eingetretene Hemmung zu beseitigen, und zu diesem Zwecke einerseits dem auf die Schwäche der Regierung fußenden Drängen der Allianzmächte auf eine Änderung des Friedensprogramms entgegenzutreten, anderseits durch neue Zugeständnisse an Frankreich zu völligem Einvernehmen mit der französischen Regierung zu gelangen.

Die Haltung der Allianzmächte betreffend, handelte es sich vorzüglich um die noch vor Eröffnung des Kongresses nach London entsandten Missionen von Buys und Prinz Eugen. In der ersten Erregung nach der unglücklichen Abstimmung im Oberhause hatte der Großschatzmeister zu Buys gesagt, daß er für den Frieden nichts Weiteres zu thun vermöchte, wofern ihm nicht die Generalstaaten unter die Arme griffen und die Königin um Weiterverhandlung des Friedens ersuchten [2]). Buys ging darauf in der Weise vor, daß er der englischen Regierung zur Seite zu stehen versprach, wenn diese die englischen Sondervorteile mitteilen und den Holländern entsprechende Bedingungen, insbesondere aber einen Anteil am Asiento gewähren wollte. Einem Verbleiben des Anjou in Madrid würde dann holländischerseits nicht das Geringste mehr im Wege gestanden haben. Die Minister erwiderten ihm nicht ohne Würde: St. John versicherte, daß kein Mitglied des königlichen Rates einen so niedrigen Gedanken fassen würde,

1) Ich habe mich indessen nicht darauf beschränkt, die Weberschen Resultate nur zu wiederholen.

2) Bothmars Bericht vom 22. Dezbr. 1711 (Hannov. Staatsarch.).

und daß, wenn Buys wirklich berechtigte Gründe anzuführen wüßte, welche das gute Einvernehmen zwischen den Staaten und England störten, die Königin gewiß alles thun werde, dem abzuhelfen, aber niemals auf Kosten ihres Landes [1]). Und wandte sich Buys dann noch an den Großschatzmeister direkt, indem er wiederholte, daß seine Herren, den Spanien betreffenden Artikel aufgeben würden, wenn Holland gleichen Anteil an Asiento erlangte, so wollte auch der Großschatzmeister davon nichts hören; aber er gab es den Holländern an die Hand, ein anderes Äquivalent zu proponieren: Wir betrügen niemanden, sagte er dabei zu Drummond, wir werden zu harten Extremitäten gezwungen [2]). Begründeten die Minister aber ihre Abweisung auch damit, daß Buys, wie sie es jetzt zu durchschauen meinten — an Nottinghams Siege einen Anteil gehabt habe, und warfen sie ihm das mit harten Worten vor, so thaten sie ihm sicherlich Unrecht. War er von seiner Regierung gar nicht in diesem Sinne instruiert worden [3]), so hat er sogar ausdrücklich die Abgabe des Memoirs getadelt: Er hätte, hatte er zu Bothmar bemerkt, wenn er vorher befragt worden wäre, nicht geraten, es zu übergeben, da er meinte, man müsse die Gemüter in England vielmehr zu beruhigen suchen, als sie noch weiter erbittern [4]). Bei den Whigs galt er seitdem als Freund des Ministeriums, und sprach er zu der Whigpartei von der Weiterführung des Krieges, so legte man seine Worte nur so aus, als wollte er die Staaten einschüchtern [5]).

Das einzige positive Ergebnis der holländischen Mission war darum die Erneuerung der Offensiv- und Defensivallianz zwischen den Staaten und der Königin, über welche der Großschatzmeister seit längerem mit dem Ratspensionär in Korre-

1) Swifts „History of the 4 last years", Works V, 154.

2) Drummond an Buys, 25. Januar 1712 (Papiere von Buys, Br. Mus. 20, 985).

3) Wagenaar XVII, 416.

4) Bothmar an den Kurfürsten, 15. Dezember 1711 (Hannover. Staatsarchiv).

5) Ders. 22. Dezember 1711 (ebendas.).

spondenz gestanden, aber welche nur den Engländern, die damit ein enges Zusammengehen mit den Staaten nach außen hin dokumentieren konnten, einen Vorteil brachte und nicht den Holländern, da die wegen der Barriere vorhandenen Schwierigkeiten trotzdem bestehen blieben.

Kaiserlicherseits war Prinz Eugen nach London beordert, und dieser mit dem Auftrage, die Minister zu einer Abkehr von den Oktoberpräliminarien überhaupt zu bewegen. Verhandelte also Buys doch noch wenigstens auf Basis der vorhandenen Abmachungen, so ging Eugen darauf aus, ohne Rücksicht auf dieselben die Weiterführung des Krieges zu betreiben. Was die österreichische Regierung jetzt dafür zu leisten gedächte, bildete den wesentlichen Inhalt einer Reihe sorgfältig ausgearbeiteter Denkschriften, die der Prinz dem Ministerium überreichte. Ganz vergeblich. Ihm gab das Ministerium so gut wie gar keine Antwort, so daß er als Ergebnis seiner Bemühungen nur melden konnte, die Minister hätten offenbar ihren Plan bereits gefaßt und seien gewillt, ihn der Opposition zum Trotze durchzusetzen.

Diesem Verhalten der englischen Minister zu den beiden Abgesandten der Allianzmächte in London entsprach dann vollkommen die Aufnahme der holländischen und kaiserlichen Vorschläge vonseiten der englischen Vertreter in Utrecht. Den Holländern wurde nochmals zu verstehen gegeben, daß England von dem Asiento nicht ablassen könnte, und man es doch diese kleine Gabe genießen lassen möge — alles wie Oxford mit nicht geringer Übertreibung an Buys schrieb, was wir wahrscheinlich für die 100 Millionen, die wir in zwei Kriegen ausgegeben haben, erlangen werden [1]) — während die österreichischen Propositionen, welche allerdings den Wunsch, den Kongreß zum Abbruch zu bringen, zu deutlich erkennen ließen, wiederum nicht zum Gegenstand eigentlicher Diskussionen herangezogen wurden.

1) Weiter schrieb er „Such proceedings to use the moralist's words semina relinquunt denuo renascitur mali. I have no vew but to unite the two nations.“ Oxford an Buys 11./19. März 1711/12 (Br. Mus. 20, 985. fol. 171).

Daneben sind nun die Verhandlungen der englischen Minister mit der französischen Regierung gegangen, um den durch die parlamentarischen Wirren und das Zusammengehen der Allianzmächte mit der englischen Opposition erlittenen Zeitverlust auf Kosten der Alliierten einzuholen.

Man hatte in Versailles mit Genugthuung die nach Annahme der Nottinghamschen Klausel erfolgte Meldung Gaultiers vernommen, daß man sich auf die Festigkeit des Großschatzmeisters verlassen könne [1]), und auch die persönliche Versicherung Lord Oxfords an Torcy, die Königin sei so entschlossen, daß die Reise Prinz Eugens nichts an ihren Entschlüssen ändern werde [2]), hatte beruhigend gewirkt. So meinte man in Marly den Ausgang der englischen Wirren sorglos abwarten zu können, und sogar in der Erkenntnis, daß diese Zwistigkeiten nur dazu beitragen würden, England mehr und mehr von den zur Opposition haltenden Allianzmächte loszulösen, französischerseits nichts Besonderes thun zu brauchen, um den Frieden zu fördern. Daher erklärt sich der Charakter des französischen Friedensplanes, den die französischen Gesandten im Februar dem Kongresse vorlegten, und der in dieser Form nur bewies, wie weit man allerseits noch von einem Einverständnisse entfernt war, und die Verhandlungen hatten wiederum keinen Fortschritt gemacht, als der Termin nahte, zu dem der Feldzug eröffnet werden mußte. Die aus dieser Sachlage entspringende Notwendigkeit, das Friedenswerk zu beschleunigen, hat die englischen Minister veranlaßt, auf Torcys ursprünglichen Vorschlag, insgeheim auch über das Schicksal der Alliierten zu verhandeln, einzugehen [3]), und von den bisherigen Abmachungen abweichend, die Drohung, daß die Dezemberabstimmung zuletzt doch nur den Allianzmächten Schaden bringen würde, zur Wahrheit zu machen. Wir entnehmen die Einzelheiten einem am 23. März von Gaultier in Versailles übergebenen Memoire und Gaultiers mündlichen, im französischen Archiv aufgezeichneten Mit-

1) Stanhope S. 502.
2) Oxford an Torcy, 17. Januar 1712 (Aff. étrang.).
3) Weber S. 223.

teilungen, wie er sie im Auftrage des Ministers zu machen hatte [1]). Zuerst meldete er, daß die Königin mehr wie je zum Frieden entschlossen sei, und sie dies nach Empfang eines von König Ludwig an sie gerichteten Schreibens, das sie sichtlich bewegt hätte, ihren Ministern erklärt habe. Der Großschatzmeister habe daraufhin die nötigen Maßregeln im Unterhause getroffen, wo unter dem Vorwande, daß Englands Beiträge im Verhältnisse zu denen der Alliierten stehen müßten, beschlossen worden sei, die Fonds von acht Millionen auf vier Millionen herabzusetzen. Nichtsdestoweniger erkläre der Großschatzmeister, daß es unmöglich sei, einen Zwischenfall in Flandern, der alles stören könnte, zu verhindern, indem die Königin an Ormond — Marlboroughs Nachfolger im Armeekommando — wohl den Befehl erlassen könnte, keine Aktion zu suchen, aber nicht die Gelegenheit dazu zu vermeiden, und sich zu weigern, an einem Kampfe oder einer Belagerung gemeinsam mit den Alliierten teilzunehmen. Also müsse man suchen, wenn möglich, vor Eröffnung des Feldzuges Frieden zu schließen, und darum verlange der Großschatzmeister einen erweiterten Friedensplan, der besser als der am 11. Februar eingereichte imstande sei, die Alliierten zu befriedigen. Und nur um die französische Regierung schneller zur Ausstellung dieses veränderten Friedensplanes zu bewegen, haben die englischen Minister eben jetzt auf Kosten der holländischen Barriere Lille und Tournay, und zum Schaden des Reiches Straßburg an Frankreich ausgeliefert [2]). Weiter wäre dann die Absicht der Minister gewesen, wie Gaultier zu berichten hatte, den neuen Friedensplan von dem Kabinettsrate annehmen zu lassen und Maßregeln zu treffen, um die beiden Häuser des Parlaments zu veranlassen, Adressen einzureichen, des Inhalts, daß die Königin auf Basis dieses Planes Frieden schließen solle, ohne sich um

1) Mémoire du Marquis de Torcy pour le Conseil d'État, 24. März 1712 (Aff. étrang.); vgl. Weber S. 223. 224.

2) Der damalige Verlust Straßburgs ist also mit der Dezemberabstimmung im englischen Parlamente in direkten Zusammenhang zu bringen.

diejenigen ihrer Alliierten zu besorgen, welche, so waren Gaultiers Worte, schlecht genug beraten sein sollten, sie abzulehnen.

Soweit über den Gang der englischen Politik bis in den März hinein: Bevor nun noch ein Bescheid aus Paris, sowie ihn die Minister erwarteten, und auf den sie so große Hoffnungen setzten, anlangte, traten zwei Todesfälle in Frankreich ein — am 18. Februar starb der Herzog von Burgund, und am 8. März schloß dessen ältester Sohn seine jungen Augen — und gaben, wie dem Friedenswerke überhaupt, so der englischen Diplomatie im besonderen eine neue Wendung. Zu ihrem treibenden Momente wurde vor dem Wunsche schnellen Abschlusses, vor allem anderen die Notwendigkeit einer Vereinigung Spaniens und Frankreichs unter bourbonischem Scepter gründlichst vorzubeugen, einer Möglichkeit, der bisher im Hinblick auf die zahlreiche Descendenz König Ludwigs nur so weit gedacht war, daß man französischerseits die Erklärung abgegeben hatte, niemals solle ein und dieselbe Person zugleich König von Frankreich und von Spanien sein.

Bothmar berichtet, daß die Minister in ersten Unterredungen über die veränderte Lage auf Vorstellungen hin, wie leicht jetzt die von ganz Europa gefürchtete Union der Kronen von Frankreich und Spanien eintreten könnte, erwidert hätten, daß das nicht zu besorgen sei, sondern vielmehr erwartet werden dürfe, daß, wenn auch der letzte Sohn des Dauphins sterbe, der Herzog von Berry oder der Herzog von Orléans dem Herzoge von Anjou die französische Krone streitig machen würden [1]. Man entnahm aus dem Todesfalle sogar ein Motiv für die Stärkung der französischen Krone: „Diese sei durch die Todesfälle in solche Gefahr geraten, daß man die Erhaltung derselben sich angelegen sein lassen müsse, damit der Kaiser nicht zu mächtig würde“ [2].

Dennoch haben die Minister den Ernst des Augenblicks sofort durchschaut: Der Großschatzmeister schrieb zwar nach

1) Bothmar an den Kurfürsten, 17./28. März 1712 (Hannover. Staatsarchiv).

2) Bothmars Bericht, 4. März 1712 (Hannover. Staatsarchiv).

Paris in liebenswürdigen Worten, daß der beste Gebrauch, den man englischerseits von all diesen Unglücksfällen machen könne, der sei, nach Kräften beizutragen, den Frieden zu beschleunigen [1]), aber gleichzeitig erhielt Gaultier den Auftrag zu melden, daß eine Maßregel ergriffen werden müsse, die Vereinigung beider Kronen zu verhindern, und daß man als ersten Vorschlag, die förmliche Verzichtleistung des Prinzen, der gegenwärtig im Besitze des spanischen Thrones sei, für sich und seine Nachkommen auf die französische Krone anempfehle, welche mit Heranziehung der spanischen Stände abgelegt werden könne. Es ist nun bekannt [2]), wie zuerst eine Schwierigkeit daraus entstand, daß die französische Antwort — sie war nicht von Torcy selbst, sondern vom Abbé le Grand verfaßt [3]) — den von England angetragenen Ausweg als ein auf Sand aufgeführtes Gebäude bezeichnete, indem sie sich auf den Satz des französischen Rechtsgelehrten Bignon berief, daß eine solche Verzichtleistung, da der dem Throne zunächst stehende Prinz notwendig auch Kraft seines Geburtsrechtes Erbe sei, null und nichtig sein würde, und kein politischer Akt ihn seines Rechtstitels entkleiden könne. Darauf erfolgte eine Erwiderung St. Johns, welche den Einwurf der Unveränderlichkeit des Geburtsrechts zurückwies und sich auf den Standpunkt stellte, daß jeder Fürst auf sein Recht verzichten dürfe, und derjenige, zu dessen Gunsten die Verzichtleistung geschähe, von den Mächten, die sie garantiert hätten, in seinen Ansprüchen unterstützt werden könne [4]). Ließ sich die französische Regierung hierdurch zu dem Zugeständnisse bestimmen, daß die Verzichtleistung doch

1) Oxford an Torcy, 5./16. März 1712 (Aff. étrang.).

2) Weber, Kap. 8.

3) „Le Roi n'a jamais été plus grand que quand il a déclaré aux Anglais malgré le besoin de la France pour la paix, qu'il leur accorderait les renonciations ..., mais que cela passait son pouvoir ... J'en puis parler puisque je fis par l'ordre de S. M. le mémoire que Mr. de Torcy corrigea et qui fut envoyé en Angleterre. Abbé le Grand an Torcy. (Mélanges Clairambault. Vol. 630. Bibl. Nationale-Paris.)

4) Dazu das Schreiben Lord Oxfords bei Weber S. 235.

als möglich und rechtssicher betrachtet werden möge, so war ein zweiter Streitpunkt der, wann Philipp sich zu entscheiden hätte, ob er die spanische oder die französische Erbschaft antreten wollte. Dachte man in Versailles, daß dazu Zeit sei, bis der Fall, daß Philipp oder sein Nachkomme präsumtiver Erbe der französischen Krone oder direkter Nachfolger Ludwigs XIV. geworden, wirklich eingetroffen sei, so opponierten die Engländer und kam Torcy auf die englischen Einwände hin so weit entgegen, daß er den Ausführungen St. Johns beistimmend, es für die Ruhe von Europa für vorteilhafter erklärte, daß Philipp seine Wahl sofort treffe, so entstand zuletzt noch darüber eine Differenz, wann Philipp, falls er sich für Frankreich entschiede, Spanien zu verlassen hätte.

In Versailles war man der Meinung, daß Philipp in jedem Falle nach vollzogener Entscheidung noch im Besitze Spaniens bleiben dürfe, während die englischen Minister verlangten, daß, sobald Philipp für Frankreich votiert hätte, er die spanische Monarchie seinem Nachfolger einräumen sollte.

Da ist denn der Großschatzmeister mit einem Plane hervorgetreten, den er, wenngleich ihn St. John übermittelte, allein durchdacht hatte, und der folgende Lösung dieser heiklen Frage bot: Wenn Philipp sein Anrecht auf Frankreich bewahren wollte, so sollte ihm für das sofortige Aufgeben Spaniens eine Entschädigung gewährt werden. Spanien und Indien würden in diesem Falle an den Herzog von Savoyen fallen, dieser aber an Philipp seine savoyschen Erblande, einschließlich Siciliens, abzutreten haben. Werde Philipp dann König von Frankreich, so habe er Sicilien an das Haus Österreich abzugeben, dürfe die anderen Länder aber in seinem Besitze behalten. Damit war also, da Philipp anderseits doch überhaupt noch für Spanien votieren konnte, eine Alternative gestellt, aber in der Meinung des Großschatzmeisters nur mehr der Form nach. War doch sein Tauschplan auf Hinweisungen Torcys zur Reife gelangt, daß Philipp, wenn man ihm zu seinem Anrecht auf den französischen Thron italienische Besitzteile cediere, die Krone seiner Väter „aus tausend Gründen“ der spanischen vorziehen

würde, — Spanien könne dann, hatte Torcy ausgeführt, an den König von Portugal oder den Gemahl einer der Töchter Kaiser Josephs oder auch dem Herzog von Savoyen abgetreten werden [1]) — und wer sollte also annehmen, daß man auf die andere Möglichkeit zurückkommen würde.

So erklärt es sich, daß der Großschatzmeister, von dem Tage an, wo der Bescheid eintraf, in Paris sei sein neuer Vorschlag angenommen und unbeanstandet nach Madrid weiterbefördert worden, nur noch mit der einen Eventualität rechnete, daß Spanien dem Savoyer übergeben werden würde und seine diplomatische Thätigkeit allein darauf verwandte, die Übertragung vorzubereiten [2]). Er war seiner Sache so gewiß, daß er es nicht einmal für nötig hielt, dem savoyischen Gesandten gegenüber von einer Alternative zu sprechen [3]) und er, was seinen Freunden am bedenklichsten erschien, bevor noch die geringste Kunde aus Madrid übermittelt war, im Oberhause, wie wir sehen werden, die Erklärung abgab, den Friedensplan in wenigen Tagen vorlegen zu wollen [4]).

Als im Zusammenhange mit dem Tauschplane stehend erklären wir auch die Verhandlungen des Großschatzmeisters mit

1) Torcy an St. John, 8. April 1712 (Bol. Korr. I, 450). Webers Ausführungen S. 240—242 sind in mancher Beziehung unklar. Seine Bemerkung, daß es dem Großschatzmeister verlockend dünken mußte, ohne St. John große Politik zu treiben, beruht auf einem Mißverstehen der Rolle, die St. John im Friedenswerke überhaupt gespielt hat. (Hierüber meine Ausführungen im Kap. 10.) Daß speziell diese Verhandlungen nicht von ihm, sondern von dem Großschatzmeister geleitet sind, ergiebt sich außer aus einem Schreiben an Strafford vom 29. April 1712 (Bol. Korr. I, 487) und späteren Bemerkungen Bolingbrokes (Works XI, 370) daraus, daß, als der Plan mißlang, St. John und die anderen Minister die Schuld dem Großschatzmeister aufbürden durften (vgl. Journal de Hohendorff bei Weber S. 472). Damit ist auch die auch sonst fehlerhafte Darstellung von Brosch, Geschichte von England VIII, 177 widerlegt.

2) In diesem Sinne Oxfords Schreiben an Torcy, 1./12. Mai 1712 (Aff. étrang.), in welchem von der Alternative nicht die Rede ist.

3) Weber S. 251, Anm. 3.

4) Journal to Stella, Works II, 30.

dem Wiener Hofe, denen bisher eine andere Tendenz beigemessen worden ist [1]). Lord Oxford hatte die letzten Tage von Eugens Aufenthalt in London, als die Todesnachrichten aus Paris eingetroffen waren, dazu verwandt, dem Prinzen in der spanischen Successionsfrage den Puls zu fühlen und auch St. John in diesem Sinne instruiert, und beide hatten aus den Äußerungen des Prinzen die Überzeugung gewonnen, daß der Kaiser nach wie vor zu dem Verbleiben eines Anjou in Madrid seine Zustimmung nicht geben würde [2]). Darauf hatte der Großschatzmeister, da Eugen inzwischen abgereist war, durch Vermittelung des pfälzischen Residenten Steingens seinen Plan einer Übertragung der spanischen Krone auf das Haus Savoyen, in Wien vortragen lassen, und auf diese Mitteilung hin war ein Bescheid Eugens eingetroffen, welcher zwar allgemein gehalten war, aber der Stimmung auch anderer maßgebender Persönlichkeiten in Wien entsprechend, jedenfalls keine Ablehnung enthielt und mit der Ankündigung der Sendung Baron Hohendorffs nach London ein entschiedenes Entgegenkommen bekundete [3]). Diese Antwort ist nun noch vor dem Tage des Abganges des Tauschvorschlages nach Marly in englischen Händen gewesen. So schließen wir, daß die veränderte Haltung der kaiserlichen Regierung, wie sie in dem Schreiben des Prinzen zum Ausdruck kam, beigetragen hat, die Absendung des Tauschvorschlages zu veranlassen, und daß die Wiener Verhandlungen des Großschatzmeisters [4]), wenngleich manches, was nicht ernst gemeint war, eingefügt wurde, nur um das savoyische Projekt in Wien schmackhafter zu machen, im Grunde nicht auf Täuschung berechnet gewesen sind, sondern wirklich dahin gezielt haben, eine Verständigung mit dem kaiserlichen

1) Weber S. 270. Nach ihm hätte Oxford nichts anderes im Sinne gehabt „als den Kaiser zu amüsieren“.

2) Bothmars Bericht, 14./25. März 1712 (Hannov. Staatsarchiv).

3) Oxford und Steingens an Prinz Eugen, 17. u. 19. April 1712; Prinz Eugen an Oxford, 30. April 1712. Feldzüge Eugens XIV, 116; Arneth, Prinz Eugen II, 221 f. Weber S. 262.

4) Weber S. 267—269.

Hofe anzubahnen und über das spanische Erbe im Einverständnisse mit ihm zu verfügen. Damit erscheint es auch vollkommen gerechtfertigt, daß der Großschatzmeister einen Plan aufnahm, den er, als ihn zuerst St. John nach dem Tode Kaiser Josephs vorgeschlagen, damals aus Rücksicht auf den Wiener Hof abgewiesen hatte.

Da war es, wie mit Recht hervorgehoben worden ist [1]), wohl die größte Enttäuschung, welche die Minister während dieser Verhandlungen betroffen hat, als die Nachricht eintraf, daß König Philipp von den beiden ihm vorgelegten Projekten das erste gewählt habe, König von Spanien zu bleiben. Welche Sicherheit hätte die Übertragung Spaniens an Savoyen gegen die Vereinigung der französischen und spanischen Krone unter bourbonischem Scepter geboten, wie sehr wäre es besonders der parlamentarischen Position des Ministeriums zustatten gekommen, wenn sie dem Parlamente hätten verkünden können, daß sie diese Lösung gesucht hätten, um dem Wunsche des Oberhauses, Spanien nicht in bourbonischen Händen zu wissen, Rechnung zu tragen. Warum es anders kam, kann hier im einzelnen nicht wiederholt werden [2]). Daß die Minister auf Philipps Bescheid gänzlich unvorbereitet waren, war zweifellos die Schuld des Großschatzmeisters, aber nicht wie Lord Cowper und andere seiner Gegner es darstellten, insofern als er sich von den französischen Unterhändlern hätte hintergehen lassen [3]), denn diese hatten vollkommen ehrlich gehandelt, sondern darum, weil er ausschließlich mit den französischen und gar nicht mit den spanischen Verhältnissen gerechnet hatte und zu sehr auf Torcys wohl auch mit bestem Wissen gethane Äußerung über Philipps Neigungen sich verlassend, übersehen hatte, daß der König in Madrid unter Ein-

1) Weber S. 252.

2) Es sind dafür die Darstellungen von Courcy „Renonciation des Bourbons au trone d'Espagne" und Baudrillart „Philippe V. et la Cour de France" einzusehen.

3) Cowpers Diary p. 54 (Br. Mus.).

flüssen stand, welche ihm die Aufgabe Spaniens niemals gestattet haben würden.

So mußte denn der Möglichkeit einer Vereinigung Frankreichs und Spaniens auf anderem Wege vorgebeugt werden, und diese Frage ist zuletzt in folgender Weise geregelt worden: König Philipp leistete feierlich auf seine Ansprüche auf die Erbfolge in Frankreich Verzicht, und dieser Verzicht wurde durch die spanischen Cortez bestätigt und von den französischen Parlamenten eingetragen. Haben die Minister damit auf jenen Ausweg zurückgegriffen, welcher von Torcy ausdrücklich als ein „Bauen auf Sand“ bezeichnet worden war, so darf gleichwohl nicht gesagt werden, daß sie es gedankenlos gethan hätten oder unbewußt der ungeheueren Verantwortung, die auf ihnen lastete. Sie gaben sich, wie Bolingbroke später erzählte, nach schlaflosen Nächten, mit den Renunziationen zufrieden, nicht in dem Glauben an die Unverletzlichkeit derselben, sondern in der berechtigten Annahme, daß einmal die im spanischen Volkscharakter wurzelnde nationale Eifersucht eine Bürgschaft gegen die Union beider Kronen bieten müßte, und daß es auch im Interesse eines jeden französischen Prinzen vom Blute liegen würde, die französische Krone einem spanischen Prätendenten streitig zu machen [1]).

Mit diesen Entscheidungen war doch nun, wenngleich die Ausführung damals noch nicht gleich erfolgt ist, der Kernpunkt des Friedensprogrammes gelöst. Die Rücksicht, welche also wieder in den Vordergrund trat, war die, dem Feldzuge vorzubeugen und zu diesem Zwecke die Maßregeln zu treffen, um unter geeigneten Bedingungen einen Waffenstillstand zustande zu bringen. Die Minister gingen dabei von der Überlegung aus, daß jeder militärische Zwischenfall ihnen Schaden bringen und die Leitung der Verhandlungen entziehen würde: Ein Mißerfolg im Felde mußte die Franzosen schwieriger machen, ein Sieg die Alliierten [2]).

1) Mitteilung an den Abbé le Grand, Mélanges Clairambault Vol. 630 (Bibl. nat.); vgl. auch Swifts Works XVI, 5.

2) Bolingbrokes Works XI, 370 (ed. 1779).

Die erste zur Vorbereitung eines Waffenstillstandes dienende Maßregel ist schon aus den ersten Maitagen zu verzeichnen. Nach Eintreffen des Torcyschen Schreibens vom 26. April, welches ein Nachgeben der französischen Regierung und ein Eingehen in die Wünsche des englischen Kabinetts in der spanischen Frage bezeichnete, war ein Befehl an den Oberstkommandierenden, den Herzog von Ormond, ergangen, die unter englischem Solde stehenden Truppen mit den national-englischen unter sein Kommando zu vereinigen [1]); bis dahin war es so gehalten worden, daß diese Truppen ziemlich gleichmäßig unter den Befehlen Prinz Eugens und Marlboroughs verteilt waren. Hatte dann Gaultier bei Überbringung des Tauschvorschlages im Auftrage der Minister ausdrücklich versichert, daß, wenn dieser Vorschlag angenommen werden würde, sofort allenthalben Waffenruhe eintreten solle, so war thatsächlich an demselben Tage, an welchem die Antwort Torcys eintraf, daß er die Annahme der einen oder anderen Proposition verbürge, im Kabinettsrate ein Schreiben an Ormond beschlossen worden, welches die Ordre enthielt, weder eine Belagerung zu unternehmen, noch eine Schlacht zu liefern, mit der Weisung, diese Ordre vor dem General, mit welchem er gemeinsam operierte, durchaus geheim zu halten. Eine Nachschrift war hinzugefügt, in welcher der Ernst der Sache seltsam mit der Leichtfertigkeit der Form kontrastierte: „Ich hätle beinahe vergessen, Eurer Herrlichkeit zu sagen, daß von gegenwärtiger Ordre dem französischen Hofe Mitteilung gemacht ist, so daß, wenn Marschall Villars sich privatim gegen sie darauf beziehen sollte, Eure Herrlichkeit eine entsprechende Antwort geben wird“ [2]).

Nun blieb aber der an Ormond erlassene Befehl infolge mehrfacher Indiskretionen nicht geheim und veranlaßte erklärlicherweise die Opposition in und außerm Lande nochmals einen Sturmlauf gegen die ministerielle Politik zu eröffnen. Im Feldlager war es Prinz Eugen, welcher den Herzog von

1) St. John an Ormond, 25. April / 6. Mai 1712 (Bol. Korr. I, 467).

2) St. John an Ormond, 10./21. Mai 1712 (Bol. Korr. I, 499).

Ormond in peinlichste Verlegenheit brachte. Die Minister hatten den Befehl an Ormond in der Erwartung erlassen, daß der Bescheid aus Madrid, dem die Waffenruhe folgen sollte, eintreffen würde, bevor Ormond in die Notwendigkeit kam, Prinz Eugen gegenüber Stellung zu nehmen. Eugens rasches Handeln durchkreuzte diese Hoffnung: Er versammelte einen Kriegsrat und drängte den Herzog, sich auszusprechen; dem Prinzen schlossen sich die Staaten in der Weise an, daß sie eine Vorstellung an die Königin richteten, die an den Herzog von Ormond erlassenen Befehle zu ändern. Vor allem aber rüstete sich die Opposition im englischen Parlamente zu neuem Angriffe.

Erst schon hatten die Gegner des Ministeriums aus den Todesfällen in Frankreich Nutzen zu ziehen gesucht, und Godolphin war zu diesem Zwecke noch einmal aus der Stille des Privatlebens herausgetreten. Er hatte von einem oft geäußerten Wunsche Prinz Eugens nach gesondertem, engerem Anschlusse zwischen den Staaten dem Kaiser und dem Kurfürsten von Hannover ausgehend, ein Projekt einer solchen Allianz zu Papier gebracht, welches von Prinz Eugen in bessere Form gekleidet dazu dienen sollte, eine neue Verbindlichkeit zwischen den Alliierten zu stiften. Darin hieß es, daß die Seemächte sich verpflichten sollten, dem Kaiser Spanien, sei es durch Vertrag oder durch Waffengewalt zu restituieren, während dieser den Seemächten die von Frankreich versprochenen Handelsvorteile in Spanien und überdies freien Handel nach Indien gewähren sollte. Zur Motivierung hatte Godolphin ausgeführt, daß, da die Gefahr einer Union Spaniens und Frankreichs, die zu hindern man den Krieg geführt habe, infolge der außergewöhnlichen Sterblichkeit innerhalb der französischen Königsfamilie, so nahe gerückt sei, als sei sie bereits eingetroffen, es von der allergrößten Wichtigkeit sei, Maßregeln zu treffen, dieser Union vorzubeugen [1]).

1) „Pensées pour former un projet d'une plus étroite liaison entre les alliés“ beiliegend dem Berichte Bothmars vom 17./28. März 1712 (Hannov. Staatsarchiv). Vgl. hierzu Prinz Eugens Schreiben an den Kaiser, Haag, 10. April 1712 (Feldzüge Eugens XIV, 99).

Dieses Projekt war in Wien indessen nicht weiter verfolgt worden und vorzüglich wohl, weil der Kaiserhof inzwischen mit dem Ministerium in Verbindung getreten war, nicht zu eingehender Berücksichtigung gekommen. Jetzt, auf die Nachrichten aus dem Feldlager hin, verlegte die Opposition den Schauplatz ihrer Thätigkeit aber wieder in das Parlament und ging hier in folgender Weise vor: Um das Ministerium zu offener Aussprache zu bringen, brachten sie den Antrag ein, die Königin sei durch eine Adresse zu ersuchen, die dem Herzoge von Ormond erteilten Befehle dem Hause vorzulegen und ihm die Ordre zugehen zu lassen, in Gemeinschaft mit den Alliierten offensiv zu agieren. Sie waren dabei ihres Sieges gewiß, und sollten sie geschlagen werden, meinte Marlborough, so könnte es sich nur um drei Stimmen handeln [1]). Im Oberhause ergriff der Großschatzmeister, im Unterhause St. John das Wort, um den Antrag der Whigpartei im Namen der Regierung zu beantworten. Der Großschatzmeister wich der eigentlichen Frage aus, indem er nur sagte, daß Ormond den Entwurf einer Belagerung eingeschickt habe, und man ihm den Befehl habe zugehen lassen, sie auszuführen, um sich dann über den Frieden im allgemeinen auszulassen. Mit diesem, erklärte er, gehe es so gut vorwärts, daß die Königin binnen vier oder fünf Tagen dem Parlamente den Entwurf werde vorlegen können: es sei ein sehr vorteilhafter und jeden vernünftigen Anspruch erfüllender Frieden, und die, welche ihn zu hindern suchten, thäten es nur, weil er für England zu vorteilhaft sei. In den vorhergehenden Verträgen habe man nicht viel an England gedacht, aber sei es doch ebenso vernünftig an seine eigenen Interessen wie an die Befriedigung der Alliierten zu denken [2]). Im Unterhause erwiderte St. John auf den Ein-

1) Journal de Hohendorff, 8. Juni 1712 bei Weber S. 464. Das Folgende nach Bonnets Bericht vom 30. Mai / 10. Juni (Geh. Staats-Archiv).

2) Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die hier oft citierte Äußerung „ein Sonderfrieden wäre ein niederträchtiges Bubenstück" dem Großschatzmeister fälschlich in den Mund gelegt worden ist. Bonnet sagt

wand, daß die an Ormond erlassenen Befehle nur von einem schwachen oder verräterischen Ministerium ausgehen könnten, daß das Gift der Faktion ihn nicht berühre und, vorausgesetzt, daß man solche Befehle erlassen hätte, wie oft nicht sei es geschehen, daß die Deputierten der Generalstaaten sich einer Schlacht widersetzt hätten. Hat die Königin es also gethan, sagte er, so wird sie ihre Gründe haben und sie dem Hause bald auseinandersetzen. Keineswegs war also die Situation durch die ministeriellen Reden wesentlich geklärt, aber als es zum Schlusse zur Abstimmung kam, ergab sich in beiden Häusern eine so bedeutende Majorität für das Ministerium und gegen den whiggistischen Antrag, daß selbst Marlborough eingestehen mußte, man würde viel besser gethan haben, ihn gar nicht einzubringen [1]). Die regierungsfreundliche Majorität des Unterhauses blieb sogar bei der Verneinung nicht stehen, sondern beschloß eine Adresse des vollen Vertrauens in das Versprechen der Königin, dem Parlamente die Friedensbedingungen vorlegen zu wollen, einzureichen und sie in ihrem Streben nach einem sicheren und ehrenvollen Frieden zu unterstützen.

Das war der Stand der Dinge vor dem Eintreffen der Entscheidung aus Madrid. Wäre jetzt diese im Sinne des Großschatzmeisters ausgefallen, so wäre auch der Widerstand der Allianzmächte nicht mehr zu besorgen gewesen und der Waffenstillstand hätte unbehindert proklamiert werden können: Bedingungslos hätte der Turiner Hof beigestimmt, der kaiserliche Hof in dem wichtigsten Punkte der Verhandlungen von der Ehrlichkeit der englischen Diplomatie überzeugt, hätte nur wenig Schwierigkeiten gemacht, die Kriegspartei in Holland würde überstimmt worden sein und jene häßlichen Vorgänge

ausdrücklich: „On ne parla ni dans l'une ni dans l'autre chambre des déclarations que l'évêque de Bristol a faites qui tendent à une paix séparée, et contre laquelle l'Envoyé de Borselen doit présenter une lettre" .... Auch der österreichische Resident weiß von dieser Äußerung nichts.

1) Journal de Hohendorff bei Weber S. 464.

im Feldlager wären nicht viel mehr als eine böse Erinnerung geblieben.

Daß von alledem mit dem Entschluß Philipps, in Spanien zu bleiben, aber das Gegenteil eintraf, daß der Turiner Hof zu befriedigen blieb, den Wiener Verhandlungen der Boden entzogen war und Oxfords Versprechungen in Wien als Lug und Trug gebeutet werden mußten, daß in Amsterdam die Kriegspartei ihr Haupt erheben durfte, und im Feldlager Ormond sein gefährliches Spiel weiterspielen mußte, das erklärt, in welche ernste Krisis das Friedenswerk abermals eingetreten war. Kam doch noch dazu, daß die französische Regierung England durch die an Ormond erteilten Befehle, als gebunden betrachtend, ihrerseits einen Waffenstillstand wohl ebenfalls forderte, aber die von St. John gestellten Bedingungen zu umgehen hoffte, und für die Räumung Dünkirchens Erlaß, für die Verkündigung der Renunziationen Aufschub bis zum Friedensschluß verlangte [1]).

Und dennoch der Waffenstillstand mußte zustande gebracht werden.

Da hat nun der Großschatzmeister gemeint, daß es das Wirksamste sein werde, der Welt kund zu thun, daß England trotz allem entschlossen sei, auf keiner anderen als der mit Frankreich festgesetzten Basis abzuschließen und darum, wie er es in seiner letzten im Oberhause gehaltenen Rede bereits angekündigt hatte, den Augenblick für gekommen erachtet, den Friedensplan zu veröffentlichen. So begab sich die Königin am 6./17. Juni in das Parlament und erstattete in ausführlicher Rede über die Friedensbedingungen Bericht. Als Haupterrungenschaft war vorangesetzt, daß es gelungen sei, den Zweck des Krieges zu erreichen und die Vereinigung Spaniens mit Frankreich in hinreichendem Maße zu hindern. Dann folgten die einzelnen Bestimmungen des Friedenstraktates, Englands Erwerbungen und die zum Schutze des englischen Handels ge-

1) Torcy an St. John, 10. Juni 1712. Bol. Korr. I, 523; vgl. Weber S. 283.

troffenen Maßregeln, sowie auch die für die Verbündeten ausgemachten Vorteile. Was letztere beträfe, hieß es, so seien sie noch nicht so fertig gestellt, wie es in kurzer Frist hätte geschehen können, aber die Zeit dränge, und darum seien sie in diesem Zustande vorgetragen worden. Es folgte die Kritik der beiden Häuser, gelegentlich welcher die Opposition im Oberhause noch einen letzten Ansturm gegen die ministerielle Politik versuchte, aber die Regierung mit der stattlichen Majorität von 48 Stimmen siegte.

Der Großschatzmeister hatte hierbei insofern ein besonders gewagtes Spiel gespielt, als er in der Thronrede von einem vollständigen Einverständnisse mit Frankreich hatte sprechen lassen, das in anbetracht der letztgenannten Forderungen Torcys doch noch keineswegs bestand, aber richtig hatte er gerechnet, daß ein solches Auftreten in Paris den gewünschten Eindruck machen würde. Die französische Regierung nahm ein neues, am Tage der Verlesung der Thronrede selbst abgesandtes Waffenstillstandsprojekt, welches auf der Räumung Dünkirchens und der Forderung, innerhalb einer vorgeschriebenen Frist die Renunziationen veröffentlicht zu sehen, bestand, jetzt kurzweg an, so daß die Schwierigkeiten von dieser Seite thatsächlich gehoben waren [1]).

Nur aber ließen sich die Allianzmächte nicht im erhofften Maße einschüchtern, sondern suchten mit gutem Grunde das Vorhaben der englischen Minister zu durchkreuzen. Torcy hatte es als etwas Selbstverständliches bezeichnet, daß sämtliche unter Ormonds Kommando stehenden Truppen die Waffen niederlegen würden, und Ormond hatte ja auch nur zu diesem Zwecke den Befehl erhalten, die englischen Soldtruppen der Führung Prinz Eugens zu entziehen. Als nun aber Ormond, wie es zwischen London und Versailles verabredet war, am 25. Juni im kaiserlichen Hauptquartier erschien, um zu melden, daß Frankreich den Engländern Dünkirchen einräumen

1) Torcy an St. John, 22. Juni 1712. Bol. Korr. I, 540; vgl. Weber S. 285.

wolle und er den Auftrag habe, mit Villars einen Waffenstillstand abzuschließen, wurde seine Aufforderung an die Vertreter der Allianzmächte, sich dem Vorgehen Englands anzuschließen, nicht nur von Prinz Eugen und den holländischen Felddeputierten kalt abgewiesen, sondern die Führer der Soldtruppen erklärten, von Eugen überredet, ohne besonderen Auftrag ihrer Souveräne den Befehlen Ormonds nicht folgen zu können. Daraufhin erklärte die französische Regierung, daß die Vorbedingungen der Waffenruhe englischerseits nicht erfüllt seien und die Räumung Dünkirchens daher nicht erfolgen könne [1]); dazu wurde aber eine Instruktion für einen nach England zu entsendenden Agenten ausgearbeitet, des Inhalts, daß Dünkirchen gleichwohl ausgeliefert werden solle, wenn England sich zu einem Sonderfrieden mit Frankreich entscheide [2]). Indessen noch vor Eintreffen weiterer Botschaften aus Versailles hatten die englischen Minister eben in diesem Sinne ihren Entschluß gefaßt: Wenn der König Dünkirchen einräumen wolle, schrieb St. John, gleichviel ob alle Soldtruppen oder keine Ormond folgten, so werde die Königin nicht mehr zögern, nach dem Waffenstillstande einen Sonderfrieden mit Frankreich einzugehen [3]).

So war alles geregelt: Am 16. Juli traf bei Ormond die Nachricht von der Übergabe der Stadt an die englischen Truppen ein, und an demselben Tage konnte dann der Feldherr unter Trommelwirbel die Waffenruhe mit Frankreich verkünden [4]).

Dieses Ereignis hatte eine unmittelbare Wirkung. Villars durch die Besatzungen der infolge des Waffenstillstandes frei gewordenen Städte verstärkt, griff den vorgeschobensten Posten des Eugenschen Heeres, welcher unter Graf Albemarles Füh-

---

1) Weber S. 289.

2) Mémoire pour servir d'Instruction au Sr. ..... allant en Angleterre par ordre du Roi (Aff. étrang.).

3) St. John an Torcy, 20. Juni / 11. Juli 1712 (Bol. Korr. I, 549).

4) Die Korrespondenz Ormonds hat der Marquis de Vogüé käuflich erworben. Sie ist in seinem Buche über Villars einzusehen.

rung den Übergang über den Sambre mit dem Brückenkopfe von Denain zu bewachen hatte, an und erfocht einen, wenn auch unbedeutenden so doch unbestrittenen Sieg. Den englischen Ministern kam das insofern zustatten, als Eugen selbst gestand, daß nicht der Abgang der Ormondschen Truppen an dem Unfalle Schuld sei, sondern die schlechte Haltung des gegen Villars im Feuer gewesenen Detachements [1]), und als anderseits dieses erste Gelingen der französischen Waffen nach jahrelangen Mißerfolgen, insbesondere in Holland einen den englischen Friedensbestrebungen günstigen Druck ausübte [2]).

Aber wie verhielt es sich nun mit der Frage des Sonderfriedens, auf welchen der französische Staatssekretär, kaum daß die Kunde vom Abschlusse des Waffenstillstandes angelangt war, mit gutem Rechte drängte? Hierüber bestand eine Meinungsverschiedenheit der Minister. St. John war der Ansicht, daß das nach Frankreich hin gegebene Versprechen wirklich ausgeführt werden müsse, und wäre es nach ihm gegangen, so hätte man bereits an Stelle des Waffenstillstandes einen Sonderfrieden verkündet. Die Königin, führte er später aus, hätte sogleich nach Philipps Renunziation erklären sollen, daß sie nicht eine Stunde länger den Krieg fortsetzen wolle, daß die Verpflichtungen, die sie übernommen hätte, während Karl noch Erzherzog gewesen, sie nicht mehr bänden, daß sie Maßregeln ergriffen hätte, die Vereinigung von Frankreich und Spanien zu hindern und von denselben Gesichtspunkten aus auch die Union Spaniens mit dem Reiche nicht dulden werde, daß sie also ihren Ministern befohlen habe, auf die Übergabe

1) Äußerung Prinz Eugens, mitgeteilt von Weber S. 306.

2) Hierzu ist kürzlich ein Aufsatz Webers erschienen: „Die Legende von Denain" (Historische Zeitschrift Dezember 1893), in welcher W. mit Recht den Ausführungen französischer Historiker entgegentritt, daß der Sieg von Villars einen wesentlichen Einfluß auf den Gang des Friedenswerkes ausgeübt habe. Nur vergißt Weber die Frage zu stellen, auf der „die Legende von Denain" doch auch beruht, was wohl geschehen wäre, wenn Villars eine Niederlage erlitten hätte. Diese hätte sicherlich eine sehr empfindliche Rückwirkung auf die Politik ausgeübt, und insofern hat Weber den Tag von Denain doch zu gering geschätzt.

Dünkirchens hin abzuschließen und sie den Alliierten wohl keine Vorschriften machen wolle, aber ihrethalben gewisse Bedingungen stipuliert habe, die Frankreich denen gewähren müßte, welche zu gleicher Zeit mit ihr abschließen würden, oder sich zu einem sofortigen Waffenstillstande und einer während desselben zu führenden Verhandlung unter ihrer Vermittelung bereit erklärten. Ein solches Verfahren wäre ruhmvoller und offener und der Effekt ein größerer gewesen. Frankreich würde für einen Separatfrieden mehr als für einen Waffenstillstand gewährt haben, und die Holländer würden gleichfalls durch ersteren mehr beeinflußt worden sein, zumal das englische Verfahren von dem ihrigen in Münster und Nymwegen sehr verschieden gewesen wäre, wo die Holländer ohne etwas für ihre Alliierten auszumachen abgeschlossen hätten [1]). Aber der Großschatzmeister, der wohl, weil er diese Stimmung St. Johns kannte, die Frage des Waffenstillstandes gar nicht zur eigentlichen Beratung gebracht, sondern sie als abgemachte Sache dem Kabinettsrate vorgelegt hatte [2]), hat von einem Sonderfrieden durchaus nichts wissen wollen. Ihn leitete das Bedenken, daß die parlamentarische Kritik sich später daran klammern und behaupten könnte, daß man einen besseren Frieden erzielt hätte, wenn man ihn in Gemeinschaft mit den Alliierten geschlossen haben würde [3]). So war es ein geschickter Zug, daß er den Kreis der in den Sonderfrieden aufzunehmenden Mächte vergrößerte und die Erklärung abgab, daß zunächst, ohne daß Savoyen befriedigt wäre, ein Frieden nicht geschlossen werden könne. Er hatte nämlich, als er genötigt gewesen war,

1) Letters on the study and use of history. Works XI, 371.

2) „It never came to pnblic debate" schreibt Bolingbroke später. Ibidem.

3) Gaultier schreibt darüber: „Nous donnons en prennant ce parti (einen Sonderfrieden mit irgendeiner Macht einzugehen) la prise, contre nous à nos mal intentionés Whigs, qui ne manqueraient pas de nous reprocher que nous aurions fait meillenre paix, si tous les alliés étaient demeurés unis ensemble et si nous aurions pris les mesures pour les empêcher de se désunir." 27. Januar 1712 (Aff. étrang.).

dem savoyischen Gesandten von dem Mißlingen seines Tauschplanes Mitteilung zu machen, diesem als Ersatz für den Herzog die Krone Sizilien versprochen, und das war nun der Augenblick, den er wählte, mit dieser Forderung hervorzutreten [1]). Die Königin könne von ihr nicht abstehen, hatte St. John zu schreiben, und schlage sie selbst dem Herzoge als Bedingung für die Waffenruhe in Italien vor, und Oxford fügte hinzu, daß, wenn sie auch nur ein klein wenig auf ihrem Wege zurückwichen, die Eifersucht und das Mißtrauen, das sich zu legen begänne, mit verstärkter Kraft hervorbrechen würde und die geringste Windstille Schuld sein könnte, daß sie den Hafen verfehlten [2]). Und war die Frage des Sonderfriedens mit der des Waffenstillstandes verknüpft gewesen, so drohten die Minister, daß auch dieser noch einmal in Gefahr kommen könne: die Königin, hieß es in Gaultiers Meldung an die französische Regierung, habe nach Torcys ablehnendem Brief die Papiere, welche den Waffenstillstand beträfen, sich zurückgeben

1) Maffeis Berichte aus London, 14.—21. Juni 1712 (Turiner Staatsarch.). Man sagte zu Maffei zuerst: „Que le Roi Philippe refuse absolument de sortir d'Espagne et Dieu veuille que la France n'ait part à ce refus ...“ aber daß, wie man die Dinge auch drehen würde, „l'aggrandissement de S. A. R. s'y trouvera toujours“. Bei der nächsten Zusammenkunft sprach man ihm dann von Sizilien: „le Roi Philippe y ayant désapresent renoncé et la laissant à la disposition de Sa Majesté“.

2) „Que je dise, Mr., avec cette vérité que je promets de vous garder toujours en ce que je vous écris, que l'esprit de jalousie et de défiance qui commençait à s'assonpir ici s'éveillera encore avec plus de fureur que jamais si nous reculons aucunement en chemin et que le moindre calme même nous pourra faire manquer de port. Je veux dire par ça que toute incertitude est dangereuse dans une conjoncture si délicate et comme la satisfaction du Duc de Savoie est si absolument nécessaire à nous assurer la paix et que sans cela on ne voit pas le moyen de nous avancer, je ne doute point que la prudence et l'habileté de Mr. de Torcy ne mette tout en oeuvre pour nous tirer de tout embarras.“ Oxford an Torcy, 21. Juli 1712 (Morrison Mss. Br. Mus.). Nicht im französischen Archive vorhanden.

lassen, da es nicht in der Ordnung sei, daß sie sich in den Händen des Staatssekretärs befänden, so lange man nicht wüßte, ob man sich verständigen würde oder nicht. Mehrere Lords des Kabinetts hätten sich auch schon darüber geäußert, daß der eine Sieg Frankreich einen anderen Ton annehmen lasse, und ihr Bedauern ausgesprochen, daß man den Waffenstillstand vor der Zufriedenstellung Savoyens abgeschlossen hätte [1]).

Daraufhin gab wohl Frankreich nach, aber erwiderte das französische Verlangen mit der Forderung der Niederlande für den treuen Bundesgenossen König Ludwigs den Kurfürsten von Bayern [2]).

Da ist es mündlichen Konferenzen des englischen Staatssekretärs mit Torcy in Versailles [3]) gelungen, dieses letzte Mißverständnis zu beseitigen und nach erfolgter Einigung betreffs Savoyens und Bayerns endlich die Urkunde einer auf vier Monate auszudehnenden Waffenruhe zu Lande und zu Wasser zu unterzeichnen. Betreffs des Sonderfriedens mußte sich Torcy mit der Erklärung zufrieden geben, die Bolingbroke im Sinne des Großschatzmeisters zu geben hatte, daß nur dann

---

1) Gaultiers Bericht, 1. August (Aff. étrang.).

2) Die persönliche Korrespondenz zwischen König Ludwig und dem Kurfürsten von Bayern befindet sich Bibl. nation., nouv. acquis. franç. 486—489.

3) Der Mission Bolingbrokes ging folgendes Schreiben Oxfords an Torcy voraus: „Le désir de la Reine pour faire terminer la négociation ne peut paraître ni avec plus d'évidence ni avec plus d'éclat que dans sa résolution de faire partir incessamment pour la cour de France Mr. le Vicomte de Bolingbroke, chargé de tout le pouvoir, comme il est de toute habileté à faire prévenir toute perte de temps et à ôter tous les obstacles qui sont arrivés .... Il ne me sera nécessaire non plus de parler du génie ni de l'esprit de ce Seigneur; vous en êtes déjà convaincu par tout le cours de la négociation. Il suffit de vous dire .... que vous trouverez en lui au dessus de toutes les autres belles qualités qu'il possède un désir le plus ardent du monde pour hâter le repos de l'Europe." London, 12. August 1712 (Morrison Mss. Br. Mus.). Nicht im französischen Archive.

ein Separatfrieden möglich sein werde, wenn die Alliierten in ihrem bisherigen Benehmen andauern würden, daß aber, sobald sie sich eines Besseren besinnen wollten, die Königin nur mehr mit Rücksicht auf sie würde vorgehen können [1]).

Und damit hatte die englische Diplomatie, da es sich jetzt im wesentlichen nur noch darum handelte, wann und wie der Frieden ein allgemeiner werden würde, ihr Hauptwerk vollendet.

Nun haben wir aber doch auch noch von einem Zusammenhange des Friedenswerkes mit der anderen großen Frage, welche die Welt bewegte, der Successionsangelegenheit gesprochen und angedeutet, daß, so wenig auch der Frieden in irgendwelcher Beziehung zu derselben eingeleitet war, doch wohl in dem Maße, als sich die Schwierigkeiten ihn durchzubringen mehren würden, die Aussichten der Stuartschen Dynastie gefördert und gebessert werden könnten. Unsere Darstellung hat nun verzeichnet, wie viele Hindernisse zu überwinden waren und ergeben, daß die Minister ganz wie in der inneren so in der auswärtigen Politik sich von ihrem ursprünglichen Schema entfernen mußten, um zuletzt sogar zu den Allianzmächten in offenen Gegensatz zu treten.

So haben wir hiernach die weitere Untersuchung vorzunehmen: Ist der Verzögerung des englischen Friedenswerkes außer der Bedeutung, die sie für die territoriale Umgestaltung Europas gehabt hat, noch die andere beizumessen, daß sie dahin gewirkt hat, die katholischen Tendenzen innerhalb des europäischen Staatensystems zu fördern und den Stand der Thronfolgefrage zugunsten der Stuarts zu modifizieren.

1) Weber S. 315.

Neuntes Kapitel.

Friedenswerk und Thronfolgefrage.

Soll im folgenden beantwortet werden, wie weit der widrige Gang des Friedenswerkes dahin geführt haben mag, die Haltung der englischen Minister den beiden um den Thron rivalisierenden Familien gegenüber zu modifizieren, so gilt es vorher noch erst zu berichten, welchen weiteren Anteil im Verlaufe der Verhandlungen das hannoversche Haus an den Schwierigkeiten des englischen Ministeriums gehabt hat.

Daß bis zur Eröffnung der Utrechter Konferenzen nicht die Successionsfrage das Eintreten des Kurfürsten für die Whigpartei vorzüglich veranlaßt hatte, sondern der Wunsch der bourbonischen Übermacht in Europa Schranken zu setzen, ist zur Genüge hervorgehoben worden. Hatte es sich denn überhaupt feststellen lassen, ob man die für die anglikanische Kirche Eifernden ohne weiteres des Jakobitismus verdächtigen dürfte [1]) und hatte sich nicht von den Vermutungen, welche die Whiglords nach Hannover gemeldet hatten, vieles als übertrieben, anderes wie das Gerücht, daß der Prätendent nach der Schweiz gegangen sei, um zum protestantischen Glauben überzutreten, das die Whigorgane lange Zeit in Atem hielt,

1) Wie der Kurfürst darüber dachte, ist aus der Mitteilung von Leibniz ersichtlich: „Il n'ajoute point de foie à ceux qui voudraient lui rendre suspects de Jacobitisme, ceux qui sont zélés pour cette église." Leibniz, Werke ed. Klopp IX, 340.

als unwahr herausgestellt? Nun war aber die Successionsangelegenheit ebenfalls in ein neues Stadium getreten. Spione des österreichischen Gesandten in London, Grafen Gallas, hatten die entscheidende Entdeckung zutage gefördert, daß die Friedensverhandlungen im geheimen mit Frankreich eingeleitet worden waren und Lord Jersey, der bekannte Jakobit, als Unterhändler fungiert hatte. Wir begreifen, daß Bothmar, dem hiervon Mitteilung gemacht wurde, in heftiger Erregung schrieb, daß, selbst wenn der Kurfürst den Verlust der Thronfolge für sich nicht hochschätzte, er doch ganz Europa einen Dienst erweisen würde, wenn er für die gute Sache einträte. Er schlug zunächst vor, die Papiere Jerseys durch Bestechung des jungen Grafen, der sich in Geldverlegenheiten befände, zu erwerben, um aus ihnen die Beweise einer mit Frankreich eingeleiteten Separatverhandlung erbringen zu können [1]). Die Whigs verlangten mehr: sie forderten die Überkunft des Kurfürsten, in jedem Falle aber Auskunft, wie sie sich bei dieser drohenden Gefahr verhalten sollten.

Der Kurfürst war aus seiner streng neutralen Haltung den inneren englischen Angelegenheiten gegenüber inzwischen ein wenig schon herausgegangen. Mit Genugthuung hatte ihn die Abstimmung zugunsten der Nottinghamschen Klausel erfüllt, und nicht nur hatte er Lord Nottingham seinen Dank aussprechen lassen [2]), sondern sich auch sofort bereit erklärt, den Lords, welche durch ihre Stimmenabgabe ihre Pensionen verlieren würden, Unterstützungen zukommen zu lassen [3]). Es erzürnte ihn auch nicht, daß Bothmar, ohne seine Befehle abzuwarten, da die Zeit dränge, weitere Summen verteilte, denn er sähe ein, daß es in gegenwärtiger kritischer Lage nötig sei, sich des Oberhauses zu versichern und nur aus Rücksicht auf seine finanziellen Verhältnisse that er nochmaligen Schritten in dieser

---

1) Bothmars Bericht, 11./22. Dezember 1711 (Hannov. Staatsarch.).

2) „Ihr werdet Mylord Nottingham unseretweg bezeigen, daß gleich wie sie dadurch bei der Nation und ganz Europa ein unsterbliches Meritum erworben, also werden wir ihnen dafür immer dankbar verbleiben."

3) Reskripte des Kurfürsten, 24. und 29. Dezember 1711 (ebendas.)

Richtung Einhalt. Dafür erhielt Bothmar den Auftrag, Prinz Eugen anzugehen und sich zu bemühen vom Kaiserhofe die fehlenden Summen zu erlangen [1]). In Gegensatz zu der Regierung stellte er sich auch, als er Marlborough, trotzdem die Königin ihn in Ungnaden entlassen hatte, in überaus warmen Worten seiner Teilnahme versicherte: „Nicht ihn bedauere er so sehr, weil jedermann wisse, daß ihm das Kommando aus unverdientem Hasse genommen worden sei, sondern die Nation wäre zu beklagen, welche einen inmitten dieser Krisis unersetzlichen Verlust erlitten hätte" [2]).

Nicht aber hat sich der Kurfürst zu weiterer Einmischung in die inneren Wirren entschieden und auch jetzt nicht, als er Bothmars bedenkliche Kunde erhielt, in welcher Weise das Friedenswerk begonnen worden war.

Nur hielt er um so mehr daran fest, daß dieser Frieden verhindert werden müsse und mit dem Ansehen, das er als gesetzmäßig bestimmter Thronfolger Großbritanniens beanspruchen durfte, ist er nun auf diesem Gebiete weiterhin und mit ganzer Kraft der ministeriellen Politik entgegengetreten. So hat er keine Gelegenheit vorübergehen lassen, die Notwendigkeit des Verbleibens Spaniens beim habsburgischen Hause zu betonen, und seinen Gesandten in Utrecht nach Kenntnisnahme der französischen Februarvorschläge instruiert, daß, wofern man den Friedensplan nicht zurückgeben wolle, die beste Antwort wäre, man könne sich auf solche Bedingungen auf nichts einlassen, insbesondere aber, weil man zuvor wissen müsse, was Frankreich für die Restitution von Spanien und Indien an das Erzhaus Österreich einzugehen gewillt sei [3]). So hat er auch auf die nordischen Alliierten einen Druck auszuüben gesucht

1) Reskript des Kurfürsten vom 12. Februar 1712 (ebendas.).

2) Dazu dankte er Marlborough für seine „guten Intentionen" und „wie wir zu ihm das Vertrauen hätten, er würde dabei allezeit kontinuieren, so würden wir auch alles für ihn thun, was zu seinem Nutzen und Gefallen jemals von uns herkommen könnte." (Reskript des Kurfürsten vom 22. Januar 1712) (ebendas.).

3) Reskript des Kurfürsten, 22. Februar 1712 (ebendas.).

„absonderlich für die Konservierung Spaniens nachdrücklichst zu sprechen, denn wenn die nordische Allianz diese Forderung unterstütze, so werde der Friedenstraktat mit Frankreich sich bald zerschlagen [1]). Weiterhin hat er sich in einem dem Ministerium feindlichen Sinne gegen die Aufhebung des Barriere-traktats erklärt und durch seinen Gesandten in London ausführen lassen, daß derselbe nicht nur die Beziehungen zu den Staaten zuungunsten der Allianz lockern müßte, sondern auch der Thronfolge Schaden bringen werde. Vornehmlich aber richtete er sein Augenmerk darauf, den Auseinanderfall der großen Allianz nach Möglichkeit zu verhüten und um besonders gegen die wachsende Friedenslust der Generalstaaten anzukämpfen, diese zu neuer Einigung mit dem Kaiser zu bewegen. Ein Projekt, wie es Godolphin aufgesetzt hatte, konnte allerdings von Hannover aus nicht gefördert werden, weil die Staaten forderten, daß falls der Krieg fortgesetzt würde „der Kurfürst wegen des besonderen Interesses, das er an einem guten Frieden hätte, ein besonderes zur Tilgung der Kosten beitrüge", was der Kurfürst mit dem ausdrücklichen Hinweis zurückwies, daß es sich nicht um seine Thronfolge handele, die von der Beständigkeit der englischen Nation abhänge, sondern um die Befreiung Europas vom französischen Dominat, die alle Mächte in gleichem Maße anginge [2]). An neuen Mahnungen im Haag, nicht abzuschließen, ließ er es darum aber doch nicht fehlen, und als in Holland nach dem Unfall von Denain eine allgemeine Friedensstimmung Platz griff, das Reskript ergehen: „Wir ließen den Staat aufs höchste bitten, man möchte doch dem Feinde so große Schwäche ohne jeden Grund nicht zeigen und sich nicht so sehr in Schrecken jagen lassen, daß man auf einmal alles für verloren erachte und sich der Diskretion des Feindes überliefern wolle [3]). „Darauf folgte

1) Reskript des Kurfürsten, 12. Februar 1712 (ebendas.).

2) Reskripte an Baron von Bothmar im Haag vom 10. Mai und 8. Juli 1712; Bothmar an den Kurfürsten, 17. Mai (ebendas.).

3) Derselbe, 26. August 1712 (ebendas.).

noch ein anderes und dringenderes Reskript, das nun auch auf die Succession hinwies: „Daß das allergrößte Unglück, ja unvermeidlicher Untergang den Staaten zuteil werden würde, wenn der Prätendent den englischen Thron bestiege, weil dieser nicht nur wegen der vorigen Revolution Rache nehmen, sondern sich auch leicht die Rechnung machen würde, daß in dem Vorhaben, sich zum absoluten Herrscher in England zu machen, niemand ihm hinderlicher sein würde als Holland, so daß die drei Kronen von Frankreich, Spanien und England sich vereinigen würden, um die Staaten über den Haufen zu werfen. Wäre nun aber gewiß, daß der Prätendent nicht wagen dürfe nach England zu kommen, so lange der Krieg andaure, so wäre leicht zu entnehmen, daß das einzige Mittel, das bevorstehende Unheil zu vermeiden, das sein würde, den Krieg, wenn man auch sonst nichts dabei gewinnen könnte, noch ein Jahr etwa fortzusetzen, um zu sehen, ob nicht Gott bis dahin Zwischenfälle senden würde, die die Staaten und Europa zu retten vermöchten" [1]).

Die größte Wirkung erzielte der Kurfürst aber damit, daß, auf den Befehl hin, den er, als nach Ormonds Übernahme des Kommandos das Gerücht laut geworden war, der großbritannische Hof wolle sich neutral verhalten, gleich an seinen General von Bülow hatte ergehen lassen, sich in diesem Falle von Ormonds Führung loszusagen, seine Truppen am Tage, wo Ormond den Waffenstillstand erklärte, zu Prinz Eugens Fahnen übergingen [2]). Wenngleich sich Bülow nun auch auf Ordre aus Hannover hin stellte, als thäte er diesen Schritt nur darum, weil es alle anderen thäten und er wegen der Kürze der Zeit keine Instruktionen haben einholen können, so erregte dieses Vorgehen bei Freund und Feind doch das allergrößte Aufsehen [3]). Der Kurfürst fing sogar an zu besorgen,

1) Reskript des Kurfürsten, 29. August 1712 (ebendas.).

2) Reskripte des Kurfürsten an den General von Bülow, 7., 8., 27. Juni 1712 (ebendas.).

3) Villars an Voysin: „Il est surprennant par exemple que les

daß man zu weit gehen könnte und mahnte Bothmar, weil kein Zweifel sei, daß die englischen Minister die Haltung Hannovers zum Vorwand nehmen würden, das Successionsrecht des hannoverschen Hauses umzustoßen, von nun an so wenig als möglich an irgendwelcher den Ministern unangenehmen Debatte teilzunehmen, sondern sich unter einem beliebigen Vorwande vorher zu entfernen [1]).

Wir wissen nun bereits, daß das Friedenswerk mit alledem thatsächlich verzögert, aber nicht verhindert worden ist und daß im September zwischen England und Frankreich ein Einvernehmen zustande kam, das den Frieden in nächste Nähe rückte. Damit trat dann an den hannoverschen Hof die Forderung heran, sich nach den veränderten Verhältnissen einzurichten und also auch die Sicherung des ihm zustehenden Thrones noch auf anderem Wege zu suchen, als mit alleinigem Eingreifen in die auswärtige Politik des englischen Ministeriums.

Daß die englische Regierung, um, wie man sagte, den Schein zu wahren, nichts versäumen würde, um im Friedenstraktate das Recht des hannoverschen Hauses auf den großbritannischen Thron ausdrücklich zu betonen, darüber war kaum ein Zweifel vorhanden; aber war das eine Garantie, mit der man sich, nach dem, was man in Erfahrung gebracht hatte, in Hannover begnügen durfte? Das war die Frage, welche zunächst in der Umgebung der Kurfürstin Sophie, die hierbei ja die Nächstbeteiligte war, zur Besprechung gekommen ist.

Schon im Juni 1711, als der Horizont noch längst nicht so bewölkt war, hatte Leibniz, welcher die Fürstin in der Successionsangelegenheit beriet, einem Freunde gegenüber geäußert, daß man zu größerer Sicherheit der Thronfolge neben den Parlamentsakten, welche nur auf dem Papiere ständen, thatsächliche Sicherheiten fordern müsse, und als solche, wie es

troupes de Hannovre résistent à un ordre de la Reine d'Angleterre autorisée par toute sa nation", 26. Juni 1712 (Aff. étrang.).

1) Reskript an den Baron von Bothmar, 8. Juli 1712.

einst in Loo beraten war, einen Hofstaat für die Kurfürstin empfohlen [1]). Jetzt übermittelte er ein von seinem Freunde Brandshagen in London ihm eingesandtes, von Sir Roger Acherley, einem hervorragenden Juristen, ausgearbeitetes Projekt, des Inhalts, daß für den Kurfürsten oder ein bezw. mehrere Mitglieder seines Hauses ein Haus und ein Einkommen in England bestimmt werden möge, und daß man hannoverscherseits darauf bestehen solle, daß diese Bestimmung in dem allgemeinen Friedenstraktate aufgenommen werde. Sei es vernünftig die Entfernung des Prätendenten zu verlangen, so sei es nicht minder vernünftig, darauf zu bestehen, daß der rechtmäßige Thronfolger einen Besitz innerhalb des Landes erhalte, auf das er Anspruch habe [2]). Dieses Projekt wurde aber in der richtigen Überlegung fallen gelassen, daß das Hineinziehen zu speziell das hannoversche Haus interessierender Fragen in die allgemeinen Verhandlungen das englische Ministerium unnütz erbittern würde. Man entschied sich anstatt dessen, ohne das Endergebnis der Utrechter Abmachungen abzuwarten, von neuem einen außerordentlichen Gesandten nach London zu senden — der frühere Gesandte Bothmar weilte als Kongreßdeputierter in Utrecht —, welcher an Ort und Stelle seine Thätigkeit so gut wie ausschließlich der Successionsangelegenheit widmen sollte. Als Vorwand für seine ernstere Aufgabe konnte der Auftrag gelten, der englischen Regierung für jene im Frühjahr erfolgte Einbringung der Präcedenzakte zugunsten der hannoverschen Prinzen, über welche man übrigens in Herrenhausen zur Tagesordnung übergegangen war [3]), sowie für die Sendung Thomas Harleys, eines Vetters des Großschatzmeisters, der sie mit artigen Schreiben

1) Leibniz an Hutton, 28. Oktbr. 1710 (Werke ed. Klopp IX, 319).

2) Acherleys Projekt und die darauf bezügliche Korrespondenz in „Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen" 1852. S. 73—87.

3) Der Kurfürst äußerte sich darüber: „obgedachte Akte bringt auch unserem Hause in der That nichts als leere Titels, wegen der Succession aber keine weitere Sicherheit als vorhin". Reskript vom 12. Februar. (Hannov. Staatsarchiv.)

vonseiten der Königin und ihrer Minister überbracht hatte, zu danken.

Dazu erhielt Baron Grote, der diese heikle Mission übernahm, zwei Memoires mit auf den Weg, das eine vom Kurfürsten, das andere von der Kurfürstin unterzeichnet, beide vom kurfürstlichen Rate Robethon konzipiert und bezweckend, ihn sowohl über die Verhältnisse kurz zu orientieren wie auch ihm den Ausgangspunkt für seine Wirksamkeit anzugeben. Was der Kurfürst ihm vorzüglich ans Herz legte, war nichts anderes als abermals seinen Standpunkt in der Friedensfrage in England klarzulegen und dem vom Großschatzmeister verbreiteten Gerüchte, daß er betreffs des Friedenswerkes mit ihm im Einverständnisse stehe, „einem Gerüchte, das, wenn es Glauben fände, unverbesserliches Unheil anrichten könnte“, immer wieder entgegenzutreten. Er sollte sich dabei auf das Verhalten Harleys in Hannover, der sich damit begnügt habe, eifrig die Kur zu machen, aber nichts verhandelt und mit den Räten so gut wie gar keinen Verkehr gehabt habe[1]). Die Kurfürstin kam auf das Verlangen des Hofstaates zurück, das sie bereits mit Harley in Herrenhausen besprochen hatte und welches von diesem als begründet anerkannt worden war[2]). Sie rechtfertigte den Zeitpunkt der Forderung insbesondere damit, daß bisher, wo Großbritannien mit der Last eines so schweren Krieges beladen gewesen sei, man einen Anspruch solcher Art nicht habe erheben wollen, aber daß nun, nachdem diese Ausgaben aufgehört hätten, man es der eigenen Ehre schuldig sei, darüber nicht länger zu schweigen. Und um den Gedanken zurückzuweisen, daß die Kurfürstin nach Empfang des Hofstaates nach England kommen werde, hieß es, da man die Gesinnungen der Königin in diesem Punkte kannte, daß, wenn die Kurfürstin der Königin gegenüber erst unter dieser

1) Mémoire pour le baron de Grote, fait au Göhrde le 10. novembre 1712. (Hannov. Staatsarchiv.)

2) Leibniz an Hutton, 14. Oktober 1712. (Werke ed. Klopp IX, 372.)

neuen Verpflichtung stände, sie um so mehr es sich angelegen sein lassen werde, nur im Einverständnisse mit der Königin zu handeln, und daß überdies je besser die Thronfolge befestigt sei, desto weniger die Anwesenheit eines Mitgliedes des hannoverschen Hauses in London erforderlich sein werde [1]). Außerdem enthielten beide Memoires eine Angabe „der treuen Freunde" des hannoverschen Hauses, an welche der Gesandte sich halten sollte — übereinstimmend waren als die bedeutendsten die Lords Halifax, Marlborough, Townshend, Sommerset genannt, und war vor Sunderland, der mit dem besten Willen der Welt oft unüberlegte Ratschläge gebe, gewarnt — sowie eine Charakteristik des Großschatzmeisters, in dessen Beurteilung die Ansichten des Kurfürsten und seiner Mutter merklich auseinandergingen: die Kurfürstin, auf welche Thomas Harleys in seinem Namen abgegebene Versicherungen Eindruck gemacht hatten, schenkte ihm ihr Vertrauen, und ein an ihn gerichtetes freundliches Schreiben gab ihrer wahren Gesinnung Ausdruck [2]); aber der Kurfürst hatte, wenngleich auch er dem Großschatzmeister offiziell versicherte, daß einer der wesentlichsten Punkte von Grotes Instruktion der sei, sich die Ehre seiner Freundschaft zu erwerben [3]), von dem ersten Minister Königin Annas eine ganz andere Meinung. Wahrscheinlich durch Marlborough und auch Robethon, der dem Großschatzmeister von langer Zeit her nicht wohlwollte [4]), beeinflußt, hatte der Kurfürst schon einmal sich über ihn ausgesprochen, daß er ein Mensch sei, der nicht zu bekehren sei, bei dem man

1) Die Instruktion der Kurfürstin bei Klopp XIV, 423 ff.; dazu die nachträglichen Informationen Robethons bei Macpherson II, 359.

2) Kurfürstin Sophie an Lord Oxford, 12. Oktober 1712. Landsdowne Mss. 1236. Br. Mus. Original. (s. Anhang 2.)

3) Der Kurfürst an Lord Oxford, au Göhrde le 13. novembre 1712. Original. (Ebendas.)

4) So schrieb Robethon gelegentlich des Abganges von Harley im Frühjahr 1708: „Rien ne m'a déplû dans la démission de Mr. Harley, que la répugnance que la Reine a témoigné à y procéder." Robethon an Davenant, 16. März 1708. Br. Mus. 4745.

nichts als Böses zu erwarten habe und dem am geringsten zu trauen wäre, wenn er die besten Worte gebe [1]), und diese Stimmung fand jetzt wieder in der Mahnung Ausdruck: der Gesandte werde eingedenk sein, daß er sich in keiner Weise auf die schönen Versprechungen verlassen dürfe, die der Treasurer Oxford inbetreff der Succession ihm machen werde. Der Charakter dieses Mannes sei ihm zur Genüge bekannt. Ein besonderer Artikel warnte noch Grote, sich vor Lord Oxfords Spionen zu hüten [2]).

Der Schwerpunkt und die eigentliche Bedeutung dieser Mission lagen nun aber darin, daß der Gesandte von dem einen Auftrage, welchen ihm die Kurfürstin gegeben hatte, abgesehen, geradezu angewiesen wurde, über das Weitere den Rat der dem Ministerium opponierenden Partei einzuholen, und so hing das Maß der Schwierigkeiten, welche den Ministern aus diesem neuen Eingreifen des hannoverschen Hofes erwachsen mußten, davon ab, in welcher Weise sich die Whigs die Anwesenheit Grotes zu nutzen machen würden.

Die Whigpartei, welche in jedem Anzeichen einer wachsenden Annäherung der Minister an die französische Regierung eine Bestätigung ihrer von Anfang an geäußerten Annahme zu sehen geglaubt hatte, daß der Frieden auf eine jakobitische Restauration hinziele, und nach den schlimmen Maßregeln, zu denen das Ministerium veranlaßt gewesen, als weiteres Argument hinzufügte, daß die Furcht vor Verantwortung die Minister in ihren Schritten beschleunigen werde, stellte jetzt als Grundsatz auf, daß, was das Ministerium seinerseits auch für das hannoversche Haus thun würde, nur dazu dienen sollte, das Volk zu bethören, und der sich allerorten regenden Mißstimmung dadurch entgegenzutreten, daß es die Welt seiner

1) Reskript des Kurfürsten an Bothmar, 12. Februar 1712. Über die Einbringung der Präcedenzakte vonseiten des Großschatzmeisters hatte er sich geäußert, daß „das Empressement, welches der Großschatzmeister bezeigt habe, für lauter Betrug und Spiegelfechterei zu halten sei“. (Hannov. Staatsarchiv.)

2) Klopp XIV, 424.

Sympathieen für die protestantische Succession versicherte. Gelänge es also, dem Publikum, wie ihr Ausdruck lautete, die Augen zu öffnen, so meinten sie, daß das noch das einzige Mittel wäre, den endgültigen Abschluß des Friedens und die aus diesem zu erwartenden Gefahren zu vermeiden [1]). War dazu eine Forderung, wie sie der hannoversche Hof durch Grote an die Minister stellen ließ, aber wohl der geeignete Weg?

Die Lords, denen Grote sich zuerst eröffnete, Somers und Sunderland, billigten den Inhalt seiner Instruktionen und meinten, daß sein Gesuch, ob eine abschlägige Antwort darauf erfolge oder nicht, in keinem Falle etwas schaden könne; denn gingen die Minister nicht darauf ein, so wäre eben das ein Mittel der Nation, die wahren Absichten der Minister zu enthüllen [2]). Abweichend bemerkte Lord Halifax, daß anderes und Wichtigeres vorher zu erledigen wäre und ein Memoire betreffs des Hofstaates der Kurfürstin zum mindesten nicht eher einzureichen sei, bevor man wisse, wie es mit der Zusammensetzung des Parlaments stünde. Auf seinen Vorschlag hin wurde dann folgendes Programm zu gemeinsamem Vorgehen entworfen: Erst werde man die Änderung mancher zweideutiger Ausdrücke in der Urkunde des neuen mit den Generalstaaten eingegangenen Barrièretraktats fordern, weiter sollte verlangt werden, daß in dem Friedenstraktate mit Frankreich ausdrücklich verzeichnet werde, der Prätendent solle nicht nur Frankreich verlassen, sondern sich auch weiter als bis nach Lothringen und gar nach Rom oder sonst irgendwohin nach Italien zurückziehen, und in dritter Reihe werde es Zeit sein, mit dem von der Kurfürstin gestellten Gesuche hervorzutreten. Eine besondere Überlegung erforderte es, in welcher Weise man dabei dem Großschatzmeister persönlich entgegentreten sollte, und man kam überein, da man annahm, daß dieser mehr zum Jakobi-

1) Grotes Diarium. London den 31. Dezember 1713. (Hannov. Staatsarchiv.)

2) Grotes Bericht, 22. Dezember/3. Januar 1712/13 (ebendas.).

tismus gedrängt würde, — teils von französischer Seite, teils durch die Königin, — als daß er selbst dahindränge, ihn mit jeder Rücksicht zu behandeln. Es sei dies, wie die Whigs ausführten, überdies zu empfehlen, sowohl um den Großschatzmeister auf die Probe zu stellen und zu sehen, ob er vielleicht selbst mitwirken werde, die Succession zu sichern, als auch um ihm die Hoffnung auf eine Aussöhnung mit der Whigpartei zu lassen und ihn nicht zu zwingen, aus Verzweiflung die Zurückführung des Prätendenten zu versuchen; schließlich würde der Großschatzmeister im Falle öffentlicher Zwistigkeiten zwischen der Königin und der aus so gemischten Elementen zusammengesetzten Opposition auch der geeignetste Unterhändler sein. Vonseiten des Kurfürsten könne darum nichts Besseres geschehen, als daß man ihm ein völliges Vertrauen und die Absicht bezeuge, ihn in seinen Würden zu belassen [1]).

Der Kurfürst erklärte sich mit all und jedem einverstanden. Behufs Revision des Barrieretraktats, der auch die hannoverschen Räte schon beschäftigt hatte, sandte er umgehend seine Instruktionen ein, welche die abzuändernden Stellen angaben und die Weisung brachten, das an die englische Regierung hierüber einzureichende Memoire möglichst kurz zu fassen [2]). Die den Prätendenten betreffende Forderung fand er durchaus begründet und gab zu überlegen, ob man nicht gut thäte, auch das noch zu verlangen, daß eine besondere Akte erlassen würde, welche diesen auch für den Fall, daß er zum protestantischen Glauben überträte, vom Throne ausschlösse [3]). Grote riet davon aber ab, und man sah dann in Hannover selbst ein,

1) Grotes Bericht vom 22. Dezember/3. Januar 1712/13. (Hannov. Staatsarchiv.)

2) Reskripte des Kurfürsten, 29. Dezember, 30. Januar (ebendas.). Die vom Kurfürsten gewünschten Änderungen im Texte des Barrieretraktats bei Klopp XIV, 693—694 (Anlage III).

3) Schon am 3. Januar 1713 hatte Robethon darüber an Grote geschrieben (Macpherson II, 464.) Das Reskript des Kurfürsten „au baron de Grote, en chiffre", ist vom 27. Januar. (Hannov. Staatsarchiv.)

daß dies das hannoversche Recht in Zweifel stellen hieße, indem man zugäbe, daß Fälle vorhanden wären, die es fraglich machen könnten [1]). Darin auch endlich stimmte der Kurfürst nach wie vor mit der Whigpartei überein, daß der Frieden aufzuhalten sei, wenn es nur noch möglich wäre, und wie er sagte, die Holländer nicht blindlings in denselben hineinliefen [2]).

Da ist die Whigpartei auch noch mit ihrem Herzenswunsche hervorgetreten und hat, als sich die Gelegenheit bot, durch den Grafen Schulenburg eine Botschaft sicherer als sonst nach Hannover zu befördern [3]), die Bitte aussprechen lassen, daß der Kurfürst nach London kommen möge. Von den verschiedensten Gesichtspunkten aus suchten sie es plausibel zu machen, wie seine Überkunft gerade jetzt für die allgemeine Sache von unschätzbarem Nutzen sein würde, und wie leicht es sei, sie, so lange Holland und Dänemark noch gerüstet wären, mit Hilfe holländischer oder dänischer Schiffe auszuführen. Grote unterstützte ihre Bestrebungen, indem er die Zustände so schwarz wie nur möglich schilderte und versicherte, daß auch die Klügsten der Meinung wären, daß, wenn der Prätendent zuerst käme, er in Ermangelung eines Chefs, der sich ihm entgegenstellte, keine großen Schwierigkeiten finden würde, aufgenommen zu werden. Er wies dabei auf die Stimmung der Königin hin, von der man erzählte, daß sie der Überzeugung sei, der Prätendent sei ihr Bruder, auf die Haltung der Minister, welche mit Jakobiten umgingen, anerkannte Jakobiten zu ihren Beamten zählten und die Verbannten von St. Germain den Parlamentsakten zum Trotze zu sich kommen ließen, auch auf das Verhalten der Jakobiten selbst, welche die Hauptstadt in ungewöhnlicher Zahl überschwemmten, den Namen des Prä-

1) Robethon an Grote, 31. Januar 1713, Macpherson II, 470.

2) Reskript des Kurfürsten, 14. März 1713. (Hannov. Staatsarchiv.)

3) „Da es so gar unsicher ist, die Briefe mit der Post abgehen zu lassen, daß fast kein Geheimnis daraus gemacht wird, daß wenige unerbrochen durchkommen."

tendenten öfter im Munde hätten als je und öffentlich sowohl seine Porträts sehen ließen, wie seine Gesundheit tränken. Dazu sei, was das Übelste wäre, die Geistlichkeit der englischen Kirche großenteils übel disponiert und das Parlament so beschaffen, daß das Unterhaus zweifellos in alles willigen würde und es eine große Frage sei, ob das Oberhaus einig genug sei, sich zu widersetzen" [1]). Auf eine erste kurze Absage aus dem kurfürstlichen Kabinette [2]) wiederholten die Whigs ihre Bitten und führten nochmals aus, wie es in London gefährlicher aussehe als jemals, indem die Verzweiflung und der gegenwärtige Gesundheitszustand der Königin, wie auch der Geldmangel die Minister zwingen würden, den Prätendenten kommen zu lassen. Sie deuteten dahin die Ausrüstung einer Escadre von Kriegsschiffen, die unter dem Vorwande geschähe, bei den nordischen Wirren Verwendung zu finden, die Kassierung aller Whigs in der Marine, und das Vorgeben, englische Bataillons von der flandrischen Armee nach Sizilien zu schicken. So fragten sie an, ob der Kurfürst, wenn die Gefahr stiege, nicht wenigstens sich entschließen wolle, nach Holland zu kommen, ob er nicht auch eine Summe Geldes in London bereit halten wolle, und ob man sicher sein könne, daß, wenn jemand etwas unternähme, er von dem Kurfürsten unterstützt und die Unkosten ersetzt erhalten werde [3]).

Aber hiervon wollte der Kurfürst gar nichts wissen. Er bezeichnete diese Ausführungen der Whigs insgesamt als zu sanguinisch, ließ durch Robethon antworten, daß das Projekt seiner Herüberkunft unausführbar sei, weil die Generalstaaten weit entfernt wären, sich in ein solches Unternehmen einzulassen und man auf ihren Beistand angewiesen sei [4]), und setzte dann noch in einem besonderen Reskript die Gründe ausein-

1) Grote an den Kurfürsten, 27. Januar/7. Februar 1713. (Hannov. Staatsarchiv.)

2) Macpherson II, 472.

3) Grote an den Kurfürsten, 13/14. Februar. (Hannov. Staatsarchiv.)

4) Macpherson II, 475.

ander, warum er auch die anderen durch Schulenburg übermittelten Wünsche der Whigs nicht erfüllen könne: Eine Summe Geldes von außen her nach England zu überschreiben oder sonst offenkundige Maßregeln zur Sicherung der Succession zu treffen, würde vielmehr eine schlimme als eine gute Wirkung haben, weil die Gegner seines Hauses, denen es leicht verraten werden könnte, nicht ermangeln würden, die Hand auf das Geld zu legen und der Königin wie der Masse vorzustellen, daß man sich wider ihre und ihres Reiches Sicherheit und Wohlfahrt verschwöre. Es würde demnach vielmehr darauf ein Augenmerk zu richten sein, wie die Gutgesinnten ihrerseits einen Geldfonds sammeln könnten, um eintretenden Falles die Mittel zu haben, den ersten choc auszuhalten, welche Summe nach Beilegung der Wirren bald zurückerstattet werden würde. Auf die Drohung der Whigs, daß, wenn der Prätendent käme und der Kurfürst nicht in London sei, sie sich unterwerfen müßten, lautete seine Antwort, daß ihn das sehr befremde und die größte und fast einzige wirkliche Gefahr in ihrem Kleinmut bestehe, indem, wenn die Gegner davon Kunde erhalten würden, es ihre Begierde, den Prätendenten einzuführen, verdoppeln würde. Wenn die Wohlgesinnten nicht mit Standhaftigkeit und unerschrockenem Eifer dasjenige thäten, was sie sich und ihrem Vaterlande schuldig wären und sich selbst nicht helfen, sondern ihre Hälse wie die verzagten Schlachtschafe ihren Feinden ohne Widerstand darstrecken wollten, so würde es vergeblich sein, sich von außen her um ihre Rettung zu bemühen. Hätten sie überdies doch die Gerechtigkeit der Sache und das Fundament der Reichsgesetze für sich, welche sie nicht allein berechtigten, sondern sogar nötigten, für die protestantische Succession zu handeln und alles daran zu setzen, sie zu sichern, so daß er überhaupt nicht begriffe, was sie zu fürchten hätten, wenn sie nur einig die Sache angriffen und das thäten, was die Parlamentsakten erforderten. Seinerseits werde er sie nie im Stiche lassen, sondern alles thun, was er vermöchte, sie zu unterstützen, nur müßten sie auch ihrerseits das Ihrige thun und sich selbst, ihr Vater-

land, ihre Religion, ihre Freiheit und ihren Handel nicht so leichtfertig und ohne Ursache verloren geben [1]).

Was der Kurfürst gleich darauf unternahm, das war, daß er Fragebogen an die Freunde der Succession in England und an Marlborough in Antwerpen abgehen ließ, um die Maßregeln, die für den Todesfall der Königin zu treffen wären, festzustellen [2]), während anderseits die Whigpartei jetzt allein auf das Programm von Lord Halifax angewiesen, sich daran machte, es zur Durchführung zu bringen.

Sehen wir nunmehr, in welcher Weise die englischen Minister dasselbe entgegengenommen haben.

In welchen Illusionen der Großschatzmeister sich auch im Beginn seiner Amtsführung über die Stimmung des hannoverschen Hauses gewiegt haben mochte, so waren dieselben seit den Dezembervorfällen im Oberhause mit einem Schlage zerstört worden. Die Minister hatten die Rolle, welche der hannoversche Gesandte dabei gespielt hatte, schnell erkannt und damit erfahren, daß der Kurfürst sich auffeiten ihrer Gegner befand. Nun wußte der Großschatzmeister aber sehr wohl, daß, wenn der Kurfürst sich auch nur gegen die auswärtige Politik des Ministeriums erklärte, unliebsame Schlüsse auf die Stellung der Minister zur Succession gemacht werden würden, die der Opposition eine gefährliche Waffe in die Hand geben mußten, und dem entgegenzutreten fand er diesen Ausweg: er stellte sich, als scheide er scharf zwischen der Persönlichkeit des Gesandten und dem Kurfürsten selbst, und während er Bothmar wenig Freundlichkeiten erwies, bemühte er sich um so mehr, den Verkehr zwischen den beiden Höfen in den gewohnten Formen aufrechtzuerhalten. Es geschah zu diesem Zwecke, daß er seinen Neffen Thomas Harley nach Herrenhausen sandte, um, wie es in der Instruktion hieß, dem Kurfürsten vorzustellen, wie, obwohl ihre Majestät durch das Ver-

1) Reskript des Kurfürsten an den Baron Grote. Hannover, den 14. März 1713. (Hannov. Staatsarchiv.)

2) Macpherson II, 475—477.

halten Bothmars sich provoziert gefühlt habe, ihre Zuneigung für den Kurfürsten und ihre Sorgfalt für die Interessen seiner Familie dennoch bei ihr so sehr überwögen, daß sie, anstatt den geringsten Verdruß zu äußern, vorgezogen habe, ihn über die wirklichen Interessen Großbritanniens aufzuklären. Der Kurfürst möchte sich nur daran erinnern, daß er bisher nach beiden Seiten hin sich freundlich erwiesen hätte, daß dagegen die jetzigen Maßregeln dahin zielten, ihn zum Haupte einer Partei zu machen im Gegensatze zu der anderen [1]). Und hatte es dann gegolten, die hannoversche Succession durch den Friedenstraktat zu sichern, so haben die Minister mit unleugbarer Energie darauf bestanden, daß die französische Regierung betreffs der Succession die Genugthuung gab, welche die Allianzurkunde forderte, und ihre Forderungen nicht nur durchgesetzt, sondern den den Prätendenten betreffenden Artikel von dem Bischofe von Bristol so bündig abfassen und verklausulieren lassen, daß selbst Grote, der den Entwurf im Haag durchsah, nichts daran auszusetzen hatte [2]). Was die Entfernung des Prätendenten betraf, so war die Anweisung Lothringens als Aufenthaltsort, wie es in Versailles verabredet war, trotz der Nähe, in welcher der Prinz blieb, darum gar nicht befremdlich, weil in den Verhandlungen, die Marlborough über diesen Punkt 1709 im Haag geführt hatte, es dem Prätendenten überhaupt freigelassen worden war, seinen Aufenthaltsort zu wählen.

Wie peinlich also muß das Ministerium berührt worden sein, als ihm trotz alledem durch Grotes Forderungen von Hannover aus ein neues Mißtrauensvotum ausgestellt wurde, das noch nach der Auskunft, die Harley von dort gebracht hatte, gar nicht zu erwarten gewesen war [3]).

Und da beobachten wir nun, daß die Minister anstatt wie bisher zum bösen Spiele gute Miene zu machen, den neuen

1) Die Instruktion in „Bol. Korr." I, 409. 410.

2) Grote an den Kurfürsten. Haag, 16. Dezember 1712. (Hannov. Staatsarchiv.)

3) Oxford an Dartmouth, 10. Oktober 1712. Dartmouth Mss. Rep. of hist. Mss. XI, Part. V. S. 310.

Forderungen einen in der That bedenklich erscheinenden Widerstand entgegengesetzt haben.

Persönlich wurde Grote nicht ohne Zuvorkommenheit empfangen. Bolingbroke begrüßte ihn mit der Versicherung, daß die Königin für das kurfürstliche Haus und die protestantische Succession eine unveränderliche Zuneigung hege und sich nächst der guten Verwaltung ihrer Königreiche nichts mehr angelegen sein lassen werde, als durch die Bestätigung dieser Succession das Glück ihrer Unterthanen nach ihrem Tode zu sichern. In diesem Sinne würde sie alle Maßregeln treffen und er für seine Person werde von seinen einmal gefaßten Prinzipien sicherlich nicht abgehend, sie gern nach Vermögen hierin unterstützen, wie er sich ja auch rühmen könne, daß er, um die Succession in der kurfürstlichen Familie zu begründen, im damaligen Parlamente nicht ohne Erfolg mitgewirkt hätte. Der Gesandte würde seine Absichten aus der Offenheit entnehmen, mit der er ihm begegnen werde, da er kein Bedenken tragen werde, mit ihm sich in die Details der inneren Angelegenheiten weiter einzulassen, als er es sonst fremden Gesandten gegenüber zu thun pflege. Wohl, schloß er, wären ihm die Reden, welche widrig Gesinnte über die Königin und ihre Minister führten, bekannt, allein er wolle sich dagegen auf die Thatsachen berufen, die dem Kurfürsten die beste Meinung geben würden [1]).

Der Großschatzmeister, der Grote wegen der Hochzeitsfeierlichkeiten seines Sohnes nicht sofort hatte sprechen können, lud ihn gleich nach seiner Rückkehr vom Lande zu sich zutische und eröffnete ihm seine Ansicht über den Stand der Succession, wobei er ausführte, daß die größte Sicherheit des Kurfürsten in einem engen Einvernehmen mit der Königin liege und der Kurfürst sich wohl hüten müsse, den Übelgesinnten Anlaß zu dem Glauben zu geben, daß der Thronfolger ein anderes Interesse verträte als die augenblickliche Inhaberin der Krone. Besonders sei es gefährlich, wenn der Klerus und die Land-

1) Grotes Diarium, 2. Januar 1713. (Hannov. Staatsarchiv.)

edelleute zu der Annahme kämen, daß der Thronfolger es mit der Gegenpartei halten würde, während doch sie ihrer Neigung und ihrem Interesse nach die eigentlichen Stützen der Krone seien. Bedenklich überhaupt sei es, sich einer Partei anzuschließen, anstatt beiden das Gesetz zu geben und sie hierdurch zu verhindern, sich gegenseitig zu insultieren. Was die Minister beträfe, so stellte er als Grundsatz auf, daß es ihr eigenstes Interesse und selbst ihre Sicherheit fordere, die Succession sicher zu stellen. Nach Tisch setzte er mit eigener Hand den Inhalt seiner Rede kurz auf und übergab das Schriftstück dem Gesandten zur Mitteilung an seinen Hof [1]).

Nichts aber wollten die Minister von Grotes Forderungen wissen, die er nach und nach in Form von Memoires den Ministern vorlegte. Schon die Erörterungen über den Barrièretraktat veranlaßten heftige Auseinandersetzungen, wobei der Großschatzmeister und Bolingbroke gleichmäßig zu erkennen gaben, daß Ihre Majestät wohl eben nicht großes Vergnügen empfinden könnte, daß noch bei ihren Lebzeiten so besondere Vorsichtsmaßregeln im Hinblick auf ihren Tod getroffen würden, und das Mißtrauen des Kurfürsten unangenehm berühre, aber worin sie nachgaben, indem sie die gewünschten Änderungen im Wortlaute des Traktates vornahmen [2]).

Zu gar keinem Resultate führten indessen die Konferenzen über die verlangte Entfernung des Prätendenten und den Hofstaat der Kurfürstin. Hier nahm vorzüglich der Großschatzmeister das Wort. Warum man den Prätendenten so großer Vorsichtsmaßregeln für würdig erachte, wandte er zuerst ein, und ob man von Frankreich mehr begehren könne, als daß es den Prätendenten aus dem Reiche schaffe? Wohin man ihn überhaupt verbannen sollte und ob nicht der Papst sich weigern

1) Grotes Berichte, 10./21. Februar und 13./24. Februar 1713. (Hann. Staatsarchiv.) Beiliegend das genannte Schriftstück in englischer Sprache und in französischer Übersetzung: gedruckt in der Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen 1883. S. 18—20.

2) Grote an den Kurfürsten, 16./27. Januar und 23. Januar/3. Februar 1713. (Hannov. Staatsarch.)

würde, ihn aufzunehmen? Wer auch solle dann für seinen Unterhalt sorgen? [1]) Als ihm der Gesandte einmal bemerkte, wie gefährlich die Jahre 1713 und 1714 für die protestantische Succession sein würden, stutzte der Großschatzmeister und antwortete mit scheelem Blicke: Er glaube, es wäre für den Kurfürsten wirklich besser, wenn der Prätendent in Frankreich bliebe, und wollte er, wenn er etwas zu raten hätte, das anraten, weil man gesehen, daß, so lange als Karl II. während seines Exils in Frankreich geblieben, keiner in England sich zu seinen Gunsten hervorgethan habe, aber sobald er auf Cromwells Drängen aus Frankreich getrieben sei, die Gemüter sich mehr und mehr für ihn geneigt gezeigt hätten [2]).

Den Hofstaat betreffend zeigte er gleich geringes Entgegenkommen, hielt den Gesandten anfangs damit hin, daß man dem Parlamente nichts darüber vortragen dürfe, bevor man versichert wäre, ob es seine Einwilligung gäbe und erklärte schließlich, daß die Kurfürstin die Sache an sich erhalten würde, aber nicht auf solche Art, wie sie es begehrte [3]).

Erweckte all das nun nicht wirklich den Anschein, als sei das Ministerium, wie die Whigs es versicherten, im Interesse des Prätendenten?

Uns, die wir die Verhältnisse, die beim Beginn des Friedenswerkes maßgebend gewesen sind, bereits erörtert haben, stellt sich allerdings nicht mehr die Frage, ob der Frieden eingeleitet worden sei, um, wie man es in Hannover ausdrückte, dem Prätendenten den Weg zu pflastern [4]). Ob nicht aber die englischen Minister, die ja thatsächlich mit St. Germain in Verbindung getreten waren, inzwischen Anlaß genommen haben, die Stuartsche Sache zu fördern, das ist es, worauf wir jetzt eine Antwort zu geben haben.

Rufen wir in die Erinnerung zurück, daß wir die ersten

1) Grote an den Kurfürsten, 13./24. Februar 1713 (ebendas.).
2) Ders. an dens., 3./14. April (ebendas.).
3) Ders. an dens., 13./24. Februar (ebendas.).
4) Robethon an Grote, 17. Februar. Macpherson II, 472.

Versprechungen Harleys an den Hof von St. Germain als unaufrichtig bezeichneten, so wird unsere Annahme durch sein weiteres Vorgehen, wie wir es aus den Akten verfolgen können, zunächst vollkommen bestätigt. Nochmals finden wir in einem Memorandum Torcys die Äußerung vermerkt, daß man englischerseits im Friedenstraktate an die Stelle, wo es sich um die Anerkennung Königin Annas und ihrer Nachfolger handeln werde, das Wort „Erben" hinzufügen wolle, womit man sage, daß man die Interessen des Prätendenten im Auge behalte [1]). Als es dann aber zur Ausstellung der Instruktionen kam, hat der Großschatzmeister auch nicht den leisesten Versuch gemacht, eine Bestimmung zugunsten des Prätendenten einzufügen, der von London her nur einmal gelegentlich der Dezember-Abstimmung erfuhr, daß das impertinente Memoire Bothmars seine Sache fördern werde [2]). Allerdings erging dann Ende Januar eine Botschaft an den Prinzen, welche das bis dahin mehrmals geäußerte Verbot der Königin zu schreiben [3]) aufhob und ihn aufforderte, jetzt die Gelegenheit einer Briefsendung König Ludwigs an die Königin wahrzunehmen, um von seiner Seite ein Schreiben hinzuzufügen [4]); sehen wir aber recht, so geschah dies im Sinne des Großschatzmeisters vorzüglich nur darum, um die Verhandlung mit Frankreich, die gerade damals, wie wir wissen, ins Stocken zu geraten schien, auch hiermit in neuen Fluß zu bringen. Ist doch auch irgendein Schritt zugunsten des Prätendenten auf dieses Schreiben hin nicht erfolgt, und eine erneute Versicherung, daß man für ihn sorgen und Maßregeln gegen das hannoversche Haus ergreifen werde, mit dem sehr zweifelhaften Rate begleitet ge-

1) Memorandum du Marquis de Torcy. Fontainebleau, 21. Juli 1711. (Aff. étrang.)

2) Gaultier an Torcy, 17. Dezember 1711. (Aff. étrang.)

3) Noch am 16. Juni schrieb Gaultier an Torcy: „Je vous répète que Mr. Montgoulin perdra absolument son crédit, s'il écrit comme vous le marquez." (Aff. étrang.)

4) Gaultier an Torcy, 27. Januar 1712. (Aff. étrang.) Vgl. Stanhope S. 512.

wesen: der Prinz möge sich in Rom niederlassen, wo er London näher sein werde als in St. Germain [1]).

Wie also ist der Widerstand zu erklären, den der Großschatzmeister, nachdem er die Stuartsche Sache im Laufe des Friedenswerkes im Stiche gelassen hatte, jetzt den hannoversch-whiggistischen Forderungen entgegensetzte. Um den Kern der Situation zu fassen, haben wir unsern Blick dem Hofe von St. Germain selbst zuzuwenden.

Prinz Jakob Eduard, das Haupt der Stuartschen Familie, der Ritter von St. Georg, wie er sich im Incognito titulieren ließ, von der englischen Regierung offiziell als „Prätendent" bezeichnet, war in dem stillen Schlosse von St. Germain unter Einflüssen groß geworden, die für einen Prinzen, der auf Großbritanniens Thron Anspruch machte, nicht als günstig bezeichnet werden konnten: Einmal unter den Augen einer streng gläubigen, sogar bigotten Mutter, welche ihren Sohn damit am besten für das bewegte Leben, das ihm bevorstand, vorzubereiten dachte, daß sie ihm als des Vaters Erbteil, das Festhalten an Gott und der katholischen Religion als Leitpunkt und Stütze seines Handelns anwies; und dann in der Umgebung von Männern wie Lord Middleton und dem Herzoge von Perth, die in Alter und Anlagen verschieden, der eine zu bejahrt und schwerfällig, der andere zu jugendlich und feurig, sich beide darin glichen, daß sie keine tiefere Kenntnis englischer Verhältnisse besaßen und darum nicht die geeigneten Persönlichkeiten waren, den Prinzen in dieselben einzuführen [2]). So war es gekommen, daß das Gemütsleben des Kindes sich nach jeder Richtung entwickelt hatte und der Prinz zu einem nicht minder guten Katholiken als trefflichen Sohne herangewachsen war, aber daß seine Verstandesgaben und seine Urteilskraft nicht in gleichem Maße gefördert waren und er noch gar nicht zu fassen vermochte, warum die englische Nation, die aus der Geschichte seiner Familie eben mehr ge-

1) Mémoire du Marquis de Torcy, 24. März 1712. (Aff. étrang.)
2) Hookes Bericht, 10. Juni 1705. (Aff. étrang.)

lernt hatte als er, einen katholischen Herrscher nicht wieder auf dem englischen Throne dulden würde. Zustatten kam ihm von den Eindrücken, die er im Mutterhause empfing, nur eigentlich einer: der Glaube an die Güte und die Gerechtigkeit seiner Sache, in dem er auferzogen war, denn dieser gab ihm jenen Mut des Widerstandes, den die Lage seiner Familie vor allem erforderte. Der Prinz trat jetzt, wo sein Name in so vieler Munde geführt wurde (1711), in sein 23stes Lebensjahr. Schlank, nicht allzu kräftig, im Profil und im oberen Teile seines Gesichts seinem Onkel Karl II. ähnelnd, der untere Teil insbesondere der Zug um den Mund an seine Mutter erinnernd, war seine Erscheinung im ganzen nicht unsympathisch. Man rühmte seine guten Kenntnisse — englisch und französisch sprach und schrieb er gleich gut, auch hieß es, daß er Clarendons großes Werk über die Rebellion gründlich studiert habe —, sowie seinen versöhnlichen Charakter, nur ließ er es in seinem Wesen an jener natürlichen Liebenswürdigkeit fehlen, welche seine Schwester in so hohem Maße auszeichnete [1]).

Sehen wir nun, wie Prinz Jakob die Eröffnungen der englischen Minister aufgenommen hat?

Da man den Prinzen noch bis in den Juni 1711 hinein aus Besorgnis vor der immer von neuem gerügten Indiskretion des Hofes von St. Germain ohne genauere Kunde gelassen hatte, so hatte dieser den Entschluß gefaßt, sich auf brieflichem Wege direkt an die Königin sowie die maßgebenden Persönlichkeiten ihrer Umgebung, Lady Masham und Harley zu wenden, und mit dem Versprechen, nach ihren Anordnungen handeln zu wollen, sich ihnen allen anzuempfehlen. Vor seiner Reise in das Lager von Villars, dessen Besuch ihm König Ludwig gestattet hatte, wollte er die Briefschaften expedieren.

1) Zur Charakteristik des Prätendenten: Angaben in den „Stuart Papers“ ed. Roxburghe Club (1889) und ein Schreiben des Admirals George Cammock aus den Stowe Mss. (gedruckt „English historical Review“ I, 776).

Eben nun diese Abreise ließ es dem Minister König Ludwigs angemessen erscheinen, um unerwünschten Schritten des Prinzen vorzubeugen, zuvor anzufragen, ob Prinz Jakob imstande sei, der Königin und Middleton gegenüber ein Geheimnis zu wahren, und als er es versicherte, ihn offiziell in Kenntnis zu setzen, daß er Freunde in England habe. Die Wirkung dieser Eröffnung war die, daß der Prätendent seine Schreiben vorlegte, dem Rate Torcys sie nicht abzusenden folgte, und versprach, sich von jetzt an auch in allem Übrigen den Bestimmungen, die Torcy ihm übermitteln würde, zu fügen [1]). Dem ist der Prätendent in vollem Maße nachgekommen.

Stimmten die Whigs in den das Schicksal des Friedenswerkes entscheidenden Parlamentsverhandlungen gegen die Regierung, so traten die Jakobiten auf besondere Mahnung von St. Germain für das Ministerium ein, und als dann die Jakobiten, weil ihnen die schwankende Haltung des Großschatzmeisters, den viele unter ihnen geradezu als Whig und Feind der Stuartschen Sache zu schelten begannen, auf die Dauer mißfiel, unter Lockharts Führung die Regierung im Parlamente zur Aussprache zu zwingen wünschten [2]), war es wieder das Einschreiten des Prätendenten, welches das Ministerium dieser Verlegenheit enthob. Nur das aber war nicht zu erwarten, daß, als die Zeit verrann, ohne daß die Minister ihrerseits das Geringste für die Stuartsche Familie thaten, vielmehr sich im Gegenteil der hannoverschen Interessen merklich annahmen, der Prinz sich einfach mit Worten hinhalten lassen würde, und so hat er sich an den französischen Hof, der allein die Verbindung mit den englischen Ministern vermittelte, gewandt, um dessen Rat und Beistand einzuholen.

Was die Haltung der französischen Regierung zu der Stuartschen Familie seit der Anknüpfung der englischen Sonder-

---

1) Torcy an Berwick, 17. Juni 1711 (Edinburg-Rev. Oktober 1835, S. 17), ders. an Gaultier, 18. Juni 1711. (Aff. étrang.)

2) Macpherson II, 296.

verhandlungen betraf, so hatte diese die Versprechungen, welche Gaultier betreffs der englischen Succession brachte, gern vernommen, aber um ihre eigenen Interessen nicht zu vernachlässigen oder gar zu schädigen, nichts versucht, die Minister in dieser Richtung vorwärts zu treiben: die natürliche Fortsetzung jener während des ganzen Krieges beobachteten Politik, welche die Sache der Stuarts nur vom Standpunkte eigenen Nutzens behandelt hatte. Wohl hat man es stets so dargestellt, als habe der französische Hof im Jahre 1708 den Stuarts einen Beweis seines guten Willens gegeben, als er jene unglückliche Expedition ausführen ließ, zu der ihn die Stuartsche Familie gedrängt hätte, aber in Wahrheit war auch hier der Zusammenhang ein anderer gewesen. Königin Marie, die Mutter des Prätendenten, und ihre Räte hatten von einer Expedition nach Schottland anfangs gar nichts wissen wollen, weil sie den Egoismus der französischen Politik durchschauten und meinten, daß eine schottische Erhebung nur Königin Anna unnütz reizen und allein der französischen Politik zugute kommen würde. Man hatte also den Hof von St. Germain erst überreden müssen, daß er zu dem Unternehmen seine Zustimmung gab, und so war die Expedition vorzüglich darum in Scene gesetzt worden, weil der Kreis des Kriegsministers Chamillard — auch König Ludwig hatte sie nicht gewünscht[1]) — es für vorteilhaft hielt, eine Diversion zu veranstalten[2]). Da-

1) Journal de Torcy, p. 128. „Le projet en aucun temps n'avait été du goût du Roi. Sa majesté s'était plutôt rendue aux importunités, qu'elle n'avait été persuadée."

2) Meine Darstellung beruht auf den Papieren vom Colonel Hooke, des schottischen Agenten der französischen Regierung. Ein großer Teil dieser Papiere ist vom Roxburghe-Club herausgegeben worden (1870), aber zu Darstellungen nie herangezogen. Die Ausgabe der „Negotiations of Col. Hooke" (1706) ist erklärlicherweise ungenügend. Die von mir benutzten Aktenstücke sind: Mémoire sur l'Entreprise d'Ecosse, 14. Febr. 1704, Bericht von Hooke, 17. Mai 1704 (Aff. étrang.), Hooke an Torcy, 5. Juni 1705 (Aff. étrang.). Von da an hat Hooke im Einverständnis mit dem Hofe von St. Germain gehandelt. Über Hookes Ursprung siehe seine eigene Angabe an König Ludwig im Journal de Torcy, p. 109.

bei war dann die eigentliche Absicht so deutlich hervorgetreten, daß man sogar von gegnerischer Seite die Äußerung gehört hatte, der unglückliche Prinz sei in den April geschickt worden [1]).

Nach dieser Expedition ist es das Stuartsche Haus allerdings gewesen, welches zu einem neuen Unternehmen gedrängt hat, aber jetzt, wo es der französischen Politik nicht mehr förderlich erschien, haben alle Bitten und Versicherungen, wie viel günstiger noch sich die Verhältnisse in Schottland gestaltet hätten, die im Conseil geltend gemachten Bedenken nicht zu überwinden vermocht, und König Ludwig veranlaßt für seinen Schützling einzutreten [2]). Frau von Maintenon selbst bezeichnete den Prinzen als einen Abenteurer [3]), und ganz geschwunden war allerseits der Glaube an eine glücklichere Zukunft der Stuarts, dem Marschall Tallard einst den kräftigen Ausdruck gegeben hatte, „Jakob werde noch König von England werden, er wisse nur nicht wann" [4]). So ist denn auch an der auf vermeintlichen Aktenstücken des französischen Kongreßdeputierten Ménager sich aufbauenden Erzählung, daß der französische Hof gelegentlich der Eröffnung des Utrechter Kongresses für den Chevalier in der Weise eingetreten sei, daß er Ménager beauftragt habe, die Interessen des Prätendenten wahrzunehmen, und die Minister Königin Annas besonders dahin zu bringen, daß der Prinz nach der Königin den englischen Thron erhalte, woraufhin zwischen Ménager und Lady Masham eine Übereinkunft erzielt worden wäre, „die Anerkennung der hannoverschen Thronfolge sei in solchen Worten abzufassen, daß sie König Ludwig die Möglichkeit offen ließe,

1) Kurfürstin Sophie an die Raugräfin, 19. April 1708. Bodemann S. 279.

2) Journal de Torcy, p. 128. In der Conseilsitzung vom 26. Januar 1710 (S. 120) war schon der Entschluß gefaßt worden, alles für eine neue Expedition vorzubereiten.

3) Correspondance du Maréchal Tessé ed. Rambuteau, p. 244.

4) Tallard an König Ludwig, 28. März 1701. (Aff. étrang.)

sich von der Verpflichtung dieses Teiles des Friedensvertrages loszumachen", nichts Wahres [1]).

War doch von den französischen Kongreßgesandten keiner, auch Polignac nicht [2]), obgleich dieser inmitten des Kongresses durch Stuartsche Vermittelung den Kardinalshut erhielt, in Stuartschem Geheimnisse, und finden wir Ménager in London sogar als Whig bezeichnet.

Wohl aber hat der Prätendent nun seinerseits den im Vertrauen befindlichen Staatssekretär angegangen, einmal ihn zu ersuchen, das, worauf es ihm und seiner Familie am meisten ankam, die Auszahlung des Witwengeldes seiner Mutter, und die Frage seines künftigen Aufenthaltes im Auge zu behalten [3]), dann vor allem aber jetzt, wo der Frieden so gut wie abgeschlossen war, durch ihn die englischen Minister zur Aussprache zu bringen und im Anschluß an das Gerücht einer nicht ungefährlichen Erkrankung der Königin, anfragen zu lassen, was er nach Meinung der Minister, falls die Königin stürbe, zu thun hätte. Er begreife nicht, warum Lord Oxford, wenn er es gut mit ihm meine, ihn darüber im Dunkeln lasse, aber obgleich es nicht in seiner Gewalt stehe, ihn sprechen zu machen, so könne er in der Unwissenheit, in der er sich befände, in diesem Falle immer den lange gefaßten Entschluß zur Ausführung bringen, sich dorthin zu begeben, wohin seine Freunde ihn riefen, die, ohne sich zu erkennen zu geben, doch eine stattliche Zahl ausmachten, und ohne welche der Großschatzmeister nie den Frieden hätte zustande bringen können. Vielleicht, daß Torcy, dessen Ansicht er im übrigen erbäte, von dieser Mit-

1) Ganz richtig hat Hallam die Tendenz der Fälschung der „Minutes de Ménager" erkannt, während Klopp wieder für ihre Echtheit eintritt. Die Frage der Autorschaft der Fälschung, welche Weber (Anhang IV) noch einmal aufgeworfen hat, ohne übrigens zu neuen Resultaten zu kommen, ist für uns von keiner Bedeutung; daß sie von Lord Oxford inspiriert ist, ist zweifellos.

2) Das ergeben auch Polignacs Mitteilungen an Kardinal Gualterio. Gualterio Papers (Br. Mss. 20330.)

3) Macpherson II, 234. 294.

teilung Gebrauch mache, um die Minister zu einem Entschluß zu bringen und sie nicht ein zweites Mal die Verlegenheit riskieren zu lassen, in die sie geraten würden, wenn die Königin plötzlich stürbe [1]). Der französische Staatssekretär hatte das bereits für den Prätendenten durchgesetzt, daß an Stelle eines italienischen Platzes, gegen den er sich mit aller Gewalt gesträubt hatte [2]), ihm Lothringen, wohin der Herzog ihn lud, als Asyl angewiesen wurde, und war er auch weiter bereit, ihm zu nützen, so meinte er doch, daß erst der Friedensschluß abgewartet werden müsse. Bis dahin antwortete er, müßte die Königin in seinem Interesse leben, und es sei sehr schwer, vorher einen guten Rat zu geben. Was seine Freunde beträfe, so könne man nicht große Hilfe von solchen erwarten, die nicht wagten, ihre Namen zu nennen, und es sei Tollkühnheit, auf ihre Zahl vertrauend sich auf etwas einzulassen [3]). Wandte der Prätendent darauf aber ein, daß er nicht umhin könne, gleichwohl auf der Notwendigkeit zu bestehen, eintretenden Falles einen Plan bereit zu halten [4]), so ließ Torcy sich überzeugen, und instruierte Gaultier den Ministern dadurch, daß er ihnen die Besorgnisse des Prätendenten mitteilte, nach Möglichkeit den Mund zu öffnen [5]). Der Bescheid an den Chevalier lautete: die Absichten seien gut, aber die Schüchternheit groß. Ein Charakter wie der Lord Oxfords und die vielen Vorsichtsmaßregeln würden noch seine Geduld auf die Probe stellen [6]). Gebe Gott, erwiderte der Prätendent gelassen, daß ein baldiger Frieden dem unglücklichen Zustande Europas und zum mindesten meiner Unwissenheit ein Ende mache [7]). Als

1) Jacques III. an Torcy, de Châlons, 12. Oktober 1712. (Aff. étrang.)

2) Macpherson II, 294.

3) Torcy au Roi d'Angleterre, 17. Oktober 1712. (Aff. étrang.)

4) Jacques III. an Torcy, de Châlons, 21. Oktober 1712. (Aff. étrang.)

5) Berwick an den Prätendenten, 26. Oktober 1712. Mahon, History of England from the peace of Utrecht (Tauchnitz Ausg.) I, 387.

6) Torcy au Roi d'Angleterre, 15. Dezember 1712. (Aff. étrang.)

7) Jacques III. an Torcy. Châlons, 23. Dezbr. 1712. (Aff. étrang.)

dann aber an ihn die Aufforderung erging, sich erst noch von Middleton, seinem alten Berater und Freunde, zu trennen, weil, so lange dieser in seiner Umgebung weile, man nicht wagen würde, sich zu eröffnen, machte der Prätendent in einem erregten Schreiben seinem bedrängten Herzen Luft: „die, welche zu verstehen geben, daß sie meine Freunde seien, erwarten von mir einen blinden Gehorsam, wollen nicht, daß ich mich an andere wende als an sie — ich spreche nicht von den Whigs, die ich aufgegeben habe und hiermit von neuem aufgebe, sondern von den Tories im allgemeinen — halten mich in vollkommener Unwissenheit, wünschen gar noch die einzige Person, welche mein Vertrauen verdient und besitzt, mir zu nehmen und ohne mich ihrerseits in ihre Plane einzuweihen oder auch nur mich wissen zu lassen, wer meine wirklichen Freunde sind, mich jedes Rates, jeder Hilfe, der der Königin nicht ausgenommen, zu berauben. Torcy könne wohl nicht anders als zugestehen, daß all das Anlaß genug zu Mißtrauen und Unruhe böte“ [1]).

Aus diesen Verhältnissen heraus ist die Frage, warum der hannoversche Hof für seine Forderungen einen so schlechten Boden fand, nun wohl leicht zu beantworten. Hätte der Großschatzmeister der Erregung des Prätendenten gar keine Rechnung getragen, hätte er sich dem von Torcy auf ihn ausgeübten Drucke entzogen und gar der hannoverschen Familie weitere Konzessionen gemacht, so wäre die unmittelbare Folge gewesen, daß der Prinz sich seinen eigenen Weg gesucht und zum mindesten den Intriguen französischer und jakobitischer Agenten Thür und Thor geöffnet hätte. Und kam es zur Kritik des Friedenswerkes, so würden die Jakobiten sich nicht mehr aufseiten der Regierung befunden haben, sondern ohne Bedenken hätten sie die Reihen der Opposition vermehrt.

Das müssen die Überlegungen gewesen sein, welche den Großschatzmeister in erster Reihe geleitet haben.

Dann ist Lord Oxford aber noch weiter gegangen und hat,

1) Jacques III. an Torcy, 19. Januar 1713. (Aff. étrang.)

da die Mission des zum Gesandten in Paris bestimmten Herzogs von Hamilton, der nach seinen eigenen Äußerungen Aufträge an den Stuarthof erhalten sollte [1]), nicht zustande kam, — der Herzog wurde, — übrigens zum tiefen Bedauern des Prätendenten [2]) — zuvor im Duelle erstochen [3]) —, durch weitere Vermittlung Gaultiers die Verbindung mit dem Prätendenten persönlich in die Hand genommen. Zunächst allerdings augenscheinlich nur darum, um den Prätendenten zu bestimmen, weil vorher der Frieden nicht unterzeichnet werden könne, Frankreich sobald wie möglich zu verlassen, sogar falls der Paß für die Lothringer Reise noch nicht eingetroffen sein sollte, eine Reise nach der Schweiz oder sonst wohin anzutreten, um jedem Einwande der Opposition oder des hannoverschen Hauses zuvorzukommen. Es sei noch zu früh, an ihn zu denken; er möge abwarten, aber sobald der rechte Augenblick gekommen wäre, würde er gewürdigt werden [4]). Aber in den ersten Wochen des März, gerade damals als Grote ihn mehr und mehr mit seinen Mémoires bedrängte, ließ er sich Gaultier kommen und eröffnete ihm seinen Wunsch, sobald der Frieden geschlossen sei, dem Prätendenten zu dienen. Was er von ihm verlange, wäre nur, daß er nicht dort bleibe, wo er sei, sondern auch nach Friedensschluß reise, um nicht den Glauben zu erwecken, er wolle nicht weggehen, um im Notfalle in größerer Nähe seiner Verwandten zu sein [5]).

Er schrieb darauf sogar an Torcy, daß er vor Gaultiers Abreise mit diesem über den Chevalier sprechen werde [6]) und bat ihn dringend, Gaultier nach London zurückzusenden, da

1) Lockhart Papers I, 408.

2) Jacques III. an Torcy, Châlons, 23. Dezbr. (Aff. étrang.).

3) Das hierüber im „Privy Council" aufgenommene Protokoll unter den Dartmouth Mss. Rep. of hist. Mss. XI, Part. V, p. 311—314.

4) Gaultier an Torcy, 31. Januar 1713. (Aff. étrang.) Vgl. Stanhope, S. 541.

5) Gaultier an Torcy, 20. März 1713. Edinb. Rev. 1835, p. 15, 16.

6) Oxford an Torcy, 20. April 1713 (ebendas.).

dessen Anwesenheit unentbehrlich sei [1]). Das war ein Sonnenblick für den Prätendenten. Torcy, welcher dem Großschatzmeister umgehend geantwortet hatte, mit welcher Freude er Gaultiers Mitteilungen vernommen habe, und wie es für ihn ein zweites Glück sein werde, ihn in dieser Angelegenheit zu unterstützen [2]), gestand dem Prätendenten, daß er eine derartige Eröffnung nicht für möglich gehalten hätte [3]), und der Prätendent jubelte: er sähe, er habe es mit ehrlichen Leuten zu thun und entwarf bereits Pläne, ob man ihn nicht nach Auseinandergang des Parlaments nach England kommen lassen solle [4]).

Und diesen letzten Ausführungen des Großschatzmeisters legen wir nun insofern eine Bedeutung bei, als wir, an unsere früheren Ergebnisse anknüpfend, sie mit der Haltung, die wir die Königin einnehmen sehen, in Verbindung bringen.

Der einzige Verkehr des Prätendenten mit seiner Schwester hatte bis dahin allerdings nur darin bestanden, daß der Prinz nach eingegangener Erlaubnis der englischen Minister [5]) im

1) „Je ne saurais assez vous exprimer le cas qu'on fait en Angleterre de l'habileté et de la droiture de notre ami Mr. l'abbé Gaultier qui aura l'honneur de vous rendre ma lettre. Je crois qu'il mérite tous les bienfaits et toute la distinction de votre grand roi, et toutes les louanges que nous pouvons lui donner de notre côté. Permettez-moi de vous dire que sa présence est absolument nécessaire ici, j'éspère que vous le renverrez bientôt pour cultiver et affermir de plus en plus la confiance qui a été si heureusement commencée.“ Oxford an Torcy, 20. April / 1. Mai 1713. (Aff. étrang.)

2) Torcy an Oxford, 24. März 1713. Edinb. Rev. 1835, p. 16.

3) „Vanderberg va plus loin qu'il n'avait encore été, car il m'a écrit de sa main: „Je parlerai à Mr. l'abbé Gaultier avant son départ au sujet du Chevalier.“ Ce sont expressions dont jusques à présent il ne s'était pas servi et que je ne croyais pas qu'il osât mettre sur le papier. Torcy an Jakob III., 13. April 1713.“ (Aff. étrang.)

4) Jacques III. an Torcy, 6. u. 16. April 1713. (Aff. étrang.)

5) s. S. 181; vorher ist also noch kein Schreiben an die Königin abgegangen, womit die Erörterungen, welche Klopp (XIV, 53) an das bei Macpherson II, 223 gedruckte Schreiben des Prätendenten an seine Schwester, vom Mai 1711, knüpft, hinfällig werden.

Februar ein von Torcy sorgfältig ausgearbeitetes Schreiben an sie gerichtet hatte, daß er sich ganz auf sie und ihr gutes Herz verlasse und zur Wahrnehmung seiner Interessen sich nur der Mittel bedienen werde, die ihr angemessen erscheinen würden, um ihr beider gemeinsames Glück und das Wohl der ganzen Nation zu fördern [1]). Vonseiten der Königin war darauf keine Antwort eingetroffen [2]).

Wie die Königin sich gleichwohl aber mit ihrem Bruder beschäftigte, lassen die Mitteilungen zweier der Stuartschen Sache wohlwollenden Lords ersehen, die es gewagt hatten, zu ihr im Interesse des Prätendenten zu sprechen. Dem Herzoge von Hamilton drückte sie dabei über das Unglück des Prinzen ihr Bedauern aus: es schmerze sie, daß es über ihn gekommen sei, infolge seiner Erziehung in Grundsätzen, welche ihrem Volke widerstrebten [3]). Ganz deutlich hat sie dann mehrere Monate später dem Herzoge von Buckingham ihren Standpunkt klar gemacht: „So lange der Prinz nicht seinen Glauben wechsle, könne sie nichts für ihn thun" [4]), aber sie gab zugleich zu erkennen, daß sie diesen Schritt von ihm erwarte [5]). So war Buckinghams Beobachtung, daß die

---

1) Du Roi d'Angleterre à la Reine Sa Soeur, 19. Februar 1712. (Aff. étrang.) In englischer Sprache, aber mit anderer Datierung bei Macpherson II, 295. Im französischen Archive befindet sich in demselben Bande (237) noch der Entwurf eines anderen Schreibens, „datiert 8. février 1712" mit der Bemerkung „non agréé". Dieses Schreiben mit Verbesserungen von Torcys Hand ist länger und energischer: „Je suis persuadé, Madame, que vous n'avez jamais eu l'intention d'exclure du trône de nos ancêtres un frère que vous ne pouvez méconnaître et de transporter à des Etrangers le sceptre héréditaire dans notre maison. Réglez dès à présent ma conduite, décidez des pas que je dois faire . . ."

2) Aus späteren Schreiben des Prätendenten zu entnehmen.

3) Hamilton Transactions, p. 245; auch bei Klopp (Anhang) XIV, 692.

4) „What wouldst have me do; You know, as the law stands, a Papist cannot inherit . . ."

5) „You see, he doth not make the least step to oblige me."

Königin ihrem Bruder besser gesinnt sei als je, sicherlich gut begründet [1]).

Weisen wir also wohl, um auf Lord Oxford zurückzukommen, die Annahme zurück, daß der Großschatzmeister wirklich zum Jakobitismus bekehrt worden sei, und läßt auch nichts in Gaultiers Berichten schließen, daß er aus Furcht vor Verantwortung die Sache des Prätendenten ernstlich in die Hand genommen habe, so bezeichnen wir seine an Gaultier gegebenen Versprechungen darum doch nicht kurzweg als Täuschungen, weil wir meinen, daß er die Stimmung der Monarchin im Auge gehabt und zumal mit zunehmender Kränklichkeit derselben mit dem Hintergedanken gerechnet haben muß, was eintreten konnte, wenn der Prätendent sich unter diesem Drucke entschied, seinen Glauben in letzter Stunde zu wechseln.

Damit kommen wir, um zum Schlusse unsere ursprüngliche Frage nach dem Einflusse des Friedenswerkes auf die Thronfolgefrage zu beantworten, zu dem Ergebnis, daß der Stand der Successionsangelegenheit insofern als verändert bezeichnet werden darf, als die Sympathieen der Königin für ihren Bruder inzwischen weiter hervorgetreten erscheinen und zwar so weit, daß selbst der Großschatzmeister mit ihnen zu rechnen begonnen hat. Im übrigen aber ist eine Wechselwirkung zwischen Successions- und Friedensfrage nicht zu beobachten. Die Verkettung beider hat nur auf den Gang der Friedensverhandlungen eingewirkt, aber diese haben, ebensowenig wie sie im Hinblick auf eine Stuartsche Restauration eingeleitet worden sind, weiterhin dazu gedient, ihrerseits die Interessen des Prätendenten zu fördern.

1) Macpherson II, 327—329. Um die Zuneigung Annas für den Prätendenten zu bezeugen, bringt Thornton (The Brunswick Accession, p. 151) ein Schreiben der Königin an Ludwig XIV. Der in diesem Brief erwähnte Prinz ist indessen nicht wie Thornton und Miß Strickland, auf die er sich beruft, annehmen, der Prätendent, sondern der Kurfürst von Bayern. Das Schreiben Annas ist die Antwort auf ein Schreiben des Königs, sich für diesen Fürsten zu interessieren.

Nun war doch aber zu erwarten, daß, wenn es erst zum Frieden kam, dieser die inneren englischen Verhältnisse nicht unberührt lassen würde, und daß sich hiernach auch der Stand der Thronfolge-Angelegenheit neu regulieren mußte. In dieser Richtung also hat sich unsere weitere Untersuchung zu bewegen.

Zehntes Kapitel.

Friedensschluß und Emporkommen Bolingbrokes.

(1713.)

Wäre es den Toryministern nur darauf angekommen, wie ihre whiggistischen Gegner es ihnen vorgeworfen haben, die englischen Interessen zu sichern, und hätten sie dann wirklich die Allianzmächte völlig der Gnade Frankreichs preisgeben wollen, so würde nach Bolingbrokes Rückkehr aus Paris und der bald darauf folgenden Publikation der spanischen Renunziationen einem definitiven Abschlusse nichts im Wege gestanden haben. Wohl waren noch zwischen der englischen und französischen Regierung unerledigte Streitpunkte vorhanden, vor anderem betreffs des Fischereirechtes in Neufundland und des Handelsvertrages, aber hätte sich das englische Ministerium zu sofortigem Frieden entschlossen, so hätten diese Differenzen französischerseits keinen Anlaß gegeben, den Abschluß zu verzögern. Es ist nun wohl wahr, daß Bolingbroke nicht nur in Paris auf einen Sonderfrieden starke Hoffnungen erweckt, sondern auch nach seiner Rückkehr von dort thatsächlich auf einen solchen hingearbeitet hat; indessen seine Ansicht drang im Kabinettsrate nicht durch, und dauerte es noch lange Monate, bis der Frieden endgültig zustande kam, so ist dies eben dem Wunsche der übrigen Minister zuzuschreiben gewesen, auch den Alliierten den Frieden annehmbar zu machen. In welcher Weise dies geschah und was die englische Regierung durch-

gesetzt hat, soll hier nicht nochmals im einzelnen ausgeführt werden [1]). Für die Generalstaaten war es immerhin soviel, daß diese ihren ersten energischen Widerspruch gegen das im englischen Parlamente vorgetragene Programm zurückzogen und bereits im Oktober ihren Beitritt zum Friedenswerke beschlossen. Für Savoyen haben sie außer dem Besitze Siciliens noch die Neutralität Italiens ausbedungen. Gar nichts allerdings haben sie für den Kaiser gethan und vielmehr dem persönlichen Ersuchen König Ludwigs entsprechend sich in der Hauptstreitfrage zwischen den Höfen von Versailles und Wien, der bayrischen Angelegenheit, auffeiten Frankreichs gestellt. Kam es dennoch dahin, daß auch der Kaiser schließlich die Waffen niederlegen wollte, wenn Frankreich auf einige beinahe ausschließlich die Hausmacht des Kaisers betreffende Forderungen verzichtete, so war dieses Resultat nicht dem Einflusse der englischen Regierung, sondern der wachsenden Nachgiebigkeit des Wiener Hofes zuzuschreiben. Betreffs der bei den Verhandlungen mit dem Kaiser zur Besprechung gekommenen catalanischen Frage sei hier, weil diese stets zur Kritik der torystischen Politik herangezogen worden ist, besonders erwähnt, daß die englische Regierung zwar nie den Catalanen gegenüber eine vertragsmäßige Verpflichtung eingegangen war, die Herstellung ihrer früheren Freiheiten zu bewirken, aber daß nach dem Wortlaute der Instruktionen, die Peterborough und Crowe im Frühjahr 1705 nach Spanien mitnahmen, England soweit moralisch gebunden war, daß ein späterer Einwand des Großschatzmeisters, man hätte mit den Privilegien gar nichts zu schaffen gehabt, welche die Catalanen besessen hätten, bevor England mit ihnen in Verbindung getreten wäre, zurückgewiesen werden muß [2]). Warum die englischen Minister nun nicht

1) Wir verweisen auf Weber Kap. 11 und 12.

2) Noorden II, 213. Die Äußerung Oxfords befindet sich in „The secret history of the White-Staff" (London 1714) einer gleich nach dem Tode der Königin erschienenen Schrift, die ich ohne Bedenken auf den Großschatzmeister zurückführe. Es folgte auch gleich eine ganz persönliche

energischer für die catalanische Bevölkerung eingetreten sind, ist ganz richtig darauf zurückgeführt worden, daß ihnen daran lag, sich die spanische Regierung geneigt zu machen [1]), die, wie Bolingbroke ausführte, um dem französischen Abhängigkeitsverhältnisse zu entgehen, die Unterstützung der Königin nachsuchen würde, und die spanischen Argumente sind es auch, welche Bolingbroke in seinen betreffs der Catalanen nach Utrecht erlassenen Weisungen sich zu eigen gemacht hat [2]).

Die neuen Schwierigkeiten, welche den Ministern aus dieser Haltung in ihren Beziehungen zu Frankreich entstanden, und zwar dadurch, daß der französische Hof die Verzögerung des Abschlusses auch seinerseits auszunützen suchte, um günstigere Bedingungen zu erzielen, sind aus der Fassung eines von englischer Seite eingereichten Ultimatums (Februar 1713) ersichtlich, das der Herzog von Shrewsbury, der neu ernannte Gesandte in Versailles mündlich und schriftlich geltend zu machen hatte [3]). Da Frankreich auf dasselbe einging, da man ferner der Überzeugung war, daß der Kaiser, dessen Wünsche in dem Ultimatum nicht verzeichnet worden waren, in letzter Stunde nachgeben würde, so stand der Unterzeichnung des Friedens nichts mehr im Wege: dieselbe fand am 11. April 1713 statt, nicht im Utrechter Ratshause, sondern in den Wohnungen der englischen Kongreßgesandten, in der Weise, daß die Engländer und Savoyarden bei dem Bischofe von Bristol, die Portugiesen, Preußen und Holländer bei dem Grafen Strafford unterzeichneten. In London, wo die Freunde der Regierung über den fortdauernden Aufschub in großer Unruhe gewesen waren, traf das Friedensdokument am 14.

Erwiderung Bolingbrokes: „Considerations upon the secret history of the White-Staff humbly adressed to the E— of O—".

1) Weber S. 384.

2) Das auch von Weber citierte Schreiben Bolingbrokes an die Plenip. vom 10. Februar 1712/13 giebt genau den Gedankengang des Schreibens von Montoléon an Dartmouth, 25. Januar 1713, wieder. (Aff. étrang.)

3) Bol. Korr. II, 256—269.

mittags ein. An demselben Tage, um 2 Uhr, begab sich die Königin ins Parlament und kündigte mit der Versicherung, daß die Auswechselung der Ratifikationen binnen wenigen Tagen erfolgen werde, den Abschluß des allgemeinen Friedens an. Dabei beehrte sie allein den französischen Gesandten mit einer Ansprache: „Lange schon", sagte sie zu ihm, „habe ich mit Ungeduld diesen Moment erwartet" [1]).

So war nun das große Werk vollbracht, und die Minister durften sich rühmen, einer Welt zum Trotze dem Lande den ersehnten Frieden gegeben zu haben. „Ich gratuliere Euch", schrieb Lord Oxford an dem Tage, an welchem die Friedensfeier stattfand, stolz auf das Ergebnis, an Dartmouth, „daß wir am 4. Mai 1713 einem Kriege ein Ende gemacht haben, der am 4. Mai 1689 begonnen worden ist" [2]). Entschiedener auch, als es sonst seine Art war, wies er tadelnde whiggistische Kritiker zurück, und warf ihm Lord Cowper vor, daß man für die Alliierten mehr hätte erlangen müssen, so gab er zur Antwort, daß wenn man selbst bis vor die Thore von Paris gekommen wäre, man keinen besseren Frieden hätte erzielen können [3]).

Und welche Stellung mußte dieser Frieden dem Großschatzmeister verschaffen. Als Teil seines mit der Königin beratenen Programmes gefaßt, bot er doch nun die Grundlage desselben, und es blieb nur übrig, das Erlangte zu sichern, um, wozu alles andere und selbst der Abschluß des Krieges nur das Mittel sein sollte, die Rückkehr whiggistischer Zwangsherrschaft für absehbare Zeit unmöglich zu machen. Gelang ihm auch das noch, so mußte er eine Position erringen, wie keiner seiner whiggistischen Gegner sie je eingenommen hatte.

Gerade nun hat es sich getroffen, daß zu der Zeit, in welcher der Großschatzmeister seine Aufmerksamkeit den inneren Angelegenheiten wieder zuzuwenden begann, der Termin ablief,

1) Aumont an Ludwig XIV., 20. April 1713 (Aff. étrang.).

2) Lord Oxford an Dartmouth, 4. Mai 1713. Dartmouth Mss. (Rep. of hist. Mss. XI, Part V, p. 315.)

3) Cowper's Diary, 15. März 1713 (Br. Mus.).

den das Parlament Sacheverell gesetzt hatte und dieser gelegentlich seiner ersten Predigt, die er nach dreijährigem Schweigen, das ihm als Strafe auferlegt worden war, halten durfte, von einer ungeheueren Volksmasse mit gleichem Jubel wie in den Märztagen 1710 begrüßt wurde [1]). Es war das ein beachtenswertes Symptom, daß die Volksstimmung sich seitdem nicht geändert hatte, und für den Großschatzmeister ein Merkzeichen, daß mit einer starken kirchlichen Strömung abermals zu rechnen war. Und diese Überlegung mußte zu folgender Frage drängen: Würde der Großschatzmeister auch jetzt wieder, wie damals als Rochester die kirchliche Richtung im Ministerium und in der Verwaltung zum Durchbruch zu bringen suchte, im Kabinette Herr sein, das Staatsschiff in dem bisherigen Fahrwasser weiterzusteuern. Man sieht, daß viel davon abhing, wie sich inzwischen das Verhältnis Lord Oxfords zu seinen Kollegen entwickelt hatte.

Wir haben Lord Oxford bei Gründung des Ministeriums als Parlamentarier und Taktiker von großer Geschicklichkeit kennen gelernt, und als solchem war es ihm gelungen, mannigfache Gegensätze zu versöhnen und verschiedenartige Elemente zu gemeinsamer Thätigkeit zu vereinen. Verstand er es nun aber auch, diese heterogenen Elemente bis zur Erreichung des gemeinsamen Zieles zusammenzuhalten? [2])

Schon von Natur besaß Lord Oxford nicht eigentlich die Eigenschaften, welche einen leitenden Staatsmann auszuzeichnen pflegen. Das Gewicht eines Mannes von Charakter, die schöpferische Fruchtbarkeit des Geistes, die Macht des Wortes, die Schnelligkeit der Entschließung, das sympathische Verständnis für allgemeine Ideen, alle diese großen Mittel, um auf weitere Kreise zu wirken, fehlten ihm vollständig. Hätte aber

1) Aumont an Torcy, 7. April 1713: „Le peuple lui a vu rendre la parole avec de grandes démonstrations de joie dans le quartier de son église, où on tira le canon toute la journée ... Il doit prêcher dimanche prochain, les places couteront à ce qu'on dit plus de 2 guinées“ (Aff. étrang.).

2) Das Folgende nach Swifts Angaben.

wohl ein geschicktes Zusammenarbeiten mit seinen begabteren Kollegen vieles auszugleichen vermocht, so war es gerade die Art und Weise, in der er diese behandelte, welche mehr wie alles andere zur Störung des Friedens innerhalb des Ministeriums geführt hat. Nicht das berüchtigte Zaudern und Hinhalten des Großschatzmeisters, welches die Geduld seiner Mitarbeiter oft auf eine harte Probe stellte, war der schlimmste Vorwurf, der ihm zu machen war. Gewiß besaß er diesen Fehler, der bei ihm auch einer gewissen Trägheit des Denkens entspringen mochte, in hohem Grade, aber vieles, was man ihm in dieser Beziehung vorwarf, war, wie Swift, der über die persönlichen Verhältnisse bei Hofe vortrefflich orientiert war, versichert, nicht ihm zuzuschreiben, sondern seiner königlichen Herrin. Hätte ein Naturell wie das Lord Oxfords eines energischen Antriebes vonseiten der Krone bedurft, so bestärkte ihn die Königin nur in seiner Haltung und predigte ihm, wenn er energischer vorzugehen wünschte, ihrerseits Behutsamkeit und Mäßigung. Was aber seine Kollegen mit vollem Rechte erbittern mußte, war, daß er es vermied, als ob er es nicht der Mühe für wert gehalten hätte, mit seinen Freunden zu beraten und dieselben in Zweck und Ziel seiner Politik einzuweihen. Wenn ein Gebäude errichtet werden soll, meinte Swift, der in ihrem Sinne das Wort ergriff, so mag der Grundriß aus dem Kopfe eines Mannes stammen und es mag genügen, daß die Maurer angewiesen werden, welche Größe sie den Steinen zu geben und wohin sie diese zu legen haben; aber die verschiedenen Bauführer müssen eine gewisse Kenntnis des Gesamtplanes haben, ohne welche sie ihre Anweisungen nicht geben können [1]). Das aber sah Lord Oxford nicht ein. Er bemühte sich nicht einmal, wenn seine Freunde dies oder jenes tadelten und der Vorwurf ihn unschuldig traf, weil der Widerstand vonseiten der Königin kam, sie über den Sachverhalt aufzuklären oder sich ihnen gegen-

1) Free thoughts of the present State of affairs (Works V, 234).

über zu rechtfertigen, und trieb es zeitweise selbst soweit, daß der zum Nutzen der Geschäfte unumgänglich notwendige Verkehr mit ihnen eingestellt wurde. So kann es nicht wunder nehmen, daß sich im Kabinettsrate eine Fraktion gebildet hatte, die sich gegen die Amtsführung des Großschatzmeisters, dann aber auch mehr und mehr gegen sein System richtete und mit wachsender Ungeduld Berücksichtigung forderte.

Am schärfsten, allerdings auch noch von anderen Momenten ausgehend, hatte diese Differenz sich zwischen dem Großschatzmeister und Lord Bolingbroke entwickelt, der trotz seiner anfänglichen Freundschaft mit Lord Oxford, die Führerschaft der Unzufriedenen übernommen hatte.

Daß es diesem Staatssekretär, dessen Ehrgeiz ihm nicht unbekannt sein konnte, nicht genügen würde, uneingeweiht in das eigentliche Getriebe der großen Politik Handlangerdienste zu thun, hatte Lord Oxford schon früh entdeckt und ihn darum in jener Zeit schon, in der er nichts mehr als den Oktoberklub fürchtete, für fähig gehalten, die Führung dieses Klubs zu übernehmen und seine eigenen Wege einzuschlagen. Darum hätte er ihn gern auch von dem engeren Kreise der in das Friedenswerk eingeweihten fern gehalten, wenn nicht seine Verwundung durch Guiscard eine Vertretung erforderlich gemacht haben würde und der Staatssekretär seiner französischen Kenntnisse wegen, abgesehen von seiner sonstigen Begabung die einzige geeignete Persönlichkeit gewesen wäre [1]). Daß dann St. John als stellvertretender Chef wirklich eigene Politik getrieben hat, ist bereits bekannt. Er rüstete jene schon genannte Kanada-Expedition aus, näherte sich gleichzeitig der königlichen Favoritin, indem er das Kommando der Flotte dem Bruder Lady Mashams übertrug und sandte die Expedition gegen den ausdrücklichen Wunsch des Großschatzmeisters ab, der nachher im Rechte blieb, da das Unternehmen

1) Daß St. John erst jetzt in das Geheimnis eingeweiht wurde, ist schon aus den Auszügen aus den französischen Akten in der Edinburg-Rev. 1835 zu entnehmen; sämtliche Biographen Bolingbrokes haben aber diese Angabe, so wichtig sie auch ist, übersehen.

teils infolge ungünstiger Witterung, teils wegen ungenügender Vorbereitungen völlig scheiterte. Da St. John damals weiter in dem Glauben, der Mordanschlag habe eigentlich ihm gegolten [1]), das Gerücht bekräftigte, daß der Großschatzmeister nur einem Zufalle zufolge verwundet worden wäre, was dieser so auslegte, als wenn St. John sich als Märtyrer hinstellen und ihm dem Verwundeten nur die Gefahr und die Schmerzen belassen wollte, so war der Zündstoff zu einem Konflikte gesammelt. Gleich nach der Genesung des Großschatzmeisters kam er zum Ausbruch und nahm eine solche Ausdehnung an, daß in der Umgebung der Minister von einem Austritte St. Johns mit ziemlicher Sicherheit gesprochen wurde [2]). Das Gerücht hielt sich auch, nachdem St. John durch sein Verhalten gegen Somerset das sichtliche Bemühen gezeigt hatte, dem Großschatzmeister etwas Angenehmes zu erweisen [3]) und erhielt neue Nahrung durch das wieder aufkommende Gerede, daß St. John mit Marlborough im Einverständnisse stehe und ihm darum, wie es selbst in gut informierten Kreisen hieß, nicht zu trauen sei [4]). So weit war Lord Oxford der Ankläger; jetzt kam die Reihe an St. John.

Unsere Darstellung ergiebt, wie weit die Thätigkeit St. Johns, wenn man ihm die Anknüpfung mit Frankreich zugeschrieben hat, überschätzt worden ist, und wie er an den ersten und grundlegenden Unterhandlungen mit dem französischen Hofe gar keinen Anteil gehabt hat [5]). Nicht minder falsch wäre es doch aber, die Bedeutung St. Johns für das Zustandekommen des Friedens zu unterschätzen. Wie er sich darum verdient gemacht hat, dafür legt seine Korrespondenz

1) Das schrieb er auch an Lord Raby: „The blow he confesses, (G.) he intended to me“ (9. März 1710/11 Rec. off.).

2) Journal to Stella, 27. August 1711 (Works II, 333).

3) Swift an King, 26. Aug. 1711 (Works XV, 445) vgl. S. 126.

4) Journal to Stella, 20. Oktober 1711 (Works II, 376).

5) B. sagt selbst in seinem Sendschreiben an Wyndham (p. 96): „Ich hatte in jenen Tagen nicht soviel Verdienst, als man mir zugeschrieben hat.“

ein unwiderlegliches Zeugnis ab, und sind auch viele Fäden nicht selbständig von ihm angesponnen, wie z. B. die den Tauschplan vorbereitenden Verhandlungen von dem Großschatzmeister allein ausgegangen waren, — einmal hat auch der Zwist beider Staatsmänner soweit auf die Politik reagiert, daß Gaultier eigens angewiesen wurde, dem Staatssekretär einen Briefwechsel der Königin mit König Ludwig zu verheimlichen [1]) — so ist es doch seine Sprache gewesen, auf welche sich das energische und zielbewußte Auftreten der englischen Vertreter im Auslande gründete. Wie bedeutend daneben die parlamentarische Rolle gewesen ist, die er im Interesse des Friedens gespielt hat, bezeugt eine Äußerung in Swifts Tagebuch, daß der Sekretär das ganze Parlament in Händen habe, welches ohne ihn nichts thun könne [2]). Darum nun erzürnte es St. John, daß man ihm eine entsprechende äußere Anerkennung seiner Verdienste versagte, und nachdem man ihn, um ihn im Unterhause zu halten, bei dem Pairsschub im Frühjahr übergangen hatte, ihm im Juli nur auch den Titel eines Viscounts verlieh. Das wäre für ihn, wie er an Strafford klagte, eher eine Kränkung als ein Gunstbeweis gewesen, und nur dem öffentlichen Wohle habe er seine persönliche Empfindlichkeit zum Opfer gebracht und verbleibe er im Dienste [3]). Weiteres kam hinzu, seinen Groll zu steigern. Ihn auszusöhnen hatte ihm die Königin auf Rat des Großschatzmeisters im Herbst die Mission nach Paris übertragen, welche da Prior, den Lord Oxford in seinem Bolingbrokes Reise nach Paris meldenden Schreiben mit leicht erkennbarer Spitze als „seinen wahren Freund" bezeichnete [4]), ohnedem nach Paris gehen mußte, in der That sonst

1) Gaultiers Bericht, 10. Mai 1712 (Stanhope S. 521).

2) Journal to Stella, 23. Februar 1712 (Works II, 488).

3) Bolingbroke an Strafford (Bol. Korr. I, 599).

4) In dem vorher schon citierten Schreiben Oxfords an Torcy (s. S. 159) heißt es weiter: „Mr. l'abbé G. vous dira de ma part la substance des discours que j'ai tenus avec lui, et mon véritable ami Mr. Prior qui sait toutes les démarches de cette négociation doit rester quelque temps à la Cour de France" ...

unnötig gewesen wäre. Dabei hatte sich Bolingbroke aber nicht im Sinne seiner Regierung benommen. Die Königin fand es taktlos, daß, als er, wie sie vernahm, bei seinem Besuche der Pariser Oper den Prätendenten in die Loge hatte treten sehen, das Haus nicht sofort verlassen hatte [1]), und der Großschatzmeister tadelte es, daß Bolingbroke sich zuweit mit Torcy eingelassen, und diesem seinen Instruktionen entgegen versichert hatte, man verlange keine Änderung in dem Friedensplane, was nichts anderes hieß, als daß England, nachdem es alles für sich durchgesetzt hätte, die Alliierten im Stiche lassen wollte [2]). Daraufhin wurde ihm also nach seiner Rückkehr die Korrespondenz mit Frankreich in einer überdies beleidigenden Form abgenommen, um sie Dartmouth zu übergeben [3]), und als bald darauf durch den Tod Lord Godolphins ein Hosenbandorden frei wurde, war auch er es nicht, der den Orden erhielt. Bolingbroke hat später versichert, daß er schon damals in seinem Herzen für immer auf die Freundschaft mit dem Großschatzmeister verzichtet habe [4]).

Doch aber war es nicht, um auf die zur Zeit des Friedensschlusses im Kabinette vorherrschende Stimmung zu kommen, das persönliche Moment, welches vonseiten Bolingbrokes oder dessen Freunden in den Vordergrund gestellt worden ist. Bolingbroke hatte die französische Korrespondenz inzwischen zurückerhalten, in seinem Sinne hatte der Großschatzmeister den Lord Oberrichter Parker, welcher in der Debatte über die Ratifikation des Friedenstraktats Opposition gemacht hatte, entlassen und auch sonstige Änderungen nach seinem Wunsche vorgenommen, so daß man seit langer Zeit sogar einmal wieder

1) Swift's Works V, 306.

2) Ich nehme also von den zwei Möglichkeiten, die Weber (S 314) aufstellt, um den Widerspruch zwischen dem Verhalten Bolingbrokes und seinen Instruktionen zu erklären, von Weber abweichend die zweite an. So nur erklärt sich doch die Unzufriedenheit des Großschatzmeisters und dessen weiteres Vorgehen gegen Bolingbroke.

3) Depesche Grimanis, 28. Oktober 1712 bei Brosch, Bolingbroke S. 93.

4) Letter to Wyndham.

von einer Art von Harmonie zwischen den Ministern sprach [1]. Womit aber Bolingbroke und seine Gruppe nunmehr zum erstenmale und selbständig hervortraten, das war das Verlangen, die für die Torypartei glückliche Situation besser als bisher auszunützen und um den ersten Schritt zu thun, den Whigs die Gelegenheit zu nehmen, dem Ministerium in der kommenden Session Schaden zu thun. Nicht daß sie die Whigs, wie noch im Dezember 1711, gefürchtet hätten, — ich kann schrieb Bolingbroke an Orrery, an jene Tage erinnernd, außer dem Geschrei über den Jakobitismus und die Gefahr des Papismus, die nur alte Weiber ernst nehmen, kein Thema für Lord Nottinghams Beredsamkeit voraussehen [2]) — aber ganz richtig führte er in einem anderen Schreiben aus, daß die Gegenpartei einen Streitpunkt hervorsuchen müsse, sowohl um die Erwartungen ihrer Anhänger zu erfüllen, als im Hinblick auf die Wahlen; da also ein Angriff stattfinden werde, sei es weit besser, daß sie ihn ausführten, als daß sie in der Defensive blieben. Und zumal bei so guten Aussichten, indem die Whigs auf Erfolge gar nicht zu rechnen schienen! „Ich kann nicht umhin", wendet er sich an Shrewsbury, „als eine aus der Tiefe meines Herzens kommende Überzeugung auszusprechen, daß wenn wir nicht uns selbst und das wahre Interesse unseres Landes sichern, es die Schuld der Königin und des Großschatzmeisters ist" [3]).

Da hat nun der Großschatzmeister von verschiedenen Seiten zur Aussprache gedrängt zu erkennen gegeben, daß es noch immer nicht in seiner Absicht sei, sich in eine irgendwie extreme Politik einzulassen. Er erwiderte, daß man sich begnügen solle, die Macht der Opposition beschränkt zu haben, ohne selbst zum Unterdrücker zu werden, daß es seine Aufgabe gewesen sei, den Versuch das Ministerium zu stürzen, zu vereiteln, aber daß man nicht denken dürfe, der Um-

1) Journal to Stella, 8. April 1713.

2) Bol. Korr. II, 301, 6. März 1713.

3) Bolingbroke an Shrewsbury, 3. und 29. März 1713 (Bol. Korr. II, 298 u. 332).

sturz der Verfassung sei das Mittel, die Regierung zu erhalten, daß die Whigs auch Unterthanen der Königin seien, die wohl im Zaume gehalten, aber nicht unterdrückt oder gar vernichtet werden dürften, und daß man mit der Opposition gerungen hätte, um sie von der Tyrannei abzuhalten und nun doch nicht selbst tyrannisieren dürfte. Anderseits, sprach er zu seinen Kollegen, wäre es nicht ihre Sache anzugreifen, weil sie ja im Ministerium wären und nichts zu riskieren brauchten. Ihre Aufgabe sei, sich in der Verwaltung zu behaupten und damit sich zu begnügen. Den anderen käme es zu, alles aufs Spiel zu setzen und nichts unversucht zu lassen, weil diese nichts zu verlieren hätten [1]). Seine Absicht mit Bezug auf die bevorstehende Session war es also nicht, positive Maßregeln zu ergreifen, sondern wie er zu einem jakobitischen Agenten geradezu sagte mit der Strömung zu gehen, sich dabei von Scylla und Charybdis gleich fernzuhalten [2]) und in dieser Weise eine Entscheidung irgendwelcher Art aufzuschieben, bis die im Herbst stattfindenden Wahlen den Willen der Bevölkerung noch einmal zu erkennen gegeben haben würden. Für eine Majorität meinte er im übrigen sich fürs erste nicht sorgen zu brauchen, da die Jakobiten von neuem Ordre erhalten hatten, mit den Ministern zu gehen [3]) und überdies persönliche Bemühungen des französischen Gesandten ihm noch neue Stimmen eingebracht hatten [4]).

1) History of the White Staff p. 26.

2) Macpherson II, 407.

3) Torcy schrieb darüber persönlich an den Prätendenten: „On supplie V. Majesté de faire en sorte que ceux dont j'ai l'honneur de lui envoyer les noms agissent en tout pour la Cour, les uns en procurant des élections favorables dans leurs terres, les autres en ajoutant à ce service leurs suffrages dans la Chambre haute. On demande à V. Maj le secret sur cette recommendation" (Aff. étrang.). Demgemäß erging die Ordre des Prätendenten (Macph. II, 383).

4) Aumont schrieb darüber an Torcy (16. Febr. 1713): „Je suis l'émissaire du Cte d'Oxford, et de Mr. Bolingbroke; ce dernier m'a détaché pour aller tâter Myl. Weymouth et je l'ai fait avec succès. Le succès m'enhardit: Deux ministres de la religion m'ont promis

Was sollten Bolingbroke und seine Freunde daraufhin thun. Sie überlegten, daß der Verlauf der Session die Probe abgeben müßte, wohin die Haltung des Großschatzmeisters sie brächte, und darum beschlossen sie, ungeachtet dessen, was vorangegangen war, ihm nochmals Gefolgschaft zu leisten.

Das Parlament war nach elfmaliger, anfangs durch die Verzögerung des Friedensschlusses zuletzt durch Unwohlsein der Königin veranlaßter Vertagung, wie bereits gesagt, am Tage, an dem das Friedensdokument eintraf, mit einer Thronrede, der Swift den letzten Schliff gegeben hatte, feierlichst von der Königin eröffnet worden. Die nach derselben eingereichten Adressen beider Häuser, im Oberhause mit großer Majorität, im Unterhause einstimmig eingebracht, zeigten die Bereitwilligkeit der Nation, den Frieden zu billigen. Der geschäftliche Teil der Session begann mit der Durchnahme der Rechnungsberichte, worauf die Vorlegung des mit Frankreich zu schließenden Handelsvertrages folgte, über welchen in der über die Thronrede erfolgten Kritik ein vorsichtiges Stillschweigen beobachtet worden war. Sie geschah in der Form einer Botschaft der Königin an das Unterhaus, daß, da es die unzweifelhafte Prärogative der Krone sei, Krieg und Frieden zu machen, sie die Verträge über Frieden und Handel mit Frankreich, die auf ihren Befehl gezeichnet wären, ratifiziert habe. Daraufhin wurde mit großer Majorität, nur gegen 180 whiggistische Stimmen eine Adresse eingebracht, den Vertrag einschließlich des 8. und 9. Artikels, die, soweit der Inhalt schon vorher bekannt geworden war, das Bedenken des Handelsstandes am meisten wachgerufen hatten, in Wirksamkeit zu bringen. Bis dahin war alles also gut verlaufen. Es erhob sich aber ein Sturm gegen die Regierung, als das Ministerium eine Bill einbrachte, welche die englische Malztaxe auf ganz Großbritannien ausdehnte und also Schottland zu dieser schweren

le secours de leur parole"; König Ludwig war damit aber nicht einverstanden „Rien n'est plus aisé que de se tromper dans un pays, où les esprits sont aussi divisés" schrieb er an Aumont, 8. März 1713 (Aff. étrang.).

Steuer heranzog [1]). Die Minister beriefen sich dabei auf den Buchstaben der Unionsurkunde, die ausdrücklich besagte, daß Schottland nur so lange davon befreit bleiben sollte, als der Krieg währte, und die Schotten, hieß es in der Begründung der Vorlage, dürften sich um so weniger beschweren, als sie während der Kriegsjahre verschont geblieben wären. Waren nun die Schotten in ihren Meinungen, zu wem sie es in dieser Session halten sollten, geteilt gewesen, viele aber von Bolingbroke für die Regierung gewonnen worden, so machten sie jetzt geschlossen gegen die Regierung Front, indem sie ausführten, wie viel schwerer die Abgabe auf ihnen als auf England lasten würde und wie sie den schottischen Landbau geradezu ruinieren müßte. Der Frieden sei doch auch noch nicht proklamiert, so daß das Land als noch im Kriegszustande befindlich zu betrachten wäre. Die Verlegenheiten der Minister wurden noch dadurch erhöht, daß eine Zahl von Jakobiten, um, wie sie sagten, den Großschatzmeister auf den rechten Weg zu bringen sich unter der Hand mit den Gegnern des Ministeriums verbanden [2]) und Lockhart, ihr Führer im Unterhause, die allgemeine Mißstimmung damit gar im Interesse des Prätendenten auszunutzen suchte, daß er einen Antrag auf Aufhebung der Union einbrachte. Seine Landsleute in beiden Häusern gingen darauf ein, wie ein jeder es thun mußte, meldete ein Berichterstatter [3]), der sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, bei der Rückkehr in seine Heimat gesteinigt zu werden, und eine Deputation schottischer Lords begab sich zur Königin, diese zur Auflösung der Union aufzufordern. Und diese Gelegenheit hat die Whigpartei ausgenutzt, sich die Sympathieen der Schotten zu gewinnen: Die Lords Nottingham, Townshend und Halifax haben sich nicht gescheut, mit den Schotten sich dahin zu einigen, daß, wenn diese ein anderes Mittel vorschlagen könnten, die Succession des hannoverschen Hauses in Schottland zu sichern,

1) Das Folgende nach den Lockhart-Papers I, 414 sq.
2) Macpherson II, 414.
3) Kreienbergs Bericht bei Klopp XIV, 472.

sie ihnen die Hand reichen würden, das größte Werk der Godolphinschen Verwaltung zu zerstören [1]). Nun gestand der Großschatzmeister wohl gesprächsweise ein, daß die Schotten zu sehr belastet wären und Abhilfe geschafft werden müßte [2]), aber wenngleich seine Gegner, um ihm ganz den Boden zu entziehen, verbreiteten, daß die Debatten über die Lösung der Union von ihm in Scene gesetzt seien, weil er Schottland dem Prätendenten zur Verfügung stellen wolle [3]), so ist er doch an der Spitze der Regierungspartei gegen die schottisch-whiggistischen Anträge eingetreten. Als es dann zur Abstimmung kam, fiel die Entscheidung zugunsten der Regierung.

Noch also war der Leitung des Großschatzmeisters nichts weiter vorzuwerfen, als daß die schottischen Stimmen abspenstig gemacht worden waren, und das Geschehene wirkte auf Bolingbroke auch nur dahin, daß es den Wunsch verstärkte, der Großschatzmeister möchte nicht alles allein besorgen wollen und ein festes, ausgesprochenes Regierungsprinzip feststellen. Im übrigen meinte der Staatssekretär, daß der Vorfall sogar zum Vorteil des Ministeriums ausgenützt werden könnte, wenn es den Anlaß zu einer Bill gäbe, welche weitere Versuche, die Union zu lösen als Hochverrat bezeichne und die Regierung den Schotten danach einerseits verständige Nachsicht, aber andererseits auch Festigkeit und Stetigkeit zeige [4]). Der Großschatzmeister schrieb viel der ihn besonders erzürnenden Haltung seines früheren Bundesgenossen Argyle zu, der sich vor anderen in dem Eintreten für Schottlands Selbständigkeit hervorgethan und bis zu persönlichen Angriffen auf die Minister vorgehend, im Parlamente die Äußerung gewagt hatte, das Haus werde eingestehen, daß das Klima schlechte Minister hervorbringe. Er sagte zum französischen Gesandten, das sei ein Mann, der gewonnen oder vernichtet werden müsse [5]).

1) Kreienbergs Bericht bei Klopp XIV, 472.
2) Aumonts Bericht, 10. Juni (Aff. étrang.).
3) Aumont an Torcy, Juni 1713 (ebendas.).
4) Bolingbroke an Shrewsbury, 29. Mai (Bol. Korr. II, 410).
5) Aumonts Bericht, 10. Juni (Aff. étrang.).

Gleich aber darauf wurde das Ministerium gelegentlich nochmaliger Beratungen über den Handelsvertrag, der inzwischen auf Antrag von Lord Somers noch wieder durch Komiteeberatungen gegangen und im einzelnen verändert dem Parlamente vorzulegen war, von einem zweiten und empfindlicheren Schlage getroffen [1]).

Die Absicht, welche die Schöpfer dieses Handelsvertrages verfolgten, war die, von der Überlegung ausgehend, ein wie lohnendes Absatzgebiet der französische Markt den englischen Waren bieten würde, die im Verlaufe des Friedenswerkes begründete politische Freundschaft zwischen England und Frankreich durch die wirtschaftliche Annäherung beider Länder zu befestigen und in diesem Sinne von den bisherigen schutzzöllnerischen Bestrebungen, wie sie im Wesen des damals herrschenden Merkantilsystems lagen, abgehend, einen umfassenden freien Verkehr beider Nationen herzustellen. Zu diesem Zwecke sollte ein Gesetz votiert werden, welches alle seit 1664 erlassenen Verbote französischer Waren aufhob und zugleich verfügte, daß keine französischen Waren bei ihrer Einfuhr in England höhere Abgaben zu zahlen hätten als ähnliche aus anderen Ländern eingeführte, während die Franzosen ihrerseits alle seit 1664 erlassenen Verbote englischer Waren aufheben und den Tarif des genannten Jahres wieder herstellen sollten. Was dabei nun den englischen Handelsstand und seine Vertreter im Parlamente, die Whigpartei, als Anhänger des alten Bilanzsystems erklärlicherweise in Harnisch brachte, das war einmal die Überlegung, daß eine der ersten Wirkungen des neuen Vertrages die Aufhebung des im Jahre 1703 mit Portugal geschlossenen Methuenvertrages sein mußte, der zugunsten des englischen Wollenimports die portugiesischen Weine

1) Das Folgende vorzüglich nach Lecky, „History of England“ I, 142—144. Auch Hewins (S. 129—144) „English Trade and Finance“ ist benutzt. Gedruckt ist der Handelsvertrag bei Dumont. Die Berichte Bonnets, die sonst für Handels- und Finanzfragen eine vorzügliche Quelle sind, sind hier wenig ergiebig.

auf Kosten der französischen bevorzugte, und der portugiesische Verkehr dünkte darum besonders günstig, weil dem Prinzipe des Merkantilismus entsprechend, der größere Teil der Retouren aus Portugal in Silber und Gold bestand; weiter aber die Berechnung, daß die französische Konkurrenz den einheimischen Seiden- und Wollenabsatz zugrunde richten würde. Die hierüber angestellten rein sachlichen, wenn auch von den Whigs im Parteiinteresse noch geschürten Diskussionen, wie sie in eigens zu diesem Zwecke gegründeten Preßorganen zum Ausdruck kamen, hatten zu einem hohen Grade von Erbitterung geführt, und jetzt sollte die Entscheidung also fallen, ob die Regierung, die trotzdem an der Bill festgehalten hatte, stark genug war, den Handelsvertrag im Parlamente endgültig durchzusetzen. Zu zweifeln war daran nicht, so lange die Whigs wie in der Maisitzung auf ihre eigenen Kräfte angewiesen blieben.

Da hat nun der erneute Abfall einer unter Führung Sir Thomas Hanmers stehenden Gruppe von Tories, der sich ebenso wirksam erwies als der der Nottinghamschen Fraktion es gewesen, dem Ministerium eine ebenso unerwartete wie peinliche Niederlage bereitet.

Hanmer, ein Landedelmann von großem Besitze, Vertreter für Suffolk und für kurze Zeit Sprecher im Unterhause gewesen, hatte bis dahin als eine der festesten Stützen der Regierung gegolten [1]). Die Friedensbedingungen hatte er warm verteidigt und seinen Namen zu jener berühmten Denkschrift hergegeben, die im wesentlichen von den Ministern auf Grund amtlichen Materials entworfen und von Swift redigiert, die Anklagen der Whigpartei gegen die Friedenspolitik des Ministeriums in so schlagender Weise zurückgewiesen hatte. Besonders intim hatte er mit dem Herzoge von Ormond verkehrt und als dessen Gast als Augenzeuge im Hauptquartier die Ereignisse vom Juli und August verfolgt. Ging er dann

1) Quelle für das Folgende Bunburys Einleitung zu Hanmers Korrespondenz.

nach Paris, so hieß es, daß Ormond ihn in die jakobitischen Machenschaften eingeweiht habe und er von dem Wunsche geleitet gewesen wäre, die Freunde und die Umgebung des Prätendenten persönlich kennen zu lernen. Aber im Gegenteil war Hanmer als ausgesprochener Hannoveraner zurückgekehrt. War er so weit mit Leib und Seele Tory geblieben, daß er sowohl bereit war mit allen gesetzmäßigen Mitteln die Autorität der Landesinteressen zu heben, als auch als eifriger Kirchenmann die Suprematie der anglikanischen Kirche zu verfechten, so war er vor allem doch Protestant, und von dem Standpunkte aus, daß die Entfremdung Englands von den protestantischen Mächten Europas und der Bund mit dem katholischen Frankreich schlimme Folgen für die protestantische Sache und die protestantische Succession besorgen ließen, mißbilligte er die ministerielle Politik. Und seine Gesinnungsgenossen waren alle die, welche mit ihm ursprünglich dem Oktoberklub angehört, sich aber nach dessen immer weitergreifender Spaltung im Hinblick auf die Succession von den Jakobiten des Klubs gesondert hatten, und seitdem zum Entsetzen der echten Tories, den solch ein Namen ein Widerspruch und ein Greuel dünkte [1]), allgemein als Hannover-Tories bezeichnet wurden [2]). Im Unterhause bestand diese Fraktion nur aus 40—50 Mann, und das wäre für eine wirksame Opposition nicht hinreichend gewesen, aber im Oberhause hatte sich ihr eine stärkere und vornehmere Gefolgschaft angeschlossen: neben Argyle, Anglesey, dem Führer der irischen Tories und anderen weltlichen Lords, fast sämtliche hochkirchliche Prälaten unter der Führung des Erzbischofs von York. Strebte Hanmer nun danach, sich und seinem Anhange im Parlamente eine selbständige Stellung zu begründen, und konnte dies nicht besser geschehen, als wenn er in einer so populären Frage wie der des Handelsvertrages die

1) Onslow Note bei Burnet V, 330.

2) Wer diesen Namen zuerst aufgebracht hat, habe ich nicht finden können; wurden übrigens schon die Mitglieder der Harleyschen fliegenden Schwadron als Hannover-Tories bezeichnet, so haben sie sich als Fraktion und in dieser Form doch erst von jetzt an geltend gemacht.

Entscheidung abgab, so trat er jetzt auf die Seite der Whigs, um die Annahme des Vertrages zu hindern. Als also in die Verhandlung eingetreten wurde, erhob er sich, erklärte offen, daß er früher für das In-Kraft-treten der Artikel 8 und 9 gestimmt habe, daß jedoch die Darlegungen der Sachverständigen ihn nach reiflicher Überlegung eines anderen belehrt hätten und er darum gegen diese Artikel stimmen müsse. Als dann zur Abstimmung geschritten wurde, blieb das Ministerium, da Hanmers ganze Gruppe gegen die Regierung gestimmt hatte, mit 11 Stimmen in der Minorität.

Was halfen demnach die erregten Auseinandersetzungen, die zwischen den Ministern und den abgefallenen Tories stattfanden mehr, als daß der Regierung eine Rückzugslinie geschaffen wurde, die ihr die Aussicht auf späteres Gelingen beließ: Hanmer ließ sich bestimmen, einer Dankesadresse an die Königin zuzustimmen, welche die Königin ersuchte, Kommissare zu ernennen, die über die noch schwebenden Fragen im Handelsvertrage gemeinsam mit französischen Kommissaren beraten sollten [1]). Ein guter Kenner der Handelsverhältnisse bezeichnete diesen Ausweg wohl aber ganz richtig nur als Feuer auf die Asche werfen, und nicht als das Mittel die vorhandenen Schwierigkeiten zu lösen [2]).

Ermutigt durch ihren Erfolg sind die Whigs dann auch noch weiter gegangen und haben nach erregten Debatten den Antrag durchgebracht, den wir als Teil des Halifaxschen Programmes wiedererkennen, daß die Königin ersucht würde, den Herzog von Lothringen baldigst und nachdrücklichst aufzufordern den Prätendenten aus seinem Landesgebiete zu entfernen.

Mit einem ausgesprochenen Siege der Whigs ging somit das Parlament, dessen Sitzungsfrist danach abgelaufen war, auseinander.

Das also war das Resultat der Oxfordschen Zauberpolitik:

1) Aumonts Bericht v. 5. Juli (Aff. étrang.), Bonnets Bericht v. 7. Juli (Geh. Staatsarchiv). Bunbury hat die nach der Abstimmung ergriffenen Maßregeln ganz mißverstanden.

2) Bonnets Bericht v. 7. Juli (Geh. Staatsarchiv).

Ein Ministerium, das in Bolingbrokes Sinne geleitet nur auf seine Verdienste hätte pochen brauchen, um seine Forderungen durchzusetzen, hatte keinen einzigen Erfolg zu erzielen vermocht und die Politik des Großschatzmeisters, die dahin geführt hatte, erschien noch in besonders unvorteilhaftem Lichte dadurch, als sich ihm diesmal ein positiver Anteil an dem Verhängnisse nachweisen ließ. Um sich die Hannover-Tories nicht zu entfremden, was ihn in Bolingbrokes Hände geliefert haben würde, hatte er nämlich vor der Abstimmung über den Handelsvertrag das Gerücht ausstreuen lassen, daß er auf diesen Punkt kein Gewicht lege und damit nach Bolingbrokes Angabe zur Niederlage des Ministeriums beigetragen [1]).

So begreifen wir jetzt, daß die Bolingbrokesche Gruppe nicht mehr zurückgehalten hat, in aller Form einen Systemwechsel zu fordern. Der Sturm entlud sich zunächst in einer Fülle von Vorwürfen: daß der Großschatzmeister nie ganz im Interesse der Kirche wäre, daß er Beziehungen mit der Gegenpartei unterhalte, daß er entweder aus Nachlässigkeit oder seiner Sucht aufzuschieben, oder aus irgendwelcher unheilvollen Absicht die Gelegenheiten, die Kirchenpartei zu stärken, sich entgehen lasse, daß er mehr Geschäfte auf sich nehme, als er durchführen könne, daß er die Macht als sein Monopol betrachte und nichts mit anderen beraten wolle [2]). Laßt das Spiel uns aus den Händen gerissen werden, klagte Bolingbroke an Prior, nachdem er ihm auseinandergesetzt hatte, wie nicht die Übermacht der Opposition, sondern das Vorgehen des Großschatzmeisters an allem Schuld sei, so werde ich das ertragen können. Aber wie Kinder damit spielen, bis es aus den Fingern gleitet und Gauner nur stehen zu bleiben haben, um es aufzulesen, diese Überlegung macht einen Mann von Verstand rasen, und sich darüber nicht erzürnen heißt kein Gefühl haben [3]).

1) Bolingbroke an Strafford, 20. Juni 1713, Bol. Korr. II, 425; Wentworth Papers p. 338.

2) Swift's Behaviour of the Queens last ministry, Works V, 271.

3) Bolingbroke an Prior, 25. Juli 1713 (Bol. Korr. II, 435).

Dann aber ist Bolingbroke mit einem eigenen scharf ausgeprägten Parteiprogramme hervorgetreten. Versuchen wir dasselbe in dem großen Zusammenhange der Entwickelung des englischen Parteilebens zu fassen.

Das Bestreben des Großschatzmeisters, wie wir es ursprünglich kennzeichneten und wie es trotz der jetzt rein torystischen Zusammensetzung des Kabinetts in seiner Haltung noch immer hervortrat, den Eifer des Parteigeistes durch ein nicht durch Vertrauensausschüsse der parlamentarischen Mehrheit gelenktes, sondern über den Fraktionen stehendes Ministerium in Schranken zu halten, war im Grunde doch nichts anderes als ein Zurückgreifen auf König Wilhelms Vermittelungstheorie, die ebenfalls einer Vergewaltigung der Minorität durch Kabinette der parlamentarischen Mehrheit entgegentretend, bemüht gewesen war, die Verwaltung in der Weise der ehemaligen Regierung durch den Geheimen Rat mit gemischten aus Whigs und Tories zusammengesetzten Ministerien zu führen. Der Zug der Zeit war aber, seitdem die Revolution wohl noch die Krone als höchste Spitze auf staatlichem und kirchlichem Gebiete belassen, aber sowohl in allen Finanzfragen als in der Verwaltung des Staates nach innen und außen die wahrhaft königliche Macht dem Parlamente übertragen hatte, ein anderer [1]). Er führte, wie schon Sunderland meinte, als er König Wilhelm auseinandersetzte, daß von einer aus den Führern der parlamentarischen Mehrheit und Minderheit gemischten Regierungskommission nicht die Rede sein könne, auf Parteiregierungen und eine solche in torystischem Sinne zu begründen, war zunächst Bolingbrokes Plan. War er also auch ohne Programm in das Ministerium eingetreten, so hatte einmal die aus den Folgen der Sacheverellschen Bewegung geschöpfte Erkenntnis, was der geeinte Torysmus vermochte, und dann die Einsicht, daß die Versöhnungsprojekte des Großschatzmeisters, die Ausgleichung des Parteigegensatzes doch nicht zu

1) Noorden, Die parlamentarische Parteiregierung in England. Sybels Historische Zeitschrift 1865. 3. Heft, S. 45 f.

erzielen verständen, in ihm die Überzeugung wachgerufen, daß die Regierung nur dadurch stark bleiben und eine dem Lande gegenüber gesicherte, dem Auslande Achtung gebietende Stellung bewahren würde, wenn sie über den Widerspruch der Minderheit hinwegschreitend, sich auf die im Parlamente vorherrschende Partei stützte. Von diesem Gesichtspunkte aus trat er auf politischem wie auf religiösem Gebiete dem Whiggismus entgegen: auf ersterem, indem er dem whiggistischen Geldinteresse das Landinteresse der Tories entgegenstellte und die torystische Grundlehre verfocht, daß die Landeigentümer die besten Richter für das seien, was dem Königreiche fromme, auf letzterem, indem er der torystischen Orthodoxie Rechnung tragend die kirchlich liberalen Gesinnungen der Whigs bekämpfte und dahin zielte, die Staatskirche durch Ausrottung der von ihr abweichenden Sekten zu stärken. Und galt es ihm nun, eine Regierung auf dieser Basis nicht nur für die Gegenwart zu begründen, sondern um, wie er sagte, die Hauptunternehmer für vorkommende Fälle zu sichern, sie auch für eine lange Zukunft zu erhalten, so sollten Maßregeln getroffen werden, die Torypartei von den Wechselfällen, denen in einer freien Verfassung alle Parteien ausgesetzt sein mußten, zu befreien. Hierin aber lag doch eine Gefahr für die Errungenschaften der Revolution, und wie meinte Bolingbroke sich hierzu zu verhalten? Gelang es ihm schließlich nicht, sein Schema mit den von der Revolution neu in das Staatsleben hineingetragenen Ideeen zu vereinbaren, so war sein weiterer Gedankengang der, daß die Zusammenfassung der Torypartei zugleich den einzigen Weg eröffnete, der unter Umständen auch in gerader Linie zur Reaktion zu führen vermochte. Das alles war es, was er im Auge hatte, wenn er von dem Großschatzmeister eine Veränderung des Regierungsprinzips forderte, und was er meinte, wenn er später als seine Mission die Begründung und Befestigung des Torysmus bezeichnet hat [1]).

Wieweit diese Politik von Anfang an die Succession be-

1) Meine Ansicht über Bolingbrokes Schema gründet sich im wesentlichen auf die folgenden Äußerungen Bolingbrokes zu Ibberville (Kap. XI).

drohte, kommt hier noch in Betracht. Noch war doch immer der Großschatzmeister, da er allein das Vertrauen der Königin besaß, der erste Mann im Staate, so daß es vor anderem sich fragte, wie dieser sich diesem Schema gegenüber verhielt.

Gleich nach Parlamentsschluß fand zwischen Oxford und Bolingbroke ein erregter, uns leider nicht erhaltener Briefwechsel statt [1]). Dann wandten Bolingbroke und seine Freunde sich an Thomas Harley und baten diesen, seinem Bruder geradeheraus zu sagen, daß, wenn er sich nicht an die Spitze der Kirchenpartei stellen wolle, ein anderer es thun müsse [2]). Lord Oxford hat später eben den Tag, an welchem er den Brief an Bolingbroke abgesandt hat, als das Ende seiner Macht bezeichnet [3]), und jetzt mochte er das bereits empfinden. Was aber blieb ihm übrig, als wenigstens vorläufig diesem Drängen nachzugeben?

Er begann damit, daß er zahlreiche Whigs aus einträglichen Ämtern, die sie sowohl in der Militär- wie Zivilverwaltung noch immer innehatten, entfernte und eine Reihe von Neubesetzungen durchweg zugunsten der Torypartei vornahm, wobei er Bolingbrokes Angaben folgte, indem er den Earl of Mar zum Staatssekretär von Schottland ernannte und Bolingbrokes Freunden Wyndham und Atterbury, in dem Kanzleramte des Schatzamtes und dem Bistum von Westminster hervorragende Stellen einräumte. Dann ist er von Ormond unterstützt mit Sir Th. Hanmer in Verbindung getreten und hat, um für die kommende Session die Hannover-Tories der Regierung geneigt zu machen, ihn eindringlich ersucht, die Würde des Sprechers zu übernehmen [4]), dabei allerdings auch wieder

---

1) Citiert in Oxfords am 19. Juni 1714 an die Königin eingereichten „Account of the State of public affairs“; gedruckt bei Cobbett, Parl. History VI, Anhang.

2) An account of the Earl of Oxford by his brother (Landsdowne, Mss. 885 Br. Mus.).

3) Oxford an Swift, 27. Juli 1714 (Swift's Works XVI, 161).

4) Die Korrespondenz bei Bunbury, The correspondence of Sir Th. Hanmer (1838), p. 143—147.

im Auge behaltend, daß diese Gruppe dazu dienen könnte, den Bolingbrokeschen Bestrebungen im Parlamente die Wage zu halten. Mehr aber wie alles dieses kam das Bolingbroke zustatten, daß die Wahlen zum neuen Parlamente, die inzwischen eröffnet worden waren, trotz der Unpopularität des Handelsvertrages und der antipapistischen Stimmung die Stellung der Parteien ganz unwesentlich nur veränderten. Zahlenmäßig war die Majorität wohl nicht ganz so groß wie im letzten Parlamente, aber sie war, wie Lockhart versicherte, in sich geschlossener und thatenlustiger wie je.

Und hatte der Großschatzmeister bis dahin soweit noch immer auf seine Sache vertraut, als er sich auf die Stütze verließ, die ihm die Krone bot, so machte sich jetzt auch am Hofe eine veränderte, von Bolingbroke inspirierte Strömung bemerkbar. Wie einst bei Harleys Emporkommen so hatte auch hier die Masham eine Rolle gespielt [1]). Bolingbroke hatte als Staatssekretär schon lange bei der Königin Eingang gehabt, aber da diese ihm seines, wie man ihr hinterbracht hatte, lockeren Lebenswandels wegen wenig wohl wollte, so hatten sich die Zusammenkünfte auf die Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten beschränkt. Darum hatte er seit geraumer Zeit vorgearbeitet, sich die Masham zu gewinnen, um durch ihren Einfluß die Abneigung der Königin zu überwinden und war ein erster Versuch, der Masham finanzielle Vorteile durch seine Kanadaexpedition zu verschaffen mißglückt, so hatte er bald einen anderen Weg ausfindig gemacht. Er hatte ihr einmal einen Anteil am Ertrage des assiento gesichert und dazu ihr noch eine große Summe versprochen, welche aus der Abänderung dreier Artikel des in Utrecht abgeschlossenen spanischen Handelsvertrages erzielt werden sollte. Um die Unterschrift der Königin zu erlangen, war die Zeit ausgenutzt worden, wo der Großschatzmeister der Hochzeits-

---

1) Für das Folgende: An account of the Earl of Oxford (Landsdowne Mss. Br. Mus.); Harleys Angaben werden durch spätere Berichte Bothmars aus London vollkommen bestätigt.

feierlichkeiten seines Sohnes wegen mehrere Tage von Windsor abwesend war. Es war damals, wie wir aus authentischer Quelle erfahren, nur das Dazwischentreten Lord Trevors, das den Großschatzmeister, der nach seiner Rückkehr den Zusammenhang sofort durchschaute, abhielt, seinem ersten Impulse zu folgen und sofort sein Amt niederzulegen. Nach ruhigerer Überlegung meinte dieser dann selbst, daß es besser sei, seinen Feinden das Spiel nicht so leicht zu machen, sondern sich zu stellen, als ob er ihre Absicht, ihn zur Demission veranlassen zu wollen, nicht merkte, um sie näher herankommen zu lassen, als sie es beabsichtigten [1]).

Das war die Lage der Dinge um Weihnachten 1713 herum, als der ministerielle Zwist durch eine unerwartete Erkrankung der Königin unterbrochen wurde. Waren seit der Zeit des Ministerwechsels schon mehrmals beunruhigende Gerüchte über das Befinden der Monarchin verbreitet worden, und hatte besonders das Unwohlsein der Königin im Frühjahr 1713, welches zur Verzögerung der Parlamentseröffnung Anlaß gab, viel von sich reden machen, so hatte die Königin sich doch schnell wieder erholt und jeder, der sie sah, lobte ihr gutes und frisches Aussehen. Sagte sie doch nach ihrem letzten Anfalle selbst zum Herzoge von Aumont, daß, wenn gleich sie noch nicht gehen könne, sie sich lange nicht so wohl gefühlt habe [2]), und hielt dieser Zustand so lange an, daß Gaultier Ende September nach Paris meldete, die Königin habe sich nie besser befunden und werde, wenn sie sich noch lange einer so guten Gesundheit erfreue, die Whigs an Verzweiflung und Wut zum Sterben bringen [3]). Kurz nach dem Weihnachtsfeste wurde nun die Königin von einem neuen Anfalle ergriffen, wie er in ähnlicher Stärke noch nie aufgetreten war, und der auch der begleitenden Symptome wegen zu ernstesten Besorgnissen Anlaß gab. Gleich groß war die Erregung der Whigs

1) History of the White Staff p. 35.

2) Aumont an Ludwig XIV., 28. März 1713 (Aff. étrang.).

3) Gaultiers Bericht, 28. September 1713 (Aff. étrang.).

und die Bestürzung bei Hofe [1]). Von whiggistischer Seite wurden sofort Versammlungen zusammenberufen, — vor Whartons Hause, sagt Swift, war ein fortdauerndes Kommen und Gehen zu beobachten, — und es fehlte nicht an offenen Freudenkundgebungen. Bei Hofe, wo man den Verlauf der Krankheit in fieberhafter Unruhe verfolgte, war alles in Verwirrung und das Entsetzen auf aller Gesichter. An den Großschatzmeister, der in London weilte, wurde sofort ein Bote entsandt, über den Zustand der Königin zu berichten, aber als dieser, der, um die Bevölkerung zu beruhigen, noch am nächsten Tage sich auf den Straßen Londons zeigte, in Windsor eintraf, war die schlimmste Gefahr bereits vorüber. Da sagte er zu Swift: „Wenn der Königin irgendetwas zustößt, so ist es mit dem Witze dieser Leute zu Ende, aber sie sind so gedankenlos, daß, sobald es wieder gut geht, sie so handeln, als wäre sie unsterblich.“ Ganz richtig schreibt Swift, er habe genügend Grund gehabt, diese Bemerkung auf den Großschatzmeister selbst anzuwenden [2]).

Und unmittelbar nach dieser Krankheit ist es nun gewesen, daß auch bei der Königin der Entschluß von einem gemäßigten Schema sich loszusagen und auf die Hoffnung einer Aussöhnung der Parteien zu verzichten, zum Durchbruch gekommen ist. Nachdem Bolingbroke ihr das Treiben der Whigs während ihrer Krankheit in lebhaften Farben vorgestellt und auch durch aufgefangene Briefe zu beweisen verstanden hatte, wie diese ungeduldig auf ihren Tod warteten, um Staat und Kirche zu schädigen [3]), entschied sie mit der ganzen Energie, die noch in dem gebrochenen Körper innewohnte, daß keine Rücksichten mehr zu nehmen seien und die Maßregeln befolgt werden sollten, die ihr zur Sicherung beider von den Ministern vorgelegt werden würden.

1) Swift's Behaviour of the Queen's last ministry. Works V, 289.

2) Ebendas. S. 289.

3) Iberville an Ludwig XIV., 5. Februar 1714 (Aff. étrang.).

War damit aber Lord Oxfords Rolle ausgespielt? Das hing davon ab, ob der Großschatzmeister, da er im Amte blieb, sich jetzt entschied, da die Königin es wünschte, mit seinen Prinzipien brechend, Bolingbrokes Banner vielleicht so lange in die Hand zu nehmen, bis sich ihm eine Gelegenheit bot, die Monarchin von der Gefährlichkeit der veränderten Politik zu überzeugen, oder ob, falls er doch in sein früheres System zurückfiel, Bolingbroke die Mittel fand, sich seines Rivalen zu entledigen.

Swift nahm eine dritte Möglichkeit an: „Ich gestehe", schreibt er, „vollkommen überzeugt gewesen zu sein, daß dieser Zwischenfall die Minister vollkommen versöhnen und sie in der Ausführung eines gemeinsamen Planes einigen würde" [1]). Damit bewies er aber nur, daß er die Tiefe des zwischen den beiden Staatsmännern entstandenen Gegensatzes noch wenig durchschaute, und daß es ihm entgangen war, wie dieser sich über das Persönliche hinaus zu einem Konflikte zweier nicht miteinander zu vereinbarenden Systeme auszubilden begann.

1) Works V, 290.

Elftes Kapitel.

Weiterer Gang der Thronfolgefrage bis zum April 1714: Jakobitische Restaurationsbestrebungen der Minister.

Swift hat uns eine Äußerung eines whiggistischen Parlamentariers überliefert, der zu einer Zeit, wo die Erinnerung an die ungeheure Erregung der letzten Regierungsjahre Königin Annas verblaßt sein mochte, ihm gesagt hat: „Ihr habt die Kirche und Sacheverell gegen uns ins Feld geführt, wir den Handel und den Prätendenten gegen Euch" [1]).

Man könnte diese Worte deuten, als seien die Whigs von der Wahrscheinlichkeit einer jakobitischen Restauration nie eigentlich ernstlich überzeugt gewesen, und als wären ihre in so mannigfacher Form geäußerten Besorgnisse vorzüglich ein taktisches Mittel gewesen, ihre Opposition wirksamer zu machen. Wir versichern dem gegenüber ausdrücklich, daß, wenn die Whigs sich auch in vielen von ihrer Parteileidenschaft blenden ließen, der Verdacht, den sie bezüglich der Succession kundgaben, zum mindesten jetzt von ihrem Standpunkte aus als durchaus berechtigt bezeichnet werden muß. Das hat auch die Stellungnahme derer unter ihnen veranlaßt, die den Frieden an und für sich nicht mehr als ein Übel betrachteten, sondern wie selbst Lord Somers ihn als der Nation wohl erträglich und daher auch der Succession nicht gefährlich zu bezeichnen begannen [2]).

---

1) Works V, 303.

2) Bothmar an den Kurfürsten, 5. April 1712. (Hannov. Staats-

Worauf sich die Whigs dabei vornehmlich beriefen, das war neben dem, was Grote nach Hannover gemeldet hatte, die immer schärfer hervortretende Stimmung der maßgebenden Persönlichkeiten bei Hofe und im Ministerium. So entging es ihnen nicht, daß die Königin nach wie vor dem Prätendenten günstiger gestimmt war als dem hannoverschen Hause, und sie hielten es darum nicht für unmöglich, daß sie ihren Bruder binnen kurzem zu sich berufen werde. Daß sie auch die Haltung des Großschatzmeisters richtig beurteilten, indem sie ihn wohl nicht für einen Anhänger der stuartschen Dynastie hielten, aber besorgten, daß er sich durch Rücksichten auf die Königin leiten lassen würde, haben wir bereits bemerkt. Ob Lord Bolingbroke Jakobit war, muß sich für uns erst noch herausstellen. Sie durften ihn trotz der zu Grote geäußerten Freundlichkeiten für einen solchen halten, da er nicht nur bald darauf den Gesandten mit wenig schmeichelhaften Worten bezeichnet und seinem Grolle über die Haltung des hannoverschen Hofes offen Ausdruck geliehen hatte [1]), sondern weil er auch stets mit Jakobiten und Franzosen verkehrte. Sie wollten auch wissen, daß ihm in Paris förmlich der Vorschlag gemacht worden sei, für den Prätendenten zu arbeiten, und daß, als er sich entschuldigt hätte, nicht darüber unterhandeln zu können, die französischen Minister deutlich erklärt hätten, sie hätten aus dem Verhalten des englischen Hofes nichts anderes schließen können, als daß die Erhebung des Prinzen von Wales dessen Absicht sein müsse, indem man sonst nicht ersehen könnte, was die Beschlüsse der Minister bedeuteten. Dazu paßte das Verhalten des französischen Gesandten in London vollkommen, der eigenst aus Paris Porträts des Prätendenten mitgebracht hatte, um sie in London zu verteilen [2]). Welche Schlüsse dann

---

archiv.) Somers bat allerdings den Gesandten die übrigen Lords nicht wissen zu lassen, daß er in diesem Punkte anderer Ansicht sei.

1) Grote schreibt: „Quelque fois il me fait l'honneur de me traîter dans le temps de coquin ou de fou .... Il n'a pu s'empêcher de parler de cette manière devant la Piloti.“ (Hannov. Staatsarch.)

2) Grote an den Kurfürsten, 27. Januar/7. Februar 1713 (ebendas.).

gemacht wurden, als dieser vor allen anderen Vertretern der auswärtigen Mächte wiederholt von der Königin und den Ministern besonders ausgezeichnet wurde, liegt auf der Hand.

So begreifen wir, warum die Whigs über das im Hause von Halifax verabredete Programm hinauszugehen wünschten und als einzig wirksames Mittel, um gegen die Intriguen der Minister anzukämpfen noch wieder die Herüberkunft des Kurfürsten oder eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses bezeichneten. Als Anlaß, diese vor kurzem erst abgeschlagene Bitte von neuem vorzutragen, bot sich ihnen die bei der Eröffnung der Session im Parlamente gehaltene Rede der Königin, die aller drohenden Symptome zum Trotze die vollkommene Freundschaft, die zwischen ihr und dem hannoverschen Hause bestehe, ausdrücklich betont hatte. Gerade jene schönen Komplimente, ließen die Whigs sagen, sollten den Kurfürsten ermutigen, die Reise zu billigen, denn sie böten als natürlichsten Vorwand den Wunsch, der Königin persönlich zu danken, und es sei doch nicht mehr als billig, die Heuchelei der Königin und des Großschatzmeisters mit gleicher Münze zu bezahlen. Ein ausführliches Schreiben des für die Berichterstattung aus England geworbenen holländischen Residenten L'Hermitage — der Gesandte Grote war im März an der Schwindsucht gestorben — unterstützte das whiggistische Gesuch: Auf jeden Fall biete sich hier die schönste Gelegenheit von der Welt, Lord Oxford in seinen eigenen Schlingen zu fangen. Sie scheine wie von der Vorsehung gegeben. Um Gottes willen möge man sie nicht vernachlässigen, denn hernach auf sie zurückkommen zu wollen, dürfte zu spät sein. Bedürfe es nun, berichtete er im Namen

---

Fehlerhaft und irreleitend sind die Auszüge, welche Schaumann (S. 76) aus diesem Berichte giebt. Daß man Bolingbroke „urkundliche Beweise" vorgelegt habe, daß Königin Anna und deren Regierung dem ganzen Plane günstig sei, hat Grote gar nicht geschrieben. Schaumanns Arbeit ist für die von uns behandelte Periode überhaupt unbrauchbar, weil die Aufträge von Bothmar, Grote, Schütz bunt durcheinander geworfen werden. Auf seine mangelhafte Chronologie ist auch schon von anderen hingewiesen worden.

der Whigs, weder einer Einladung des Parlamentes, welche bei der üblen Zusammensetzung des jetzigen nicht zu erwarten stehe, noch der Erlaubnis der Königin, die, wenn verlangt, sicherlich nicht gewährt werden würde, so wünschten die Freunde der Thronfolge, daß der Kurfürst den Prinzen sofort herübersenden möge, damit er noch während der gegenwärtigen Session einträfe und im Oberhause seinen Sitz nähme, nicht um dort mit den Whigs und gegen den Hof zu stimmen, sondern um Besitz zu ergreifen von dem, was ihm gebühre, und die Nation von der Falschheit des Gerüchtes zu überzeugen, daß der Kurfürst der englischen Krone gleichgültig gegenüber stehe [1]). Mit gesteigerter Erregung war ein späterer Bericht des hannoverschen Vertreters Kreienberg abgefaßt: „Es giebt hier eine große Anzahl von Leuten, die zur Zeit von den besten Absichten beseelt sind. Wäre aber der Prätendent einmal hier, so würden sie nach meiner Ansicht nicht bloß sich ruhig unterwerfen, sondern auch etwa wie folgt reden: Wie! Soll ich mich und meine Familie zugrunde richten und einen Bürgerkrieg anzetteln helfen, dessen Ausgang ungewiß ist? Nein, lieber unterwerfe ich mich. Man könne darauf antworten, daß Leute, die so redeten, nicht verdienten, gerettet zu werden, oder nur, daß man sich für sie bemühe, allein man dürfe nicht verlangen, daß die Menge aus Catonen bestehe: das sei niemals und bei keiner Nation so gewesen" [2]).

Man hat in Windsor nie erfahren, wie nahe damals die Whigs der Erfüllung ihres Wunsches gekommen sind. Es handelte sich, wie Bothmar, der sich vom Haag aus der Angelegenheit warm annahm, schrieb, nur darum noch, daß der in Hannover maßgebende Minister von Bernstorff, der für den Plan gewonnen war, die notwendigen Schritte bei dem Kurfürsten that. So unzeitig wie möglich wurde aber Bernstorff krank; als er genesen war, ergab es sich, daß ein „Übelgesinnter" die Zeit ausgenützt hatte, um den Kurfürsten gegen

1) Macpherson II, 489—492.

2) Kreienbergs Bericht, 16./27. Juni bei Klopp XIV, 473—476.

das Projekt einzunehmen, so daß Bernstorff, zumal zu viel Zeit verflossen war, um noch den Vorwand anwendbar zu machen, den die Whigs für die Reise des Prinzen angegeben hatten, es nicht für geeignet hielt, die Angelegenheit dem Fürsten vorzulegen [1]).

Nicht aber darum waren die Whigs verlegen, die Notwendigkeit der Reise noch in anderer Form zu begründen: der Kurprinz müsse kommen, führten sie aus, weil jetzt alles von dem Resultate der bevorstehenden Wahlen abhänge. Die bloße Anwesenheit des Prinzen würde aber auf die Wahlen einen mächtigen Einfluß haben und viele gewinnen, welche zur Zeit dem Hofe nur darum folgten, weil sie an dem Thronfolger keine Stütze hätten und in der irrigen Meinung befangen wären, daß der Kurfürst sich um England nicht kümmere. Alle diese Besorgnisse würden schwinden, jedermann werde dem Prinzen anhängig sein wollen, und dadurch würde ein gutes Parlament erzielt werden. In diesem könnte dann der Kurprinz entscheiden, was er für gut befände, sowohl betreffs der Thronfolge als der europäischen Angelegenheiten. Käme gleichwohl der Kurprinz nicht, so erbäten sie zum mindesten eine Geldsumme für die Wahlen [2]). Geschähe nun weder das eine noch das andere, schreibt Kreienberg, so weiß ich in Wahrheit nicht, was aus unserer Succession hier werden soll." Ich gehe weiter und stelle es anheim, ob in solchem Falle Seine Kurfürstliche Hoheit daheim in seinem Kurfürstentum sicher sein wird, und ob nicht der König von Frankreich und der Prinz von Wales auf dem englischen Throne trachten werden, den Kurfürsten auf einen solchen Stand hinabzubringen, daß sie von ihm nichts mehr zu fürchten haben." Die Whigs erbaten, daß, wenn der Kurfürst keinen ihrer Vorschläge genehmigte, er selbst einen anderen ihm geeignet erscheinenden machen sollte [3]).

1) Bothmar an Kreienberg. Haag, 4. Juli 1713. (Hannov. Staatsarchiv, holländische Akten.)

2) Macpherson II, 491. 492.

3) Kreienbergs Bericht bei Klopp XIV, 474. 475.

Und darauf traf nun ein Reskript des Kurfürsten ein, welches seinen Standpunkt in der Thronfolgefrage den Whigs nochmals klarlegte und sie darauf hinwies, wie er zwar nicht direkt für die Succession zu wirken imstande sei, indirekt doch aber beständig für dieselbe arbeite. Er legte dabei den Schwerpunkt auf die Fortdauer des Krieges zwischen Frankreich und dem Kaiser, auf die er hingearbeitet hatte und an dem er als Reichsfürst teilnahm; denn dieser Krieg, hieß es, setze den König von Frankreich außer Stande, den Prätendenten mit einer Armee nach England zu senden, und es sei nicht anzunehmen, daß der Prätendent es ohne eine französische Armee wagen würde, weil er ja durch die Gesetze geächtet sei und die Nation wider sich habe. Da aber dieser Krieg, mit dem er „den Wohlgesinnten in England" also den größten Dienst erweise, einen großen Aufwand erfordere, so könne er nicht das für die Wahlen verlangte Geld hergeben. Was die Reise des Prinzen betraf, so führte er drei Gründe gegen dieselbe an. Einmal mangle, weil eine geheime Überkunft nicht möglich sei, die Gewißheit einer sicheren Fahrt. Weiter hätten die Minister es in ihrer Macht, ihm Hindernisse in den Weg zu legen oder nach der Ankunft ihm Kränkungen zu bereiten. Endlich sei der Kurfürst seit zwei Jahren mit irrtümlichen Nachrichten über den Zustand der Königin so oft getäuscht worden, daß er nichts anderes als annehmen könne, ihr Tod stehe noch lange nicht in Aussicht. Auf eine so unbestimmte Erwartung hin dürfe er nicht seinen einzigen Sohn und die Hoffnung seines Hauses wagen [1]). Das erste gegen die Reise angeführte Bedenken ergänzte noch ein Schreiben Bothmars, der im Haag Erkundigungen eingezogen hatte, dahin, daß, wenn selbst der Kurfürst seine Erlaubnis gäbe, die Lässigkeit der Generalstaaten ein unüberwindliches Hindernis bleiben würde. Und auf dänischen Beistand, auf welchen die Whigs auch einmal hingewiesen hatten, könne man darum nicht

1) Reskript des Kurfürsten an Kreienberg und L'Hermitage, 4. Juli 1713. Macpherson II, 497—498.

rechnen, weil man nicht wisse, ob der dänische Hof das Geheimnis wahren werde und ob er ohne die Generalstaaten sich in ein solches Unternehmen einlassen könne und wolle [1]).

Das Drängen der Whigs erzielte in Hannover aber auch eine positive Wirkung: es bestimmte den Kurfürsten an Stelle des verstorbenen Gesandten von Grote einen neuen Vertreter seines Hauses nach London zu senden, den er aber diesmal nicht wie Grote auf den Rat der Whigpartei anwies, sondern eben weil die Erregung der Whigs ihm zur Genüge bekannt geworden war, von Haus aus genau über seine Absichten instruierte. Die Schritte, die der junge Freiherr von Schütz, ein Neffe des Ministers von Bernstorff, im Interesse der Succession zu thun hatte, bestanden darin, auf die Groteschen Forderungen zurückzukommen und nochmals in dringender Form sowohl die weitere Entfernung des Prätendenten, als die Dotation der Kurfürstin, wie sie nach englischem Gebrauche für die Thronerbin gefordert werden dürfte, zu verlangen, hierüber auch, wie die Kurfürstin in ihrer Instruktion hinzufügte, sich mit den Whiglords zu beraten, da die Eingabe von Schütz für die Freunde des Hauses das Signal sein sollte, die entsprechenden Adressen im Parlamente an die Königin einzureichen. Den Kernpunkt seiner Instruktion bildete aber eine eingehende und nach dem, was vorausgegangen war, doppelt wichtige Erörterung, mit welchen Gründen der Gesandte ein abermaliges Gesuch nach der Überkunft eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses nach England abzuweisen habe. Ein Souverain, heißt es, dürfe sein eigenes Land nicht ohne dringende Notwendigkeit verlassen, und die Anwesenheit des Kurfürsten daheim sei um so mehr geboten, als noch der Reichskrieg und der Nordische Krieg in unmittelbarer Nähe fortdauerten. Dann sei im Auge zu behalten, welchen Verdacht und Verdruß eine solche Reise bei der Königin erregen würde, so daß, wenn man dieser gegenüber nicht zum Äußersten schreiten wolle, die Reise weder ge-

1) Bothmars Berichte aus dem Haag, 4., 18. Juli, 1. August 1713. (Hannov. Staatsarchiv.)

recht noch zweckmäßig sei, vielmehr weil doch die Königin nichts gegen die Thronfolge gethan und die Neigung ihrer Unterthanen für sich habe, eher Nachteil als Vorteil bringen werde. Aus diesen Gründen könne er für seine Person nicht kommen. Aber auch seinen Sohn dürfe er nicht senden, liest man weiter, und hier ist die Motivierung besonders bemerkenswert, weil sie eine Kundgebung des Fürsten bringt, sich in einer Frage, wo es sich nicht mehr um die auswärtige Politik, sondern um die Succession selbst handelte, nicht mit den Whigs nur identifizieren zu wollen. Gäbe er die Reise zu, hieß es nämlich, so würden die der Thronfolge des hannoverschen Hauses wohlgesinnten Tories das als die Ausführung eines Planes betrachten, den Whigs ein Haupt zu geben und sie zum Nachteile der Tories wieder in die Ämter einzusetzen. Das kurfürstliche Haus würde also die Zuneigung der gemäßigten Tories verlieren, und dieser Verlust würde sehr empfindlich sein, weil, so lange die Tories im Ansehen wären und die Königin für sie sei, man nicht eine whiggistische Majorität im Parlament erwarten dürfe. Daher bedürfe das kurfürstliche Haus aller seiner Freunde, welcher Partei sie immer angehörten, und als der sicherste Weg, die Thronfolge aufrecht zu erhalten, erscheine die Einigung der gemäßigten Tories mit der Whigpartei und die Trennung jener von den jakobitischen Tories. Dahin sollte der Gesandte wirken und in diesem Sinne darzuthun suchen, daß man in Hannover nicht wisse, was Whig und was Tory sei, und daß man nur zwei Parteien kenne, nämlich diejenige des kurfürstlichen Hauses und diejenige des Prätendenten, so daß der Kurfürst als seine Freunde alle ansehe, welche für seine Succession seien, ohne um ihre sonstige Parteistellung sich zu kümmern [1]).

---

1) Im übrigen enthielt die Instruktion nur bereits früher angeführte Argumente. Gedruckt sind die wesentlichen Teile dieser Instruktion bei Klopp XIV, 492—495. Im Inhalt ziemlich gleichlautend ist noch ein anderes von Robethons Hand geschriebenes Aktenstück „Raisons pour ne pas envoyer le Prince Electoral en Angleterre“. Janvier 1714 in „Zeitschrift des Hist. Vereins für Niedersachsen“ 1883. S. 40—44.

Die Instruktion der Kurfürstin war daneben so weit noch von selbständigem Interesse, als sie auf die konfessionellen Schwierigkeiten anspielte, die der Succession entgegenstanden. Grotes Warnungen Gehör gebend [1]), beauftragte sie den Gesandten der anglikanischen Geistlichkeit näher zu treten und, weil einige sich beklagten, daß dieser Hof zu sehr eine Körperschaft vernachlässige, welche auf die Succession einen so großen Einfluß haben könnte, zu versichern, daß die kurfürstliche Familie, wenn die Succession ihr eröffnet sei, es sich angelegen sein lassen werde, den anglikanischen Klerus in allen seinen Privilegien zu erhalten. Man könnte ihnen dazu beibringen, daß die kirchliche Verfassung bei den Evangelischen keineswegs presbyterianisch sei, sondern daß sie ihre Superintendenten hätten, deren Funktionen gleichsam dieselben wären, wie die der Bischöfe und anderes hinzufügen, um die Geistlichkeit zu beruhigen [2]). Im Zusammenhange mit der Glaubensfrage kam die Kurfürstin, wie der Kurfürst es bereits im Frühjahr gethan, auch darauf zu sprechen, wie der Gefahr, die aus einem Glaubenswechsel des Prätendenten für die Thronfolge zu besorgen wäre, entgegenzutreten sei. Würden die Minister daraufhin eine Akte einbringen, welche die Succession in gerader Linie und ohne Unterbrechung als Gesetz hinstellte, so solle Schütz die notwendigen Einwände machen, und könne man die Akte nicht verhindern, sich bemühen, eine Klausel zugunsten des hannoverschen Hauses einzufügen [3]).

Was war wohl aber den Whigs, so bereitwillig sie auch waren mit den Hannover-Tories zusammenzugehen und zu deren Gunsten auf Ämter und Würden zu verzichten, auf die

1) Vgl. S. 174.

2) Vgl. Pauli, „Konfessionelle Bedenken bei der Thronbesteigung des Hauses Hannover in England" in „Aufsätze zur englischen Geschichte". Neue Folge, S. 381. Die auch zum Teil von P. citierte Stelle befindet sich also in dem Mémoire von Schütz, und nicht, wie P. schreibt, in dem Grotes.

3) Mémoire de Son Altesse Electorale l'Electrice pour le baron de Schütz, 28. August 1713. (Hannov. Staatsarchiv.)

Länge der Zeit mit den Aufträgen von Schütz gedient? Ihre Stimmen nahmen jetzt einen drohenden Ton an: Wenn die Dinge in dieser Weise fortgingen, sagte General Stanhope, so werde der Kurfürst nicht zur Krone gelangen, er käme denn mit einer Armee, und tröstete man sie, daß, wenn die Königin stürbe, der Kurfürst seine Schuldigkeit thun würde, so lautete die Antwort, daß man sich dann nicht um einen Führer sorgte, aber wer sollte an ihre Spitze treten, wenn, so lange die Königin noch lebe, von Frankreich aus ein Angriff ausgeführt würde? So kamen sie immer wieder darauf zurück, daß die Succession nur durch die zeitige Anwesenheit eines Mitgliedes der hannoverschen Familie gerettet werden könnte [1]) und reichten, als Schütz ihnen seine Gegengründe kundgab, eine Schrift ein, welche alle jene Bedenken als nicht zutreffend zu widerlegen suchte [2]). Der Gesandte konnte ihnen nicht Unrecht geben und befand sich wie seine Vorgänger bald so ganz in ihrem Fahrwasser, daß er die Bitten der Whigs seiner Instruktion ungeachtet seinerseits auch unterstützte. Was sollte man in Hannover darauf noch antworten?

Robethon, der von anderen zu den Gegnern der Überkunft zählte, legte jetzt einen Plan vor, wie wenigstens in Schottland, wo die Thronfolge naturgemäß am gefährdetsten war, dem Stuarthause entgegengetreten werden könne, wobei er auf einen Gedanken zurückgriff, der ihm von einem gewissen Ridpath, der als Agent der in Schottland der protestantischen Succession ergebenen Partei galt, eingegeben war: Wie sich nach dem Mordanfall auf König Wilhelm im März 1696 Vereine gebildet hätten, deren Mitglieder sich verpflichteten, ihren König mit Leib und Gut zu verteidigen, so sollte jetzt sich eine nationale Association behufs Abwehr des Prätendenten und Erhebung des Kurfürsten, von Schottland aus, bilden. Die nationale Kirche von Schottland sollte vorangehen und

1) Berichte von Schütz bei Macpherson II, passim; Schütz an Bothmar, 29. Dezember/9. Januar 1713/14 in „Zeitschr. des Histor. V. für Niedersachsen“ 1883. S. 36—40.

2) „Zeitschr. des Histor. V. für Niedersachsen“ 1883. S. 44—46.

die Städte, Flecken und Korporationen Schottlands sollten folgen. Dem presbyterianischen Klerus, der durch seine Eidverweigerung in den Verdacht des Jakobitismus gekommen wäre, würde dies den Vorteil bieten, sich vor aller Welt reinigen und beweisen zu können, daß er nur, um nicht die kirchliche Verfassung zu schädigen, nicht den Eid geleistet hätte. Dazu sollte den Schotten zu erkennen gegeben werden, daß die Association es sich zur Aufgabe machen würde, den Beschwerden Schottlands abzuhelfen und sogar, wenn möglich, Hand an die Lösung der Union zu legen, denn das Wesen der Association würde zur Genüge ersehen lassen, daß ein solcher Schritt nichts mit der Absicht, den Prätendenten zu rufen, zu thun habe [1]). Zur Ausführung kam dieser Plan aber nicht, da selbst die wohlgesinnten schottischen Lords ihn in mancher Beziehung als ungesetzlich und überdies nicht als zweckmäßig erachteten, weil die Presbyterianer ohnedem für die protestantische Succession seien und man sich vor dem Widerstande der durchweg jakobitischen Kirche von England, welche sich den jakobitischen Schotten anschließen würde, hüten müsse [2]).

Nach alledem meinte man in Hannover aber auch die Reise nicht rundweg mehr abschlagen zu können, sondern eine Frist angeben zu sollen, bis zu der man sich die Entscheidung vorbehalten wolle. So hieß es auf Bothmars Rat [3]), daß der Kurfürst nicht mehr abgeneigt sei, den Kurprinzen zu senden, aber daß erst der Abschluß des Krieges zwischen Frankreich und dem Kaiser abgewartet werden müsse [4]).

Inzwischen waren jedoch die Whigs, nachdem sie während der Krankheitszeit der Königin, als ihre Erregung den höchsten Grad erreichte, ihrerseits nochmals ihren alten Ruf nach Hannover vergeblich gerichtet hatten, zu einem neuen Entschlusse gekommen. Als letztes Zufluchtsmittel nahmen sie den Ge-

1) Copie de ma lettre à Mr. de Bothmar, 17. Oktober 1713. „Zeitschr. des Histor. Vereins für Niedersachsen“ 1883. S. 21—24.

2) Schütz an Robethon, 8. Dezember 1713. Macph. II, 517—518.

3) Bothmar an Robethon, 30. Dez. 1713. Stowe Mss. Br. Mus.

4) Ders. an dens., 2. Jan. 1714 (ebendas.).

danken auf, den sie schon im Januar 1712 [1]) nach Nottinghams Siege einmal gefaßt, aber infolge der Ungunst der parlamentarischen Verhältnisse später hatten fallen lassen müssen: den Kurfürsten durch das Parlament einzuladen und wandten sich zu diesem Zwecke, ganz im Sinne der Schützschen Instruktion, an die hannoversche Gruppe [2]). Da weigerte sich aber diese, auf ein ähnliches Vorhaben einzugehen. Sicherlich noch in der Besorgnis befangen, die ihr der Kurfürst untergelegt hatte [3]), erwiderte sie, wozu man etwas vorschlagen solle, was sich von selbst verstehe, da der Kurprinz als englischer Pair stets kommen könne; warum auch der Kurfürst sich nicht ausspreche, wenn er die Succession in Gefahr glaube, und seinen Sohn sende, und erhielten sie überdies gerade in diesen Tagen die Kunde, daß von ministerieller Seite eine neue Mission nach Hannover beordert werden würde, so setzten sie auseinander, daß es besser sein würde, erst das Resultat eben dieser Mission abzuwarten. Die Whigpartei erklärte sich damit einverstanden und einigte sich endlich dahin, in dem bevorstehenden Parlamente fürs erste in keiner Sache die Initiative zu ergreifen. Damit wollten sie zugleich den Hannover-Tories zeigen, daß sie bisher nicht aus einem Geiste der Faktion gehandelt hätten, und nicht für sich den Ruhm erzwingen wollten, die Succession gesichert zu haben, sondern daß sie bereitwillig alle Ehre und alles Verdienst den Tories überlassen wollten, mit dem Versprechen, ihrerseits jene zu unterstützen, wann und wie es von ihnen verlangt würde [4]).

Und dieser zuletzt aus der Haltung des hannoverschen Hofes resultierende Entschluß, nach mehrmonatlichem stürmischem Anlaufe sich doch nun mit einer matten Defensivstellung zu begnügen,

---

1) Bothmar an den Kurfürsten, 27. Januar 1712 (Hannov. Staatsarchiv).

2) Die folgende Darstellung auf Grund der Berichte von Schütz im März 1714. Macph. II, 571—579.

3) Daß der Kurfürst, nach London gekommen, sich an die Spitze der Whigpartei stellen werde. Vgl. S. 229.

4) Macph. II, 571—577.

gab der whiggistischen Politik bis auf weiteres die Richtung. Man sieht: war inzwischen etwa vonseiten der Regierung thatsächlich eine Entscheidung zugunsten des Prätendenten gefallen, so lag whiggistischerseits den Ministern kein Hindernis im Wege.

Es berührt nun eigentümlich, wenn man aus dem whiggistischen Lager heraus die Blicke in das jakobitische lenkt, dort nach Friedensschluß zunächst dieselbe Erregung und dieselbe Ungewißheit zu finden. Einmal unter den jakobitischen Mitgliedern des Parlaments, welche den Frieden doch nur im Hinblick auf die Sache des Prätendenten gefördert hatten und jetzt vergeblich von dem Großschatzmeister den Beweis forderten, daß die Versprechen, die er an den Frieden geknüpft hatte, aufrichtig gemeint waren; aber auch der Prätendent selbst, der allein nur die Jakobiten zu bestimmen vermochte, anstatt ihrem Grolle Ausdruck zu geben, nach wie vor im Parlamente mit der Regierung zu gehen, hatte sich die hoffnungsfreudige Stimmung, in der wir ihn im April 1713 verließen, nicht lange bewahrt. Auch er, der seinen Anhang vorläufig damit vertröstete, daß er, falls die Königin stürbe, sofort nach Schottland kommen würde [1]), war im Grunde nicht klüger als seine Freunde in England. Wohl war Gaultier, das Organ des Großschatzmeisters nach Abschluß der Verhandlungen nach Frankreich gekommen, um die Abtei, die er als Lohn seiner Mühen erhalten hatte, zu besichtigen, und der Prätendent hatte ihn persönlich sprechen können. Was er überbrachte, waren aber nichts als leere Worte über die Absicht der Minister, jetzt, wo der Friede geschlossen sei, auf seine Restauration hinzuarbeiten, die nach den Eröffnungen im März, doppelt enttäuschten, und forschte der Prätendent, was die Minister im Todesfalle zu thun gedächten, so erklärte Gaultier über diesen fundamentalen Punkt gar nicht unterrichtet zu sein [2]). Und der Prinz wußte auch noch weiter nichts, als der Herbst herankam, da, weil Gaultier in Frankreich sich aufhielt, die Verbindung mit dem

1) Macph. II, 409.

2) Berwick an den Prätendenten, 12., 23. Mai 1713. Mahon I, 387. 388.

Ministerium überhaupt ins Stocken geraten war. Da also die immer dringender in den Vordergrund tretende Frage, welche Maßregeln, wenn die Königin starb, zu ergreifen waren, unbeantwortet blieb, anderseits aber die Kunde aus London kam, daß die Minister sich im Parlamente dazu hatten drängen lassen, die Verstoßung des Prätendenten zu fordern, wandte der Prätendent sich wieder an seine Freunde in Paris, um von ihnen in seiner Notlage abermals Beistand zu erbitten. Unausführbar war, was Berwick ihm in voller Unkenntnis der englischen Verhältnisse vorschlug, daß er sich heimlich und allein zu seiner Schwester begeben sollte, welche dann, wie er annahm, am ersten Tage des neuen Parlaments vor dasselbe treten, dort das unbestreitbare Recht ihres Bruders darlegen und ihren Entschluß aussprechen würde, ihm zurückzugeben, was ihm nach göttlichem und menschlichem Rechte gebühre [1]). Von wirklichem Nutzen aber wurde ihm die Unterstützung Torcys, der, da er sich im Verkehr mit den englischen Ministern nicht mehr durch Rücksichten auf das Friedenswerk leiten zu lassen brauchte, entschiedener als zuvor für den Prätendenten einzutreten vermochte. Es braucht kaum wohl versichert zu werden, daß unter den obwaltenden Verhältnissen von einer Unterstützung des Prätendenten durch Waffengewalt, wie die Whigs sie besorgt hatten, in keiner Weise in Marly die Rede sein konnte. König Ludwig hatte gewiß ungern den Prätendenten aus Frankreich scheiden sehen und mit väterlicher Herzlichkeit von ihm Abschied genommen [2]), aber was sollte er für ihn thun, so lange der Boden in England selbst, nicht für das Stuartsche Haus zur Genüge vorbereitet war? Auf eine Rücksprache mit Torcy erklärte er daher im Todesfalle der Königin, falls der Prätendent sich noch in derselben Ungewißheit befände, nicht mehr für ihn thun zu können, als zwei armierte Fregatten im Havre bereit zu halten, wohin sich der Prinz in tiefstem Geheimnis und ohne sich Paris oder dem Hofe zu nähern,

1) Berwick an den Prätendenten, 18. August 1713. Mahon I, 389.
2) Das Schreiben König Ludwigs ist im Anhange gedruckt.

zu begeben hätte [1]). Was seine augenblickliche Lage betraf, so wollte er seine Stimme nur dann erheben, wenn, was nach den Berichten aus England nicht unwahrscheinlich erschien, der Prätendent gezwungen werden würde, Lothringen zu verlassen, um, auf die Gnade seiner Feinde angewiesen, hilflos in der Welt umherzuirren. Das würde er, der den Prinzen von seiner Geburt an als seinen nächsten Verwandten anerkannt hätte, nicht dulden, und Torcy erhielt den Auftrag, darüber nach London zu schreiben [2]). Im übrigen als Beweis, wie fest der König entschlossen war, sich an die Verträge zu halten, wurde der neu nach England gehende Gesandte Ibberville ausdrücklich angewiesen, in allem, was auf das Interesse des Königs von England Bezug habe, sich sehr reserviert zu halten und keinen Schritt zu machen, um in einem so delikaten Punkte in das Vertrauen gezogen zu werden [3]).

So meinte Torcy nun seinen persönlichen Einfluß auf die Minister geltend machen zu sollen, und um dem Drängen des Prätendenten Nachdruck zu verleihen, seinerseits auch die Minister zu entschiedener Aussprache zu veranlassen. Vertröstete er also den Prätendenten, der ihm wieder einmal geklagt hatte, daß er nicht wisse, was er von dem Großschatzmeister denken solle — wenn seine Absichten gut seien, so sei er sicherlich sehr geschickt, da nichts in der Welt mehr den Anschein erwecke, daß man sich über ihn lustig mache, als das Verhalten dieses Mannes [4]) — damit, daß er ihm erwiderte, Gaultier kenne die Notwendigkeit, Lord Oxford über die im Todesfalle zu ergreifenden Schritte zur Aussprache zu bringen und habe nur den rechten Augenblick noch nicht gefunden; im übrigen thäte der Großschatzmeister ja auch nichts Schlechtes, und wer immer vorwärts gehe ohne zurückzuweichen, komme an, auch wenn er

1) Torcy an Jakob III., 21. November 1713 (Aff. étrang.), vgl. Edinburg-Rev. Oktober 1835. S. 33.

2) Torcy an Gaultier, 25. November 1713. (Aff. étrang.)

3) Mémoire pour servir d'Instruction au Sr. d'Ibberville, à Fontainebleau, 26. September 1713. (Ebendas.)

4) Jakob III. an Torcy, 1. November 1713. (Ebendas.)

sich nur wie eine Schildkröte vorwärts bewege [1]), so entschied sich Torcy doch, zumal auf das Gerücht hin, daß der hannoversche Kurprinz in London eintreffen werde, wodurch der Prätendent in gesteigerte Erregung versetzt worden war, gleichzeitig in dem genannten Sinne zu handeln. Er beabsichtigte zuerst, wie Berwick es vorschlug, sich direkt an den Großschatzmeister zu wenden und nahm davon nur Abstand, weil er meinte, sich Gaultier gegenüber energischer ausdrücken zu können und der Großschatzmeister sein Schreiben auch so lesen würde [2]). So gab er also in einem an Gaultier gerichteten, aber für Lord Oxford bestimmten Briefe folgende Schilderung der Lage des Prätendenten: Von der einen Seite sage man ihm nichts, lasse ihn in vollkommener Unwissenheit, dränge ihn mittellos und in der schlechtesten Jahreszeit seinen Aufenthaltsort zu verlassen, um sich in die Gefahren, die seine Feinde ihm erwecken würden, hineinzugeben, und sich an einem Orte festzusetzen, wo ihm jedes Hilfsmittel und jegliche Sicherheit für seine Person mangeln würden. Von der anderen Seite versicherten ihm Leute, die sich seiner Sache mit Eifer hingäben, daß, wenn er sich ihnen anvertraute, er dem hannoverschen Prinzen zuvorkommen würde, aber daß, wenn er sich zuvorkommen ließe, alles für immer verloren wäre. Gaultier wisse nun, daß der Prätendent überzeugt sei, kein Zustand könne für ihn schlimmer sein als der augenblickliche, und daß sein Mut ihn zu allem treiben würde, sobald ihn der Rat und das Interesse seiner Freunde nicht mehr zurückhielten. Habe der Prinz sich also auch bisher zur Geduld ermahnen lassen, so fange er an, derselben überdrüssig zu werden und verlange aus den angegebenen Gründen eine bestimmte Antwort. „Laßt mich daher ohne Umschweife wissen", lautete Gaultiers Auftrag, „welchen Entschluß er fassen soll, und seid versichert, schloß Torcy mit wohlbeabsichtigter Drohung, daß es mich schmerzen würde, wenn unsere Freunde sich zuvorkommen ließen und

1) Torcy an Jakob III., 7. November 1713. (Ebendas.)

2) Torcy an Jakob III., 11. Dezember 1713. (Ebendas.)

eifrigere das Verdienst eines Werkes gewännen, das, wie ich hoffe, denen zu danken sein wird, welchen ich alles Gute und Ehrenwerte wünsche" [1]).

Und hier ist nun der Augenblick gekommen, wo wir auf die Absichten des englischen Ministeriums zurückgreifend, thatsächlich das Bestreben der Minister nachweisen können, dem Sehnen des Prätendenten, den Thron seiner Väter zu besteigen, zu entsprechen und die stuartsche Succession im Ernste vorzubereiten. Nur aber ist diese entscheidende Wendung weniger dem Drängen des Prinzen und seiner Freunde, oder der vorhin geschilderten Haltung der Whigpartei zuzuschreiben, als der eben um diese Zeit erfolgenden Krankheit der Königin, welche dadurch vornehmlich, daß sie, wie wir ausführten, Bolingbroke zum Siege verhalf, auch in der Successionsfrage eine ganz neue und merkwürdige Phase eröffnete. Mag es bei der Bedeutung, welche der Haltung Bolingbrokes somit beigemessen werden muß, erlaubt sein, hier erst kurz zusammenfassend über dessen bisherige Stellung zur Thronfolge zu berichten.

Lernten wir den Staatssekretär als Anhänger des hannoverschen Hauses kennen — Marlborough hat ihn dann dem Kurfürsten noch besonders empfohlen [2]) —, so glauben wir, daß sich bei ihm damit der Gedanke zu regen begann, die Möglichkeit einer anderen Thronfolgeordnung ins Auge zu fassen, daß er das wachsende Einverständnis des Kurfürsten mit der Whigpartei bemerkte und dabei sich fragte, was aus ihm und seiner politischen Laufbahn werden sollte, wenn dieser Fürst den englischen Thron bestieg. Tritt doch aus seiner Korrespondenz mehrmals deutlich hervor, mit welchen Gefühlen er das Vorgehen des Thronfolgers beobachtete, so wenn er seinem Freunde Strafford klagte, wie der Kurfürst sich zum Haupte

1) Torcy an Gaultier, 11. Dezember 1713. (Ebendas.)

2) Er sagte im Haag: „On fera bien à Hannover de le ménager." Robethons Bericht, 21. März 1711, bei Klopp XIV, Anlage I (S. 672).

einer Partei gemacht habe [1]), und auch die bedenklichen Worte, die er an Thomas Harley niederschrieb: Ich kann nicht umhin, es auszusprechen, daß wir mit dem Hannover entweder besser oder schlechter stehen müssen als jetzt [2]), lassen sich sehr wohl auf diesen Gedankengang zurückführen. Und zu dem hannoverschen Gesandten von Bothmar selbst, auf den er übrigens einen besonderen Groll hatte — er bezeichnete ihn als den eingefleischtesten Parteimann [3]) —, hat er einmal gerade heraus gesagt: Man müsse nicht glauben, daß nur gewisse Leute der protestantischen Succession ergeben, die übrigen aber als Feinde zu betrachten seien, denn auf diese Weise würde man sie zwingen, Feinde zu werden [4]). Daß er sich dann gleichzeitig auch mit der Überlegung beschäftigte, was er nach dem Tode der Königin anfangen sollte, entnehmen wir einer anderen Äußerung zu Bothmar, die durch die folgende Darstellung in das richtige Licht gestellt werden wird: Er wisse, in welcher Gefahr er seinerseits im verflossenen Winter (1711/12) gewesen wäre, dessen ungeachtet aber habe er seinen Weg verfolgt, um der Königin treulich zu dienen, nach deren Ableben er sich zurückzuziehen und sich weiter um keine Dienste zu bekümmern gedächte [5]). So erklärt es sich weiter, daß, als er nun gelegentlich seiner französischen Mission mit Torcy über den Aufenthalt des Prätendenten zu verhandeln hatte, er diese Gelegenheit ergriff, für den Prätendenten eine unverhohlene Sympathie zu erkennen zu geben. Nicht daß er, wie gesagt worden ist, über eine mögliche Restauration der

1) St. John an Stafford, 7./18. März 1712. (Bol. Korr. I, 428.)

2) Ders. an Harley, 23. Juli / 3. August 1712. (Bol. Korr. I, 604.)

3) Bolingbroke schrieb über ihn an d'Allais, daß „notwithstanding that air of coldness and of caution which he ware, he was the most inveterate Partyman that I ever saw, and the most capable of giving taîte baissée into the most extravagant measures that faction could propose“. Rec. off. Regencies 10.

4) Bothmar an den Kurfürsten, 26. April 1712. (Hannov. Staatsarchiv.)

5) Ibidem.

Stuarts gesprochen [1]), oder gar, wie jakobitische Späher fälschlich berichtet haben, mit dem Prätendenten eine Unterredung gehabt hat, aber er sagte doch, daß ein Augenblick eintreten könnte, wo die Gutgesinnten in England wünschen würden, den Prinzen nicht zu weit vom Hause zu wissen, und daß der Kurfürst von Hannover mit all seinen Machenschaften sehr wohl eines Tages die Geschäfte eines anderen verrichten könnte, als welchen er ohne Scheu den Prätendenten nannte [2]). Nach seiner Rückkehr aus Paris erfolgte sogar ein Schritt, der, wie Gaultier schrieb, dem Wunsche Bolingbrokes entsprungen wäre, jetzt die Sache des Prätendenten im Ernste in die Hand zu nehmen. Bolingbroke wünschte, wie es hieß, um Maßregeln für ihn ergreifen zu können, zu wissen, welche unter den Whigs vor etwa $1\frac{1}{2}$ Jahren dem Prinzen ihre Dienste angeboten hätten, wenn er sich ganz auf sie verlassen und ihren Ratschlägen folgen würde [3]). Aber hier sind wir in Verlegenheit, ob wir, wie sehr auch der Umstand, daß Bolingbroke gerade um diese Zeit mit dem Großschatzmeister in offenem Zwiste stand, für die Wahrheit von Gaultiers Worten zu sprechen scheint, diesen Schritt wirklich in der genannten Weise deuten dürfen. Konnte Bolingbroke eigentlich, wenn er nur das Interesse des Prätendenten im Auge hatte, gerade auf diesen Punkt ein besonderes Gewicht legen und konnte er über-

---

1) Weber S. 316.

2) Memorandum du Marquis de Torcy à Paris, 19. August 1712. (Aff. étrang.) Weber übersetzt (S. 313): letzterer Fürst könne einmal damit die Geschäfte eines anderen verrichten, den er nicht nennen wolle; der französische Text lautet aber: „Que ce prince par ces différents manèges pourrait bien un jour faire les affaires de quelqu'un qui était ici: il ne feignit *pas* ensuite de nommer le Chevalier de St. George." Die Anekdote, daß Bolingbroke im Jahre 1711 ein im Auftrage des Prätendenten an ihn gerichtetes Schreiben, das Gaultier ihm vorgelegt haben soll, zurückgewiesen habe, wie Bolingbroke selbst es später dem Grafen Marchmont erzählte (Marchmont Papers II, 241) wird weder durch die stuartsche Korrespondenz noch durch Gaultiers Berichte bestätigt und ist darum entschieden zu verwerfen.

3) Gaultiers Bericht, 12. Oktober 1712. Stanhope, S. 537.

haupt sich einreden, daß er imstande sein würde, selbständig für die Succession der Stuarts zu wirken, so lange seine Stellung bei Hofe so wenig befestigt war, wie es damals der Fall gewesen ist? Die Antwort des Prätendenten hat uns einen anderen Weg gewiesen. Er war über Bolingbrokes Stellungnahme hocherfreut: Nach allem, was er von ihm höre, schrieb er an Gaultier, sei es ein Mann von großen Verdiensten und der selbst alles um ihn verdienen könne. „Thut er es, so wird er mich so finden, wie er es inbezug auf seine Person nur wünschen kann [1]). Sein Bescheid auf Bolingbrokes Anfrage lautete, daß, seitdem seine Korrespondenz mit Marlborough aufgehört habe, was über zwei Jahre her sei, er mit keinem Whig, aber auch mit keinem Tory einen Verkehr gehabt habe, von dem Torcy nichts wisse, und daß er versichern könne, seit Empfang der ersten Nachrichten vonseiten des gegenwärtigen Ministeriums keinerlei Schritte gethan zu haben. Allerdings habe Marlborough im letzten Winter einige leere Komplimente geschickt, aber er habe sie so wenig beachtet, daß er gar nicht geantwortet habe. Was die Zeitangabe beträfe, indem man 18 oder 20 Monate nenne, so müßte notwendig ein falscher Bericht oder irgendeine Entdeckung des Verhaltens von Marlborough vorliegen" [2]). Bedenken wir jetzt, daß Bolingbroke lange im Verdacht eines Einverständnisses mit Marlborough gestanden hat, daß der Feldherr zur großen Verlegenheit des Ministeriums bis dahin in London geblieben war, aber kurz darauf seine Abreise nach dem Kontinent antreten mußte, liegt da nicht die Annahme nahe, daß Bolingbroke, dem in Paris über Marlboroughs Treiben Andeutungen gemacht sein werden, um jeden Verdacht zu vernichten und der Regierung einen Dienst zu erweisen, dem Großschatzmeister dieses Dokument in die Hände geben wollte, um gegen Marlborough mit Nachdruck vorgehen zu können? [3]) Erfolgte doch nach Marlboroughs Abreise that-

1) Le roi d'Angleterre à l'Abbé Gaultier, 21. Oktober 1712. (Aff. étrang.)

2) Jacques III. an Torcy, 21. Oktober 1712. (Aff. étrang.)

3) Diese Auslegung würde mit der auf Macph. II, 285 fußenden

sächlich eine Aussöhnung der Minister, während fürs erste nichts von einer weiteren Verbindung Bolingbrokes mit dem Prätendenten verlautet. Dann aber wohl sehen wir Bolingbroke von dem Zeitpunkte an, wo er sich zu selbständigem Handeln emporzuraffen beginnt, ohne Zweifel sich den Jakobiten nähern und sich unter ihnen bald eine solche Stellung verschaffen, daß diese seine Aufrichtigkeit gar nicht in Frage stellten und ihn geradezu im Gegensatze zu dem Großschatzmeister als ihren Führer bezeichneten [1]). Und besaß er thatsächlich in Hannover nicht die geringste Fühlung, so hören wir ihn anderseits Gaultier gegenüber klagen, daß sein Wunsch, für den Prätendenten zu arbeiten, an dem Mangel an Diskretion der Stuartschen Familie ein Hindernis fände [2]).

So weit, was wir bis zur Erkrankung der Königin über Bolingbrokes jakobitische Gesinnung wissen, was auch also dem Großschatzmeister bekannt war und nun dessen Haltung in folgendem Zusammenhange entschieden hat: Daß ihm nicht der Prätendent ernstlich am Herzen lag, haben wir stets betont, aber bemerkt, daß, so lange die Königin nicht ganz die Sache ihres Bruders aufgab, auch der Großschatzmeister mit der Möglichkeit einer Restauration zu rechnen hatte. Königin Anna hatte nun wohl in einer Unterredung mit Buckingham geäußert, daß sie nicht sehe, wie sie das, was sie selbst herbeigeführt habe, ungeschehen machen könne [3]) und danach mit Lord Cowper darüber gesprochen, wie man erzähle, daß sie gegen das hannoversche Haus sei, für das sie so viel gethan hätte [4]); aber Buckingham gegenüber hatte sie doch, wie wir wissen,

Darstellung Klopps (XIV, 410), wonach Torcy bereits Schriftstücke ausgehändigt hätte, die sich auf das Friedensanerbieten Marlboroughs im Jahre 1708 bezogen, nicht zu vereinbaren sein; daß Torcy das aber wirklich gethan hätte, ist aus den französischen Akten keineswegs ersichtlich. Die gravierenden Schreiben Marlboroughs, welche die französische Regierung in Händen hatte, werden im Anhange gegeben.

1) Lockhart Papers I, 412.

2) Gaultiers Bericht, 26. April 1713. (Aff. étrang.)

3) Macph. II, 329.

4) Cowper's Diary, 29. April 1713. S. 57. (Br. Mus.)

deutlich genug zu erkennen gegeben, daß sie im letzten Grunde die Succession ihres Bruders der hannoverschen vorziehen würde. Seitdem war ihre Mißstimmung gegen das kurfürstliche Haus keineswegs gemildert, und in der Weise hatte sie ihr Ausdruck gegeben, daß, wenn Freunde des kurfürstlichen Hofes das Gespräch auf die Thronfolge zu bringen suchten, sie stets eine Auskunft verweigerte [1]). Argyle nur, der so weit ging, ihr nicht allein wiederholt seine Besorgnisse betreffs des Prätendenten auszudrücken, sondern gar hinzuzufügen, daß er Personen in ihrer nächsten Umgebung im Verdacht habe, erhielt einmal ein ironisches Lächeln und dann die Worte zur Antwort, wie man wohl so etwas denken könne [2]). Selbst aber einen positiven Beweis ihrer Sympathie für den Prätendenten hatte sie gegeben: Es war mit ihrem Einverständnisse geschehen, daß auf die Anfrage des französischen Hofes betreffs des künftigen Aufenthalts des Prinzen der Bescheid abging, der Prinz möge in Lothringen verbleiben. Sie hatte mit Bolingbroke darüber beraten, der zugleich angab, in welcher Form der Herzog von Lothringen sich dem offiziellen Gesuche der englischen Regierung nach Entfernung des Prätendenten entziehen könnte [3]). Kam dazu nach ihrer Erkrankung noch ihre Erregung über das Treiben der Whigs, insbesondere über deren Absicht, den hannoverschen Prinzen nach London zu

1) Bericht von Schütz über Unterredungen von Plessen mit der Königin: Macph. II, 505; über die Unterredung mit Argyle II, 511.

2) Bericht von Schütz, 13. Oktober 1713. Macph. II, 507.

3) „Suivant le sentiment de la Reine et de Mr. de Bolingbroke notre ami restera tant qu'il voudra en Lorraine." (Reçu avec la lettre de Mr. Gaultier du 7.) Der Herzog von Lothringen solle antworten, quand on le pressera: „qu'il a reçu dans ses Etats ce prince du consentement de toute l'Europe, et en particulier de l'Angleterre, qu'il lui a promis qu'il resterait à Bar tant qu'il plairait à la Providence . . . et qu'en un mot n'ayant de loix à recevoir de personne, étant souverain chez lui, il ne l'en chassera absolument point; voilà de quelle manière Mr. de Lorraine doit répondre sans se soucier des menaces des Anglais. Voilà ce qui m'a été dit de la part de la Reine . . . ." Gaultier an Torcy, 14. Dezember 1713. (Aff. étrang.)

laden, so war ihre Abneigung gegen das hannoversche Haus derart gesteigert, daß jetzt Lord Oxford sich sagen mußte: Verstand er es nicht, dieser Stimmung der Herrscherin Rechnung zu tragen, so war hier für Bolingbroke der Weg geöffnet, sich vollends des Vertrauens der Königin zu bemächtigen. So verstehen wir Bolingbrokes Einfluß auf den Gang der Thronfolgefrage und erklären zugleich, daß nicht, wie man annehmen möchte, von ihm, sondern, wie wir sehen werden, von dem Großschatzmeister selbst die von uns bezeichnete Wendung in derselben eingeleitet worden ist.

Es ist damals viel darüber abgehandelt worden, in welcher Weise es den Ministern überhaupt möglich war, den Prätendenten den bestehenden Gesetzen zum Trotze zurückzuberufen. Die einen meinten, daß man französische Hilfe und Waffengewalt in Anspruch nehmen wollte, und daß Hamilton, wäre er nach Paris gekommen, die in französischem Solde befindlichen irischen Regimenter für den Prätendenten gesichert haben würde[1]), andere, daß man den parlamentarischen Weg ergreifen würde, und daß es in der Absicht der Königin lag, eine Akte durchbringen zu lassen, die sie ermächtigte, ihren Nachfolger zu sich zu laden[2]). Es kann demgegenüber nicht oft genug wiederholt werden, daß von einer Überkunft des Prinzen zu Lebzeiten der Königin nicht die Rede gewesen ist und unter keinen Umständen die Rede sein konnte. Vergessen wir doch nicht, daß das Hauptinteresse der Königin immer das blieb, ruhig zu regieren und in Frieden ihr Leben zu beschließen, daß aber jeder Versuch, den Prätendenten zu berufen, den Kampf, dem sie kaum erst ein Ende gemacht, von neuem entfacht und bis an die Thore ihres Palastes gebracht haben würde. Es war darum nicht falsch, wenn Lord Oxford zu Cowper sagte, daß die Königin sich eher zurückziehen würde — Cowper verstand, zugunsten des hannoverschen Hauses — als das Gelingen des

1) Coxe: „Essay on the Succession“, Klopp XIV, 411; Macph. II, 388.

2) Aumont an Ludwig XIV, 2. März 1713. (Aff. étrang.)

Prätendenten zu riskieren [1]). Worum es sich also allein handeln konnte, und was jetzt ins Auge gefaßt worden ist, das war nur, den Prätendenten in irgendeiner Form zur Nachfolge zu befähigen, und, da bis hierher die Religion das unüberwindliche Hindernis gebildet hatte, zunächst dieses Hindernis zu beseitigen. Gewiß war es dem Prätendenten bereits bekannt gemacht worden, daß die Minister den Glaubenswechsel als seiner Sache vor allem förderlich betrachteten, aber ohne daß er darauf eingegangen wäre, hatten sie doch über die Möglichkeit seiner Nachfolge mit ihm weiter unterhandelt. Jetzt aber stellte der Großschatzmeister als Antwort auf die Anfragen von Marly und Luneville den Religionswechsel nicht nur kurz und bündig als Bedingung auf, sondern bemühte sich, mit steigender Ungeduld den Prinzen zu bewegen, so bald wie möglich das Verlangen des Ministeriums zu erfüllen. Vor der Erkrankung der Königin hatte er auf Gaultiers Mahnen nichts weiter zu erwidern gehabt, als daß der Prätendent, um den Vorwürfen des hannoverschen Gesandten und dem Drängen des Parlaments zuvorzukommen, Lothringen verlassen und umherreisen solle, daß es im übrigen für ihn aber nötig wäre, daß die Königin noch mehrere Jahre lebe, denn wenn sie augenblicklich und plötzlich stürbe, würden alle, die ihr dienten, verloren sein, und der Prätendent nicht besser daran sein; in diesem Falle hätte er also keinen Rat zu geben [2]). Jetzt ließ er sich Gaultier kommen und diktierte ihm eine Folge von Briefen, welche, wie es nun einmal seine Art war, hier und da einer doppelten Auslegung Raum gaben, aber über seine eigentlichen Absichten doch kaum einen Zweifel ließen [3]). Als These stellte er, wie gesagt, auf, daß der Prinz,

1) Cowper's Diary, p. 54, 15. März 1713. (Br. Mus.)

2) Gaultier an Torcy, 14. Dezember 1713. (Aff. étrang.)

3) Auszüge aus der Korrespondenz Gaultiers, wie auch Ibbervilles (Januar bis August 1714) giebt Grimblot in einer ganz in Vergessenheit geratenen Publikation „Documents inédits sur l'histoire d'Angleterre: Intrigues jacobites à l'avènement de la Maison de Hannover". (Revue Nouvelle T. III, Paris 1845.) Diese Auszüge genügen indessen

welcher den englischen Thron besteigen wolle, dem anglikanischen Glaubensbekenntnisse angehören müsse und daß darum der Prätendent diesem Glauben beitreten solle; dem Papste möge er als Entschuldigung anführen, daß er zu diesem Entschlusse gezwungen worden sei, da es sich darum handle, einer großen Familie die Ruhe wiederzugeben, die sie seit 25 Jahren verloren habe, aber daß er im Grunde seines Herzens ihm immer treu bleiben werde. Seine weiteren Verhaltungsmaßregeln waren, daß er nach der Schweiz gehen solle, oder wenn diese Reise zu weit nach Trier oder Koblenz und dann nach Brüssel und Antwerpen, um die Eingabe von Adressen an die Königin zu hindern und um an Orten zu sein, wo Engländer, die sich auf Reisen befänden, ihn unbemerkt sprechen könnten. Wenn er Lothringen verlasse, so solle er verkünden, daß er es nur thue, um dem Zwiste unter seinen Landsleuten, für die er trotz ihrer Entfernung von ihm die zärtlichsten Gefühle habe, Einhalt zu thun, indem er für seine Person sich von jetzt an nur der Vorsehung anvertrauen und alles dem Willen Gottes überlassen werde. Seine Freunde würden das durch die öffentlichen Blätter verbreiten. Im übrigen müsse sein Verhalten dem gleichen, welches sein Onkel Karl II. nach der Schlacht bei Worcester beobachtet hätte: Bei allen Gelegenheiten müsse er die Sitten und Gebräuche der Engländer loben, diejenigen gut empfangen, die ihn unter dem Vorwande einer Reise aufsuchten, der Königin und den Ministern ebenso wenig wie den Feinden der Regierung Anlaß zu Klagen geben, und dem Volke gefallen, indem er dessen Freiheiten und Religion zu ehren verspräche. Im einzelnen fügte er noch hinzu, daß die Absicht der Whigs eine Adresse einzureichen, um den Kurprinzen von Hannover kommen zu lassen, dem Prätendenten nur nützen könne, daß letzterer vor seinem Rivalen stets den Vorzug haben werde, in England geboren zu sein, aber nie

---

auch noch nicht, um uns über die Haltung der englischen Minister aufzuklären. Die Revue ist übrigens früh eingegangen und wird außerhalb der Pariser Nationalbibliothek schwer zu finden sein.

den Versuch machen dürfe, mit Gewalt oder durch Schottland zurückzukommen, sondern daß die Gunst der englischen Nation ihm den Weg zu bahnen hätte. Wohl aber thäte er gut, sich die Schotten warm zu halten und sie ausdrücklich zu beauftragen, wenn im nächsten Parlament von ihm die Rede wäre, energisch seine Interessen zu vertreten, wie er auch die Eidverweigerer auffordern möge, den Eid zu nehmen, damit auch diese imstande wären, im Parlament der Königin zu dienen. Wolle der Prätendent alles das thun, so werde man die nötigen Maßregeln treffen können und Königin Anna auf ihrem Totenbette dasselbe sagen lassen, was der Großschatzmeister Königin Elisabeths diese aussprechen ließ: Er fragte sie, wer ihr Nachfolger sein solle, und sie antwortete mit fester Stimme: „Jakob, König von Schottland." Es sei jetzt in der Hand des Prätendenten, in kurzer Zeit einen großen Weg zu machen [1]). Weitere Schreiben folgten, welche die Forderung des Glaubenswechsels vor anderem wiederholend hinzufügten, daß nicht die Minister allein, sondern auch die übrigen wahren Freunde des Prätendenten sich diesem Verlangen anschlössen. So heiße es vonseiten der protestantischen Jakobiten, auch der Vater des Prätendenten wäre als Prinz ein Ehrenmann gewesen, aber auf dem Throne habe er die Religion in jeder Weise bedroht; es sei also keine Sicherheit vorhanden, bevor nicht der Prätendent übergetreten sei [2]). Dann wurde ihm ein Entwurf zu einer von ihm zu veröffentlichenden Deklaration eingesandt, die besagte, daß er seine Religion ohne Hinblick auf irgendwelchen weltlichen Zweck verlassen habe und daß er auf seine Rechte verzichte, wofern es nicht dem englischen Volke beliebe, ihn zu rufen, daß er auch weder danach trachte, sich zum Herrn von Schottland zu machen, noch überhaupt die Königin, seine Schwester, in ihrer Regierung

---

1) Gaultier an Torcy, 26. Januar; 5. Februar 1714. — Gaultier an den Chevalier, 6. Febr.; 15. Febr. — Gaultier an Torcy, 12. Febr. 1714. (Aff. étrang.)

2) Gaultier an Torcy, 19., 26. Februar 1714. (Aff. étrang, vgl. Rev. nouvelle.)

zu beunruhigen [1]). Und da man wußte, wie groß der Einfluß Torcys auf den Prätendenten war, so suchte man auch durch ihn einen Druck auf den Prinzen auszuüben. Welche Maßregeln er auch ergreifen werde, schrieb ihm Gaultier, wenn die Königin, wie man es besorge, im Frühjahr stürbe, so werde es nicht zu verhindern sein, daß, sobald Sophie Königin geworden, von neuem Krieg an Frankreich erklärt werden würde. Das sagten ihm die Freunde des Chevalier und seien darum der Meinung, daß Torcy aus tausend Gründen keine Zeit verlieren dürfte, den Prätendenten zu veranlassen, dem ihm von allen Seiten erteilten Rate zu folgen. Es sei gut, daß er erfahre, daß die, welche mit ihm weiter unterhandeln wollten, ohne daß er den Glauben wechsle, wer sie auch seien, sich über ihn lustig machten und ihm Dinge versprächen, die sie nicht halten könnten. Diese Leute seien gar im Einverständnisse mit dem hannoverschen Hause und suchten, indem sie ihm das einredeten, ihn zugrunde zu richten [2]). Dazu erging ein Schreiben Gaultiers an den Prätendenten selbst: Habe er über das, was er ihm seit einem Monate im Auftrage des Großschatzmeisters mitgeteilt habe, einen Entschluß gefaßt, so möge er es ihm durch den Agenten le Borgne melden. Dabei möge er bedenken, daß jeder Augenblick kostbar sei und seine Schwester nicht mehr lange leben könne. Folge er den ihm auf Befehl des Großschatzmeisters erteilten Anweisungen, so werde er diesen in die Verpflichtung bringen, ihm zu dienen und die Maske abzunehmen [3]).

Und ebendasselbe hat der Prätendent nun auch vonseiten Bolingbrokes vernommen, der, da der Großschatzmeister die Initiative ergriffen hatte, ihm nur zu folgen brauchte. Hatte Bolingbroke inzwischen aber einen eigenen Faden mit dem

1) Ich entnehme das einem Schreiben des Chevalier an Torcy, 26. Februar 1714. (Aff. étrang.)

2) Gaultier an Torcy, 22. Februar 1714. (Aff. étrang., vgl. Revue nouvelle.)

3) Gaultier an den Prätendenten, 22. Februar 1714. (Aff. étrang., vgl. Revue nouvelle.)

Stuarthofe angeknüpft, so war ihm die Gelegenheit geboten, die Gesichtspunkte, unter denen er sich dem Prätendenten näherte, selbständig zu entwickeln. Oxford hatte nämlich die Unterhandlungen fast immer nur unter seinem Namen und allein durch Gaultier geführt, und einmal wurde sogar der Prätendent ausdrücklich gewarnt, den Namen Bolingbrokes in seinen Briefen zu erwähnen [1]). Anderseits hatte aber der Prätendent den Wunsch ausgesprochen, auch den Gesandten Ibberville eingeweiht zu wissen [2]), und da Ibberville sich nicht das rechte Vertrauen des Großschatzmeisters zu erringen wußte, so hatte der Gesandte sich Bolingbroke angeschlossen. Er hatte, um sich über Bolingbrokes Gesinnung zu vergewissern, damit begonnen, einer Anweisung König Ludwigs folgend, ihm ein Schreiben des Königs vorzulesen, in welchem dieser die Gefahren auseinandersetzte, die den Ministern, falls sie sich nicht zu rechter Zeit zu sichern verständen, drohen würden, und war durch Bolingbrokes Miene ermutigt worden, manches andere über die Lage des Prätendenten hinzuzufügen [3]). Seitdem war

1) „Ne faites jamais mention de Mr. Bolingbroke dans les lettres que je ferai lire à Mr. d'Oléron." Gaultier an den Chevalier, 6. Februar 1714. (Aff. étrang.)

2) „Le Chevalier continue de souhaiter comme un bien pour lui que vous puissiez entrer dans la confiance du Trésorier." Torcy an Ibberville, 12. Januar 1714. Aber das gelang Ibberville nicht. „Man müßte, um den Augenblick zu treffen, wo er sein Herz eröffne", „boire avec lui les soirs ou l'attendre au retour des soupers, qu'il fait en ville et dont il revient quelquesfois un peu gai, en un mot être avec lui dans un air de domesticité auquel l'Abbé Gaultier est accoutumé et qui ne conviendrait pas à l'envoyé dn Roi". Ibberville an Torcy, 22. Februar 1714. (Aff. étrang.)

3) Ibberville an Ludwig XIV., 5. Februar 1714. (Aff. étrang., ein Auszug in der Revue nouvelle.) Das Schreiben des Königs ist vom 28. Januar 1714. „Tous deux doivent être également sensibles à l'intérêt que je prends à ce qui les regarde, ainsi mon intention est que vous les assuriez l'un et l'autre et que vous leur disiez que pendant la maladie de la Reine j'ai pensé particulièrement à eux et considéré leur état dans cette funeste conjuncture où leurs ennemis devenus puissants ne songeraient qu'à se venger . . . . Leurs réponses vous donneront peut-être lieu d'entrer en matière

die Freundschaft zwischen beiden geschlossen und wie Gaultiers Korrespondenz uns in die Pläne des Großschatzmeisters einführt, so verdanken wir den Papieren Ibbervilles einen noch weit lohnenderen Einblick in das Geistesleben Bolingbrokes. Auf die Bemerkungen König Ludwigs hatte Bolingbroke zur Antwort gegeben, daß er sowohl die Reden kenne, die über die Unthätigkeit der Minister gehalten würden und die er nicht verdammen könne, als auch die Gefahren, die aus jeder Verzögerung entspringen müßten, aber daß man mehr Zeit gebrauche, um die verschiedenartigen Elemente des Parlaments zu bearbeiten, als Fremde es sich vorstellen könnten und daß schneller vorwärtsgehen alles verderben hieße. Er wies dabei darauf hin, wie die Königin mit ihm und Lord Oxford 1707 einen Entschluß gefaßt habe, den sie erst 1710 hätte ins Werk setzen und 1712 zum Abschluß bringen können. Für den Chevalier wäre auch nichts zu thun, so lange er Katholik bleibe, selbst wenn er eine protestantische Prinzessin heiratete. Auf den Gesandten, den Bolingbrokes Offenheit entzückte, machte diese Ruhe, mit der er über die Zukunft sprach, einen eigenen Eindruck. „Er ist ein Philosoph", schrieb er seinem Könige, „wie es deren in England so viele giebt; Leute, welche die Zukunft der Vorsehung anheimstellen und die Gegenwart genießen, vorbereitet, sich ihres Glückes mit Gleichmut beraubt zu sehen" [1].

Bald darauf aber suchte Bolingbroke den Gesandten wieder auf und weihte ihn nun erst eigentlich in seine wahren Gedanken ein. Er begann damit gleich Oxford nochmals zu versichern, daß der Prätendent unbedingt die anglikanische Religion annehmen müsse, aber er würde raten, keine Deklaration (wie der Großschatzmeister sie gewünscht hatte) zu veröffentlichen, daß er zum Glaubenswechsel bereit sei. Es wäre dies gefährlich, weil die Whigs sich ereifern würden und sagen, das wäre ein Mann, der gar keine Religion habe, ein Spitzbube, dem man nicht trauen dürfe. Es wäre auch unnütz, weil es

---

et de parler du seul expédient qui puisse les sauver. Car ils sont perdus si le Duc de Hannover passe et règne en Angleterre."

1) Ibberville an Ludwig XIV., 5. Februar 1714. (Aff. étrang.)

augenblicklich unmöglich sei, eine Resolution zu seinen Gunsten zu fassen und Zeit dazu nötig sei, die Grundsätze, in denen der Adel seit 25 Jahren erzogen sei und welche den alten Maximen der Königstreue und der Anhänglichkeit an die anglikanische Kirche so sehr entgegenständen, zu zerstören. Er gäbe zu, daß die Königin vielleicht nicht so lange leben werde, als es nötig sei, um die Gemüter hierauf zurückzuführen; er und vielleicht zwanzig andere würden wohl bereit sein, sich für den Prinzen zu opfern, aber es würde umsonst sein. Es wäre also möglich, daß der Kurfürst von Hannover den Thron bestiege, aber da dieser nicht Geist genug habe, beide Parteien zu befriedigen [1]), so würde er nicht ein Jahr lang ungestört auf dem Throne verbleiben. Mit seinen deutschen Prinzipien würde er absolut regieren wollen, auch den Krieg im Reiche unterhalten und England hineinzuziehen suchen, woran er scheitern würde. Er würde auch Truppen nach England hinüberschicken wollen, was selbst Hanmer nicht dulden und woraufhin er mitwirken würde, den Kurfürsten zurückzusenden. Beinahe alle Engländer wüßten überhaupt, daß es das einzige und wahre Interesse Englands sei, daß der Prätendent die Krone erhalte, aber weder er noch irgendein anderer wünschten dieses Ziel durch einen Bürgerkrieg zu erreichen. Was das Verhalten des Prätendenten beträfe, so dürfe dieser — auch hierin stimmte er mit Oxford überein — es niemals versuchen, auch wenn der Kurfürst den Thron bestiegen hätte, durch Schottland nach England einzudringen. Man habe darüber nur zu lesen, was König Karl I. passiert sei, der von Schottland her mit einem zahlreichen Heere heranmarschierend von Cromwell bei Worcester geschlagen wurde, weil die Engländer ihn verließen, da sie nicht wollten, daß er seinen Thron den Schotten verdankte [2]).

1) en admettant quelques Tories qui ne compatiront jamais longtemps avec les Whigs. Il a cité sur cela l'exemple du roi Guillaume.

2) Il cita à cette occasion le Comte de Warwick. Son grandpère fut de ce nombre après avoir été le plus zélé pour le roi.

Als Ibberville auf diese Eröffnungen hin, um Bolingbroke auch nach der Gesinnung der Königin auszuforschen fragte, ob der Chevalier ihr unter diesen Umständen nicht schreiben solle, schloß Bolingbroke die Unterredung mit den Worten: Das wäre gut, wenn man an den Gefühlen der Königin zweifelte, aber diese wären nicht zweifelhaft, und zu zwei Malen wiederholte er: Man habe es nicht nötig, sie zu erwärmen [1]).

Noch eingehender ging Bolingbroke auf dasselbe Thema ein, als Ibberville, durch Bolingbrokes Entgegenkommen ermutigt, ihm wenige Wochen später gerade heraus die Frage stellte, ob der Prätendent unthätig bleiben oder dem Rate derer folgen solle, die ihm vorstellten, daß, wenn er nichts thue, alles verloren sei, und er, wenn er ihnen Glauben schenken wolle, alles erhoffen könne, auch ohne den Glauben zu wechseln und den Tod der Königin abzuwarten. Er erwiderte: „Seine Meinung sei, daß der Prätendent entweder die Wirkung der Maßregeln abwarte, die man, ohne eine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, ergreifen werde, oder die Revolution, die, wie er wiederholte, unfehlbar ein Jahr nach dem Tode der Königin eintreten werde, weil der Kurfürst nicht imstande sein werde, sich auf dem Throne zu halten, und es besser sei, unthätig zu bleiben, als durch zu große Übereilung alles zu verderben. Rochester, einer der ehrlichsten und geschicktesten Männer, wäre dieser Meinung gewesen, und der Kanzler, Mr. Bromley, der Bischof von Rochester und all' die anderen fähigsten Köpfe dächten ebenso. Man solle doch nur die Hilfsmittel prüfen, die unter den augenblicklichen Verhältnissen dem Prätendenten zugebote stehen würden: Wohl sei in Schottland eine Gruppe bereit, alles für ihn aufs Spiel zu setzen, aber es sei auch eine andere dagegen gerüstet, so daß die Hälfte in Positur bleiben würde, um die Ereignisse in England abzuwarten, ganz wie es Karl I. nach der Schlacht bei Worcester erging. In

1) Ibberville an Torcy, 18. Februar 1714. Billet chiffré. (Aff. étrang.) Der Bericht schließt: „Il m'a dit à Windsor qu'il n'en avait jamais dit autant à personne."

Irland befände sich allerdings eine große Zahl von Katholiken, die sich aber sehr von denen, die vor 25 Jahren dort gewesen wären, unterschieden. Die meisten Familien seien durch Teilung oder Konfiskation ihres Besitzes verarmt, so daß der größte Teil der Edelleute besseren Namens auf eine ganz geringe Rente angewiesen seien. Nur zwei Familien in ganz Irland beständen noch in ihrem alten Glanze, die Antrims und Dillons, und er wisse, daß diese nicht geneigt seien, das Schicksal der anderen zu teilen dadurch, daß sie sich blindlings der Sache des Prätendenten hingäben.

Käme der Prätendent aber mit Waffengewalt, so würden die hannoverschen Tories sich umgehend mit den Whigs verbinden und die Minister gezwungen sein, dasselbe zu thun, sowohl um ihren Untergang als einen Bürgerkrieg zu vermeiden, zu dem keiner von ihnen je seine Zustimmung geben würde. Ließe man anderseits nun den Ministern Zeit, die Gemüter langsam zu den genannten Maximen der Königstreue und der Anhänglichkeit zur Staatskirche zurückzuführen, so werde man sicherlich dahin kommen, die Vorurteile gegen den Prätendenten zu überwinden und die ganze Torypartei zu seinen Gunsten zu einigen. Allerdings gehöre dazu, daß die Königin lange genug am Leben bleibe oder daß die Whigs es zu Extremitäten brächten, welche Gelegenheit böten, schneller vorwärts zu gehen, als man es sonst könnte. Sterbe aber die Königin zuvor, so würde seiner Ansicht nach folgendes eintreten: Der Fürst, ein Mann von mäßigem Verstande, würde, nur hannoversche Räte heranziehend, angesichts seiner durch harte Gesetze beschränkten Gewalt entweder versuchen, die Prärogativen des Königtums wiederherzustellen, und dann würden die Whigs die ersten sein, ihn zu verjagen, oder er würde wie König Wilhelm neue Angriffe auf die königliche Würde zu erdulden haben, wobei man das Königtum ganz untergraben würde. Man würde dann zu einer völligen Anarchie gelangen, die man nicht ertragen könnte, so daß die Hannover-Tories, sogar auch ein Teil der Whigs sich mit den Wohlgesinnten verbinden würden, um den legitimen König zurückzuberufen,

der auf Grund seiner Geburt das Recht haben würde, die Wiederherstellung der Dinge auf den Fuß zu fordern, auf welchem sie zur Zeit seines Vaters gewesen wären. Dem würden alle beistimmen, nachdem sie die Notwendigkeit aus der Erfahrung kennen gelernt hätten."

Hiernach kam Bolingbroke nochmals auf die Frage des Religionswechsels zurück. Nur irische und englische Katholiken oder Abenteurer und Emissäre des Kurfürsten von Hannover wären es, welche dem Prätendenten Hoffnung machten, ohne Religionswechsel den Thron erlangen zu können; das wäre die Ansicht seiner treuesten Anhänger, welche klar einsähen, daß man eher einen Türken als einen Katholiken aufnehmen würde. Seine Meinung sei nur, daß der Prinz nicht augenblicklich übertreten, selbst nicht einmal verkünden solle, daß er dazu bereit sei, weil die Hannover-Tories, die in der Besorgnis, daß die Königin für den Prätendenten arbeite, gegen das Ministerium Front gemacht hätten, den Glaubenswechsel als eine Bestätigung ihrer Annahme betrachten würden. Daran knüpfte er, durch einen historischen Exkurs Ibbervilles angeregt, welcher die englischen Parteien und ihre Stellung zur Thronfolgefrage mit der Stellung der französischen Parteien zur Zeit der Liga gegen Heinrich IV. verglich, ein merkwürdiges Bekenntnis. Ibberville verglich die Katholiken, wie der Erzbischof von Bourges einer gewesen wäre, die ohne den Glaubenswechsel Heinrichs abzuwarten, den König mit Rücksicht auf seine Geburt anerkannt hätten, mit den englischen Nonjurors, die Hugenotten mit den englischen und irischen Katholiken, mit dem Unterschiede, daß jene in Waffen gewesen wären und diese machtlos seien, dem Prätendenten zu dienen, die eifrigen französischen Katholiken, die ihres Gewissens wegen den König nicht aufnehmen wollten, bevor er übergetreten sei, mit den gleichgesinnten Tories, und die Katholiken der Liga, welche die Krone den Prinzen von Lothringen zu übertragen suchten, mit den Whigs. Bolingbroke fand die Parallelen treffend und stellte sich in die erste Klasse: das hieß, daß, so dringend auch er den Religionswechsel im Interesse des Prätendenten gefordert

hatte, das heilige Recht der Geburt ihm für seine Person Grund genug geben würde, für den Chevalier einzutreten.

Und dann entdeckte Bolingbroke diesmal dem Gesandten noch folgendes: Ibberville hatte, da die sich wiederholenden Krankheitsanfälle der Königin den Tod derselben noch vor Durchführung von Bolingbrokes Plänen immer wahrscheinlicher machten, seinerseits Bolingbroke den Vorschlag gemacht, ob man nicht die Königin veranlassen könnte, ein eigenhändig geschriebenes Testament auszustellen [1]), welches sie kurz vor ihrem Tode dem Lordkanzler überliefern sollte mit dem Auftrage, es dem Parlamente vorzulegen. Sie hätte in diesem zu verzeichnen, daß sie den Prätendenten als ihren Bruder anerkenne und das Parlament ermahne, ihm unter der Bedingung, daß er die anglikanische Religion annähme, die Krone anzubieten. Bolingbroke teilte ihm hierauf als tiefstes Geheimnis mit, daß die Königin seit langem, auch schon zu Lebzeiten ihres Gemahls ein kleines versiegeltes Packet bei sich trage, das sie alle Abende unter ihr Kopfkissen lege, und wenn der Umschlag schmutzig geworden sei, mit einem neuen versehe, und daß man annähme, das sei ein Testament, welches den Prätendenten beträfe [2]).

Wir sehen: diese Bekenntnisse machen ein- für allemal dem Zweifel ein Ende, ob und wie weit Bolingbroke Jakobit gewesen sei, aber sie zeigen auch, welcher Art der Jakobitismus dieses Staatsmannes war und worin er sich von dem Lord Oxfords unterschied.

Für Oxford war die Restauration des Prätendenten eine persönliche Angelegenheit im großen und ganzen geblieben, eine Gefälligkeit für die Königin, und mit entsprechend kleinen Mitteln würde er, wenn es dazu kommen sollte, daran gearbeitet haben. Bolingbroke verknüpfte die Sache des stuartschen Hauses mit der einen ganz großen Partei, und nicht auf dem Wege der Intrigue, sondern als das Geschöpf dieser Partei

1) Ibberville an Torcy, 25. Februar 1714. (Aff. étrang.)

2) Ibberville an Torcy, 6. März 1714. Ganz chiffriert. (Aff. étrang.)

und auf Basis ihrer althergebrachten Grundsätze sollte der Prätendent den Thron erringen. Denn erwies sich diese Basis noch wirksam genug, um, wie es sein Sehnen war, zuvor den Torysmus zu einen, so durfte er auch annehmen, daß sein Werk im Sinne seiner Parteigenossen nicht besser gesichert und gekrönt werden könnte, als wenn er an die Spitze dieses von einem Toryparlamente regierten Staatswesens nun auch einen Torykönig stellte. Nicht also, daß die eine Maßregel nur die Vorbereitung der anderen gewesen wäre: gleichmäßig sollten beide sich ergänzen.

Der überraschendste Aufschluß, den Ibbervilles Papiere uns geben, ist doch aber der, daß Bolingbrokes Gedanken dabei schon jetzt über den Tod der Königin hinausgingen. Wir erklären uns daraus nicht nur, wie so also Bolingbroke sich so ganz ohne Rücksicht auf die hannoversche Familie seiner Politik hingegeben hat: Wir entnehmen den Ausführungen, daß ihm die Schwierigkeiten, die ein deutscher Fürst vom Schlage Georg Ludwigs auf englischem Thron finden müßte, unüberwindlich dünkten, auch noch ein besonderes und sehr wesentliches Motiv, warum er sich überhaupt veranlaßt gesehen hat, sich der vertriebenen Dynastie zu nähern.

Vorbedingung für alles andere war doch, wie gesagt, aber auch ihm, daß der Prätendent seinen Glauben wechselte, so daß er, ganz wie der Großschatzmeister, mit diesem Verlangen den Prätendenten selbst über die nächste Zukunft entscheiden ließ.

Sehen wir also jetzt, wozu sich unter diesen Umständen Prinz Jakob entschloß?

Brauchen wir es noch zu versichern, daß die Kunde der Erkrankung Königin Annas und die daran sich anschließende Nachricht der Herüberkunft eines hannoverschen Prinzen ihn in maßlose Aufregung versetzt hatte. Auf die Erlaubnis hin in Lothringen bleiben zu dürfen, hatte er noch einmal dem Großschatzmeister sein volles Vertrauen aussprechen lassen und versichert, daß er mit einem solchen Führer niemals irre zu gehen glaubte: „Jedes Kompliment beiseite, sei es doch auch ihr gemeinsames Interesse, immer durch Freundschaft verbunden

zu bleiben, wie sie es durch ihre Prinzipien seien, welche alle auf das Glück Englands hinausliefen" [1]). Jetzt aber hatte ihn die Ungeduld völlig übermannt: Drei Jahre sei es jetzt her, daß man ihm von der Absicht gesprochen habe, zwischen ihm und seiner Schwester ein Einverständnis herzustellen, sowie von dem Wunsche letzterer darauf einzugehen. Er habe das Geheimnis treu bewahrt, alles gethan, was verlangt worden sei, zärtliche Briefe geschrieben, und sogar seinen Anwälten verboten, seinen Prozeß weiter zu verfolgen. Was solle er also davon denken, daß nach so vielen Schritten von seiner Seite nicht ein einziger von der anderen erfolgt sei, und selbst jetzt keiner erfolge, wo er seine Schwester hinsterben sehe, ohne daß sie auf seine Briefe geantwortet oder auch nur daran gedacht hätte, das Testament zu revozieren, nach welchem sie zu seinen Ungunsten alles dem hannoverschen Hause belasse. Seine Anwälte drängten ihn, den Prozeß wieder aufzunehmen. Er sei entschlossen, es zu thun, wenn er nicht innerhalb zweier Monate Beweise der Aufrichtigkeit vonseiten seiner Schwester und des Großschatzmeisters erhalte [2]). Torcy suchte anfangs abermals ihm Mut zuzusprechen [3]), wenngleich auch er das Verhalten der Minister weder verstand noch billigte. Da aber auch ihn die Erkrankung der Königin beunruhigte, schrieb er an Gaultier, daß, da es nicht genug sei, das Übel zu sehen, wie es wohl vonseiten der Minister der Fall sein werde, son-

1) Le Roi d'Angleterre à l'Abbé Gaultier, 1. Januar 1714. (Aff. étrang.)

2) Der Chevalier an Gaultier, 1. Februar 1714; am gleichen Tage an Torcy. (Aff. étrang.)

3) Torcy an den Chevalier, 3. Februar: „Tallon (Torcy) le supplie encore de ne pas s'impatienter, tant que Mr. de Puysieux (le Parlement) ne sera pas congédié, et de voir si pendant tout le séjour en ville on ne fera rien contre Semple (succession protestante) . . Malgré tous les snjets de plainte que Mr. Robinson (le Chevalier) relève très à propos, je suis persuadé qu'il n'y a présentement d'autre parti à prendre que celui de souffrir et d'attendre." (Aff. étrang.)

dern man auch an ein Heilmittel denken müsse, er mit mehr Ungeduld als je die versprochenen Aufklärungen erwarte [1]).

Und das war die Stimmung in Marly und in Luneville, als die Briefe aus London eintrafen, welche mit der erwünschten Offenheit dem Prätendenten den Weg angaben, auf dem allein er das ersehnte Ziel erreichen könnte.

Die Glaubensfrage hatte im Leben des Prätendenten von seiner frühesten Jugend an eine bedeutsame Rolle gespielt, indem bald nach seiner Geburt von verschiedenen Seiten Einflüsse auf seine Mutter geltend gemacht worden waren, ihn nach England ohne Verzug zu senden und ihn im anglikanischen Glauben erziehen zu lassen. Godolphin hatte gleich nach dem Ausbruche der Revolution im Jahre 1688 darüber gesprochen, aber von Königin Marie zur Antwort erhalten, daß sie ihr Kind, wenn es ein Ketzer werden sollte, lieber verbrennen als am Leben sehen wollte [2]), und an dem gleichen Widerstande war ein Vermittlungsversuch, den Lord Jersey, wie uns versichert wird, sogar im Auftrage König Wilhelms übernahm, gescheitert [3]). Aber auch an den Prinzen persönlich war diese Frage früh herangetreten. Als man von ihm eine Auskunft verlangte, hatte er sich schon einmal im Mai 1711 seinen Freunden in England gegenüber ganz deutlich ausgesprochen, daß er entschlossen sei, niemals seine Religion zu verleugnen, aber darum auch nie dahin trachten werde, andere dazu zu zwingen und daß, wenngleich er von der Wahrheit seiner Religion überzeugt sei, er niemanden schlechter ansehen werde, weil er in diesem Punkte von ihm abweiche [4]). In gleichem Sinne hatte er auf jede weitere Anfrage geantwortet, und indem er die Hochkirche von England in ihrer Verfassung und ihren Rechten

1) Torcy an Gaultier, 27. Januar 1714. (Aff. étrang.)

2) Erzählung Godolphins an Bothmar: Bothmars Bericht an Bernstorff, 27. März 1711. (Hannov. Staatsarchiv.) Vgl. Pauli, Die Aussichten des Hauses Hannover, S. 365.

3) „An account of the Earl of Oxford" (Br. Mus.); Dartmouth Note bei Burnet IV, 409.

4) Macph. II, 225.

zu schützen versprach, das gleiche Verlangen immer wieder mit den gleichen Worten zurückgewiesen, zur innigsten Freude seiner Mutter, welche die Festigkeit ihres Sohnes als ihren einzigen Trost bezeichnete [1]). War es nun von ihm zu erwarten, daß er darum, weil die Minister selbst diese Forderung an ihn ergehen ließen, mit seinen Prinzipien brechen würde? Durfte er es überhaupt thun, ohne vor sich selbst zu erröten, da doch die letzte Lehre seines Vaters ihm vor Augen stehen mußte, daß es den Menschen nichts nütze, die ganze Welt zu gewinnen, wenn sie ihre Seele verlören, und daß er, falls er seines Glaubens wegen um die Krone betrogen würde, wenn die Worte des Heilandes wahr wären, mehr gewänne als verlöre [2])? So war er, und darin lag die ganze Tragik, eigentlich gar nicht in der Lage, einen freien Entschluß zu fassen, und zweifelte darum auch keinen Augenblick, das Verlangen der Minister bedingungslos zurückzuweisen. Zunächst antwortete er in einem Briefe an Torcy auf jenen Vorschlag des Großschatzmeisters, daß er eine Deklaration unterschreiben solle, er habe seine Religion ohne Hinblick auf weltliche Zwecke verlassen und verzichte auf seine Rechte, wofern es nicht dem Volke beliebe, ihn zu rufen: „Wäre es denkbar, daß das die Sprache des Großschatzmeisters sei, und wenn er fähig sei, so etwas zu unterzeichnen, welchen Begriff müßte der Großschatzmeister von ihm erhalten. Soviel Zweideutigkeiten, Unehrenhaftigkeiten und Niedrigkeiten sollten die Mittel sein, ihn zurückzuführen? Und schlage Lord Oxford diese Infamieen im Ernste vor, habe er dann nicht allen Grund, in jedem Falle eine Abweisung zu besorgen? Denn gehe er nicht darauf ein, so gäbe er dem Großschatz-

1) Recollections of the Queen in den „Stuart Papers" ed. Roxburghe Club, 1889 II, 381: „Grâce à Dieu, mon fils demeure inébranlable dans sa foi . .; voilà mon unique consolation."

2) Worte aus dem Testamente Jakobs II. Dasselbe befindet sich in einer für König Ludwig angefertigten Kopie im Archive des Pariser Auswärtigen Amtes (Angleterre Reg. No. 211). Ich werde es an anderer Stelle veröffentlichen.

meister einen Vorwand, mit ihm zu brechen, nähme er sie aber an, so mache er sich unwürdig zu leben und gar zu herrschen und zum Gegenstand gerechter Verachtung für jeden anständigen Menschen." Dann kam er auf den Religionswechsel an sich zu sprechen und führte aus, wie sich keiner ihm anvertrauen könnte, wenn er so sichtlich weltlicher Vorteile wegen seine Religion wechselte, und wie er immer bereit sein werde, seine Ruhe, selbst sein Leben seinem Vaterlande zu opfern, nicht aber seine Ehre und sein Gewissen. Er werde vielmehr mit Gottes Hilfe bis zum letzten Atemzuge seiner Religion bewahren und bis dahin nicht ruhen, bis er in seine Rechte eingesetzt sei. Heuchelei sei so zu sagen schlimmer als offene Abkehr, und er verstehe seine Religion Gott sei Dank besser, als daß er die Vermessenheit besitze, seinen Herrgott zu fragen, ob es zu seinem Ruhme gereichen werde, daß er ihn verlasse [1]). Und noch einmal entwickelte er seine Gedanken in einem eingehenden Schreiben an Gaultier, das er in englischer Sprache schrieb, damit er es seinen Freunden zeigen könnte und das also die offizielle Antwort auf die Forderung der Minister brachte: Er erklärte bei seinem Entschlusse, niemals seine Religion zu verleugnen fest beharren zu wollen, und fuhr dann fort, daß wenn sie sich nur die Zeit lassen wollten, ernstlich zu erwägen, sie seine Religion nicht mehr als das einzige Hindernis seiner Herstellung ansehen würden, da sie ja vielmehr die sicherste Bürgschaft für ihre Freiheiten, ihr Eigentum, ihre Religion sei. Nähme sie ihm doch die Macht, einen Angriff darauf zu machen, auch wenn er es wollte. Dieses Wollen liege ihm aber so ferne, daß er vielmehr bereit sei, alle Sicherheiten zu geben, die vernünftigerweise verlangt werden könnten, da alle seine Wünsche nur dahin gingen, seine Unterthanen zu einem glücklichen, blühenden Volke zu machen. Dazu sprach er den Wunsch aus, daß letztere beizeiten ihre Augen öffnen und Fürsorge für ihren künftigen Frieden treffen

1) Chevalier de St. George an Gaultier, 26. Februar 1714. (Aff. étrang.)

möchten, denn — so schloß er sein Schreiben — er wäre gern hinter seiner Schwester zurückgetreten, aber nur hinter ihr allein, und er würde lieber sein Leben verlieren, als seine Rechte einem anderen abzutreten [1]).

Gleich scharf kritisierte er dann auch Bolingbrokes Vorschläge, der nicht die Festigkeit und Entschlossenheit zeige, die er von seinem Charakter erwartet habe, und antwortete auf dessen Rat, daß er, um bei den Whigs nicht Anstoß zu erregen, nicht gleich seinen Glauben wechseln solle: daß es ihm schiene, er könne von den Argumenten Bolingbrokes einen guten Gebrauch machen. Würden die Whigs nämlich die Überlegungen, wie Bolingbroke sie ausgeführt hätte, jetzt machen, so müßten sie diese im gleichen Falle unbedingt zu jeder Zeit und allerorten wieder anstellen [2]).

Wieviel nun den Ministern daran lag, dem Prätendenten die Succession verschaffen zu können, ist wohl daraus ersichtlich, daß sie den Versuch, den Prätendenten zu überreden, inzwischen noch immer fortgesetzt hatten. Wolle der Prinz ihren Willen thun, ließ der Großschatzmeister sagen, so dürfe er sogar seiner Schwester schreiben, um selbst sie von seinen Gefühlen und Absichten in Kenntnis zu setzen; wolle er es aber nicht, so solle er es nicht übel finden, daß man nicht weiter an ihn denke, denn wer würde wagen, so lange er Katholik bleibe, irgendetwas zu thun, was ihm Vergnügen machen könnte; und noch mehr, wer würde, wenn man ihn im Parlamente angriffe, die Kühnheit besitzen, ihn zu verteidigen. Bekenne er sich indessen zur anglikanischen Religion, so werde man Maßregeln treffen, im Parlamente die Successionsakte zu brechen [3]).

Der Prätendent blieb fest, nur ließ er sich die Gelegenheit, noch einmal seiner Schwester zu schreiben, nicht nehmen, ohne

1) Chevalier de St. George an Abbé Gaultier, 13. März 1714. Macph. II, 525—526. Der letzte von Macpherson abweichende Abschnitt ist der Kopie im französischen Auswärtigen Amte entnommen.

2) Chevalier de St. George an Torcy, 3. März 1714 (Aff. étrang.).

3) Gaultier an Torcy, 1. März 1714 (Aff. étrang.).

aber — so riet es ihm auch Berwick [1]) — die Religionsfrage in seinen Zeilen zu berühren. Vielmehr beschränkte er sich darauf, nachdem er seinem Kummer über ihre Krankheit und seiner Freude über ihre Wiedergenesung Ausdruck gegeben hatte, auf ihre Güte, auf das Gedächtnis des Vaters und auf die Erhaltung ihrer Familie, deren letzter Sproß er sei, sich berufend, sie aufzufordern das zu thun, was alle guten Menschen von ihr erwarteten und was allein sie ihre Tage in wahrem Frieden beenden lassen könne. Aber die Zeit sei kostbar, wenn einmal verloren, nicht mehr einzuholen, und es handle sich nicht mehr um Wünsche, sondern um Thaten. So bitte er sie — nachdem er noch einmal versichert hatte, daß er sie, so lange sie lebe, nicht stören wolle, aber daß er anderseits entschlossen sei, eher zu sterben, als einem anderen seine Rechte abzutreten — ohne Zeitverlust das zu thun, was, wie er wisse, sie nicht minder wünsche wie er, der von jetzt an sich ganz unter ihre Leitung begäbe. Wiewohl es also auch eine empfindliche Kränkung für ihn gewesen sei, bisher noch nichts von ihr direkt gehört zu haben, so sei sein Vertrauen in sie so groß, daß, wenn sie seinen Brief beantworten und ihn ermutigen wolle zu ihr zu kommen, er sich sofort in ihre Arme werfen und alles versuchen werde, ihren und seinen Besitz und das Glück des Landes zu sichern. Und sollte es Gott gefallen, ihm seinen Besitz zurückzuerstatten, so werde er die Gesetze des Landes zur Leitschnur seiner Regierung machen und alle Sicherheiten für die Freiheiten des Landes und die protestantische Religion geben, die man vernünftigerweise von ihm verlangen könnte. Dem legte er zwei weitere Briefe an die Lords Oxford und Bolingbroke bei, in denen er, seine Versprechen für Gegenwart und Zukunft wiederholend, aber auch hier darauf hinweisend, wie er stets für seine Rechte eintreten werde, so daß das Land, bis daß die Succession in gerader Linie wiederhergestellt wäre, beständigen Unruhen ausgesetzt sein würde,

---

1) Berwick an den Prätendenten, 21. Februar 1714, bei Thornton, „Stuart Dynasty“, S. 341.

beide aufforderte, ohne zu zögern die notwendigen Schritte zu thun, um seiner Schwester Glück und des Landes Wohlfahrt zu sichern. „Wir sind beide jung“, schrieb er an Bolingbroke energischer noch als an den Großschatzmeister, „und mögen hoffen lange genug zu leben, um bessere Tage zu sehen, aber diese Tage werden nie kommen, ohne daß wir sie suchen, und sie zu suchen ist die Pflicht jedes ehrlichen Mannes. Für mich steht am meisten auf dem Spiel, und ich bin entschlossen das Beispiel zu geben“ [1]).

Welche Wirkung sollten diese Schreiben aber wohl erzielen, so trefflich sie auch abgefaßt waren — in einem Stile, der nur denen zugebote steht, sagte Torcy, welchen es bestimmt ist über andere zu herrschen [2]) —, da der Prätendent betreffs der Religion auf seinem Willen beharrte. Der Bescheid der Minister traf bald ein und lautete vonseiten des Großschatzmeisters, daß er eine Gelegenheit suchen werde, der Königin mitzuteilen, daß er ein Schreiben vom Chevalier in Händen habe, aber er im voraus sagen könne, daß es keinen Eindruck machen und sie nichts thun werde, bevor er nicht seinen Glauben wechsle. Es betrübe ihn sehr, daß der Prätendent ihn außerstande setze für ihn zu arbeiten, indem er das, was ihm allein nütze, zu thun verweigere, und läge also von beiden Seiten eine Unmöglichkeit vor, so thäte man am besten, nicht mehr daran zu denken. Würde es sich nur darum handeln, einige Hundert zu überzeugen, so würde man zu Rande kommen, aber da eine ganze Nation zu überreden wäre, sei es ganz unausführbar [3]). Wie könne man schließlich auch, wenn er auf seiner

1) Alle drei Briefe, vom 3. März 1714 datiert, sind Duplikate in der Handschrift des Prinzen. In demselben Bande befinden sich die Übersetzungen derselben Briefe ins Französische, so wie sie der Prinz an Torcy gesandt hat: dazu ein Schreiben des Chevalier an Gaultier (Aff. étrang.). Der Text aller dieser Briefe wird im Anhange gegeben.

2) Torcy au Roi d'Angleterre, 12. März 1714 (Aff étrang.).

3) Gaultier an Torcy, 19. März 1714 (Aff. étrang., vgl. Rev. nouv.); Gaultier an den Chevalier, 22. März: „Mr. le C^te d'Oxford n'a pas encore parlé à la Reine de votre lettre après sa réponse.

Meinung so fest beharre, sich schmeicheln, daß er sich leiten lassen werde, wenn man Maßregeln würde ergreifen wollen, um die Zustände, wie sie unter Karl II. geherrscht hätten, wiederherzustellen?

Bolingbroke hatte noch einmal seine Freunde zusammenberufen; in ihrem und seinem Namen ließ er sagen, daß sie nichts für ihn thun würden, bis daß er sich zu ihrer Religion bekehre und daß, wenn er ihnen diese Genugthuung nicht gäbe, sie gezwungen sein würden, ohne Säumen sich auf die Seite Hannovers zu stellen, um ihre Güter und ihre Ämter zu retten [1]). Über die Form der Briefe äußerten sich die Minister, sie seien schön geschrieben, aber ein wenig in dem Stile derer, welche der König von Schweden von Bender abgesandt hätte [2]).

So war denn also der Würfel gefallen: Die Succession war, wofern nicht unvorhergesehene Zwischenfälle eintraten, für das Stuartsche Haus verloren und nach bedenklichster Krisis zugunsten der hannoverschen Familie entschieden. Von Bolingbrokes Seite erklang es noch wie eine letzte Warnung: Der Chevalier solle sich entscheiden entweder dem Verhalten seines Vaters zu folgen und der Krone beraubt zu bleiben, oder dem Beispiele seines Onkels Karls II. und den Thron besteigen, Protestant nach außen, Katholik im Herzen. Würde er das erstere thun, so würde England so gut wie er vielem

---

Ce sera à vous à vous déterminer de votre côté, comme il ne manquera pas de le faire du sien et de le faire à la Reine et à tous ses amis pour la Conservation de la religion et des lois; voilà précisément ce qu'il m'a dit la dernière fois que je l'ai vu" (Aff. étrang.).

1) Gaultier an den Chevalier, 19./22. März 1714 (Aff. étrang.). Der Brief schließt: „Qu'il est désagréable pour moi de n'avoir que des choses mortifiantes et selon vous inutiles à vous faire savoir, mais on me commande de vous les mander, en me disant que c'est pour votre bien tout ce qu'on fait et qu'il est absolument nécessaire que vous en soyez informé afin que dans la suite vous ne puissiez pas reprocher à vos amis qu'ils vous ont laissé dans l'ignorance et qu'ils ne vous ont pas fait connaître ce que vous deviez connaître pour gagner sûrement votre cause."

2) Gaultier an Torcy, 29. März 1714 (Aff. étrang.).

Unglück ausgesetzt werden. Auf Ibbervilles Einwand, daß Bolingbroke doch früher selbst gesagt hätte, er riete dem Prätendenten nicht den Glauben gleich zu wechseln, erwiderte er: „Daß er seit der Parlamentseröffnung seine Meinung geändert habe und jetzt der Ansicht wäre, daß der Prinz es nicht früh genug thun könne, weil man noch Zeit gebrauchen werde, um die falschen Ansichten der Hannover-Tories zu zerstören.“ Man müsse auch bedenken, sagte er im Laufe des Gesprächs, daß die Königin nicht minder an ihrer Religion hänge als der Prätendent an der seinigen [1]).

Und um noch einen letzten Versuch zu machen, schrieb Gaultier nochmals an Torcy, diesen ausdrücklich zu bitten, den Prätendenten von dem Zustande seiner Schwester in Kenntnis zu setzen. Alle Gutgesinnten seien in größter Besorgnis, daß sie sterbe, denn dann wäre für sie und den Chevalier alles verloren [2]).

Und wie dachte sich nun der Prätendent seine Zukunft, als er an seinem Glauben trotz alledem festhielt?

Keineswegs der Bedeutung des Umschwunges, den seine Weigerung veranlaßte, bewußt, zeigte er sich in dem Gefühle, auf seine eigene Kraft angewiesen zu sein, regsamer als je und sandte, um im Einverständnis mit Torcy die verlorene Zeit, wie er sagte, einzuholen, einen eigenen Agenten nach Marly. Was die Minister betraf, so meinte er, daß er gut thäte noch Rücksicht auf sie zu nehmen und das von ihnen verlangte Geheimnis zu wahren. Er könnte nicht anders annehmen, als daß sie nach reiflicher Überlegung und nachdem die erste Hitze abgekühlt sei, sich nicht mehr vor dem eingebildeten Monstrum, das sie aus seiner Religion machten, erschrecken würden, wenngleich er seinerseits, da seine Briefe einen so schlechten Erfolg gehabt hätten, nicht mehr darüber reden werde. Einer solchen

1) Ibberville an Torcy, 21. März 1714 (Aff. étrang.).

2) Gaultier an Torcy, 26. März (Rev. nouv.). Der Brief schließt: „Si je lui avais écrit de mon chef, j'avoue que je me serais beaucoup trop avancé, mais je puis vous assurer que tout ce que je lui ai mandé m'a été dicté mot à mot.“

Behandlung dürfe er sich nicht nochmals aussetzen. Das Ärgerlichste bleibe immer die Krankheit der Königin, und er kam zu dem Entschluß, daß, falls sie sterben sollte, es besser sei, sich dem Großmute seiner Landsleute zu überliefern, als feige in Lothringen zu bleiben, wenngleich es eine schlechte Sache wäre mit Leuten zu thun zu haben, die mit der Religion ein Spiel trieben. Es gäbe aber Fälle, wo man alles aufs Spiel setzen müsse und wo es besser sei, mit Ehren unterzugehen, als seinem Rufe zu überleben [1]).

Richtiger übersah man die Verhältnisse in Marly, von wo aus kein weiterer Rat an den Prätendenten erging als der, daß er sich der Vorsehung anvertrauen solle, die schon alles in das rechte Geleise bringen würde [2]). Was aber zu erwarten war, konnte Torcy bereits einem Berichte Ibbervilles entnehmen, der auch uns in wenigen Worten den damaligen Stand der Successionsfrage vollkommen bezeichnet: „Man kann es gerade heraussagen", schreibt er, „daß, wenn die Königin stirbt, sie Prinzessin Sophie oder den Kurfürsten proklamieren werden, ohne daß irgendjemand es wagen wird, ein Wort zugunsten des Chevalier zu ergreifen" [3]).

Kurzum nach einer Periode, in der die hannoversche Thronfolge gefährdeter war, als man es bisher angenommen hat, war es dahin gekommen: In geradem Gegensatze zu den Besorgnissen der Whigs sind die Aussichten für das hannoversche Haus noch nie besser gewesen als in den ersten Apriltagen des Jahres 1714.

1) Der Chevalier an Torcy, 2. April (Aff. étrang.).

2) Torcy au Roi d'Angleterre, 25. April (Aff. étrang.).

3) Ibberville an Ludwig XIV., 10. April 1714 (Rev. nouv.).

Zwölftes Kapitel.

Auswärtige und innere Verwickelungen.

Januar—Mai 1714

Zu welchen sonstigen Ergebnissen ist nun inzwischen die Geschäftsleitung der Minister gelangt?

War die Frage, ob eine gemäßigte Politik beibehalten oder eine reine Torypolitik getrieben werden sollte, wie wir wissen, im Beginn des Jahres 1714 von der Königin im Sinne Bolingbrokes entschieden worden, so hatten die Bestimmungen, wo und wie diese neue Thätigkeit einzusetzen hatte, da der Großschatzmeister sich dem Willen der Königin fügte, doch wieder von diesem abgehangen. Es war darum Bolingbroke gar nicht unerwünscht gewesen, daß abgesehen von dem sehr bedenklichen Gesundheitszustande der Königin, die Notwendigkeit schnellen und energischeren Vorgehens in verschiedenen Formen sich auch sonst täglich aufgedrängt hatte. Einmal nämlich machte sich die Rührigkeit der Whigpartei schon wieder bemerkbar, die trotz ihrer bei den Wahlen erlittenen Niederlage so geschäftig wie je durch Flugschriften für ihre Sache Stimmung machte und besonders in Steeles Krisis eine Zahl bedrohlicher Anklagepunkte gegen das Ministerium aufwarf. Dann aber mußten besonders die Zustände in Irland Bedenken erregen, wo die Whigs im Unterhause eine Majorität durchgesetzt hatten, deren Vorgehen in jeder Weise den Mut der englischen Whigs anfachen mußte. Bolingbroke äußerte sich

hierüber zu dem französischen Gesandten, daß der Kabinettsrat entzückt sei, weil ihm hier ein Anlaß geboten würde, die Whigs mit Härte zu behandeln. Die Angelegenheit von Sacheverell und der Widerstand gegen den Frieden hätten dazu einen Vorwand gegeben, der doch aber nicht mehr vorhanden sei, und so wäre ihnen ein neuer sehr willkommen [1]).

Selbständig hatte Bolingbroke aber gleich auf seinem eigentlichen Gebiete, dem der auswärtigen Angelegenheiten, vorgehen können, und dieses fassen wir darum zuerst ins Auge.

Hatte es anders kommen können, als daß die innere Schwäche des Ministeriums auch auf seine Stellung nach außen hatte einwirken müssen, und war es zu vermeiden, daß die englische Diplomatie infolge dessen ihrer führenden Rolle mehr und mehr verlustig geworden war. Hatte sie doch schon den Fortgang des Krieges zwischen Frankreich und dem Kaiser nicht aufzuhalten vermocht und ihren Einfluß darauf beschränken müssen, die französischen Freunde [2]) einmal um eine nicht zu große Ausdehnung der Kriegführung [3]) und dann um einen

1) Ibberville an Torcy, 10. Januar 1714. Ganz anders äußerte sich Oxford: „Les procédures du Parlement d'Irlande nous embarasseront au delà de ce que vous pouvez croire." Gaultier an Torcy, 7. Januar. (Aff. étrang.).

2) Weitverbreitet ist die Anschauung, daß es mit der französischen Freundschaft schon nicht mehr weit her gewesen wäre, indem die Zögerung König Ludwigs die Befestigungen von Dünkirchen zu schleifen, dazu beigetragen habe, die Stellung der Tories schwieriger zu machen (vgl. Ranke, S. W. XXI, 39). Diese Auffassung ist aus den französischen Akten dahin zu berichtigen, daß diese Verzögerung von englischer Seite gewünscht war, um einen Vorwand zu behalten „de conserver un corps de troupes sur pieds, pour obliger les Hollandais à retirer la garnison qu'ils ont dans Ostende et à se rendre plus traitables sur le commerce des Pays-Bas."

3) „J'avais jugé que l'entreprise de la Sardaigne était un des moyens que je pouvais employer le plus utilement pour presser l'Archiduc d'accepter la paix. . . Je n'ai plus suivi cette vue depuis que j'ai sçu que la Reine la regardait comme contraire à la neutralité de l'Italie." Ludwig XIV. an Aumont, 2. Juli 1713. (Aff. étrang.).

möglichst schnellen Abschluß zu ersuchen. Denn glauben wir nicht, daß der Nichtanschluß des Kaisers an den Utrechter Frieden dem englischen Ministerium so gleichgültig war, als man es noch bis vor kurzem stets dargestellt hat [1]); abgesehen von allem anderen mußte ihre parlamentarische Position darunter leiden, daß den Whigs Material in die Hände gegeben wurde, ihre auswärtige Politik in unerwünschter Weise zu kritisieren, wie auch die Whigpartei die Kunde, daß der Waffengang wieder aufgenommen worden sei, mit Jubel begrüßt hatte. Da war es also Bolingbrokes Wunsch, von dem Augenblicke an, wo seine Stellung befestigt erschien, seinem Lande den Einfluß wiederzugeben, der ihm gebühre, und mußte der leitende Gedanke jedes torystischen Staatsmannes notwendig der sein, inmitten der noch immer bestehenden Unsicherheit der europäischen Lage die Errungenschaften des Utrechter Friedens zu sichern, so bot ihm die, gelegentlich der soeben eröffneten Rastatter Konferenzen gemachte Beobachtung, daß die kaiserliche Politik dahin zielte, jene vornehmlich englische Schöpfung, das Königreich Sicilien, zu bedrohen, begreiflicherweise den Anlaß, hier den Hebel seiner Diplomatie einzusetzen.

Worum es sich handelte, das war, daß der Kaiser, thatsächlich in der Hoffnung sich wieder in den Besitz von Sicilien und des 1703 an Savoyen abgetretenen Teiles von Mailand zu setzen, einen Artikel in den Friedenstraktat hatte einfügen lassen, nach welchem Frankreich die Rechte des Kaisers auf sämtliche Staaten in Italien anerkennen sollte, welche einst zur spanischen Monarchie gehört hätten [2]). Daraufhin wandten sich die savoyischen Staatsmänner in größter Erregung an den englischen Hof, um dessen Hilfe zu erbitten, und Bolingbroke erklärte, daß er den König auf dem Throne erhalten werde, was es auch kosten möge [3]).

1) Weber ist dieser Auffassung in seinem Aufsatze „Der Friede von Rastatt", „Deutsche Zeitschrift für Geschichtsw." VIII, 279 zuerst entgegengetreten.

2) Weber, Friede von Rastatt, S. 300.

3) Ibberville an Ludwig XIV., 20. Januar 1714. (Aff. étrang.).

Schon einmal bemerkten wir, wie Bolingbroke, als er von Anfang an der savoyischen Frage ein besonderes Interesse zuwandte, sich nicht von persönlichen, sondern von echt staatsmännischen Rücksichten hatte leiten lassen, indem es ihm schien, daß dieses kleine Land dazu geschaffen wäre, zwischen den beiden sich bekämpfenden Häusern, den Habsburgern und den Bourbons, wie sein Ausdruck lautete, die Balance abzugeben. Daran hatte er festgehalten, und darum hatte der Erwerb von Gibraltar und Minorca, welcher den Engländern jene bedeutsame Position im Mittelmeere sicherte, die sie im Verlaufe des Krieges gewonnen hatten, für ihn noch die besondere Bedeutung, daß dieser Besitz England in den Stand setzte, zur Aufrechterhaltung eben dieses Gleichgewichts beizutragen [1]. Jetzt gingen seine Überlegungen aber noch weiter, und wir dürfen es sagen, daß er der erste Staatsmann gewesen ist, der damals, als der Wunsch nach einer völligen Emanzipation Italiens von Österreichs Herrschaft sozusagen in der Luft lag — man kennt die Absichten Alberonis und die Entwürfe Franz Ragoczys — den Gedanken gefaßt hat, daß diese Emanzipation vom Hause Savoyen ausgehen müsse. Mit prophetischem Blicke bezeichnete er es als das Bollwerk Italiens [2]. Das erste Ziel, das er sich in dieser Richtung zu stecken hatte, war doch aber das, den König von Sicilien in seinem augenblicklichen Besitzstande sicher zu stellen, und so ist er gleich auf einen Vorschlag von Viktor Amadeus eingegangen: zwischen England, Frankreich und Savoyen eine Defensivallianz zu bilden mit dem gemeinsamen Zwecke, die Besitzungen des Königs gegen kaiserliche Angriffe zu schützen [3]. An die Ausführung

1) Bolingbroke an die Plenip., 23. Juni 1712. (Strafford Papers. Br. Mus. 31 137).

2) Bolingbroke an die Plenip., 20. Februar / 3. März 1713. (Br. Mus. 22 206).

3) Manno, Ferrero e Vayra „Relazioni diplomatiche etc." IV, p. XVIII. Aus den hier veröffentlichten Berichten des savoyischen Gesandten am französischen Hofe ist das allmähliche Zustandekommen der Allianz gut zu verfolgen. Die einschlägigen Stellen sind aus dem Index

dieses Programmes ging er in der Weise heran, daß er vor anderem die französische Regierung dafür zu gewinnen suchte und hierzu Torcy melden ließ, wie die Krankheit der Königin, welche dieselben Wirkungen hätte beobachten lassen, als wenn es mit ihr zu Ende gegangen wäre, die Absicht eines Bündnisses zwischen dem Kaiser, Holland und Hannover deutlich zum Vorschein gebracht hätte, und wie es also auch im französischen Interesse läge, an italienische Allianzen zu denken. Hierbei hat er dem französischen Gesandten entwickelt, wie, wenn die Defensive in Italien zur Offensive führen würde, man sehen würde, was zu thun wäre, um den Kaiser nach Deutschland zurückzuschicken [1]).

Und liegt nicht am Tage, daß diese Allianz, wenn sie zustande kam, auch auf die inneren englischen Verhältnisse im Sinne Bolingbrokes einwirken mußte? Erinnern wir uns, wie sehr die große europäische Kombination, auf welche die Whigs ihre auswärtige Politik gegründet hatten, ihnen zur Feststellung ihres Übergewichts im Innern zustatten gekommen war, so sehen wir dieser eine andere sich entgegensetzen, welche den torystischen Tendenzen entsprach und also ihrerseits auf die Befestigung des Torysmus zurückwirken mußte.

Stand mit dieser auswärtigen Leitung Bolingbrokes aber auch die innere, wie sie inzwischen von dem Großschatzmeister gehandhabt worden war, im Einklange?

Hier ist es nun hervorgetreten, daß Lord Oxford sein Amt nicht beibehalten hat, um in irgendeiner Weise Bolingbrokes Schema zu fördern, sondern daß er, scharf durchschauend, welche Macht seinem Nebenbuhler aus der Einigung des Torysmus erwachsen mußte, sich wohl gehütet hat, ihn auch nur einen weiteren Schritt seinen Wünschen näher zu bringen. Anderseits hat er doch aber gerade damals die jakobitische

---

zu entnehmen unter „Savoia, Lega fra S., Francia ed Inghiltera." Für die englische Politik ist nichts aus ihnen zu entnehmen.

1) Ibberville an Ludwig XIV., 20. Januar / 5. Februar 1714. (Aff. étrang.).

Restauration im Auge gehabt, die nun auch seinerseits in irgendeiner Weise vorbereitet werden mußte, und so hat er mit einer Geriebenheit, der nur er fähig war, eine Politik eingeleitet, die ohne Bolingbroke zu nützen, falls der Prätendent übertrat, diesem zugute kommen konnte, andernfalls aber als der erste Schritt gelten durfte, sich dem aufgehenden Sterne Hannovers zu nähern. Er machte dem hannoverschen Gesandten das Anerbieten, eine Akte zu sanktionieren, welche die Kurfürstin Sophie ermächtigen würde, die sämtlichen Mitglieder der Regentschaft zu ernennen, ohne an die sieben Personen gebunden zu sein, welche gemäß der Regentschaftsbill von 1705 vermöge ihres Amtes Mitglieder sein mußten, und legte es als Beweis seiner aufrichtigen Gesinnung für das hannoversche Haus aus. Ging der hannoversche Hof darauf ein, so war aber damit die Gelegenheit gegeben, die Successionsakte zu ändern und sie also auch zugunsten des Prätendenten gänzlich umzustoßen [1]). Gleich doppelsinnig war ein zweiter Vorschlag, den er einbrachte: er empfahl am 17./28. März in dem inzwischen eröffneten Parlamente die Annahme einer Bill, welche die Einführung fremder Truppen zum Hochverrat machte. Damit war dem Prätendenten gedient, insofern als wenn das Bündnis zwischen dem Kaiser, den Staaten und Hannover, von dem Bolingbroke gesprochen hatte, zustande kam, es seine Wirkung verlieren mußte; auf der anderen Seite aber durfte der Großschatzmeister sagen, daß es geschehen sei, um der Einführung des Prätendenten durch französische Truppen einen Riegel vorzuschieben [2]).

Und damit waren die Maßregeln, welche der Großschatzmeister gefaßt hatte, erschöpft.

Kann es also Wunder nehmen, daß nur gerade so lange noch, wie Bolingbroke auf die Möglichkeit einer Restauration rechnete, welche ihn und seine Freunde in jedem Falle gesichert hätte, das Einvernehmen im Ministerium andauerte, daß aber

1) Bericht von Schütz, 1./12. Januar 1714. (Macph. II, 545).
2) Klopp XIV, 540.

mit dem Augenblicke, wo diese Möglichkeit fürs erste zum mindesten abgeschnitten schien, die Bolingbrokesche Gruppe im Gefühle der Haltlosigkeit ihrer Lage sich an die Königin wandte, daß diese endgültig dem Treiben des Großschatzmeisters ein Ende machte.

Aus welcher Stimmung heraus sie zu diesem Schritte veranlaßt worden sind, hat Bolingbroke selbst in lebhaften Farben später verzeichnet: wir sahen die Gefahr und viele von uns sahen auch die Mittel sie zu vermeiden, aber so lange der Zauberstab in denselben Händen blieb, diente dieses Wissen nur dazu, unsere Unruhe zu steigern, und wider unseren Willen wurden wir gezwungen, sehenden Auges dem Abgrunde entgegenzugehen. Mit jedem Augenblicke wurden wir mehr außer Stand gesetzt, falls die Königin leben blieb, ihre Regierung zu unterstützen, und falls sie starb, uns selbst in Sicherheit zu bringen. Auf der einen Seite hatte man einen gemeinsamen Plan und handelte danach; auf der anderen war überhaupt kein Plan vorhanden [1]. Ein vertrauliches Schreiben Bolingbrokes an Strafford führt ebenfalls in diese Stimmung ein: „in beiden Häusern findet man die besten Gesinnungen von der Welt, aber ich bedaure Ihnen sagen zu müssen, daß diese Gesinnungen zu nichts führen. Die Whigs verfolgen ihre Pläne in guter Ordnung und in vollem Einvernehmen. Die Tories stehen und gaffen in der Erwartung, daß der Hof ihr Verhalten regeln und sie auf ihrer Bahn weiter führen solle, und der Hof scheint in Lethargie versunken. Daraus kann sich, wie Sie sehen, nichts anderes entwickeln als die größte Absurdität und das größte Unglück. Die Minorität und noch dazu eine unpopuläre, wird unschwer mit einer Majorität fertig werden, auf deren Seite die Königin und die Nation steht" [2]. So begab sich Bolingbroke in Gemeinschaft mit dem Kanzler Harcourt und Mylord Trevor zur Königin, um dieser seine und seiner Freunde Klagen unverblümt vorzutragen. Er

1) Letter to Wyndham.

2) Bolingbroke an Strafford, 23. März 1714. (Bol. Korr.).

wisse, sagte er zu Ibberville, daß er der Königin mißfallen und sich mit dem Großschatzmeister entzweien werde, der niemals verzeihe, aber er thäte es gleichwohl, weil alle seiner Meinung wären [1]). Der Boden war übrigens durch die Masham vorbereitet und, wie Swift beobachtete, war die Königin ohnedies ebenfalls darüber unwillig geworden, daß der Großschatzmeister so wenig auf ihre Intentionen eingegangen war. Jetzt, als Bolingbroke vor sie trat, hat sie Oxford aber doch nach Möglichkeit entschuldigt und geweint, weil sie nicht zu dem harten Entschlusse kommen konnte, ihn zu entlassen; es schreckte sie überdies, daß letzterer ihr hatte beibringen lassen, seinem Falle würde die Rückkehr der Whigherrschaft folgen. Als Oxford also seinen Abschied einreichte, schlug sie ab; allerdings wußte Bolingbroke zu versichern, daß, wenn er sie ein zweites Mal darum ersucht haben würde, sie nicht abermals nein gesagt hätte. Anna bat nun ihre Minister unter Thränen sich auszusöhnen und den Herzog von Ormond, als den gemeinschaftlichen Freund des Großschatzmeisters und Bolingbrokes, die Vermittelung zu übernehmen. Oxford versprach alles; insbesondere wollte er, wogegen er sich noch immer gesträubt hatte, mit ihnen Maßregeln ergreifen, die Armee von den whiggistischen Elementen zu säubern [2]).

Das war die Lage bei Hofe und im Ministerium, als ein Ereignis eintrat, welches eine Lösung der vorhandenen Wirren zu bringen schien, die niemand für möglich gehalten hätte. Unterbrechen wir unsere Darstellung der Vorgänge in England, um diesen Zwischenfall in seinem vollen Zusammenhange und in seinen Einzelheiten zu schildern.

---

1) „Il a ajouté, que si ses conseils avaient été suivis, on aurait pû mettre les affaires en assez bon train pour agir dans ce Parlement, mais qu'à l'heure qu'il est, il ne faut pas y penser, et que ce serait changer l'ordre de bataille en présence de l'ennemi." Ibberville an Torcy, 14. April 1714. (Aff. étrang.).

2) Berichte von Schütz (Macph. II, 585); von Ibberville 14. und 19. April; von Gaultier 12. und 16. April 1714. (Aff. étrang.). Um den Prätendenten hat es sich dabei nicht gehandelt.

Wir kommen auf den Kern der Situation, wenn wir darauf hinweisen, daß, wenn auch während der ganzen Zeit, in der das Ministerium mit dem Stuarthause verhandelt hatte, von Hannover aus nichts eigentlich geschehen war, das Treiben der Minister zu hindern, im Schlosse zu Herrenhausen zwei Augen wachten, welche mit Bangen dem endlichen Resultate entgegensahen, und auf die Ausführung des welfischen Anrechtes auf Großbritanniens Thron nicht so leicht, wie man es von dem Kurfürsten in letzter Zeit wohl mit Recht vermutete, verzichtet haben würden. Die Stellung der Kurfürstin Sophie, der greisen Mutter des Fürsten, zu der Succession in England wird noch immer verschieden dargestellt [1]). Wir meinen, daß sie weder die Krone gesucht, noch aber auch sich in die Übertragung derselben auf ihr Haus nur ergeben hat, sondern, daß sie von dem Tage an, wo König Wilhelm sie aufforderte, ihre Rechte auf den englischen Thron geltend zu machen, sie der für ihr Haus so bedeutsamen Angelegenheit ein stetig wachsendes Interesse entgegengebracht hat. Zu Lord Darthmouth, welcher sich ihr nach der Schlacht von Landen in Hannover vorstellte, hat sie von England als von ihrem eigenen Lande gesprochen, sowie dem Wunsche deutlich Ausdruck gegeben, es noch vor ihrem Tode zu sehen, auch neben ihren Verwandten in der Abtei von Westminster begraben zu werden [2]), und ein kürzlich veröffentlichter Briefwechsel Sophiens mit ihren Verwandten in der Pfalz giebt einen neuen Beweis, daß, nachdem der Gedanke an die Thronfolge bei ihr angeregt war, sie sich mit ihm fortdauernd beschäftigt hat [3]). Hat sie

1) Zur Einführung in die Kontroverse ist besonders ein Aufsatz von Ward zu empfehlen, der einen vermittelnden Standpunkt einnimmt: „The Electress Sophia and the Hanoverian Succession.“ Engl. Hist. Rev. I, 470—506. Trefflich ist die Schilderung ihres Verhältnisses zu Leibniz. Die Ansicht von Klopp vertritt übrigens auch Ranke (S. W. XX, 226).

2) Dartmouth Note bei Burnet IV, 197.

3) Die einschlägigen Stellen sind von Bodemann in der Einleitung S. xv, xvi bequem zusammengestellt.

doch, wie wir diesen Briefschaften entnehmen, als die Zeit gekommen war, wo die Thronfolgefrage im Parlamente sicher gestellt werden sollte, weil die Verhandlungen sich in die Länge zogen, sogar eine ängstliche Ungeduld gezeigt [1]), und war ihre Freude, als dann Lord Macclesfield in Hannover eintraf, um in feierlicher Audienz die prächtig ausgestattete Urkunde, die sie als nächste Erbin bezeichnete, zu überreichen, nicht ganz ungetrübt, so war das nur, weil es sie grämte, ihres Alters wegen die Erbschaft aller Wahrscheinlichkeit nach selbst nicht mehr antreten zu können [2]). Anders, als es letzthin geschehen ist, fassen wir auch Sophiens Haltung bei jener merkwürdigen Episode, als im Herbste 1705 die Torypartei sie nach London einzuladen beabsichtigte. Sie hat sich nicht, wie gesagt worden ist, damals neutral verhalten, oder gar die vorangehenden Eröffnungen Buckinghams ohne weiteres vernachlässigt [3]). Vielmehr lag ihr daran, die Gerüchte zu widerlegen, daß sie sich um die Succession wenig kümmere, und wie sie auch Buckingham persönlich geantwortet hatte, so nahm sie Gelegenheit, gesprächsweise und in ihrem bekannten Schreiben an den Erzbischof von Canterbury, welches dieser seinen Freunden vorlegen durfte, mitzuteilen, daß, wenn je das Parlament sie rufe, sie willig sei zu folgen, weil, ergänzt ein Bericht Huttons aus Hannover [4]), das ihrer Überzeugung nach zum besten der drei Königreiche, der Königin selbst und ihrer Familie gereichen würde. Gegen den ausdrücklichen Willen der Königin würde sie aller-

1) Kurfürstin Sophie an die Raugräfin, 4. April 1701. Bodemann, S. 208.

2) „Es ist ein Elend vor mir, daß ich zu alt dazu bin." Bodemann, S. 209.

3) Beides meint Ward, S. 496. Ihren brieflichen Verkehr mit Buckingham bezeugt ein Schreiben der Raugräfin an Davenant: „Voici la réponse de S. A. E. Mad. l'Electrice pour le duc de B. Il est le premier à qui elle a répondu de sa propre main sur ce sujet." 12. März 1705. (Br. Mus. 4744).

4) Hutton an Rochester, 21. September 1705. Hyde Papers Br. Mus. 15895, vgl. Noorden II, 255 (Anm.).

dings die Reise nicht angetreten haben, das würde schon der Kurfürst nie zugegeben haben, der von dem ganzen Plane wenig wissen wollte, und so hoffte sie, daß ihre Freunde ihre Maßregeln dann so treffen würden, daß ihre Ankunft der Königin nicht mißfiele [1]). Daß die Whigs dem darauf folgenden Vorschlage Havershams im Parlamente entgegentraten, hat sie ihnen auch nicht so bald vergeben, und was diese daraufhin für die weitere Sicherung der Succession thaten, dankte sie ihnen darum wenig, weil sie alles nur als ein Mittel betrachtete, ihre Herüberkunft zu hindern [2]). Noch war dann in den folgenden Jahren von diesem Wunsche der Fürstin öfters die Rede und drängte ein gewisser Scott den Kurfürsten wieder noch im Namen der Tories, als der wahren Freunde Hannovers, seine Zustimmung zu der Reise seiner Mutter zu geben, so versicherte Marlborough, daß dieser Scott nichts ohne Wissen Sophiens thäte [3]).

Doch aber ist die Fürstin auf den Gedanken einer Fahrt nach England ihrerseits nicht jetzt mehr zurückgekommen. War auch ihr Interesse an der englischen Succession trotz ihres hohen Alters dasselbe geblieben [4]), so erklärte sie doch ausdrücklich, daß sie diese Reise nicht mehr ohne den Kurfürsten antreten werde [5]); und sie mußte wissen, wie schwer dieser sich dazu entschließen würde. Es war von London her, daß im März die Kunde kam, Thomas Harley sei in außerordentlicher Gesandtschaft nach Hannover beordert, und dieser habe den

---

1) Keineswegs also hat die Kurfürstin sich darauf beschränkt, wie Leibniz es nachher verbreitete (vgl. Ward, S. 496) ihr Vertrauen in das Urteil der Königin auszudrücken.

2) Das ergiebt der sehr bezeichnende Brief Sophiens an Leibniz, 7. September 1712. Leibniz Werke ed. Klopp IX, 360.

3) Robethon an Cardonnell, 2. August 1707; Marlborough an Godolphin, 8. August 1707; Coxe II, 295. 296.

4) Robethon an Leibniz, 8. September 1712. Leibniz Werke ed. Klopp IX, 362.

5) Schulenburg an Leibniz, 11. Februar 1714. Ebendas. Einleitung S. LXXV.

Auftrag, den alten Wunsch der Fürstin zu erfüllen, und — so ging das Gerücht — im Namen der Regierung die Kurfürstin Sophie nach England einzuladen.

Wir wissen, daß in Wahrheit im Ministerium davon nie die Rede gewesen ist und wundern uns daher nicht Harley, der in der That nach Hannover ging, im entgegengesetzten Sinne instruiert zu finden. War nämlich die Königin in beständiger Erregung, daß die Whigs die ihr übermittelte Absicht, auf parlamentarischem Wege ein Mitglied des hannoverschen Hauses nach England kommen zu lassen, doch noch zur Ausführung bringen könnten, so galt es, eben diesem Vorhaben in Hannover selbst möglichst entgegenzuarbeiten, und Harleys wichtigster Auftrag war darum der, der hannoverschen Familie zu bemerken, daß, da die Neigung der Königin dieselbe sei wie früher, es sehr ungerecht und sehr unangenehm für die Königin sein würde, wenn das Haus Hannover selbst oder jemand in dessen Dienste die geringste Ermutigung oder Unterstützung dem Geschrei einer Faktion darbieten würde, die nichts weniger im Sinne habe, als den wirklichen Vorteil Hannovers, vielmehr lediglich darauf ausgehe, die früher von ihr mißbrauchte und darum verlorene Macht wiederzugewinnen. Weiter hieß es in der Instruktion, daß es die Absicht der Königin sei, die Frage über die Sicherheit der Thronfolge in kurzer Frist zur Entscheidung zu bringen. So solle Harley eine Erklärung verlangen, ob der Kurfürst und die Kurfürstin die vorhandenen Garantieen für ungenügend erachteten oder nicht, und welche weitere Garantie sie eventuell vorzuschlagen hätten. Würden sie keine zu nennen haben, so würde die Königin annehmen, daß die bestehenden ihnen genügten. Würden sie aber Vorschläge irgendwelcher Art machen, so solle er versprechen, der Königin einen getreuen Bericht abstatten zu wollen und bis auf weiteres ihnen bekannt machen, er sei beauftragt ihnen zu sagen, daß, wenn diese Vorschläge mit ihrer Ehre, ihrer Sicherheit und mit den Gesetzen, welche jetzt die Succession sicherten, vereinbar seien, die Königin nicht bloß in dieselben einwilligen, sondern sie auch befördern werde. Würden aber

unter dem Vorwande, die Succession sicher zu stellen, Propositionen von anderer Seite gemacht werden, welche nach der Meinung der Königin mit ihrer Ehre und ihrer Sicherheit nicht im Einklang ständen, so würde die Königin nie ihre Zustimmung geben, und alle ihre getreuen Diener mit dem Aufgebot aller Kraft sich einem solchen Vorhaben entgegenstellen [1]).

Nun ist der Konflikt nicht dadurch herbeigeführt worden, daß die Kurfürstin an die Möglichkeit einer Einladung selbst noch geglaubt oder überhaupt der Ankunft Harleys eine größere Bedeutung beigemessen hat. Eines aber brachte sie in Harnisch, als Harley eintraf, ohne für sie anderes zu bringen als das Anerbieten eines nicht vom Parlamente, sondern von der Königin nur persönlich bewilligten Jahrgeldes: das Gerede, das sie mit Harleys Ankunft in Verbindung brachte, daß sie nach England nicht gehen wolle [2]). Aus derselben Stimmung also heraus, aus der sie im Jahre 1705 gehandelt hatte, aus dem Wunsche zu beweisen, wie wenig gleichgültig sie der Succession gegenüberstehe, entschied sie sich selbständig auf eine in den letzten Berichten des hannoverschen Gesandten öfters berührte Angelegenheit einzugehen: sie forderte den Gesandten auf anzufragen, warum man ihrem Enkel, dem Kurprinzen, noch nicht das „Writ" zum Parlamente geschickt habe, auf das er kraft seines Titels als Herzog von Cambridge Anspruch hätte [3]).

Die Frage, um die es sich hier handelte, hatte bereits ihre Geschichte.

Derselbe Roger Acherley, der dem hannoverschen Hofe Vorschläge eingesandt hatte, wie die Succession im Utrechter Friedensdokumente gesichert werden sollte, war in einem Briefe

---

1) A Copy of the letter to Mr. Harley upon his going to Hannover unter Clarendons Papieren Stowe Mss. Br. Mus.; übereinstimmend mit dem von Bolingbroke an Strafford angegebenen Inhalt der Harleyschen Instruktion. (Bol. Korr. II, 612).

2) Kurfürstin Sophie an Leibniz, 20. Mai 1714. Leibniz Werke ed. Klopp IX, 446.

3) Kurfürstin Sophie an Schütz, 12. April 1714. (Hannov. Staats-A.).

vom 20. Oktober 1713 mit dem Plane hervorgetreten: man möge, um die von den Whigs so sehr gewünschte Anwesenheit eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses zu erlangen, gleich nach Eröffnung des Parlaments der Königin in Form eines Memoires den Wunsch aussprechen, daß ein Bote nach Hannover gesandt werden möge, um dem Kurprinzen sein Einberufungsschreiben zum Oberhause zu überbringen [1]). Vielleicht nicht ganz unabhängig von ihm war der gleiche Gedanke von den Lords Nottingham und Cowper gefaßt worden, und Cowper war bereits so weit gegangen, bei dem Lordkanzler Harcourt durch einen Beamten des Kanzleramtes anfragen zu lassen, ob das Writ dem kurfürstlichen Gesandten zugestellt werden solle [2]). Auf ihre Anregung hin hatte sich dann der Gesandte Schütz selbst mit dieser Frage beschäftigt und nach Hannover darüber geschrieben, in welcher Verlegenheit er sich dem Writ gegenüber befinde: viele von denen, die wüßten, daß der Kanzler es ihm nicht zugestellt habe, seien erstaunt darüber, daß er es nicht verlange, aber wie könne er es, ohne den Befehl dazu zu haben. Freilich gestehe er, daß ihn das allein nicht abhalten würde, wenn er nur hoffen dürfte, daß, sobald er es erhalten und nach Hannover gesandt haben würde, der Kurprinz sich sofort auf den Weg machen würde. Zwei Bedenken also ständen ihm im Wege, das Writ zu fordern: die Besorgnis, daß der Kanzler die Auslieferung verweigere, und dann daß der Kurprinz, auch wenn er das Writ habe, dennoch nicht komme [3]).

Und dieser Gesandte faßte nun den Brief der Kurfürstin, den er mit Recht als Antwort auf seine Anfragen ansehen durfte, in folgender Weise auf:

Es war wirklich nur die Absicht der Fürstin, denn wer

1) Acherley an Leibniz, 20. Oktober 1713. Zeitschr. des hist. V.s für Niedersachsen 1852, S. 91.

2) Bericht von Schütz, 16./27. Februar 1714. Macph. II, 567.

3) Bericht von Schütz, 23. Februar/6. März 1714. Macph. II, 574.

möchte die Auslegung, welche die hohe Frau selbst gegeben hat [1]), widerlegen wollen, daß Schütz Nachfrage nach dem Writ halten sollte. Das Schreiben Sophiens war aber, wie es bei einer Frau von so hohen Jahren, so geistig rege sie auch sonst war, gewiß entschuldbar ist, entschieden doppelsinnig gefaßt und konnte auch sehr wohl die Auffassung zulassen, daß es sich um die Forderung des Writ handle [2]). Das las der Gesandte, um so mehr, da er in diesem Gedanken lebte, aus dem Briefe heraus und ging nach kurzer Beratung mit seinen whiggistischen Freunden in diesem Sinne vor. Er begab sich zu dem Lordkanzler und erklärte diesem, von der Kurfürstin

---

1) Der diese Aussage enthaltende Brief der Fürstin an Lord Strafford scheint verloren zu sein. Über seinen Inhalt berichtet Strafford an seine Schwester: „this day I received a letter from her all with her own hand, in which she says the Elector knew nothing of it, and Schutz mistook her orders, which was not to ask, buk only to inquire, if the Duke of C. should not have his writ as well as other Dukes.“ Wentworth Papers S. 32.

2) Der Text des Schreibens, von dem in Paulis Auszug (Zeitschr. des hist. Vereins für Niedersachsen 1883, S. 47, Anm. 2) merkwürdigerweise die wichtigste Stelle weggelassen ist, lautet: „Je vous prie de dire à Mr. le Chancelier Mylord Harcourt, qu'on est fort étonné ici qu'on n'a point encore un writ à mon petit fils le Prince Electoral pour pouvoir entrer au parlement comme Duc de Cambridge, comme il a lui dû être par le patent que la Reine lui a donné. Comme il a toujours été de mes amis aussi bien que son cousin, je crois qu'il ne trouvera pas mauvais q u e v o u s l e l u i d e m a n d i e z e t l a r a i s o n.“ Der letzte Satz kann doch nun sowohl heißen: „Ich glaube, er wird es nicht schlecht finden, daß Ihr ihn danach f r a g t und nach dem Grunde“, als „ich glaube, er wird es nicht schlecht finden, daß Ihr es ihm a b f o r d e r t und auch den Grund nicht.“ Daß Schütz einen Befehl der Kurfürstin es abzufordern herausgelesen hat, ergiebt sein Schreiben an die Fürstin selbst (15./26. April): „J'ai reçu avec un très-profond respect l'honneur les ordres de V. A. R. en conséquence desquels j'ai été trouver le Gr. Chancelier lui faire les compliments de V. A. R. et lui demander le Writ“; und in einem Briefe vom 19./30. April wiederholt er: „V. A. R. aura vu par la lettre du 15./26., que j'eus l'honneur de lui écrire, que la demande du Writ, que j'ai fait par son ordre, avait fait beaucoup de bruit ...“ (Hannov. Staats-A.).

die Ordre erhalten zu haben, ihm das Writ des Kurprinzen abzuverlangen.

Und gestehen wir, daß die parlamentarische Lage das Vorgehen der Kurfürstin als durchaus zeitgemäß erscheinen lassen mußte.

Die Whigpartei hatte sich, wie wir sagten, mit dem Entschlusse zurückgezogen, ihr weiteres Verhalten je nach dem Resultate der Harleyschen Mission einzurichten. Sie war inzwischen aber doch vorher schon hervorgetreten, weil das, worum sie sich bisher vergeblich bemüht hatte, ihr endlich gelungen war: ein gemeinsames Programm mit den Hannover-Tories festzustellen, welches die Unterstützung dieser Gruppe, die nur von einer Einladung des hannoverschen Prinzen nichts hatte wissen wollen, für jede andere im Interesse der hannoverschen Succession zu ergreifende Maßregel sicherte [1]). Kurz vor der Forderung des Writ war dieses Zusammengehen bei Beratung über den Zustand der Nation im Parlamente zum erstenmal zum Ausdruck gekommen. Die Opposition hatte im Oberhause die Debatte zum Anlaß genommen, die Politik der Minister nach jeder Richtung hin abzuurteilen, insbesondere aber die Maßregeln, welche die Minister ergriffen hatten, um die Entfernung des Prätendenten aus Lothringen zu veranlassen — der einschlägige Briefwechsel war dem Hause vorgelegt worden — als ungenügend zu erklären. Darauf hatte sich ein Mitglied der Hofpartei, Lord Ferrers, erhoben, um, damit man zu einem Abschlusse käme, eine Abstimmung zu veranlassen, ob die hannoversche Succession in Gefahr sei, wozu der Lordkanzler bei Verlesung der Motion hinzufügte „unter Ihrer Majestät Regierung". Die Gegner des Ministeriums verlangten nun die Streichung dieser Worte, und hierüber entspann sich ein Kampf, welcher über das Schicksal der Motion überhaupt zu entscheiden hatte. Als es dann zur Abstimmung kam, ergab es sich, daß der Erzbischof von York und die Mehrzahl seiner Amtsbrüder, sowie die torystischen

1) Macph. II, 587—589.

Lords Abington und Anglesey gegen die Regierung gestimmt hatten, so daß das Ministerium sich nur mit der knappen Majorität von elf Stimmen behauptete. Und danach hatten die Whigs ihrerseits drei Anträge ein- und durchgebracht: die Königin sei zu ersuchen, eine Proklamation zu erlassen, welche einen Preis auf den Kopf des Prätendenten setzte, falls dieser auf englischem oder irischem Boden landen sollte, sie möge ferner Sorge tragen, daß die Vorstellungen bei dem Herzog von Lothringen betreffs des Prätendenten erneuert würden, und drittens Allianzen mit dem Kaiser und sonst geeignet erscheinenden Mächten zur Garantie der hannoverschen Succession eingehen. Hier hatten die Minister aber eine Klausel einzufügen verstanden, welche die Forderungen der Whigs in dem wichtigsten Punkte abschwächte, indem der Zeitpunkt, wann die gewünschte Proklamation zu erlassen sei, dem Belieben der Königin anheimgestellt wurde, und damit war denn das Endergebnis des vereinten Ansturmes der Whigs und Hannover-Tories gegen die Regierung kein größeres, als die Einreichung einer Adresse in einer Form, in welcher so viele sich schon als wirkungslos erwiesen hatten. Was hätte unter diesen Umständen dem hannoverschen Gesandten also zeitgemäßer erscheinen können, als daß nunmehr das hannoversche Haus in die englischen Wirren eingriff?

So war das Unerhörte, das Unerwartete eingetroffen, daß Königin Anna vor die Wahl gestellt wurde, die gesetzlichen Bestimmungen verletzen oder einen Schritt genehmigen zu müssen, der ihr in tiefster Seele zuwider war und von dem sie noch vor kurzem gesagt hatte, daß das ihr den Sarg vor die Augen stellen hieße. Wir begreifen, daß einem Zwischenfalle von dieser Tragweite gegenüber der Zwist der Minister, sowie alles andere zurücktreten mußte, und daß es sich vorerst ausschließlich darum handelte, die Königin aus der so peinlichen Alternative zu befreien. War es denn überhaupt denkbar, fragten sich die Minister, daß, da die Forderung von Schütz weder von dem hannoverschen Hofe direkt, noch von Harley angemeldet oder nur angedeutet worden war, der Ge-

sandte mit Wissen des Kurfürsten gehandelt hatte, und war nicht viel mehr anzunehmen, daß er selbständig und unter dem Drängen der Whigs vorgegangen war? In dem nach Harcourts Meldung noch an demselben Abende zusammenberufenen Kabinettsrate wurde diese Auffassung zugrunde gelegt und beschlossen, seinen vollen Zorn gegen die Person des Gesandten zu kehren, auch dessen sofortige Abberufung zu erbitten, in Hannover aber durch Harley und einen sofort zu entsendenden zweiten Gesandten vorzustellen, wie man überzeugt sei, daß der Kurfürst die Handlungsweise seines Vertreters nicht billigen und nie der Königin zum Trotze die Herüberkunft des Kurprinzen genehmigen werde. Was das Writ betraf, so wurde die sofortige Auslieferung an den hannoverschen Gesandten beschlossen, wie groß aber die Erbitterung der Königin war und damit die Gefahr, die heraufbeschworen war, mag daraus entnommen werden, daß sie anfangs mit Bolingbroke dafür gestimmt hatte, man solle die Übergabe des Writs verweigern [1]). Schütz hatte also nach mehrtägigem Warten das Writ und zugleich die Meldung des Zeremonieenmeisters entgegenzunehmen, daß sein Verfahren, ohne Vorwissen und mit Umgehung der Königin das Writ für den Herzog von Cambridge, einen Prinzen von königlichem Blute, zu verlangen, die Königin beleidigt habe und sie ihm deshalb den Hof verbieten lasse. Und daß man den Vorfall als rein persönlichen Mißgriff anzusehen wünschte, wurde damit bekundet, daß man den hannoverschen Residenten Kreienberg mit dem Bemerken, das gute Verständnis der Höfe solle darunter nicht leiden, mit ostentativer Liebenswürdigkeit behandelte.

Dann aber gingen für den Fall, daß der Kurfürst doch mit dem Gesandten übereingestimmt hatte, oder sich jetzt durch ihn bestimmen ließ, eine Reihe von Briefschaften nach Hannover ab, alle in dem Sinne, die Herüberkunft des Prinzen zu hintertreiben. Im Auftrage der Regierung schrieb der Staats-

1) Gaultiers Bericht, 29. April 1714. „La Reine opina de refuser le Writ, et Mr. Bolingbroke fut de son avis. Les autres ministres crurent qu'on ne le pouvait pas.“ (Aff. étrang.).

sekretär Bromley an Harley [1]); der Großschatzmeister selbst wandte sich an einen Freund des kurfürstlichen Hauses, der ihm vor kurzem eine Korrespondenz angetragen hatte, den Freiherrn von Wassenaer-Duyvenwoorde, um zu warnen, wie verderblich der Gegensatz zweier Höfe wirken müßte [2]). Am wichtigsten war, daß man auch an die Kurfürstin direkt eine Mahnung gelangen lassen konnte, denn da der Großschatzmeister wußte, daß der Gesandte im Haag, Lord Strafford, mit ihr in regelmäßiger Korrespondenz stand, so ersuchte er diesen, die Fürstin über die Stimmung des Hofes zu unterrichten [3]).

Darauf spitzte sich nun alles zu: was sagte der Kurfürst zu dem Vorgehen von Schütz und wie entschied er sich in dieser heiklen Lage?

Hatte der Kurfürst den Whigs versprochen, nach Harleys Ankunft weitere zur Sicherung der Succession zu ergreifende Maßregeln zu beschließen, und war er, wie wir berichteten, überdies von diesen aufgefordert worden, der englischen Regierung seinerseits Vorschläge zu machen, so hatte er auf Harleys Anfrage ein Memorial aufstellen lassen, welches folgende Forderungen enthielt: Zuerst hieß es, daß der Prätendent verpflichtet werden möge, sich nach Italien zurückzuziehen und daß man Ihre Majestät bäte, die wirksamsten Maßregeln zur Erreichung eines so heilsamen Zieles zu ergreifen, was um so notwendiger sei, als die Anhänger des Prätendenten mit Zuversicht verkündeten, daß er sich von Stund an zu einer Landung im Norden von Großbritannien vorbereite, während jene Gegend weder durch eine Flotte noch durch Truppen geschützt sei.

1) Bromley an Harley, 16. April 1714: „Her Majesty looks upon Mr. Sch. manner of transacting this affair to be so disrespectful to her, and so different from any instructions he could possibly have received from the Electress, that she thinks fit, you should immediately represent it to the Electress and to His Elect. H., and let them know, it would be very acceptable to her Majesty to have this Person recalled, who has affronted her in so high a Degree.“ (Rec. off. Regencies 10).

2) Macph. II, 593.

3) Wentworth Papers, p. 32.

Dann nähmen sich Ihre Kurfürstlichen Hoheiten die Freiheit, die Vorstellungen zu erneuern, welche sie seit nahe zwei Jahren bei der Königin und ihren Ministern gemacht hätten, daß sie für die Kurfürstin durch eine Parlamentsakte ein Jahrgeld festgestellt werde. Und was man in Hannover bis dahin offiziell nie ausgesprochen hatte, führte man, um auch hierin den Whigs zu genügen, als dritten Vorschlag an: da der Stand der Dinge ein so gefährlicher sei, so hofften Ihre Kurfürstlichen Hoheiten, Ihre Majestät werde ihnen beistimmen, daß es für die Sicherheit ihrer königlichen Person, sowie für die ihres Reiches und der protestantischen Succession notwendig sei, in Großbritannien ein Mitglied des kurfürstlichen Hauses zu etablieren, welches über so wichtige Interessen wachen und durch seine Treue und Anhänglichkeit an die Königin beweisen würde, wie sehr Ihre Kurfürstliche Hoheit von Respekt und Dankbarkeit für sie erfüllt seien [1]).

Diese Denkschrift war dem englischen Gesandten kaum ausgehändigt [2]), als die Nachricht der Forderung des Writ in Hannover eintraf, von dem Gesandten als Ausführung des Befehls der Kurfürstin angekündigt und als besonders glückliche und von allen Freunden des hannoverschen Hauses mit Jubel begrüßte Maßregel gepriesen [3]). Bekräftigt wurden die

1) Mémoire délivré à Mr. Harley, le 7 May 1714. Zeitschr. des hist. V.s für Niedersachsen 1883, S. 48—50. Das Original ist im Home office, Regencies 8.

2) Hoffmanns Meldung (Klopp XIV, 573), daß das Memoire nach Empfang der Meldung über das Writ ausgestellt sei, muß auf einem Irrtum beruhen. Das Memoire ist am 26. April / 7. Mai an Harley übergeben. Das Reskript des Kurfürsten an Schütz betreffs der Writ-Angelegenheit, sowie Harleys Antwort an Bromley sind nun aber beide erst vom 30. April / 11. Mai datiert, und man darf doch wohl annehmen, daß diese Schreiben dringend genug waren, um sie nicht erst am 30sten abzufassen, wenn die Nachrichten über die Londoner Vorfälle bereits am 26sten in Hannover gewesen wären. Vgl. dazu die Schreiben des Kurfürsten und der Kurfürstin an Oxford, 27. April / 8. Mai (Anhang 2), welche ebenfalls das Writ nicht erwähnen.

3) Schütz an den Kurfürsten und an die Kurfürstin, 15./26. April 1714 (Hannov. Staatsarchiv).

Berichte des Gesandten durch Briefe von Marlborough, Townshend, Cadogan, die einstimmig alle die Weisheit des Kurfürsten rühmten und ihn flehten, mit der Ausführung keinen Augenblick zu zögern. An die Schreiben der Whiglords schlossen sich Briefe von Bothmar aus dem Haag, von Leibniz aus Wien und andere mehr. Leibniz meinte, daß, wenn Schütz nicht auf Befehl des Kurfürsten gehandelt hätte, er mit einem Generale zu vergleichen sei, welcher eine Schlacht gewonnen habe, ohne von seinem Chef die Ordre zum kämpfen erhalten zu haben [1]). Auf diese Berichte hin wurde nun auch, ohne daß man auf den Anlaß dieser ganzen Bewegung zurückgegangen zu sein und das Mißverständnis, das allem zugrunde lag, erörtert zu haben scheint, in der Umgebung des Fürsten, im Familienkreise und im Ministerrate einmütig die Stimme laut, daß, da es einmal dahin gekommen war, der Kurfürst nicht zögern dürfe, die Gelegenheit auszunützen; ohne abzuwarten solle er den Prinzen die Reise antreten lassen. Wir sehen: in diesem Grade war noch nie die Versuchung an den Kurfürsten herangetreten, mit seinen bisher beobachteten Prinzipien zu brechen, und es gehörte eine eigene Natur dazu, zu widerstehen.

Der Kurfürst hat es dennoch gethan; als einziger von allen hat er dem allgemeinen Ansturme gegenüber stand gehalten. Ein rein persönliches Motiv, das jetzt, wo die Gründe, welche der Kurfürst bisher gegen die Sendung des Prinzen geltend gemacht hatte, im wesentlichen wegfielen, scharf hervorgetreten ist, hat hierbei, wie uns scheint nicht allein, aber vor anderem den Ausschlag gegeben: das Verhältnis des Kurfürsten zu seinem Sohne, mit dem er sich seit langem nicht gut stand und dem er das Vertrauen nicht schenkte, ihn eine Stellung einnehmen zu lassen, die ihm selbst vielleicht unbequem werden konnte [2]).

---

1) Leibniz an den Kurfürsten, 24. Mai 1714, Werke IX, 449.

2) Über die Motive dieses Zwistes Heinemann, Geschichte von Braunschweig-Hannover, S. 228.

So war sein Antwortschreiben an Schütz schnell aufgesetzt. An demselben Tage, an welchem Harley nach London melden durfte, daß der Kurfürst sich sehr zu bemühen scheine, alles zu vermeiden, was die Königin beleidigen könnte und das, was geschehen sei, nicht von ihm ausginge [1]), erging ein Reskript des Kurfürsten an seinen Gesandten: „Uns gereichet solches, und daß Ihr bei solcher Gelegenheit Unser Frau Mutter Gnaden Namen gebrauchet zu besonderem Mißfallen und Befremden, indem so wenig in Unser Euch erteilten und mitgegebenen Hauptinstruktion, als Unseren nach und nach Euch ergangenen Reskripten dergleichen Antrag zu thun Euch mit keinem Worte aufgegeben. Ihr hättet auch von Euch selbst begreifen und befinden sollen, daß Ihr in den Uns und Unseres Sohnes angehenden Sachen an Unsere und keines anderen Befehle Euch zu halten und jene allein zu vollstrecken habt. Wir können also nicht umhin obgemeldete Demarche Euch hiermit ernstlich zu verweisen" [2]).

Und als Schütz, der, ohne seine Abberufung abzuwarten, London verlassen hatte, in Hannover eintraf und dort eine Audienz erbat, um sich zu rechtfertigen, hat er den Gesandten nicht einmal empfangen und ihn in dieser verletzenden Weise vor aller Welt verleugnet.

Damit war also, da der Kurprinz sicherlich fürs erste nicht nach London kommen konnte, und die Komplikationen, welche seine Ankunft hervorgerufen haben würde, vermieden waren, dieser Zwischenfall bis auf weiteres erledigt.

Es ist seine Bedeutung aber nicht damit, daß er unter Umständen zu bedenklichen Folgen hätte führen können, erschöpft. Er hat einen Einfluß auch auf den weiteren Gang der englischen Verhältnisse ausgeübt, insbesondere auf die zuletzt geschilderten Wirren innerhalb des Ministeriums, und ohne ihn zu beachten, wäre die weitere Entwickelung derselben unver-

1) Thomas Harley aus Hannover, 11. Mai 1714. Home Office, Regencies 8.

2) Reskript des Kurfürsten an Schütz, 11. Mai 1714. (Hannov. Staats-A.).

ständlich. Nehmen wir also den abgebrochenen Faden unserer Darstellung wieder auf und zwar, indem wir eben diesen Einfluß nachweisen.

Erinnern wir uns, daß kurz vor der Forderung des Writ Bolingbroke Herr der Situation geworden war, daß dann die Königin, indem sie mit ihm für Nichtauslieferung des Writ gestimmt hatte, ein weiteres Einvernehmen mit ihm kundgegeben hatte, so nimmt man an, daß das Vorgehen des hannoverschen Gesandten seine Stellung endgültig befestigt hat. Ganz im Gegenteil beobachten wir aber ein abermaliges Steigen Lord Oxfords, und zwar hat dieser infolge des hannoverschen Zwischenfalles neuen Boden gewonnen. Der Großschatzmeister war nämlich, seitdem Bolingbroke ihn bei der Königin verklagt hatte, zu der Überzeugung gelangt, daß, wenn er seinem Rivalen das Feld nicht ganz räumen wollte, ein nur passiver Widerstand, wie er ihn bisher Bolingbrokes Plänen entgegengestellt hatte, nicht genügte, und daß es sich für ihn darum handelte, ebenfalls einen persönlichen Angriffspunkt ausfindlich zu machen. Dazu aber bot ihm die Writangelegenheit, so wie sie abgelaufen war, den erwünschten Anhalt. Er entwickelte der Königin, daß der ihr so peinliche Zwischenfall auf Bolingbrokes Heftigkeit zurückzuführen sei, indem diese den hannoverschen Hof herausgefordert habe und stellte die Gefahren vor, welche aus weiterem Vorgehen in dieser Richtung erwachsen könnten. Das imponierte der Königin, und sie war so leicht überzeugt, daß sie daraufhin sich entschied, dem Großschatzmeister wieder den erwünschten Vorrang vor Bolingbroke einzuräumen [1]). Bedeutete das aber, im Gegensatze zu den Bestrebungen Bolingbrokes, ein nochmaliges Hervortreten des Oxfordschen Systems, so ist es von besonderem Interesse, festzustellen, welches letzte Ziel sich dieser nach alledem gesetzt hat.

Als wichtigsten Punkt heben wir hervor, daß der Großschatzmeister nunmehr endgültig die Sache des Stuartschen

1) An account of the Earl of Oxford (Landsdowne Mss. Br. Ms.); Macph. II, 612.

Hauses verlassen und sich sichtlich bemüht hat, mit der hannoverschen Familie in nähere Beziehungen zu treten. Nur als er selbst noch unsicher war, ob der Kurprinz nicht doch nach London kommen würde, hat er nach St. Germain versichert, daß alles zum besten des Prätendenten ablaufen würde, daß dieser überhaupt nie ein besseres Spiel gehabt habe, weil das hannoversche Haus nicht mehr ihn, sondern direkt die Königin angreife, und daß er nach der Königin keinen anderen anerkennen würde, als den Prätendenten [1]); danach aber hat Gaultier ihn zu keiner wirklichen Aussprache mehr zu bringen vermocht, und offenbar nur, um die Schritte des Prätendenten zu überwachen, hat er die Verbindung mit ihm noch aufrecht erhalten [2]). Um aber anderseits am hannoverschen Hofe Boden zu fassen, hat er diesen auf die Bedeutung, welche die Gruppe der Hannover-Tories für die Sicherung der Succession hätte, hingewiesen und seinerseits sich noch mehr als bisher bemüht, sich mit dieser Gruppe ins Einvernehmen zu setzen. So forderte er Hanmer auf, trotz allem, was dieser gegen die Regierung gethan hatte, mit ihm ein Schema zu beraten, das alle befriedigen würde [3]). Daß er, wie er es später selbst gesagt hat, um seine Verdienste um die neue Dynastie anzupreisen, seinen Posten dann im Auftrage des Kurfürsten behielt, um das Treiben der Übrigen beobachten zu können [4]), und wie Bolingbroke und Gaultier besorgten, den Stuarthof verraten hat, ist unwahr. Richtig aber ist, daß er so weit ging, Bolingbroke in Hannover zu verdächtigen, und um sich hier gegen ihn eine Stütze zu suchen, vorzustellen, wie es im hannoverschen Interesse läge, ihn gegen Bolingbroke im Amte zu halten. Sehr diplomatisch hatte

1) Gaultiers Berichte, 23. und 26. April 1714. (Aff. étrang.). Berwick an den Prätendenten, 6. Mai. Mahon I, 390.

2) Gaultiers Berichte (Auszüge in der Revue Nouvelle), Mai bis Juni 1714.

3) Oxford an Hanmer, 13. Mai 1714; Bunbury, Correspondence, p. 168.

4) Ibberville an Ludwig XIV., 14. Sept. 1714. (Rev. nouv.)

sein Agent hinzuzufügen, daß man gut thun würde, damit er nicht sein Amt niederlege, ihm im Vertrauen zu versichern, er könne darüber, wie sein Los sich unter dem hannoverschen Hause gestalten würde, beruhigt sein [1]).

Die Rücksicht auf die Königin, welche ihn bisher von dem hannoverschen Hofe ferngehalten hatte, war eben auch weggefallen. Hatte die Königin den Prätendenten, weil er bei seinem Glauben beharrte, aufgeben müssen, so wäre sie, wie sie zu Bolingbroke gesagt hatte, wenn der Kurprinz gekommen wäre, doch noch zu allem fähig gewesen [2]). Da er nicht eintraf, ließ sie nicht aus Zufall jetzt zum erstenmal eine Reihe hochkirchlicher Prälaten zu sich kommen, um sich von ihnen über die Besorgnisse, die betreffs des Prätendenten herrschten, unterrichten zu lassen, und sie feierlichst ihrer Zuneigung zu dem hannoverschen Hause zu versichern; nur — das wiederholte sie auch ihnen — würde sie die Anwesenheit eines hannoverschen Prinzen nicht dulden [3]). Und war sie zuvor damit einverstanden gewesen, daß der Prinz in Lothringen bliebe, so erging nunmehr unter ihrem eigenen Siegel ein Schreiben an den Herzog, in welchem sie ihn auf das Dringendste ersuchte, die Person, welche angäbe einen Anspruch auf ihren Thron zu haben, aus seinem Lande zu entfernen [4]).

1) Steingens an Schulenburg, 1./12. Mai 1714. Leibniz Werke ed. Klopp IX, 109.

2) „Qu'elle risquera plutôt de perdre la couronne, que d'y consentir." Gaultier an Torcy, 7. März 1714. (Aff. étrang.).

3) John Chamberlayne an Kurfürstin Sophie, 27. April 1714 bei Thornton, Brunswick Accession, p. 173; Herzogin von Marlborough an Craggs (nach Berichten aus London), 2. Juni 1714. (Stowe Mss. Br. Mus.).

4) „Je croirais manquer aux égards que la divine providence permet qu'on aie pour sa sureté et aux soins vigilants que je dois avoir pour la tranquillité de mes bons sujets, si je ne vous priais pas très-instamment de faire cesser ce sujet de jalousie en éloignant à une plus grande distance de mes royaumes la personne qui déclare ouvertement y avoir droit, afin que s'en voyant éloigné, il puisse avoir moins de communication avec des gens mal inten-

Und was that Bolingbroke? Er ging niedergeschlagen umher und klagte seinen Freunden, auf seine bisherige Karriere zurückblickend, wie der Großschatzmeister jetzt seit drei Jahren sich bemühte, ihn bei der Königin zu verdächtigen, und wie diese ihn, selbst in der Zeit, wo er ihr absolut notwendig gewesen wäre und er allein den Schlüssel des Friedenswerkes in Händen gehabt habe, wie einen Spitzbuben behandelt habe [1]). Habe Lord Strafford etwa mehr Anspruch auf den Hosenbandorden gehabt als er, und sei es gerecht, die Gefahren zu teilen, ohne an den Belohnungen Anteil zu haben? Sei er doch auch nicht einmal imstande einem Freunde oder Verwandten einen Posten mit geringem Gehalte zu verschaffen, weil der Großschatzmeister über alles disponiere. Er verglich sich dabei mit einem Hunde, der das Rad zum Fleischrösten drehe, ohne selbst das Fleisch zu verzehren. Aber auch die Königin verstände, wie gesagt, nicht, ihre Diener nach Verdienst zu behandeln, und ihre Gnadenbeweise würden zu spät kommen, ihn zu rühren. Am besten würde er sich rächen, wenn er sich von seinem Amte, das ihn tötete, zurückzöge, um als Philosoph zu leben und er sei dazu geneigter wie je [2]).

Das war aber nur eine vorübergehende Stimmung, denn im Grunde hat Oxfords nochmaliges Hervortreten doch nur dahin gewirkt, Bolingbroke und seine Freunde zu desto größerer Energie anzuspornen. Und sollte es ihnen nicht gerade darum, weil jetzt jede Rücksicht auf den Großschatzmeister hinwegfiel, gelingen können, ihm zum Trotze jene Einigung des Torysmus, von der sie ihr Heil erwarteten, durchzusetzen? Es liegt auf der Hand, daß sie es doch mindestens versuchen mußten, und wie viel hing nicht noch davon ab, ob es ihnen gelang.

---

tionnés." Königin Anna an den Herzog von Lothringen, 30. April 1714. Rec. off. France 343 A.

1) Bolingbroke m'a conté . . . du traîtement de faquin, qu'il a reçu de Sa Majesté (ce fut son expression).

2) Iberville an Torcy, 3. und 19. Mai 1714. (Aff. étrang.).

Dreizehntes Kapitel.

Der Ausgang des Ministeriums.

Sehen wir das Ministerium sich nach vierjährigem Bestehen in dieser Weise spalten und das Schaffen der leitenden Staatsmänner in ein scheinbar rein persönliches Intriguieren gegeneinander ausarten, so lag der tiefe Ernst der Lage nun eben darin, daß der persönliche Gegensatz zwischen Oxford und Bolingbroke doch einen prinzipiellen in sich schloß, und daß es sich von jetzt an zwischen ihnen nicht mehr um ein mehr oder weniger energisches Vorgehen in gleicher Richtung handelte, sondern um ein sichtliches Auseinanderstreben in den Zielen. Unsere Darstellung hat ergeben, wie es dahin gekommen war: Als der Großschatzmeister sich im Widerspruch mit seinen Neigungen auf den Wogen der Sacheverellschen Bewegung hatte emportragen lassen, war es nicht in der Absicht geschehen, ihr eine selbständige Bedeutung beizulegen, sondern sie zu seinen Zwecken auszunützen, um sich dann von ihr loszusagen. Dem hatte seine Leitung der inneren Angelegenheiten bis in das Jahr 1713 hinein entsprochen: sie war über die Niederwerfung der Whigherrschaft und dem, was damit zusammengehangen hatte, nicht hinausgegangen und hatte vor einer torystischen Parteiregierung, wie die Whigs sie besorgt und die Tories erhofft hatten, entschieden Halt gemacht. Da war nun Bolingbroke aufgetreten und hatte eben dort, wo der Großschatzmeister aufzuhören gedachte, eingesetzt. In ihm hatten wir jene Erhebung Alt-Englands den Wunsch erwecken sehen,

die Konsequenzen dieser Bewegung zu ziehen und sie als Ausgangspunkt einer Reorganisation des Torysmus an sich im Auge zu behalten. Hatte ihm darum der Abschluß des Utrechter Friedens nur erst das erste Stadium in dieser Entwickelung bedeutet, so hatte als sein Ziel sich ergeben: die gesicherte Herrschaft der Torypartei im Parlamente und im Lande, und — unter den uns bekannten Voraussetzungen — die Herstellung eines Torykönigtums unter dem Prätendenten.

Hätte also Bolingbroke schon früher den maßgebenden Einfluß im Ministerium gehabt, den man ihm oft zugeschrieben hat, wie anders hätte sich die Geschichte dieses Ministeriums entwickeln müssen. So begreifen wir nun aber, daß doch noch viel darauf ankam, ob er ihn jetzt erlangte und ob ihm die Zeit blieb, ihn in genügender Weise auszunutzen.

Man hat Bolingbrokes Stellung zur Hochkirchenpartei mit der Cromwells zu den Independenten verglichen und treffend ausgeführt, wie Bolingbroke in anbetracht der moralischen und intellektuellen Verschiedenheiten, wie sie zwischen ihm und den Landedel- und Landkirchenleuten bestanden, nicht eigentlich die geeignete Persönlichkeit war, seiner Partei jene Disziplin und jenen Enthusiasmus einzuflößen, welche die Kraft der parlamentarischen Armee ausgemacht hatten und welche allein einen Erfolg garantieren konnten [1]). Eines wird man ihm gleichwohl ohne Einschränkung zugestehen müssen: daß er vom parlamentarisch-taktischen Standpunkte aus mit Geschick an die Lösung seiner Aufgabe herangegangen ist [2]). Um gleichzeitig der torystischen Grundidee: der intimeren Verbindung von Kirche und Monarchie, aber auch dem ministeriellen Schisma Rechnung zu tragen, hat er eine Bill eingebracht, welche einmal ein Banner bot, um welches sich die Tories aller Schattierungen einen konnten, und dann, weil sie den Prinzipien des Großschatzmeisters widersprach, vor aller Welt nicht mehr diesen, sondern ihn als den Führer der Torypartei erscheinen

1) Harrop S. 193 ff.

2) Das Folgende nach den Berichten von Schütz (Macpherson), Gaultier, Ibberville (Aff. étrang.) und Bonnet (Geh. Staatsarchiv).

lassen mußte. Es war die Schisma-Akte, welche, von ihm und seinem Freunde Wyndham ausgearbeitet, sich gegen die Dissenters richtete, indem sie diese durch Vernichtung ihrer Seminare der Möglichkeit zu berauben suchte, ihre Kinder in ihrer religiösen Überzeugung zu erziehen. So verfügte sie, daß niemand bei Strafe von drei Monaten Gefängnis, weder eine öffentliche noch eine Privatschule halten, oder auch nur als Lehrer oder Lehrgehilfe fungieren dürfe, wenn er nicht eine Erlaubnis vom Bischofe erhalten, sich zur Beobachtung der anglikanischen Liturgie verpflichtet und im Laufe des Jahres in einer anglikanischen Kirche das Abendmahl genommen hätte. Um gelegentlicher Konformität zu wehren, war ferner bestimmt, daß wenn ein so qualifizierter Lehrer bei irgendeinem anders gearteten Gottesdienste zugegen wäre, er sofort einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe verfallen und lebenslänglich unfähig sein sollte, als Schullehrer oder Hofmeister zu fungieren.

Dieses Verfahren, die kirchliche Frage zu politischen Zwecken auszunützen, entsprach, wie man sieht, dem Gebrauche, den Nottingham und Rochester von der Konformitätsbill gemacht hatten, nur daß Bolingbrokes Akte noch weit empfindlichere Interessen berührte und moralisch von Bolingbroke selbst nicht gerechtfertigt werden konnte. Aber wie ganz sie die Wünsche der Torypartei traf, mag daraus entnommen werden, daß sie noch schneller eine Majorität fand als Nottinghams Bill sie gefunden hatte. Durch das ganze Gewicht der Torypartei unterstützt, ging sie trotz der nachdrücklichen Reden, welche die Whiglords, das Vorgehen der Regierung, mit dem Julian Apostatas vergleichend, für die Toleranz hielten, im Unterhause mit 237 gegen 126 Stimmen durch. Darauf ging sie an das Oberhaus, und da richteten sich nun aller Augen darauf, was der Großschatzmeister anfangen würde, um den Triumph seines Rivalen zu hindern. Seine Lage war darum um so schwieriger, als, wenn er gegen die Bill stimmte, ein wahrer Tory ihm das nie vergeben haben würde; stimmte er aber, wie ihn auch die Königin ersuchte, dafür, so kam er, da

er doch selbst einer presbyterianischen Familie entstammte und seine Frau und Kinder die presbyterianische Kirche besuchten, in eine nicht minder schiefe Stellung. Aber der Großschatzmeister hatte von Bolingbrokes Anschlage zur Zeit Kunde erhalten und sich darauf vorbereitet. So umging er die Schwierigkeit, indem er anfangs erklärte, sich die Sache noch nicht recht überlegt zu haben, dann aber eine merkliche Abschwächung der Bill durchsetzte, vor anderem dadurch, daß bestimmt wurde, die Verhängung der in der Akte festgesetzten Strafen solle der Kognition der Friedensrichter entzogen und den höheren Gerichtshöfen zugewiesen werden. Und für die Bill in dieser veränderten Form hat er dann seine Stimme abgegeben.

Und hatte der Großschatzmeister sich damit in seiner Stellung behauptet, so eröffnete er nun seinerseits einen parlamentarischen Feldzug gegen Bolingbroke, wie ihn die Whigs nicht schlimmer hätten führen können. Als wollte er die Tendenz kennzeichnen, die er der Bolingbrokeschen Geschäftsleitung zuschrieb, erklärte er in der Kabinettssitzung vom 21. Juni / 2. Juli im Anschluß an die im Beginn der Session vom Oberhaus an die Königin gerichtete Adresse, daß auf den Kopf des Prätendenten im Falle seiner Landung, ein Preis ausgesetzt werden möge, worauf damals die Minister durchgesetzt hatten, daß die Bestimmung des Zeitpunktes, wann dies geschehen solle, der Königin vorbehalten blieb: dieser Zeitpunkt sei jetzt gekommen. Allerorten ließ er dazu verbreiten, daß der Zwist zwischen ihm und Bolingbroke davon ausginge, daß Bolingbroke die Einbringung des Prätendenten befürworte und er sich stets dagegen erklärt habe [1]). Und ebenfalls der Großschatzmeister war es, der nur auch, um Bolingbroke zu schädigen, eine ins einzelne gehende Diskussion des mit Spanien geschlossenen Handelsvertrags veranlaßte. Er gab den Whigs dabei an die Hand, daß nach der Unterzeichnung des Vertrages in Utrecht ohne Vorwissen des Kabinettsrates drei besondere

1) Iberville 7. Juli, Gaultier 9. Juli, Iberville 15. Juli 1714 (Aff. étrang.).

Erläuterungsartikel in dem Vertrage mit aufgenommen seien, welche den Handel mit Spanien schädigten.

Bolingbroke parierte diese Schläge nach Möglichkeit. Was die Forderung der Proklamation betraf, so beriet er mit seinen Freunden, daß es um so mehr darauf ankäme, dem Verdacht jakobitischer Gesinnung entgegenzutreten, als das Gerücht von Truppenwerbungen, die der Prätendent in Irland machen lasse und das Eintreffen eines Schreibens des Herzogs von Lothringen, welches eine Weigerung enthalte, dem Chevalier den Aufenthalt in seinem Lande zu verbieten, weil, wie er klagte, die Leute sich mehr nach dem Scheine als nach der Wirklichkeit richteten [1]), ohnedem zu Mißhelligkeiten im Parlamente führen würden, und ließ darum die Proklamation sogleich und im Namen der Königin veröffentlichen [2]). Schwieriger wäre es ihm gewesen, eine für ihn gefährliche Wendung zu vermeiden, wenn der Großschatzmeister gelegentlich der Diskussionen über den Handelsvertrag das, was er über Bolingbrokes Machenschaften mit der Masham wußte, vorgetragen hätte. Die Whigs hatten darauf gerechnet und sahen diesem Augenblicke mit größter Spannung entgegen. Als aber die Stunde herankam, hat der Großschatzmeister, wohl der Königin wegen, Bolingbroke geschont und geschwiegen. Zugleich hatte Bolingbroke aus diesen Vorgängen aber auch seine Lehren gezogen und erkannt, daß, wenn er das Spiel überhaupt noch gewinnen wollte, es jedenfalls nicht während der Dauer der Parlamentssession und auf parlamentarischem Wege möglich wäre, daß es sich also darum handelte, die Session zu schnellem Abschlusse zu bringen und inzwischen durch seinen persönlichen Einfluß bei der Königin und seine Verbindungen bei Hofe — neben der Masham hatte er durch seinen Freund Wyndham jetzt auch dessen Schwägerin, die Herzogin von Somerset, gewonnen — dem Großschatzmeister den Boden auf diesem Wege zu ent-

1) Et comme la plupart des hommes en tout pays se gouvernent plus sur les apparences que sur l'essentiel (c'est son expression).

2) Iberville an Torcy, 9. Juli 1714 (Aff. étrang.).

ziehen [1]). So stellte er der Königin noch wieder vor, wie der Großschatzmeister die ganze Torypartei mit seinem beständigen Nicht-wort-halten mißbrauche, wie er niemanden bezahle, wie seine übertriebene Besorgnis vor zu großen Ausgaben ihn die auswärtigen Angelegenheiten vernachlässigen lasse, und wie Englands Ansehen im Auslande darunter leide; wie der Ruhm einer so schönen Regierung durch die Schuld eines einzigen halsstarrigen Ministers verdunkelt würde, der niemandes Rat annehmen wolle, und das alles zu einer Zeit, wo das Parlament gefügiger sein würde wie je, wenn es nicht den Deputierten an Achtung und Vertrauen zu dem leitenden Minister mangelte [2]). Dann kam er auf die Writ-Angelegenheit und die Beziehungen zu Hannover zu sprechen und suchte der Königin beizubringen, daß der Großschatzmeister im Interesse des Kurfürsten stände, ja daß auch die Forderung des Writ vielleicht auf seine Initiative zurückzuführen sei [3]). Lange hat Bolingbroke trotzdem an einem Erfolge gezweifelt und wie unzufrieden er sich fühlte, ergiebt die Stimmung, in der seine Briefe bis spät in den Juli hinein geschrieben sind. Zu Iberville sprach er sogar davon, daß er nur den Auseinandergang des Parlaments abwarte, um seinen Abschied einzureichen, weil er nicht mit dem Großschatzmeister mehr zusammen arbeiten könne [4]). Konnten die Parlamentsverhandlungen nun aber nach Abbruch der Debatten über den spanischen Handelsvertrag geschlossen werden, so war das Schicksal Lord Oxfords besiegelt. Am 26. Juli wurde die Thronrede verlesen, welche nach dem Danke für die erfolgten Bewilligungen die Wiederberufung beider Häuser zum Beginne des Winters in Aussicht stellte und damit das Parlament entließ. An demselben Tage erhob sich der von den beiden weiblichen Bundes-

1) Lockhart Papers I, 472.

2) Iberville an Torcy, 9. Juli 1714 (Aff. étrang.).

3) An account of the Earl of Oxford (Landsdowne Mss. Br. Mus.); Bothmar an den Kurfürsten, 30. Juli 1714 (Hannov. Staatsarchiv).

4) Ibberville an Torcy, 9. Juli 1714 (Aff. étrang.).

genossen Bolingbrokes vorbereitete Sturm bei Hofe. Er kam zu vollstem Ausbruche, weil, so wenig der Großschatzmeister auch in letzter Zeit gethan hatte, sich die Gunst der Königin zu erhalten und so amtsmüde er erschienen war, er sich jetzt mit einer Zähigkeit an sein Amt klammerte, welche die Königin, da sie einmal entschlossen war, sich von dem Großschatzmeister zu trennen, nur noch mehr erbitterte. So gab sie am 29. Juli / 7. August den Lords des Kabinetts ihren Willen in einem Tone persönlicher Verstimmung kund, welcher ihre tiefe innere Erregung bezeugte. „Sie entlasse ihn", sagte sie von dem Manne, der ihr so viel gewesen war, „weil er alle Geschäfte vernachlässige, weil er unverständlich rede, und sie sich nicht mehr auf das, was er sage, verlassen könne, weil er niemals zu der angesetzten Stunde komme und endlich sich vor ihr nicht mit guter Art, sondern ohne Respekt benähme" [1]). An eben diesem Tage erging der Befehl an den Großschatzmeister, sein Amt niederzulegen, und zu dem Zwecke den weißen Stab, das Abzeichen seines Amtes, zu überreichen, wurde er von der Königin in letzter Audienz empfangen. Mit Thränen in den Augen hat er sie noch einmal an das, was er für sie gethan, erinnert und sie versichert, daß er auch weiterhin über ihr Wohl wachen und sie vor Schritten, die ihr schädlich werden könnten, in Kenntnis setzen würde. Denn die Maßregeln seiner Nachfolger würden sie nicht nur mit ihren Nachbarn und Bundesgenossen im Auslande, sondern auch mit ihren Unterthanen in ihrem eigenen Lande entzweien [2]). Besonders warnte er sie vor einer Person, deren Namen jetzt wieder häufig genannt wurde, und die nach langem stillem Schüren gegen das Ministerium bereit schien, nachdem Bolingbroke sich von dem Großschatzmeister getrennt hatte, für ersteren Stellung zu nehmen: vor Marlborough. Dieser, sagte er zu der Königin, werde, wenn er nach England zurückkehre, sie nur täuschen und das Königreich in Verwirrung bringen wollen [3]).

1) Erasmus Lewis an Swift, 27. Juli 1714.
2) History of the White Staff p. 54 sqq.
3) Gaultier an Torcy, 9. August 1714 (Rev. nouv.).

Das ministerielle Schisma war damit beendet und die Situation also soweit geklärt, daß man Bolingbroke als Sieger bezeichnen durfte. Um sie ganz zu übersehen, gilt es aber erst noch über den Verlauf, den die Successionsangelegenheit bis hierher genommen hat, zu berichten und insbesondere auf Bolingbrokes Haltung zu derselben zurückzukommen.

Hier ist zunächst die Absendung jener bekannten drei Handschreiben Königin Annas nach Hannover zu erwähnen, welche eben um die Zeit erfolgt ist, zu der Bolingbrokes Stimme mit Einbringung der Schismabill auch in den übrigen Angelegenheiten wieder maßgebend wurde und welche mit Bolingbrokes Einflusse auch insofern in Verbindung gebracht werden darf, als nach dem, was wir Oxford über Bolingbrokes Schuld an der Forderung des Writ sagen hörten [1]), dieser zum mindesten die Form der Briefe gemäßigt haben würde. Zweck der Schreiben war, der Möglichkeit der Herüberkunft eines hannoverschen Prinzen, wie sie als Wunsch der Kurfürstin noch immer erörtert wurde, ein für allemal entgegenzutreten, und in diesem Sinne führten sie in geradezu herausfordernder Sprache aus, daß die Königin sich zu dieser Erlaubnis nie werde entschließen können. Besonders atmete das Schreiben an die Kurfürstin in Erinnerung an die vermeintlich von ihr veranlaßte Forderung des Writ eine außergewöhnliche Gereiztheit: „Ich muß Eurer Kurfürstlichen Durchlaucht sagen", schrieb sie ihr, „daß ein solches Vorhaben die Succession selbst gefährden kann, die nur soweit gesichert ist, als der Fürst, welcher die Krone trägt, seine Prärogative behauptet." In England, fügte sie hinzu, gäbe es viele zum Aufruhr geneigte Menschen, die nur auf eine Gelegenheit warteten, um im Lande Unruhen anzufangen. Die Königin mag dann die Notwendigkeit eingesehen haben, hiernach einen milderen Ton anzuschlagen, und hierzu bot sich dadurch eine Gelegenheit, als auch noch jenes hannoversche Memoire, das vor der Forderung von Schütz an Harley übergeben worden war, zu beantworten blieb. So

1) S. 289.

hat sie bald nach Entsendung dieser Briefe Lord Clarendon in außerordentlicher Mission nach Hannover beordert, der, wenngleich sein Auftrag vor allem anderen der war, auseinanderzusetzen, warum die Königin die Anwesenheit eines hannoverschen Prinzen, wie sie in dem Memoire erbeten worden war, nicht genehmigen könnte, doch zugleich instruiert wurde, zu erklären, daß wenn der Kurfürst seinerseits nicht dulden würde, daß sein Sohn ohne Zustimmung und Einladung der Königin nach England ginge, diese Gefälligkeit die Königin ihrerseits in jeder Weise verpflichten und eine Freundschaft begründen würde, die durch nichts zu erschüttern wäre. Habe also der Kurfürst irgendwelchen Verdacht, so bäte die Königin ihn zu äußern und seine Gründe anzugeben, damit man jede Genugthuung geben und alles thun könne, was sich mit dem ruhigen Genusse ihrer Herrschaft und den bestehenden Gesetzen vertrüge. Der Kurfürst könne auch versichert sein, daß wenn jemand in ihrer Umgebung ähnliche Absichten hegte, sie ihn nicht in ihrem Dienste dulden würde und sie, sobald es bewiesen wäre, nicht verfehlen würde, ein Exempel zu statuieren [1]). Mehr als eine bloße Höflichkeitsform war das alles allerdings nicht, da das kurfürstliche Memoire, das an Harley übergeben worden war [2]), die Wünsche des hannoverschen Hofes doch bereits deutlich genug enthielt und Clarendon auf alle von den Kurfürsten gemachten Vorschläge in besonderer Denkschrift eine abschlägige Antwort zu überbringen hatte.

Nun hatte der hannoversche Hof aber schon gleich auf die Schreiben der Königin hin, also noch vor Clarendons Eintreffen, seine Entschlüsse gefaßt. Welchen Eindruck sie in Hannover gemacht und zu welchem tragischen Vorfalle sie geführt haben, ist oft erzählt worden. Die Kurfürstin fühlte sich nicht nur durch den Ton des königlichen Schreibens gekränkt, son-

1) Representation from Lord Clarendon to the Elector of Hanover by order of the Qneen. („Astle's Collection for english History". Vol. I. Stowe Mss. Br. Mus.) In demselben Bande sind auch die übrigen Originalpapiere Lord Clarendons enthalten.

2) In Coxes „Memoirs of Sir Robert Walpole" II, 41.

dern weil es für ihren Enkel fast die Möglichkeit nahm, seinen Sitz im Oberhause einnehmen zu können, und sie sich seit dem Vorgehen von Schütz mehr und mehr in den Gedanken hineingelebt hatte, daß davon die Sicherheit der Succession, die sie ihren Kindern so gern zu verschaffen wünschte, abhänge, auch in höchstem Grade beunruhigt [1]). „Die Sache wird mich krank machen", sagte sie sogleich zu ihrer Staatsdame, der Gräfin von Bückeburg, „ich werde sie nicht überwinden, aber ich werde diesen gnädigen Brief der Welt kundmachen, damit jedermann sehen kann, daß es nicht meine Schuld ist, wenn meine Kinder um diese Krone kommen" [2]). Zwei Tage darauf hat diese heftige Erregung in der That dann zu einem Schlaganfalle Anlaß gegeben, an welchem die Fürstin sanft in ihrem Herrenhausener Parke verschied. Durch ihren Tod wurden die Verhältnisse insofern geändert, als der Kurfürst, der übrigens unter dem Eindrucke des schmerzlichen Verlustes sich mit seinem Sohne aussöhnte, die große Angelegenheit jetzt in seinem eigenen Namen in die Hand nahm. Mit einem bemerkenswerten Taktgefühl schlug er hierbei den richtigen Ton an. Er beantwortete zunächst das Schreiben Königin Annas mehr begütigend als gereizt [3]) und entschied dann persönlich, daß Bothmar sich ein drittes Mal nach London auf den Weg machen sollte, um, wie es in seinem an Stelle einer Instruktion erlassenen Reskripte hieß, der Königin vorzustellen, wie gar keine

1) Daß die Kurfürstin die Reise ihres Enkels gern gesehen hätte, entnehmen wir einem Schreiben Clarendons aus Hannover an Bromley: „She was mighty, fond of it" (dem Plane, den Kurprinzen nach London gehen zu lassen) (Stowe Mss. Br. Mus.) und einem Briefe der Herzogin von Marlborough an Mr. Jennings: „She (die Kurfürstin) was certainly very desirous of having her grandson in England and wrote very moaningly to several upon the subject of the Queens letters." In demselben Schreiben bezeugt die Herzogin, daß die Kurfürstin ihr die Kopieen der Briefe eingesandt habe. (Letters of Sarah, Duchess of Marlborough from the original Mss. at Madresfield Court. 1875. p. 108.)

2) Werke von Leibniz ed. Klopp IX, 459.

3) Macph. II, 624.

Ursache wäre, sich die Überkunft eines Prinzen vom hannoverschen Hause auf eine so odiöse Weise, als es geschehen wäre, vorzustellen. Gleich gemäßigt lauteten auch die übrigen Anordnungen, und ausdrücklich wurde Bothmar sogar angewiesen, sich mit der Partei, die dem Hofe zuwider sei, so zu stellen, daß man ihn nicht beschuldigen könne, Faktionen zu fomentieren, anderseits aber die Minister aufs beste zu menagieren [1]). Von großem Interesse ist es, dazu die veränderte Haltung des Kurfürsten zu dem Großschatzmeister zu beobachten. Brachte doch Bothmar ein eigenhändiges Schreiben des Kurfürsten an ihn mit, welches bewies, daß die Versicherungen Oxfords endlich auf günstigen Boden gefallen waren, wie der Gesandte auch überdies angewiesen dahin zu trachten, den Großschatzmeister soviel wie möglich für das hannoversche Haus gut zu disponieren. Inhaltlich verdiente das kurfürstliche Schreiben darum noch eine besondere Beachtung, weil der Kurfürst hierin zum erstenmale auch seinerseits die Anwesenheit eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses in London als das sicherste Mittel anempfahl, die Krone gegen den Prätendenten zu sichern, der trotz der Bemühungen der Königin sich in großer Nähe aufhalte und auf auswärtige Hilfe rechnen dürfe. Denn brauche man — führte er aus — sich darum auch vielleicht nicht zu besorgen, so lange die Königin lebe, so würde, falls es Gott beliebte, sie abzuberufen, die Anwesenheit eines Vertreters der protestantischen Linie von nicht geringem Nutzen sein, um Unruhen im Innern und Unternehmungen von außen zu hindern. Andernfalls würde der Großschatzmeister ihn sehr verpflichten, wenn er eine equivalente Sicherheit vorschlagen würde [2]).

Es sind nun Bothmars aus London eingesandte Berichte, welche, die Stimmung wiedergebend, wie sie zur Zeit des ministeriellen Zwistes in den Kreisen der Whigs und Hannover-Tories im Hinblick auf die Succession herrschte, uns noch

1) Reskript des Kurfürsten, 19. Juni 1714 (Hannov. Staatsarch.).

2) Der Kurfürst an Oxford, 15. Juni 1714. Ellis, Original Letters, Second Series. Vol. IV.

wieder darauf hinweisen, daß Bolingbroke die Einführung des Prätendenten geplant und vorbereitet habe. Man möchte aus ihnen entnehmen, daß alles eine abgemachte Sache gewesen sei, und daß die Uneinigkeit der Minister der hannoverschen Familie nur insofern zugute kam, daß, da der eine dem andern im Wege stand, zum mindesten ein einheitliches Vorgehen gehindert und die Ausführung des großen Planes erschwert wurde. In diesem Sinne schrieb Bothmar an den Kurfürsten [1]), daß das beste wohl sein würde, wenn sie beide blieben. Daß sie den Großschatzmeister jetzt für einen Jakobiten hielten, lag übrigens daran, daß dieser trotz seines Versprechens in der spanischen Handelssache gegen Bolingbroke offen aufzutreten, sich in letzter Stunde zurückgezogen hatte, was man so deutete, daß auch er Enthüllungen von Bolingbrokes Seite besorgte. Der Gefährlichere dünkte ihnen aber immerhin Bolingbroke, indem sie sogar meinten, daß sein Kredit bei der Königin auf seiner dem hannoverschen Hause feindlichen Gesinnung beruhe [2]). Und was sollte man von ihm gar denken, als diese Verdachtsgründe von keinem Geringeren bestätigt wurden, als von dem Großschatzmeister selbst, der gleich nach seiner Entlassung aus dem Amte dem Gesandten Bothmar unverblümt die Mitteilung zugehen ließ, daß Bolingbroke sich im Interesse des Prätendenten befände. Er sandte ihm zu diesem Zwecke seinen Vertrauten Powlett, der sich im Auftrage Oxfords auch erbot, dem Kurfürsten alles, was er von der widrigen Partei vernehme, zu schreiben, vorausgesetzt, daß niemand, besonders nicht Clarendon in Hannover, davon etwas erführe [3]).

Wir sind in der Lage, diesem allem gegenüber aus den französischen Akten zu beweisen, daß Bolingbrokes weiteres Vorgehen sich doch nur in der Richtung bewegt hat, die wir ihn dem Gesandten Ibberville angeben hörten. So hat er

1) Bothmar an den Kurfürsten, 20./31. Juli 1714 (Hannov. Staatsarchiv).

2) Ebendas.

3) Postskriptum zu dem letztgenannten Berichte Bothmars.

dem Prätendenten insofern allerdings den Weg gebahnt, als die Schismabill eine seiner angekündigten Maßregeln war, um der Torypartei ihre alten Grundmaximen in die Erinnerung zu rufen; hatte aber der Prätendent seinerseits die notwendigste Vorbedingung, den Glaubenswechsel, unerfüllt gelassen, so hat Bolingbroke keine neue Annäherung an den Stuarthof versucht [1]). Wohl hat er mit Ibberville noch hier und da über den Prätendenten gesprochen, aber er beschränkte sich darauf stets zu wiederholen, daß er, da er sich weder nutzlos zugrunde richten, noch sein Vaterland je in einen Bürgerkrieg verwickeln wolle, für den Prätendenten, bevor er nicht überträte, weder mit seiner Feder noch mit seinem Schwerte eintreten werde [2]). Käme der Kurfürst von Hannover auf den Thron, sagte er ein anderes Mal, so sei es nicht durch auswärtige Hilfe, sondern nur durch die Schuld des Chevalier, der das nicht thun wolle, was absolut notwendig wäre [3]). Später versicherte er wohl, als er sich zur Veröffentlichung jener Proklamation gezwungen sah, welche auf den Kopf des Prätendenten einen Preis setzte, daß diese im Grunde nichts ändern werde, aber das war zugleich auch in einer für den Prätendenten üblen Weise auszulegen, indem Bolingbroke, als Ibberville ihn an diesem Tage bat, mit der früheren Offenheit mit ihm über den Prätendenten zu sprechen, insbesondere zu sagen, wohin

1) „Bolingbroke est beaucoup plus froid qu'à l'ordinaire sur le sujet du Chevalier ...; on pourrait comparer l'air . . . à celui d'un aimant dépité contre une maîtresse ingrate.“ Ibberville 2. April 1714. (Aff. étrang.). „J'ai trouvé Myl. Bolingbroke encore plus froid que l'autre fois sur ce qui regarde le Chevalier et je crains qu'il ne rejaillisse sur le frère quelque partie des chagrins que donne la soeur. Il m'a répété plus affirmativement que jamais, qu'il ne sera point roi d'Angleterre étant catholique. Ni lui ni aucun de ses amis ne tireront jamais l'épée en sa faveur, s'il ne se conforme, parcequ'il y aurait de la folie à se perdre de gaîté de coeur en suivant un parti qui ne peut réussir.“ Ibberville 19. Mai 1714. (Rev. nouv.).

2) Ibberville an Torcy, 10. Juni. (Aff. étrang.)

3) Ders. an Ludwig XIV., 2. Juli. (Aff. étrang.)

der Prätendent sich begeben solle, falls er nicht in Lothringen bleiben könnte, mit ironischem Lachen erwiderte, das seien nicht seine Angelegenheiten, und das müsse man zwischen dem Großschatzmeister und dem Abbé Gaultier entscheiden lassen [1]).

Anderseits ergeben diese Akten aber auch, wodurch die hannoversche Succession in eben dieser Zeit ungeachtet der Religion des Prätendenten gefährdet worden wäre. Wäre es zu Unruhen im Lande gekommen, sei es infolge der Schismabill, was viele thatsächlich besorgten oder infolge der Herüberkunft des hannoverschen Kurprinzen, und hätten diese die Regierung genötigt, zu den Waffen zu greifen, so würde es in Bolingbrokes Belieben gewesen sein, über französische Hilfe zu verfügen. In dem Glauben, daß ein Bürgerkrieg vor der Thür stehe, hatte nämlich König Ludwig seit geraumer Zeit der Königin durch Bolingbroke seinen Beistand anbieten lassen, und hätte Bolingbroke, wie Ibberville versichert, daß er es in diesem Falle wollte, — wir halten es allerdings für unmöglich, — davon Gebrauch gemacht, so würde, wenn nicht von Bolingbrokes Seite, so doch von französischer zugunsten des Prätendenten eingeschritten worden sein. Denn wie man in Versailles dieses Anerbieten auffaßte, ergiebt ein Schreiben Torcys an den Prätendenten: daß König Ludwig dann seiner Freunde gedenken und der Chevalier gewonnenes Spiel haben würde [2]).

1) Ibberville an Torcy, 9. Juli. (Aff. étrang.)

2) Über König Ludwigs Anerbieten: sein Schreiben an Ibberville vom 16. Mai 1714: „La Reine connait mes sentiments pour Elle et comme le Vicomte de Bolingbroke vous parle avec confiance sur l'état où se trouvent les affaires d'Angleterre, mon intention est que vous lui demandiez avec la même confiance et que vous examiniez avec lui, ce que je pourrais faire pour les intérêts, même pour la sûreté de la Reine.“ Am 10. Juni schreibt König Ludwig abermals hierüber: „Je ne crois pas que Mr. de Bolingbroke ait répondu jusqu'à présent à mes offres, que la Reine ne doit pas regarder comme un simple compliment.“ Und am 26. Juni nochmals: „S'il arrivait quelques mouvements en Angleterre, ce que je ne puis craindre, la Reine pourrait compter en ce cas sur l'amitié véritable que j'ai pour Elle et sur les marques

Niemals, meinte Torcy darum auch, als Ibbervilles und Gaultiers Berichte von der wachsenden Erregung in England Kunde gaben, sei mehr Anlaß gewesen für den Prätendenten, alles zu erhoffen [1]).

Vollauf bekräftigt wird unsere Auffassung des Verhaltens

effectives qu'elle en recevrait lorsqu'elle voudrait y recourir." Bolingbrokes Bescheid in Ibbervilles Schreiben an Ludwig XIV. 17. Juni 1714: „Alors (wenn ein Bürgerkrieg ausbräche) Sa Majestée qui n'oserait présentement profiter de l'offre que Votre Majesté lui a faite parcequ'on dirait, que les troupes de Votre Majesté seraient suivies de près du Pretendent, alors, dis-je, personne ne pourrait trouver mauvais qu'elle reçût des secours de Votre Majesté pour repousser les rebelles." Es wäre sogar Bolingbrokes Meinung gewesen, liest man in diesem Berichte — aber die Fassung des Berichtes läßt annehmen, daß es sich vielmehr um eine Auslegung vonseiten Ibbervilles, als um eine wirkliche Äußerung Bolingbrokes handelt — daß „supposé que la guerre civile soit inévitable au sujet de la succession, comme il le paraît, il serait beaucoup plus avantageux pour le parti de la Cour, qu'elle s'allumât dès à présent sous prétexte de religion et que tous les anglicans se trouvassent unis par cet endroit à la Reine, qui aurait de son côté les loix avec l'affection de la plus grande partie du peuple." Torcy glaubte diese Worte als persönliche Ansicht Bolingbrokes auslegen zu dürfen und schrieb in diesem Sinne an den Prätendenten 25. Juni 1714: „Bolingbroke croit que les esprits étant aussi echauffés qu'ils le sont, il vaut encore mieux que le feu s'allume présentement que d'attendre jusqu'à l'arrivée de Semple (Hannover). Si cela était Mr. Rose (König Ludwig) n'abandonnerait pas ses amis et Mr. de Raucourt (der Prätendent) aurait beau jeu. (Aff. étrang.).

1) „La querelle est présentement entre Albert (Anna) et Horne (Hannover) et la décision en faveur d'Albert doit être le triomphe de Robinson (Prätendent). Quand même cette décision serait contraire je ne croirais pas les affaires de R. perdues, parce que la sûreté de Tillemont (Torypartei) ne peut se trouver avec Horne, qu'il faudrait se déclarer ouvertement et peut-être en venir à Grassin (Bürgerkrieg) qui ne parait pas présentement fort éloignée. Ce serait alors que Mr. de Raucourt (Prätendent) pourrait suivre ses généreux sentiments. ... Je ne puis vous exprimer la joie de Talon (Torcy) d'imaginer la succès de ce grand procès." Torcy an den Chevalier, 8. Mai 1714. (Aff. étrang.)

Bolingbrokes zum Stuarthofe durch die Stuartschen Korrespondenzen selbst, als deren leitender Gedanke sich in dieser Periode der Wunsch ergiebt, unabhängig von den englischen Ministern andere Hilfsquellen zu suchen. So war an ihrer Stelle der Herzog von Ormond, auf den der Prätendent seit langem schon zählte, in das engste Vertrauen gezogen worden und hatte es übernommen, der Königin noch einen Brief des Prätendenten zu übermitteln [1]). Ormond stand der Stuartschen Sache darum auch weit näher als die Minister, weil er an die Spitze jener offenen unverblümten Jakobiten getreten war, bei denen der Eifer für die erbliche Linie, die Furcht vor dem Katholicismus überwog und die also bereit waren, den Prätendenten ohne Bedingungen zurückzuberufen. Besonders aber war es die Frage einer Heirat des Prätendenten, welche in diesen Monaten eine Rolle spielte, und wodurch man einen neuen Stützpunkt zu gewinnen hoffte. Vor anderen richtete der Prätendent dabei sein Augenmerk auf eine österreichische Erzherzogin und bemühte sich, einmal durch die Vermittelung des Herzogs von Lothringen, der ihm diese Partie besonders anempfohlen hatte, aber auch durch die des Papstes, und König Ludwigs, den er darum ausdrücklich anging, die Zustimmung des Kaisers zu erhalten [2]). An Kardinal Gualterio, welcher beim Papst für ihn eintreten sollte, sandte er darüber ein eingehendes eigenhändiges Memoire, in welchem er erklärte, daß die älteste Nichte des Kaisers ihm als die geeignetste der

1) Berwick an den Prätendenten 18. März Thornton (Stuart Dynasty 342. 343); Gaultier an Mr. Walters (Prätendent) 26. April 1714. (Aff. étrang.). Berwicks Mitteilung an den Prätendenten bei Mahon I, 390 über eine Unterredung von Ormond mit der Königin (they are both agreed to bestir themselves in behalf of Mr. Raucourt) wird in der Korrespondenz des Prätendenten sonst nirgends erwähnt und muß auf einem Mißverständnisse beruhen.

2) Die lothringische Korrespondenz bei Macph. II, 523 524. Der Chevalier an Torcy, 26. Juni 1714; Torcy an Ibberville, 13. Juli „Mr. Rose (Ludwig XIV.) entrera sans doute avec plaisir dans ce, que Mr. Robinson souhaite.“ (Aff. étrang.)

Prinzessinnen am Kaiserhofe erschiene. Wende man darauf ein, daß der Kaiser diese, weil er kinderlos sei und sie die Erbin seiner Herrschaft werden würde, nur mit einem Prinzen werde verheiraten wollen, der ihm nachfolgen könne, so würde diese Argumentation den König von England nicht ausschließen: denn entweder würde er — so führte der Prätendent aus — seinen eigenen Besitz wieder erlangen, und dann würde er zugunsten der jüngeren Nichte auf die ganze Erbschaft des Kaisers verzichten, oder er würde ihn nicht wieder erlangen, und dann wäre er, schrieb er mit einem merkwürdigen Selbstbewußtsein, doch die geeignetste Persönlichkeit in Europa, diese Prinzessin zu heiraten und den Kaiserthron einzunehmen, weil er keine anderen Interessen haben würde als die kaiserlichen [1]). Ganz so aussichtslos, wie man es annehmen möchte, war diese Werbung um eine österreichische Prinzessin übrigens nicht, weil, so wenig auch der Kaiser etwas mit der Stuartschen Familie zu schaffen haben wollte, in Wien eine entschieden jakobitische Partei bestand, an deren Spitze sich die Kaiserin-Witwe gestellt hatte. Eine andere Kandidatin war die Tochter des Landgrafen von Hessen-Kassel, mit welcher ihn schon die englischen Minister, als sie sich um seine Restauration bemühten, weil sie Protestantin war, gern hätten vermählen wollen, und der Prätendent hätte schließlich auch gegen eine russische Großfürstin, die man ihm vorschlug, mit Hinblick auf eine Hilfe des Zaren nichts einzuwenden gehabt [2]).

Zu irgendwelchen Resultaten kam der Prätendent aber auch auf diesen Wegen nicht, und dementsprechend blieb seine Ratlosigkeit dieselbe. Sie begann sogar die Symptome einer gewissen Resignation zu zeigen. Er wisse, schrieb er ein letztes Mal auf die Frage seiner Religion zurückkommend, daß sein Glaube das einzige Hindernis seiner Rückkehr sei, aber er habe seinen Entschluß gefaßt, und so sei es die Sache der anderen,

1) Memoria des Prätendenten an Kardinal Gualterio Gualterio Papers Br. Mus. 20311; James an Kardinal Gualterio, 29. Juli 1714. Br. Mus. 31255.

2) Der Chevalier an Torcy, 28. Juli 1714 (Aff. étrang.).

ihre Meinung zu ändern. Man müsse hoffen, daß die Zeit diese Wirkung haben werde, und sie allein könne sie haben [1]). Und über die gegen ihn erlassene Proklamation urteilte er: er mache der Königin keine Vorwürfe, im Gegenteil, er bedauere sie, aber er sei der Meinung, daß nach allem, was er ihr geschrieben habe, nichts weiter zu thun sei, als es der Güte der Natur zu überlassen, sie auf den rechten Weg zu geleiten [2]). Die einzige Hoffnung, die ihm blieb, war die, daß die Königin seine Briefe vielleicht gar nicht erhalten hätte, und daß sie zögere, weil sie seine wirklichen Gesinnungen nicht kenne. So meinte er, hinge noch davon alles ab, daß man sie darüber in Kenntnis setzen könnte und wandte sich zu diesem Zwecke noch einmal an Ormond [3]).

Das war der Stand der Dinge bis zur Entlassung des Großschatzmeisters. An demselben Tage sagte Bolingbroke zu Gaultier, daß er mit ihm über seine Mission nach Bar le Duc reden wolle [4]), aber als er ihn am nächsten Tage wiedersah, bemerkte er auch jetzt nur, daß er dieselben Gefühle für den Prätendenten hege, vorausgesetzt, daß dieser die Maßregeln träfe, welche alle ehrlichen Leute von ihm verlangten [5]).

Nach alledem ist nun die Tendenz des Bolingbrokeschen Kurses zu bestimmen.

Sehen wir den Plan, dem Prätendenten die Thronfolge unmittelbar nach Anna zu verschaffen, mit dem Festhalten Bolingbrokes an der Forderung des Glaubenswechsels aus Bolingbrokes Schema ausscheiden, so konnte sein Ziel für die Dauer dieser Regierung nur das sein, jenen übrigen Teil seines Programms, die Stärkung und Einigung des Torysmus — jetzt nicht zum mindesten zur Sicherung seiner Person und seiner Partei gegen die neue Dynastie — so schnell und gut es anging, zu Ende zu führen. Wie weit er dabei den Gedanken

1) Chevalier an Torcy, 28. Juli 1714. (Aff. étrang.)
2) Ders. an dens., 27. Juli 1714. (Ebendas.)
3) Ders. an dens., 3. August 1714. (Ebendas.)
4) Gaultier an Torcy, 6. August 1714. (Ebendas.)
5) Ders. an dens., 7. August 1714. (Ebendas.)

einer jakobitischen Restauration für die Zukunft noch im Auge behielt, ist aus seinen früheren Eröffnungen an Ibberville zu schließen: hörten wir nämlich, wie viel er für das Stuartsche Haus von den Unruhen erwartete, die seiner Meinung nach bald nach dem Regierungsantritt des Kurfürsten eintreten würden, so mußten doch eben diese sich um so sicherer und für den Prätendenten unter um so günstigeren Bedingungen einstellen, je stärker die Torypartei in die neue Regierung hineinging, und je mehr der neue Herrscher zu schaffen hatte, um ihre Macht zu brechen.

Glauben wir hiermit den Grundgedanken der letzten Bestrebungen Bolingbrokes gefaßt zu haben, so verlieren die wenigen Tage, die ihm jetzt noch blieben, an dem dramatischen Reize, den man ihnen so lange abgewinnen konnte, als man glaubte, daß Bolingbroke vielleicht noch in letzter Stunde einen Staatsstreich habe vorbereiten wollen. Uns bleibt nur übrig, kurz über die Thatsachen zu berichten.

Zu einem gewissen Abschlusse kam Bolingbroke auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, indem seine behufs Sicherung Siciliens und Zurückdrängung des kaiserlichen Einflusses in Italien im Frühjahr angeknüpften Verhandlungen eben jetzt zu einem Ziele gelangten. In den ersten Augusttagen einigten sich in Paris die Vertreter Englands, Frankreichs, Savoyens und auf Bolingbrokes besonderen Wunsch auch Spaniens [1]) in

1) „Though it is not the Queen's intention to delay treating nor ever concluding this Defens. Alliance till the Catholic king comes into it, yet she would have you speak to the Cardinal del Giudice, who is at Paris and let him know that her Majesty takes it for granted, that his Master will join in this alliance, since he is under the same obligations by Treaty to the king of Sicily, as the Queen is". Energischer drückt sich Bolingbroke weiterhin aus — nach nochmaliger Konferenz mit der Königin —: „It is not impossible but the Catholic king may imagine that the Guarantys he has given and the engagements he is under to the king of Sicily will sitt lighter upon him, if he avoids making himself a Party to a Def. Alliance for the renewal confirmation and enforcement of them." Diese Überlegungen veranlaßten die Königin, ihn zu beauftragen, dem fran=

der Aufstellung eines Projektes einer Defensivallianz dieser Staaten zum Zwecke der Verteidigung der sicilischen Lande, der Aufrechterhaltung der Ruhe in Italien und der Erhaltung des Utrechter Friedens. Der Text lautete, daß die Mächte ihre Bemühungen zunächst darauf richten würden, vereint einem jeden, der französisches oder sicilisches Gebiet anzugreifen trachtete, in dringendster Form abzumahnen, und zwar in solcher Weise, daß ein volles Einverständnis unter ihnen hervorträte. Käme es trotzdem zum Angriffe, so würden die Alliierten Subsidien liefern, und falls diese nicht genügen würden, mit Waffengewalt zuhilfe eilen: Frankreich und Spanien mit Landtruppen, England mit seiner Flotte. Der König von Sicilien würde zum Generalissimus der vereinigten Streitkräfte ernannt werden. Der Unionsgedanke Bolingbrokes klang leise in dem letzten Artikel des Vertrages an, in welchem auch die italienischen Fürsten aufgefordert wurden, insgesamt der Allianz beizutreten; und wie dieser Vertrag überhaupt den Ausgangspunkt jener italienischen Politik Bolingbrokes bilden sollte, von der er zu Ibberville gesprochen hatte, ergiebt, daß er England der Verpflichtung unterwarf, von jetzt an beständig eine Flotte im Mittelmeer zu unterhalten [1]).

Für die Durchführung seiner inneren Politik galt es noch erst eine festere Basis zu gewinnen, und diese sollte durch eine teilweise Neubildung des Kabinetts erlangt werden, in das er seine Freunde Atterbury, Windham und A. Moore aufzunehmen wünschte. Harcourt, auf den er besonders viel hielt, sollte Kanzler bleiben und erhielt die dringende Aufforderung, nach London zu kommen [2]). Ob das Kabinett im

---

zösischen und savoyschen Gesandten mitzuteilen „that the Queen takes it for granted, the Catholic king will treat and conclude this alliance jointly with Her Majesty and the most Christian king.“ Bolingbroke an Prior, 26. Juli 1714. (Rec. off. France.)

1) Der Text des Allianzentwurfes ist gedruckt bei Manno, Ferrero e Vayra: Relazioni diplomatiche IV, 213.

2) Bolingbroke an Harcourt, 19./30. Juli 1714. Campbell, Lives of the Lords Chancellors V, 391. 392.

übrigen eine so extreme torystische Färbung erhalten haben würde, wie man es gewöhnlich hingestellt hat, ist fraglich [1]), und ebenso ob Marlborough, wenngleich wir das übereinstimmend berichtet finden, das Armeekommando erhalten hätte. Wir meinen, daß die Königin dazu niemals ihre Erlaubnis gegeben haben würde [2]). Whiggistische Lords hätten natürlich keine Aufnahme gefunden, und bestand auch einer der ersten Akte von Bolingbrokes Selbständigkeit darin, daß er whiggistische Führer zu sich lud, vor allem wohl, um dem Verdachte des Jakobitismus, der ihn den Hannover-Tories gegenüber schädigte, entgegenzutreten, so war in der Unterredung mit diesen nur von der Besetzung der Oberkommandos der Armee und der Flotte die Rede [3]), welche die Whigs in Händen von Vertrauensmännern zu sehen wünschten, und wozu sie für das Heer auch ihrerseits Marlborough, für die Flotte den Marineminister der Whigjunta Orford vorschlugen; die einträglichen Bedienungen möchte er dann für sich und seine Freunde behalten. Dabei war Bolingbroke allerdings in große Verlegenheit ge-

1) Eine Äußerung Bolingbrokes selbst liegt hierüber nicht vor. Die uns überlieferten Angaben beruhen nur auf Vermutungen: Hardwicke Note bei Burnet VI, 317; Coxe, Marlborough III, 579; an acconnt of the Earl of Oxford, Landsdowne Mss.

2) Als Oxford im Winter 1713 zu der Königin über Marlboroughs Wunsch zurückzukehren sprach „Sa Majestée parût extrêmement surprise; elle dit qu'elle ne se fierait jamais à cet home-là, qu'elle connaissait capable de faire beaucoup de mal et incapable de faire aucun bien; que s'il cherchait à revenir et à faire sa paix, ce n'était pas qu'il en eut effectivement envie, mais qu'il voulait par cette fantaisie dissimuler les maudits desseins qu'il a . . .“ Gaultier an Torcy, 31. Oktober 1713. (Aff. étrang.)

3) Anwesend waren Stanhope, Palmes, Craggs, Windham; Walpole war geladen, aber nicht erschienen. Über die Möglichkeit einer weiteren Entfernung des Prätendenten ist nicht mit Bolingbroke, sondern mit Shrewsbury konferiert worden, der seinem Bedauern Ausdruck gab, daß Oxford sein Amt verloren habe, weil er wüßte, daß dieser seit Jahren für die protestantische Succession gut intentioniert sei. Andere Minister gäben vor, daß sie es auch seien, er stelle aber dahin, wie sie es meinten. Bothmar an den Kurfürsten, 30. Juli / 10. August 1714. (Hannov. Staatsarch.).

kommen, als Stanhope diese Ernennungen als Bestätigung der schönen Worte forderte, mit denen die Whigs hingehalten werden sollten, und der peinlichen Scene war nur durch die Bemerkung Stanhopes ein Ende gemacht worden, daß er keine sofortige Erklärung über eine so wichtige Sache begehre, sondern Bolingbroke sich alles wohl überlegen und hernach seine Meinung wissen lassen möge: danach würde man sich richten und weiter miteinander reden können [1]). Begonnen werden mußte die Umgestaltung der Verwaltung mit der Ernennung einer Kommission zur Verwaltung des Schatzamtes, und zu diesem Zwecke trat der Kabinettsrat noch an dem Abende des Tages, an dem Oxford den Abschied erhalten hatte, unter Bolingbrokes Vorsitz zu einer Sitzung zusammen. Eine schnelle Einigung wurde darüber erzielt, daß Windham an die Spitze der Kommission zu stellen wäre; über die Namen der übrigen Kommissare konnte man aber weder an diesem Abende, noch an dem folgenden Tage zu einem Einvernehmen kommen, so daß man resultatlos unter heftigem Gezänk auseinanderging. Und weiter war Bolingbroke noch nicht gekommen [2]), als die vielbesprochene Krisis nun doch schneller eintrat, als man sie erwartet hatte.

War die Gesundheit der Königin seit den letzten Anfällen, die sie im Frühjahr gehabt hatte, völlig unterwühlt — sie sah seitdem auch bleicher aus als zuvor und konnte weder mehr

1) Stanhope führte dabei aus, „es gäbe für Bolingbroke nur noch zwei Mittel, um sich vom Galgen zu retten“: das eine zu der guten Partei sich zu wenden, bei welcher er allein Beistand finden werde, um sich mit Ehre und Reichtum zu sättigen; das andere, sich der Krone Frankreich völlig zu ergeben und bei dem Prätendenten Hilfe zu suchen. Wenn er eines nicht ergreifen werde, müsse man notwendig glauben, er wolle zu diesem letzteren Zuflucht nehmen.

2) Wie viel Übertreibung liegt also in dem oft citierten Ausspruche Bolingbrokes an Ibberville: „Que les mesures étaient si bien prises, qu'en 6 semaines de temps on aurait mis les choses en tel estat qu'il n'y aurait eu rien à craindre de ce qui vient d'arriver.“ Ibberville au Ludwig XIV., 13. August 1714. (Edinburg Rev. Oktober 1835, S. 26.)

gehen noch stehen; man fuhr sie, wenn sie in frischer Luft zu sein wünschte, in einem Räderſessel im Parke von Kensington herum — so wäre alles darauf angekommen, ihr die wenigen Kräfte, die ihr noch blieben, durch eine gleichmäßige Ruhe zu bewahren. Das aber war der Wille der Königin nicht gewesen. Sie hatte jede Phase des ministeriellen Zwistes mit jenem persönlichen Interesse verfolgt, das sie den Staatsangelegenheiten stets entgegengebracht hatte und war dadurch in einen Zustand beständiger Gemütserregung gekommen, welcher ihren Körper nicht weniger als ihren Geist schädigte. Und was hätte jetzt für sie nachteiliger sein können, als daß, trotzdem tags zuvor ihre gichtischen Schmerzen wieder stärker aufgetreten waren, sie dem letztgenannten Ministerrate, in welchem es heftiger zuging als je, bis um zwei Uhr nachts beiwohnte. Die Folgen machten sich auch sofort geltend. Schon in der Sitzung war es peinlich aufgefallen, daß die Königin schnell nacheinander dreimal dieselben Fragen gestellt hatte. Unmittelbar nachdem sie zurückgekehrt war, fiel sie in einen lethargischen Zustand, und am nächsten Morgen erwies es sich, daß die Gicht sich auf das Gehirn geworfen hatte. Jeden Augenblick konnte also ihr Tod erwartet werden [1]).

Unter diesen Umständen trat der Geheime Rat zu sofortiger außerordentlicher Sitzung in Kensington zusammen, um über die Maßregeln, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherung der Thronfolge zu ergreifen seien, zu beraten. Wäre jetzt wenigstens das Schatzamt versorgt gewesen, wie viel ehrenvoller wäre Bolingbrokes Abgang gewesen. So befand er sich aber noch in der besonders schlimmen Lage, daß, wenn vor dem Tode der Königin niemand dafür ernannt war, nach den bestehenden Bestimmungen der frühere Großschatzmeister, also Lord Oxford, als Mitglied des Regentschaftsrats fungieren durfte [2]). Daraus wird es sich vornehmlich erklären lassen,

1) Bothmars Diarium 30. Juli/10. Aug. 1714. (Hannov. Staatsarchiv). „Histoire de la Maladie et de la Mort de Anne, Reine de la Gr. Bretagne: Ad. Relat. du Résident Bonnet." (Geh. Staatsarch.)
2) Bothmars Diarium.

daß Bolingbroke, bevor man in dem Rate zu anderem schritt, seinerseits die Ernennung Shrewsburys zum Großschatzmeister empfahl und somit die mit so vielen Mühen errungene Selbständigkeit, noch ehe die Königin die Augen geschlossen hatte, freiwillig aus den Händen gab [1]). Aufsehen erregte es, als inmitten der Sitzung die Herzöge von Somerset und Argyle erschienen, die, ohne aus der Liste der Geheimen Räte gestrichen zu sein, dem Rate doch seit langem fern geblieben waren. Sie motivierten ihr Erscheinen mit dem Wunsche, in diesem kritischen Augenblicke ihren Beistand anzubieten. Inzwischen war die Königin am Vormittage des dreißigsten in eine von krampfartigen Zuckungen begleitete Ohnmacht gefallen, welche so lange andauerte, daß man ihre letzte Stunde für gekommen hielt [2]). Danach aber gewann sie ihr Bewußtsein wieder und fühlte sich imstande, die Deputation zu empfangen, an deren Spitze sich Shrewsbury zu ihr begab, um die auch ihr von Bolingbroke empfohlene Ernennung zu vollziehen und dem Herzoge den weißen Stab des Lord-Schatzmeisters einzuhändigen. Das war ihr letzter Regierungsakt. Die Nacht verlief noch gut, aber am Morgen des 31sten fiel sie in einen Zustand der Betäubung, der nur durch kurze Momente unterbrochen wurde, in denen sie ihre Besinnung wiedergewann. Am 1. August um 7½ Uhr früh ist sie verschieden. Nach den Worten ihres Leibarztes wäre ihr der Tod so willkommen gewesen, wie der Schlaf einem müden Wanderer [3]).

---

1) Daß Bolingbroke die Initiative ergriffen hat und nicht die Herzöge von Argyle und Somerset, ist auch daraus ersichtlich, daß letztere, die kurz vor und gleich nach der Sitzung Bothmar aufsuchten, dem Gesandten nichts davon gesagt hatten. (Bothmars Diarium.)

2) Authentischen Bericht über den Verlauf der Krankheit geben die uns erhaltenen ärztlichen Bulletins „Home Office, Regencies Nr. 11“.

3) Arbuthnot an Swift, 12. August 1714. Aitken, Life and Works of Arbuthnot, p. 77. — Es giebt eine Tradition, nach welcher die Königin in lichten Augenblicken die Worte „my poor brother“ habe vernehmen lassen (Klopp XIV, 635 nach Gödekes Bericht bei Lamberty VIII, 658). Hierüber liegen folgende Berichte vor: Gaultier 13. August: „Je n'ai point ouï dire, qu'elle ait parlé de son frère

Und war damit nun auch die Thronfolgefrage gelöst, oder hatten sich nicht gerade noch an das Hinscheiden Königin Annas so manche Pläne und Erwartungen geknüpft, welche uns die Succession der hannoverschen Familie noch nicht als entschieden erscheinen lassen möchten? Wie stand es um die hannoversche Dynastie, wenn der Prätendent, wie er es doch gesagt hatte, sich jetzt umgehend nach Schottland begab, oder wenn gar, wie Bolingbroke es vermutete, die Königin zugunsten ihres Bruders testamentarische Bestimmungen hinterlassen hatte? Auf die erste Frage ist zu antworten, daß es thatsächlich die Absicht des Prätendenten gewesen ist, seinem Versprechen nachzukommen. Auf die Nachricht vom Tode seiner Schwester machte er sich sofort auf den Weg nach Paris und sandte einen Kourier an Torcy voraus, um dessen Rat zu empfangen, ob er sich nach Schottland oder direkt nach England begeben solle, da er, so schrieb er ihm, in der jetzigen Lage entschlossen sei, sich nicht um Gefahren zu sorgen, sondern nur auf seine Ehre und seine Pflicht Rücksicht zu nehmen; auch wolle er nicht handeln, bevor er nicht den letzten Entschluß König Ludwigs vernommen habe, der nach Gott seine einzige Stütze wäre [1]). Auf der Reise traf ihn ein Bote Torcys, der die Meldung brachte, daß er sich nicht nach Paris begeben möchte, weil dort das Geheimnis nicht gewahrt werden könnte, sondern sich direkt nach Pontoise begeben solle, wo Torcy seine Befehle entgegennehmen werde [2]). Der Bescheid König Ludwigs lautete aber

à personne." Gaultier 16. August: „On a cherché dans tous les papiers que la Reine avait dans sa cassette ...; on n'y a vu nulle part le nom de son frère, et en mourant elle n'en a parlé à personne." Iberville 24. August: „Myl. Powlett m'a dit que la Reine avait eu assez de connaissance jusqu'à minuit de Samedi pour répondre oui et non, mais qu'elle n'avait pas l'esprit assez libre pour joindre ensemble des propos et que par cette raison il n'y avait pas eu moyen d'en tirer la moindre déclaration de ses volontés." (Aff. étrang.)

1) Le Chevalier, le Mardi à 9 h. du matin, août 1714. (Aff. étrang.)

2) Torcy an den Chevalier, 15. August 1714. (Aff. étrang.);

dann, daß er nur Gefahren zu sehen glaube und weiter keine Überlegungen für seinen Freund zu machen habe. Wolle er jenen trotzen und keinen um Rat fragen, so würden die versprochenen Fregatten im Havre bereit sein, noch bevor er dort ankäme. Aber um Gottes willen möge er sich die Folgen überlegen: sie seien gräßlich ins Auge zu fassen. Anderseits fände man allerdings eine verlorene Konjunktur schlecht wieder: die Frage sei also, zu wissen, ob die augenblickliche als günstig angesehen werden dürfe [1]). Daß sie es nicht war, ergaben die Nachrichten, die aus England eintrafen, und diese haben den Prätendenten bestimmt, sein Vorhaben vorläufig aufzugeben. Ibberville hatte über das, was der Prätendent zu thun hätte, mehrstündige Unterredungen mit Bolingbroke und Ormond gehabt. Das Resultat war, daß in Anbetracht dessen, daß nirgends, auch nicht in den Provinzen, eine Demonstration zugunsten des Prätendenten beobachtet worden wäre, es in aller Interesse wäre, daß er sich ruhig verhalte. So möge man dem Prätendenten sehr nachdrücklich vorstellen, schrieb Ibberville, einmal, daß er sich nicht auf die Ratschläge von Abenteurern verlassen dürfe, und daß, wenn die Verzweiflung ihn triebe, sich den Schotten zu übergeben, er sich einem tragischen Ende aussetzen würde, dann, daß König Ludwig ihm nicht die geringste Hilfe würde zuteil werden lassen können, ohne einen neuen Krieg in Europa zu entfachen, für welchen die Engländer mit ihrer ganzen Habe eintreten würden. Was solle der arme Prinz also thun, würden die Frauen, die Priester und die Irländer fragen? Man antworte darauf, daß es besser sei, gar nichts zu thun, sich der Vorsehung anheimzugeben, welche vielleicht sich seiner annehmen werde und Er-

---

Torcy à la Reine Douairière d'Angleterre, 15. August: „Le roi d'Angleterre me fait l'honneur de m'écrire que son dessein est de venir à Paris chez Mr. de Lauzun aussitôt que l'évènement dont on attend l'arrivée de Londres sera arrivé. J'écris par ordre de S. Maj. au Roi d'Angleterre que le mieux est, que S. M. Br. ne passe point à Paris." (Aff. étrang.)

1) Torcy an den Chevalier, 12. August. (Aff. étrang.)

eignisse abzuwarten, die den Zustand der Dinge in England ändern könnten, als sich unnütz in ein Unternehmen hineinzustürzen, in welchem er hundert Leben verlieren würde, wenn er sie besäße [1]).

Und wie stand es mit einer zugunsten des Prätendenten hinterlassenen Willensäußerung der Königin, auf welche Bolingbroke doch hingedeutet hatte. Was jenes kleine Pacet betraf, das Bolingbroke für ein den Prätendenten betreffendes Testament gehalten, so wurde ein Pacet von entsprechender Größe thatsächlich unter den Papieren der Königin in St. James gefunden; darauf aber stand von der Königin mit eigener Hand geschrieben, daß es nach ihrem Tode uneröffnet zu verbrennen sei. Die Lords der Regentschaft kamen diesem Wunsche auf Bothmars Rat nach einiger Überlegung nach und blieb somit der Inhalt ewig unbekannt, so war auch der letzte Rückhalt, der dem Prätendenten noch hätte bleiben können, genommen [2]).

So blieb nur das noch abzuwarten, ob die Fehler des neuen Herrschers dem Stuartschen Hause zugute kommen würden? Auch diese Hoffnung ist nicht in Erfüllung gegangen. Allerdings wurde, wie man weiß, ganz wie es Bolingbroke vorausgesagt hatte, das Land bald von einer allgemeinen Unruhe ergriffen, und in der That wurde der Gedanke gefaßt, der Einführung stehender Truppen und der Beeinträchtigung der anglikanischen Kirche durch eine Volkserhebung Widerstand zu leisten. Der Prätendent hat auch daraufhin im Winter 1715 seine zweite schottische Königsfahrt angetreten, von Bolingbroke, der inzwischen, um der vom Parlamente gegen ihn und seine früheren Kollegen eingeleiteten Untersuchung zu entgehen,

1) Ibberville an Ludwig XIV., 16. August 1714. (Aff. étrang.)

2) Bothmar an den Kurfürsten, 4./15. August 1714. (Hannov. Staatsarchiv). Davon, daß Bothmar, wie Schaumann (S. 94) schreibt, die Schriftzüge des Prätendenten erkannt haben soll, habe ich in Bothmars Berichten nichts gefunden. Daß Bolingbrokes Gedanken sich in diesen Tagen mit diesem Pacete beschäftigten, ergeben seine mehrfachen Mitteilungen an Ibberville, daß man das Pacet noch nicht gefunden habe.

nach Frankreich geflohen und hier zu dem Prätendenten in persönliche Beziehungen getreten war, mit Rat und That unterstützt [1]). Aber hier ist es nur hervorgetreten, woran auch

1) Über Bolingbrokes Haltung bis zur Flucht nach Frankreich hier einige Auszüge aus Ibbervilles Berichten: So schreibt er am 19. August: „Il y a toute apparence que Mr. Bolingbr. sera conservé dans sa charge de secrétaire d'Etat, mais il m'a dit qu'il ne l'accepterait pas, si l'autre était rempli d'un Whig, parceque la compatibilité entre eux serait impossible. Il m'a confié que le Parti des Tories est plus uni que jamais et qu'il lui fait l'honneur de le regarder comme chef.“ Im übrigen meinte B., daß es für den König nicht absolut unmöglich wäre „de se servir de ce qu'il y a de meilleurs sujets dans les 2 partis, pourvu qu'il donne aux uns les charges de sa maison, comme celle de Grand-Maître .., et aux autres celles qui regardent le gouvernement.“ (28. August). Ganz unerwartet kam ihm die schimpfliche Art seiner Absetzung: er sagte zu Ibberv., „qu'il n'y a point encore d'exemple d'un pareil traitement.“ (13. Sept.) Als Ibberville ihm von einem Gerücht Kunde gab, daß Oxford ein von ihm und Harcourt unterzeichnetes Schreiben an den Prätendenten in Händen habe, erwiederte er „qu'il n'a signé aucune lettre au Prétendant ..: en un mot il ne craint rien de ce côté-là.“ (16. Oktober.) Beim Empfang des Königs war er dann doch zugegen. „Le roi le considéra fort attentivement, et demanda qui il était.“ Die Kronprinzessin fand ihn sehr gut aussehend und sagte, er habe „pas moins d'esprit que de bonne mine“ (6. Nov.). In den ersten Januarwochen erfuhr er, daß ein gerichtliches Verfahren beschlossen sei und machte dem Gesandten davon Mitteilung: „Son opinion est“ — schreibt Ibb. — „que les ministres regnants n'ayant pû réussir à allumer une guerre étrangère, et à opprimer les Tories par la voie des armes veulent tenter celle des procédures criminelles contre les chefs du parti, espérant que tout le reste subira le joug .. Que Myl. Marlborough qui en veut à la tête de Myl. Oxford est le principal moteur de cette entreprise. En me quittant il m'a dit que s'il peut se sauver des prisons ou garantir sa tête de la hâche, il me reverra en France.“ (24. Januar 1715). Er erbat dann zwei Gefälligkeiten von Torcy: „L'une de faire avertir Mr. Prior de bouche et non par lettres qu'il n'apporte ici que les dépêches qu'il a reçues de lui et ses réponses qui sont dans la secrétairerie et qu'il laisse à Paris toutes les lettres particulières qui ont quelque rapport à la négociation de la paix. L'autre de lui fournir quelqnes preuves que les Hollandais vous ont fait proposer par Pettecum ou par quelque autre canal une négociation pour leur

jeder andere und besser organisierte Versuch, den Prätendenten ohne Rücksicht auf seine Religion zurückzuführen, gescheitert wäre, und daß die Minister Königin Annas den Religionswechsel also mit gutem Grunde gefordert hatten: die Tories des 18. Jahrhunderts waren, wie es sich jetzt ganz deutlich ergab, um Worte Rankes zu gebrauchen, nicht mehr die Kavaliere von ehedem. Die Anhänglichkeit an das Königtum war durch den Übertritt des letzten Königs zum Katholicismus gebrochen; die religiöse Überzeugung hatte die Loyalität aus den Gemütern verdrängt [1]). Wie hätte unter diesen Verhältnissen also wohl eine Einigung des Torysmus auf Basis der alten torystischen Prinzipien, so wie Bolingbroke sie erstrebt und als notwendig für die Restauration des Stuarthauses bezeichnet hatte, noch möglich sein sollen?

Als dann die Anhänger des Prätendenten, und mit ihnen Bolingbroke, in der verzweifelten Stimmung des Verbannten, die schottische Expedition, auf die legitimistischen Gefühle der Engländer pochend, in Scene setzten, erwiesen sich diese als so schwach, daß die Mehrzahl anstatt angesichts der wachsenden Unzufriedenheit mit dem neuen Herrscherhause den Blick auf die vertriebene Königsfamilie zu werfen, mit Bestimmtheit er-

paix particulière. Avec ces preuves il espère se justifier sur l'armistice .. et faire voir la nécessité qu'il y avait de prévenir les mauvaises intentions des Hollandais." (24. Januar 1715) Am 5. April schreibt Ibberv. um 1 Uhr nachts: „Mr. B. sort de chez moi; il est averti de bon endroit que la résolution fut prise mardi 2e de l'accuser de haute trahison. Il m'aprié de retenir la Vigne jusqu'à demain soir ne pouvant finir avant ce temps une affaire dont il doit retirer 9000 pièces. Mr. B. partira avec la Vigne, avec lequel il ira toute la nuit, vêtu en courrier." Marlborough war es, welcher Bolingbroke hatte warnen lassen (6. Mai 1714). Einen anderen Freundschaftsdienst erwies ihm Lord Landsdown: Er verfaßte das, vermeintlich von B. an ihn gerichtete, von Dover datierte schöne Schreiben. (15. Mai 1714). Gedruckt in „Lettres de Bolingbroke" (ed. Paris 1808) II, 427. Vgl. weiter Bolingbrokes Schreiben im Anhang und im übrigen zur Vorgeschichte des Aufstandes von 1715: Thornton, „The Stuart Dynasty".

1) Ranke, S. W. XXI, 61.

klärten, den Namen des Prätendenten mit ihrer Sache nicht in Verbindung bringen zu wollen [1]). So kam es wohl zu einer Erhebung im schottischen Hochlande, und der Prätendent wurde sogar feierlichst in Scone als Jakob VIII. gekrönt, aber der erwartete Aufstand in England blieb aus, und so mußte der junge König nach nur sechswöchentlichem Aufenthalte in dem Lande seiner Väter der Übermacht der Regierung weichen und für immer nach dem Festlande zurückkehren.

Damit schließt das Gebiet unserer Darstellung ab. Es bleibt nur das noch zu bemerken, daß, wenngleich also, wenn auch Königin Anna länger gelebt hätte, darum die Gefahr einer jakobitischen Restauration nicht gestiegen wäre, immer aus dem Grunde, weil der Prätendent Katholik blieb, der Thronwechsel dann aber wohl doch nicht in gleicher Ruhe vor sich gegangen wäre. Wir stützen diese Annahme auf die den hannoverschen Akten entnommene Thatsache, daß Lord Oxford, als er von dem Anfalle der Königin erfuhr, den Kurfürsten durch einen Expreßboten hatte auffordern lassen, sich ungesäumt nach London zu begeben, denn man könnte wohl versichert sein, daß die Übelgesinnten sich diesen zweiten Zufall zur Warnung dienen lassen und den dritten nicht abwarten, sondern ihre Maßregeln treffen würden [2]). Da nun der Kurfürst, nach seinem letzten Schreiben an Oxford zu urteilen, sicherlich gekommen wäre, und wir weiter wissen, zu welchen Konsequenzen dieser Schritt, wenn daraufhin Unruhen im Lande ausbrachen, französischerseits hätte führen können, so läßt es sich nicht leugnen, daß der den Bürgerkrieg besorgende Volksinstinkt zwar den Charakter der Gefahr verkannte, wenn er Bolingbroke als den Ruhestörer hinstellte, aber im Grunde doch das Richtige traf, wenn er noch lange nachher auf das damalige schnelle Hinsterben der Königin als auf einen Beweis für das spezielle Eingreifen einer gnädigen Vorsehung hinzudeuten liebte.

1) Hardwicke Papers II, 548.

2) Par express 30. Juli / 10. August 1714. (Hannov. Staatsarchiv.)

Anhang.

Anhang 1.

Auszüge aus der Korrespondenz des Prätendenten.

Die Schreiben sind, wo nicht anders angegeben, Originale, in der Handschrift des Prinzen, und dem „Dépôt des archives des affaires étrangères" entnommen.

1712.

An den Staatssekretär von Torcy.

Livry, 20. August.

„Je nommerai même le premier du mois pour commencer mon voyage étant ravi d'avoir une occasion de montrer au Roi la promptitude avec laquelle je suivrai toujours ses déterminations et je me flatte que vous me rendez la justice de croire que tous ceux qui me veulent du bien trouveront en moi un coeur reconnaissant et un grand désir de leur faire tout le plaisir qui dépend de moi.

An dens.

Meaux, 7. September.

„Enfin vous pouvez dire que mon voyage est commencé. J'aurais écrit moi-même au Roi, mais j'ai craint de l'importuner; ainsi je vous prie d'y supléer pour moi en l'assurant de mes respects, et d'une éternelle reconnaissance pour toutes ses bontés, dont le souvenir ne s'effacera jamais dans ma mémoire et dont mon coeur est trop plein pour ne pas le témoigner en toutes occasions.

An denſ.

Sari, 14. September.

Bittet um Nachricht, wie er ſich dem Herzoge von Lothringen gegenüber verhalten ſolle und bittet ferner darum, ſeine Mutter von ſeinem Aufenthalt in Kenntnis zu ſetzen. Le Roi ne s'étonnera point de me voir un peu empressé de lui procurer quelque consolation dans un temps où elle en a un si grand besoin; le devoir m'y oblige et quand même cela ne serait pas, que ne devrais-je point faire pour une mère qui mérite tout de moi.

An denſ.

Châlons, 12. Oktober.

„Je vous avoue que je ne comprends pas, que si Mr. Oxford a de bonnes intentions pour moi, il me laisse ignorer les mesures qu'il doit prendre en cas de la mort de la Reine, mais quoiqu'il ne soit pas dans mon pouvoir de les faire parler, dans l'ignorance où je suis, je puis toujours en ce cas poursuivre la résolution que j'ai pris il y a longtemps de me transporter sans delay sur les lieux, d'où mes amis me mandent qu'ils ne peuvent ni ne veulent rien faire pour moi, à moins que j'y suis en personne. Il est vrai, qu'ils ne se font guère connaître, mais ils ne laissent pas d'être nombreux et d'avoir beaucoup contribué à la paix et le trésorier n'en aurait jamais pû venir à bout sans leur secours. ... Il est vrai que si le cas arrivait et que je fus aussi sur de l'armée que du Duc d'Ormond, il y aurait à délibérer si le meilleur parti ne serait pas de l'aller joindre. Mais je me flatte qu'il ne s'agit plus de tout cela présentement et que la Princesse est bien rétablie; cependant je suis bien aise de vous dire toutes mes pensées pour savoir votre sentiment et peut-être en pourriez-vous faire quelque usage pour presser le ministère présent à venir à quelque résolution et ne pas risquer une 2e fois l'embarras où il se trouvera, si elle vient à leur manquer tout d'un coup.

An dens.

Châlons, 21. Oktober.

„... Depuis que la correspondance avec Mr. de Marlborough a cessé, ce qui est plus de 2 ans, je n'ai point ici aucun commerce avec les Whigs, ni avec les Tories que ce que vous savez et je puis vous assurer que je n'ai point fait la moindre démarche sans que vous en avez eu connaissance, depuis les premières nouvelles du ministère présent. Il est vrai que l'hiver dernier Mr. de Marlb. a envoyé quelques vagues compliments, mais j'en ai fait si peu de cas que je n'y ai pas fait nullement réponse .... Les dispositions en gros me paraissent très-bonnes, mais je ne puis m'empêcher d'insister un peu sur la nécessité d'avoir un plan tout prêt en cas d'accidents. Puisque je me suis livré aux Tories, je ne doute pas qu'ils agissent de bonne fois avec moi et qu'ils ne me fassent souvent savoir leurs desseins et avis, afin que nous agissions toujours de concert .... Il faut bien qu'il y ait quelque raison que dans la question qu'on me fait au sujet des Whigs on nomme le temps s'il y a 18 ou 20 mois ... Il faut nécessairement qu'il y ait eu quelque faux rapport ou quelque découverte des menées de Mr. de Marlborough.

An Gaultier.

21. Oktober.

„.. Par tout ce qui me revient de Mr. de Monplaisir (Bolingbroke), c'est une personne de grand mérite et qui est même capable de mériter tout de moi. S'il le fait il me trouverait tel, qu'il pourrait souhaiter à son égard.

An Torcy.

Châlons, 4. Dezember.

„.. Etant entre les mains de la providence et celles du Roi, je vois bien que la patience est aussi raisonable qu'elle est nécessaire, mais la pratique ne m'en ira pas trop facile,

tant que le ministère qui m'a déjà confié le gros du secret me laissera languir dans une obscurité, laquelle me fait souvent douter de la sincérité de leurs intentions; cependant je vois la nécessité de les ménager et de leur faire plaisir, et si je le croyais que d'avoir quelques protestants avec moi leur en ferait, il vaudrait le faire.

An denſ.

Châlons, 23. Dezember.

„.. Ce qui est certain est que nous avons tous perdu un bon ami dans le pauvre Duc de Hamilton, et je doute fort que son successeur en approche à cet égard-là. La mort du premier n'ouvrira-t-elle pas les yeux du ministère pour lui faire voir ce qu'il doit attendre des Whigs, qui capables des plus noirs attentats ne méritent certainement plus de ménagements? ... Dieu veuille qu'une paix prochaine mette fin aux malheurs de l'Europe et tout au moins je l'espère à mon ignorance.

1713.

An denſ.

Châlons, 5. Januar.

Auf die Aufforderung, die an ihn ergangen war, ſich von Middleton zu trennen, erwidert er: „Je trouve fort dur qu'on condamne un homme sans vouloir même l'entendre et que mon honneur et ma conscience me paraissent intéressés“.. Er glaube an eine Kabale gegen Middleton und auch Berwick halte „toutes ces menées comme un cabaler pour élever Mr. d'Hamilton (Richard Hamilton) au dépens de l'autre. Cela me ferait grand plaisir de savoir par quelque autre canal que Gaultier les sentiments d'Oxford sur Middleton: après tout ce que je vous ai dit .. j'ai meilleur opinion de la sagesse d'Oxford que de croire qu'il voudrait user des menaces avec moi dans le temps qu'il travaille à me faire son maître

et qu'il savait bien que ses conseils seront des règles pour moi; et pour lui donner une dernière marque de ma confiance, s'il faut que je me sépare de M., tout ce que je demande de lui c'est, qu'il m'envoie quelqu'un d'Angleterre qui puisse mériter de posséder sa confiance et la mienne, car M. n'étant plus avec moi, et n'étant plus question de Hamilton, je me verrai à mon âge sans expérience, et dans une conjuncture aussi épineuse, sans conseil ni secours.

An denf.

Châlons, 19. Januar.

„Erwartet ungeduldig Nachrichten von Gaultier. „Ceux qui donnent à entendre qu'ils sont de mes amis attendent de moi une obéissance aveugle, ne veulent pas que je m'adresse à qui que ce soit qu'eux — je ne parle point des Whigs, je les ai renoncé et je les renonce de nouveau, mais des Tories en général — me tienuent dans une ignorance profonde, veulent ôter la seule personne autour de moi qui mérite et qui possède ma confiance, et me privent de tout conseil, tout secours sans excepter même la Reine, .. pendant que loin de me dire leurs projets, ils ne daignent pas seulement me faire savoir qu'ils sont mes véritables amis. Vous ne pouvez que convenir avec moi, que voilà bien des sujets de défiance et d'alarme."

Briefwechsel mit König Ludwig vor der Abreise nach Bar le Duc.

A Sa majesté très-chrétienne.

Châlons le 19. février 1713.

„De quelles paroles dois (je) me servir pour marquer à Votre Maj. ma reconnaissance avant de quitter l'azile que ses soins paternels m'ont accordé presque depuis que je suis au monde, et dont elle ne laisse point sans m'en procurer

un autre plus convenable pour la situation présente de ses affaires et des miennes? Si les paroles me manquent mon coeur en est pénétré par le souvenir de ses bienfaits et de ses bontés passées, auxquelles le soin qu'elle veut bien prendre de moi et de tout ce qui me regarde met le comble et me rassure dans la triste situation où je suis par la confiance que j'ai dans une générosité dont la durée la rend sans exemple, dans une sagesse accoutumée à venir à bout des plus grands desseins et dans une bonté qui ne s'est jamais lassée de répandre ses bienfaits sur moi et sur toute ma famille. C'est avec toute l'instance possible que j'en demande à Votre Maj. la continuation pour moi et pour la Reine, la seule personne qui me reste de ceux qui m'étaient les plus chers et qui méritant tout de moi comme la meilleure de toutes les mères, ne me cède en rien dans les sentiments que j'ai pour Votre Maj. lesquels elle m'a inspirés dès mes plus tendres années. Il ne me reste plus qu'en assurant Votre Maj. de mes voeux les plus ardents et les plus sincères pour son bonheur et sa prospérité, de la conjurer d'être bien persuadée qu'elle trouvera toujours en moi le respect et l'attachement et si je l'ose dire la tendresse d'un fils, une volonté toujours prête non seulement à suivre, mais à aller même au devant de la sienne en toutes choses durant le temps de mon exil, et si jamais je me vois rétabli dans mes royaumes un allié fidèle qui fera sa gloire et son bonheur de concourir aux justes et aux grands desseins d'un Roi qui fait tant d'honneur à la Royauté. [1])

---

1) Gleichzeitig erging ein Schreiben des Prinzen an Frau von Maintenon: „Peu content, Madame, de la lettre que j'ai écrite au Roi où je n'ai que faiblement exprimé les sentiments que j'ai pour lui, où puis-je mieux m'adresser qu'à vous pour vous prier de supléer pour moi à tout ce qui y manque?" Vgl. Stuart Papers relating chiefly to Queen Mary of Modena, printed for the Roxburghe Club, 1889, p. 466.

Le Roi T. C. au Roi d'Angleterre.

(de la main du Roi.)

Marly, le 26. février.

„Je rassemble en Votre Maj. seule toute l'amitié que j'ai toujours eu pour sa famille, et je partage avec la Reine votre mère la tendresse qu'elle a pour un fils si digne d'être aimé d'elle par la manière dont il a répondu à ses soins.

C'est avec ces sentiments que je conserverai toujours que je vois sortir V. Maj. de mon Royaume; si mes souhaits étaient accomplis Elle ne demeurerait pas longtemps hors de chez Elle et dans un pays étranger, mais les secrets de la Providence ne se découvrent que lorsqu'Elle veut les revêler et personne ne peut en avancer l'exécution. J'espère cependant que les vertus de Votre Maj. bien connues, ne languiront pas dans l'oubli, et que la justice trouvera des défenseurs après une si longue oppression.

Pendant qu'elle durera je n'oublierai rien pour contribuer, suivant les désirs de V. Maj. à la consolation de la Reine sa mère. Jamais princesse n'a mieux méritée l'attention, le respect, et la tendresse d'un fils tel que vous. Je vous demande de la croire lorsqu'elle vous assurera qu'en quelque endroit que vous soyez, j'aurai pour vous la tendre amitié que j'ai eu pour Votre Maj. dès sa naissance, et que j'ai vu croître avec son âge et ses vertus.

An Torcy.

Bar le Duc, 16. April.

„Er ist glücklich über die Eröffnungen Lord Oxfords und bespricht „l'utilité de me faire venir dans l'intervalle d'un parlement, où après mon arrivée, mes amis animés par ma

présence et les autres déconcertés par un coup imprévu iraient même peut-être au delà de tout ce qu'on pourrait souhaiter d'eux."

An denf.

Bar le Duc, 1. November.

„... En attendant un certain ménagement pour les 2 (Oxford und Marlborough) ne peut rien gâter, tant qu'on ne fait rien qui puisse déplaire à Mr. d'Olléron (Oxford) à qui il importe surtout de faire la cour, mais de qui cependant je vous avoue que je ne sais que penser; si ses intentions sont bonnes, il est certainement bien habile, car rien au monde ne ressemble tant à un amusement que sa conduite à mon égard; plût à Dieu que Mr. Walters (Gaultier) put être trompé par les apparences et Mr. Robinson (der Prinz selbst) détrompé de ses justes méfiances par un peu plus d'ouverture, car quoiqu'il soit convaincu de la nécessité de la patience, il ne l'est pas d'un silence qui lui peut être si préjudiciable surtout au cas d'une banqueroute imprévue d'Albert (Königin Anna) ... Vous savez assez combien sont favorables mes sentiments pour Albert (Königin Anna); nous étions convenus qu'il ne convenait pas il est vrai à Mr. Raucourt (der Prinz selbst) de lui faire des offres par avance, mais si une assurance de la part de Mr. Tallon (Torcy), qu'il sait positivement qu'Albert ne peut rien demander pour lui-même que Raucourt n'accordera puisse l'encourager de s'ouvrir d'avantage, je ne vois point de difficulté que Talon dise cela au plutôt."

An denf.

Bar le Duc, 2. December.

Schildert, wie schwer ihm der Abschied von Middleton geworden sei. „Après cette démarche je me crois en droit d'attendre de Mr. Olléron (Oxford) une entière ouverture, au moins ne lui pourra-t-on plus suggérer des prétextes pour son silence; s'il continue je vous avoue que je ne saurais

qu'en penser et aussi y aurait-il rien de plus cruel pour moi que de ne pas retirer les fruits d'une démarche qui m'a tant couté et de m'avoir privé de mes fidèles et anciens amis, sans m'avoir au moins fait de nouveaux."

1714.

An Gaultier.

1. Januar.

„.. Persuadé plus que jamais de l'amitié de Mr. d'Olléron (Oxford) j'entrerais avec joie dans tout ce qu'il me proposera pour arriver à notre but, et le voyage de Mr. Raucourt (der Prinz selbst) chez Mr. Jones (Italien) sera publié, car avec un tel guide je ne croirai jamais pouvoir errer. Je me fie absolument et uniquement à lui, je recevrai ses conseils avec joie et avec déférence, je le prie de m'en donner souvent, et vous pouvez l'assurer qu'il trouvera toujours en moi un coeur rempli de reconnaissance, uniquement occupé du bien de Mr. d'Alençon (England) et des moyens de le rendre heureux en suivant les avis d'un aussi sage et aussi digne compatriote ... Arrive ce qui pourra, on ne m'accusera jamais de n'avoir tenu ma parole. Je la garderai religieusement, la dissimulation m'est en horreur, ce que j'aurai une fois promis, je m'y tiendrai exactement, et tant que Mr. d'Olléron (Oxford) sera à moi, je serai à lui, et après tout, compliment à part, c'est notre intérêt commun d'être toujours unis d'amitié comme nous le sommes par nos principes qui aboutissent tous au bonheur de l'Angleterre."

An Torcy.

Bar le Duc, 1. Januar.

„.. Je vous avoue que je ne comprends pas comment on peut assurer à Mr. Raucourt la succession de Mr. Albert (Königin Anna) à moins qu'il ne soit lui-même sur les lieux avant sa mort.

An Deuf.

Bar le Duc, 1. Februar.

„Mr. Robinson (der Prinz selbst) se voit dans une nécessité absolue de faire parler tout net, afin qu'il puisse prendre son parti, et il croit même agir conformément à vos sentiments en pressant Mr. Walters (Gaultier) de faire parler Mr. d'Olléron (Oxford) dans un temps où le silence et un refus est la même chose."

An Gaultier.

1. Februar.

„Il y a me dit Mr. Raucourt (der Prinz selbst) près de 3 ans que j'entends parler du dessein que mon oncle Mr. Olléron (Oxford) avait, de ménager un accomodement entre mon Père (Königin Anna) et moi, et du désir qu'Albert (Anna) même avait que cela fut conçu. J'ai fidèlement gardé le secret, j'ai tout fait ce qu'on m'a demandé, j'ai écrit des lettres pleines de tendresse [1]), j'ai même défendu à mes avocats de poursuivre mon procès; tant je recherchais la paix et l'union dans ma famille .. Mais ajouta-t-il, que dois-je penser après tant de démarches de mon côté et pas une du leur, quand je vois mon Père à la veille du trépas, sans m'avoir par lui-même, ni par mon oncle, assuré du désir d'accomodement, sans avoir répondu à mes lettres, ni même songé à révoquer son testament par lequel il laisse tout à mon cousin Horne (Hannover) à mon préjudice. Mes avocats me pressent sans cesse de renouveller mon procès ... J'ai pris mon parti de le renouveller, si dans 2 mois on ne me donne des assurances et fasse voir des effets qui me

1) Also ist außer dem in unserer Darstellung erwähnten Schreiben des Prätendenten an Königin Anna vom Februar 1712 (vgl. S. 191. 192) inzwischen noch ein anderes abgegangen. Da dasselbe in der französischen Korrespondenz nicht erwähnt wird, so ist es jedenfalls durch Ormonds Hände gegangen.

puissent convaincre de la sincérité de mon Père et mon oncle (Königin Anna und Lord Oxford) à cet égard.

An dens.

3. Februar.

Schließt nach allem „qu'il ne faut plus compter sur ces messieurs, mais tâcher de s'adresser quelque autre part. Pour moi je ne saurais croire que Mr. Olléron (Oxford) me trompe. Je vous prie de m'aider de vos conseils dans une conjoncture aussi fâcheuse."

An dens.

26. Februar.

„Er versteht ein an ihn ergangenes Schreiben Gaultiers nicht (dessen Inhalt aus dem Folgenden zu ersehen ist): „Je commencerai par ce qu'on nomme déclaration et donc Walters (Gaultier) n'explique pas l'usage ni le temps auquel on voudrait qu'elle fut publiée . . le tout rempli d'expressions obscures . . et le language même si mauvais qu'on aurait de la peine à croire que ce fut dressé par un Anglais; serait-ce possible que Mr. O. (Oxford) en pût être l'auteur et si j'étais capable de la signer qu'elle idée aurait-il de moi. J'y renonce à ma religion (sans, dit-on, aucune vue humaine, quelle plus visible fausseté), le plus grand obstacle à mon rétablissement, et puis je renonce à mes droits, à moins qu'il ne plaise au peuple de m'y appeler; J'y déclare que je n'aurais jamais l'intention de me rendre maître de l'Ecosse et que j'aime mieux errer par le monde que d'inquiéter les Anglais. Tant de duplicité, de deshonneurs, et de bassesses seraient-ils le moyen de me faire appeller, et si Olléron (Oxford) me propose sérieusement ces infamies, n'ai-je pas lieu de craindre, que c'est un panneau inévitable? En les refusant je lui donne un prétexte de rompre avec moi, en les acceptant je me rends même indigne de vivre, encore plus de regner et le juste objet du mépris de chaque honnête

homme; car conscience à part, qui voudrait se fier à moi, si je changeais de religion par un motif si grossier de l'intérêt et d'avantage temporel? Pour l'autre article il est vrai que ce n'est pas mon in tention d'inquiéter ma soeur sa vie durant, et que d'ailleurs je serais toujours prêt de sacrifier mon repos et même vie pour ma patrie; mais de lui sacrifier mon honneur et même ma conscience, c'est trop, plus qu'aucun Roi ne peut attendre d'un sujet, et ce que jamais on ne me verra capable de faire. Jusques au dernier soupir par la grâce de Dieu je conserverai ma religiou, et jusques là je ne me donnerai point de repos pour entrer dans mes droits. Et si je pensais autrement, je suis sûr que Mr. Olléron même me mépriserait, car après tout, je le crois homme d'houneur et incapable d'inspirer des sentiments qui y sont si contraires.

... Il y a des avis que je ne saurais suivre comme de promettre à Mr. Euster (Schottland) plus que je ne veux tenir, et d'obliger mes amis de prêter des serments contre leur conscience. L'article de la religion me surprend: la dissimulation est pour ainsi dire pire qu'une abjuration ouverte et j'entends mieux ma religion Dieu merci que d'avoir l'effronterie de consulter le Seigneur, si c'est pour sa gloire de l'abandonner .... Enfin y-a-t-il au monde un procédé plus inoui que celui qu'on tient envers la Reine (Königin Marie) et moi; on sait bien que le refus de la Reine de reconnaître le gouvernement d'Angleterre était la seule cause qu'elle n'a pas joui de son douaire depuis 25 ans, et on veut qu'à présent elle le reconnaisse et qu'en même temps elle renonce à ses arrérages, que les lois-mêmes ne pourraient pas lui refuser, si après une telle démarche elle les demandait en justice .. Je vous laisse à deviner ce que je puis penser de tout ceci, et dans quel besoin je suis de l'arrivée de cet homme de confiance promis depuis si longtemps et saus lequel Mr. O. (Oxford) et moi ne nous entendront jamais .. En attendant je demande instamment les conseils de Mr. Rose (König Ludwig) et les vôtres.

An denſ.

3. März.

„Je vous avoue que les lettres de Janno (Ibberville) m'ont surprises. Il y a, il est vrai beaucoup de naiveté de la part de Sably (Bolingbroke), mais point la fermeté et la résolution que j'attendais de son caractère ... Il paraît que Janno (Ibberville) pourrait faire un fort bon usage de ce que Sably (Bolingbroke) lui dit sur ma religion, car si les Whigs pourraient faire des réflexions si choquantes sur aucun changement que je faisais à cet égard, à présent, il n'est pas possible qu'ils ne le fassent en tout temps en pareil cas, puisque les mêmes raisons subsisteraient toujours, en quelque lieu et en quelque temps que cela se faisait.

Briefe des Prätendenten an den engliſchen Hof[1]).

An Königin Anna.

March 3. 1714.

„There is nothing, dear sister, could equall the sensible joy your recovery gave me but the trouble and anxiety your illness caused. Thank God it is now so well over, and sincerely beseech him to preserve you long for my own and our country's good. But give me leave to represent to you the confusion you would leave it in, should it please God to call you to himself, before you have provided for its peace and tranquillity and how can that be secured as long as the true heir is excluded, and a foreigner named successor to his prejudice and that of so many who will never give rest nor quiet to our country, till the succession is again settled in the right line. Your own good nature, the memory of the king our dearest father, the welfare of a nation whose happiness and glory you are, your own honour, and the preservation of our family, of which I am the last, do I know sufficiently induce you to do what all good men exspect

1) Original-Duplikate in der Handſchrift des Prinzen.

from you and what can only make you end your days in true peace and quiet. Time is precious and once lost not to be retrieved and t'is not wishes but deeds that are now in season. I know your sentiments towards me are such as I could wish and to convince you that mine towards you are the like, and nothing shall be wanting on my side towards you, seccuring yours and our country's peace and happiness, I do here solemnly assure you, that it is the farthest from my intentions to give you any disturbance during your life: during it willingly and cheerfully consent, that you possess those kingdoms, that you are so worthy to govern, provided that you will secure them to me after your death, but though there is nothing I am not willing to yield to so just and kind a sister, yet it is to her alone I do so, I will sooner quit my life, than my just right to any other, I begg of you therefore loose no time in doing what I know you wish as much as I who will be hence forward entirely guided by you, and as it has been a sensible mortification to me not to have heard directly from you hitherto, so my confidence in you is so great, that if you will answer my letter, and encourage my coming to you, I shall immediately throw myself into your hands and be willing to run any risk to secure your possession and then my own and our country's happiness. What a comfort, what an advantage would it be to me, to be able to be of some use and support to you, and to learn from you myself how to make our country happy. I am not ignorant, how much I have been mispresented hitherto, but the calomnies are so notorious, that without entring into any particulars, I shall content myself with assuring you here, that whenever it shall please God to put me in the possession of what is my due, I shall make the laws of the land the rule of my government and give all the reasonable security that can be exspected from me for the liberties and the properties of the people, and the protestant religion as by law established.

You see how much I depend on you and I flatter my-

self you will do the same by me and have a better opinion of me than to think me capable of departing from what I have once promised: No, dear sister, you shall allways find me true to my word, to you, and to my own honour, and that my only view is your own satisfaction and quiet, and our countrys good, and that I shall never think I can sufficiently acknowledge your kind and generous behaviour towards me, who I am and ever shall be entirely and sincerely

Yours.

An Lord Oxford.

March, 3. 1714.

„My being frequently informed of your constant good intentions for me, is my greatest comfortment to the confidence I have in the Queen my sister's kindness. It is also what I shall never think, how sufficiently acknowledge, persuaded that you only want an occasion to serve me effectually. You have it now in your hands and time is precious, for this seems to be the critical conjuncture on which all depends. What should have become of us, had my sister failed in her last illness? And whatmust still happen should she dye without her settling matters? Her recovery has given new life to me, as her illness cast me into the last anxiety. But after all, she is mortal, and cannot to soon provide for her own, her family's and her country's happiness. It is to facilitate, to promote her good inclination, that I here declare to you, that I am willing she remain in quiet possession during her life provided she secure to me the succession after her death; this is too reasonable for you not to enter into it, and I am persuaded you love both her and your country too well, not to promote as much as possible what alone can secure their quiet and happiness. It would be a sensible satisfaction to me to hear from yourself and to receive your advice, without which I shall do nothing and with which alone I can concurr in the most proper measures to attain to the same good end we all aim

at. I need not I am sure represent to you how much your interest and advantage is linked to mine, I know t'is not private views that govern you, but your country's welfare alone, which must be involved in perpetual wars and divisions, till the succession is settled in the right line, for thô willingly yield to my sister, t'is to her alone, I shall sooner depart from my life, then from my just right to any other. And should I think or speak otherways, I should be unworthy of your zeal for my service. Lett me therefore earnestly entreat you to provide speedily and effectually for their peace and wellfare, which joined with my sisters honor and happiness, is and allways shall be my only view. For them I shall never spaire pains, nor labour, nor even my life itself. What I once promise, you may rely upon it, I shall religiously perform, and I can say with truth, that I heastily abhorr all double dealings and dissimulation. All the just securities that can reasonably be asked for your religion liberties and properties I shall be most willing to grant, and as that can be exspected from a man of principle and true honor, I am ready to comply with, and you have I know too much of both, to require more of me. Now you know my sentiments, you see, there is no time to be lost in securing the Queen my sister's happiness, my just right, and our country's wellfare: In making yourself the greatest man of your age, and in deserving from me, all that your own heart can wish.

An Lord Bolingbroke.

March, 3. 1714.

You have so often expressed yourself a sincere and hearty friend to me, that I should be wanting to myself, did I not adress myself to you in this critical conjuncture. My joy for the Queen my sister's recovery is equal to the anxiety her illness gave me; but thô I wish her long life and happiness from the bottom of my soul, yet all men are mortal, and what should become of us all, should she leave our

country in the distracted situation it is in. We are both young, t'is true, and may hope to live long enough to see better days, but those days will never come, without we seech them, and to seech them is the duty of all honest men. I have the greatest stake, and I am therefore willing to give the exemple. It is far from my thoughts to disturb my sister during her life, or even to disquiet our country in whatever relates to their religion, liberties and properties, but on the contrary to give them as to those points all the reasonable security their hearts can wish; what more can be exspected from me, and what after that must our countrymen exspect if they concurr not with me, but perpetual wars and divisions? For thô I am willing to yield to my sister, it is to her alone, and I will sooner part with my life then my just right to any other. My eyes are and shall be continually fixed on what will I hope one day be my own, it is what I can never loose sight of nor cease to pursue, and should I have other sentiments, I should not deserve your care nor your thoughts; but as my sister's and my country's happiness is my only aim I assure myself you will concurr in my just endeavours. Let me have your opinion and your thoughts on this conjuncture. I begg of you, you know how much I rely upon you and exspect from you, and I am persuaded I shall not be mistaken in the great and just opinion I have of you. As for my own particular I desire you will look upon me as a man of my word, incapable of departing from what I have once promised, and of promising, what a man of principles and honor cannot perform, and that is what I am sure you will never propose to me. Remember time is precious, and that you have it now in your power to deserve the benedictions of posterity and all that a grateful heart can devine to shew his acknowledgement to so sincere and powerfull a friend as I look upon you to be.

An Gaultier.

3. März..

„Voici toutes les lettres que vous m'avez demandées [1]) à l'exception de celle pour le C[te] de Winchelsea .. J'en suis convaincu que je viens de faire toutes les démarches possibles de mon côté, et si on n'y répond pas, je n'aurai au moins rien à me reprocher. Je n'ai plus rien à faire de mon côté, c'est à la nation à considérer ce qu'elle a à espérer de moi et à craindre de Hannovre ... Je ne veux tromper personne ni jamais promettre que ce que je puis et veux tenir.

An Torcy.

Bar le Duc, 16. März.

„Je reçus votre paquet, dont le contenu me donne une bien triste vue de la situation de mes affaires, cependant plus elles paraissent en mauvais état, plus il me faut donner du mouvement et ne rien négliger qui peut contribuer à les mettre en meilleur état. Tout ce qu'on nous mande de Mr. Roland (Religion) rend encore plus nécessaire la lettre que j'ai écrite à Gaultier [2]), mais comment a-t-il pu aussi bien que Janno (Ibberville) entrer dans un projet de testament, où l'article de Roland (Religion) le ferait encore renforcer tout ce qui a été fait à mon préjudice. Le temps est si précieux, il est si nécessaire de réparer ce qui a été perdu, et il y aurait tant de choses à faire, que j'ai pris le parti de vous envoyer Mr. Ines .."

An Kardinal Gualterio.

Bar le Duc, 18. März.

(Gualterio Papers, British Museum 31 255.)

„Les affaires de Mr. Robert (den Prätendent) me paraissent très-embrouillées, et je ne vois nulle espérance d'au-

---

1) Auf Gaultiers Rat hatte der Prätendent auch noch an Earl Powlett geschrieben.

2) Macpherson II, 525.

cun changement subit pour le mieux; tout ce que je vous puis dire de certain c'est que Robert n'abandonnera jamais Mr. Roland (Religion) et qu'il est prêt de tout sacrifier pour lui . . Tout mon soutien c'est dans l'amitié de Richard (König Ludwig) et Talmon (Torcy), car il me paraît que c'est sur eux seuls que je puis me fier sûrement"[1]).

An Torcy.

2. April.

„Les lettres que Talon (Torcy) envoie à Raucourt (Prätendent) ne parlent que trop nettement et devraient faire beaucoup soupçonner de la sincérité des amis qui n'ont fait pour ainsi dire que m'amuser jusques ici pour m'empêcher de prendre d'autres mesures. Cependant Talon (Torcy) a raison de dire, qu'il les faut ménager toujours et avoir grand égard au secret qu'ils ont imposés; car ils peuvent toujours être utiles et même je ne puis m'empêcher de me flatter que quand ils auront fait de sincères réflexions aux inconvénients où ils avouent eux-mêmes qu'ils tomberont en me rejettant, et que la première châleur d'un zèle affecté sera passé, je ne puis que me flatter, qu'ils reviendront à leurs premiers sentiments à mon égard et qu'ils ne s'effrayront plus du monstre imaginaire qu'ils font ne ma religion. Cependant comme ils en sont si entêtés, j'entre dans vos raisons de n'en plus faire mention, et en effet puisque mes premières lettres ont si mal réussies, il ne faut plus s'exposer à un pareil traîtement . . . Ce que je trouve de plus fâcheux,

1) Die Gualterio-Papers enthalten auch einen ganzen Band von Originalbriefen Königin Maries (31254), welche der Roxburghe Club publizieren sollte. Daß Kardinal G. mit der Haltung des Prinzen einverstanden war, liegt auf der Hand. So bezeichnete er die Versuche, den Prätendenten zu bekehren als „l'effet d'une grande ignorance et d'un faux zèle" und schrieb ihm ein anderes Mal (17. April 1714: Br. Mus. 20294): „Vous gardez une fidélité si inviolable à Mr. Roland (Religion), notre ancien et premier ami, que ceci vous doit faire un mériteinfini et vous accréditer de plus en plus auprès des gens avec lesquels vous allez entrer en commerce."

est la maladie de Protose (Königin Anna), car quel parti pourra prendre Robinson (Prätendent), si elle mourrait en laissant les affaires dans la situation où elles sont. Il est vrai que le voyage d'Euster (Schottland) est un coup de désespéré, cependant ne serait-ce point lâchement quitter le parti que de ne rien faire en pareil cas pour prévenir Mr. Horne (Hannover) ... Si par malheur Protose (Königin Anna) mourrait, je croirais qu'il conviendrait mieux à Raucourt (Prätendent) de se livrer généreusement entre les mains de ses compatriotes, que de demeurer lâchement ici. J'ai meilleur opinion d'eux que de croire qu'ils abuseraient de la confiance et qu'ils le rejetteraient après une pareille démarche, quoiqu'à la vérité c'est une triste chose que d'avoir à faire à des gens qui font un jeu de la religion et qui se mocquent des loix les plus sacrées et fondamentales. Cependant il y a des occasions où il faut tout risquer et où il vaut mieux périr avec honneur, que de survivre à sa réputation".

An Kardinal Gualterio.

Bar le Duc, 23. April.

(Br. Mus. 31 255).

„Je profite du retour de l'abbé Marcolini pour vous donner quelque nouvelle des affaires de Mr. Robert (Prätendent). Elles sont à peu près toujours dans la même situation et quoique les dispositions continuent à paraître bonnes il n'y a cependant aucune démarche de faite en faveur de Robert; au contraire il a été vivement pressé d'abandonner Mr. Chaumont (Religion) avec menace qu'il ne verrait jamais son pays à moins de cela. Le refus qu'il a fait et qu'il fera toujours par la grâce de Dieu à pareille proposition, a mis l'allarme parmi tous ses amis; cependant l'intérêt particulier des amis, celui de la nation et l'aversion que beaucoup de gens ont pour Mr. Heman (Hannover) me font espérer que peu à peu un zèle affecté se ralentira et qu'on aimera mieux prendre Robert, comme il est, que de plus insister qu'il se déshonore à tout jamais pour rentrer dans

ses droits. Voilà où il en est; sa plus grande espésance est dans l'amitié de Mr. Antoine (Königin Anna) de laquelle il ne saurait douter, surtout après lui avoir fait savoir qu'il ne prétendrait rien à son préjudice, pourvuqu'il lui assura les biens dont il est à présent en possession.

An Torcy.

25. Mai.

(In der Handschrift seines Sekretärs Janson.)

„Pour prévenir autant qu'on peut l'embarras où nous serions si Mr. Horne (Hannover) arrivait dans l'indécision où les affaires sont à présent, je serais assez d'avis que Mr. Robinson (den Prätendent) s'offrit dès à présent à Protose (Königin Anna) d'aller se joindre à Mr. Euster (Schottland) pour soutenir leur cause commune contre Horne (Hannover), en cas qu'il arrive chez Alençon (England). Protose ne saurait prendre en mauvaise part une telle proposition et peut-être parlera-t-elle décisivement à la fin. Il est à savoir, si Robinson doit faire cet offre par lui-même, ou par Talon (Torcy).

An Kardinal Gualterio.

de Commercie, 23. Juli.

(Br. Mus. 31 255.)

„Je vous dois mille remerciments sur tout ce que vous me dites à l'égard de Mr. Raucourt (Prätendent) dont les affaires sont dans une étrange situation. Dieu seul peut savoir le fonds des coeurs et sait seul tirer le bien du mal. Nairne vous informera s'il y arrive des changements, car jûsques ici les apparences sont mauvaises et les ténèbres épais.

An Torcy.

Commercie, 27. Juli.

„Il ne m'est pas nouveau de savoir que mon attachement pour Roland est le seul obstacle à mon retour chez Alençon (England), cependant vous savez que j'ai pris mon

parti, ainsi c'est aux autres à changer de sentiment. Il faut espérer que le temps aura cet effet, et cela seul le peut avoir. Cependant le nouveau écrit [1]) ne marque rien de bon et il faut avoir un esprit bien raffiné pour l'avoir proposé envue de rendre service à Raucourt. Quoiqu'il en soit je ne suis nullement d'avis d'en venir aux reproches envers Protose (Königin Anna), au contraire je la plainds et suis d'avis que pour elle après tout ce que je lui ai écrit, il n'y a plus rien à faire que de laisser à la grâce de Dieu et à la nature le soin de la mettre dans le bon chemin, au moins qu'on n'était sûr que rien de ce que je lui ai mandé ne fût arrivé jusqu'à elle on qu'on ne le fût qu'elle recevrait une autre lettre et qu'elle put parvenir jusqu'à elle sans hazarder de choquer personne.

An Torcy.

3. August.

„Tout dépend de faire connaître une fois à Protose mes véritables sentiments, et il n'y a que trop sujet de croire qu'elle ne les sait pas, car si elle les savait, à quoi bon tant de délais?"

An denf.

Ce mardi à 9 h. du matin août 1714.

„Votre courrier m'a apporté la confirmation de la nouvelle de la mort de la Princesse. Vous aurez reçu ma résolution par celui qui est parti hier, qu'en ce cas j'irai sur le champ vous trouver. Je partirai ce soir, et dans cette occasion je regarde ni dangers, ni périls, ne pouvant envisager autre chose que mon honneur et mon devoir: Savoir, si je dois aller en Ecosse ou droit en Angleterre. Je ne puis me déterminer jusqu'à ce que je vous vois et que j'aie

1) Die Proklamation, welche einen Preis auf den Kopf des Prätendenten setzte.

reçu la dernière résolution de Mr. Rose (König Ludwig), mon unique soutien après Dieu. Je descendrai le plus sûrement que je pourrai chez Mr. Lauzun et j'espère que dans ce temps-là vous serez à Paris."

An denſ.

13. Auguſt.

„Depuis que je suis au monde le Roi a été mon protecteur et mon soutien, et c'est maintenant plus que jamais que j'ai besoin qu'il se montre tel à mon égard. L'expérience que j'ai de sa bonté ne me permet pas de douter qu'il ne fasse pour moi tout ce qu'il pourra, et qu'il ne la bornera point à de simples conseils."

An denſ.

25. Auguſt.

„Je vois avec peine que la tranquillité règne chez Mr. Alençon (England), mais puisque cela est, la patience est la seule ressource de Mr. R. (der Prätendent), et malgré tout ce qui s'est passé aux yeux du publique la confiance et son attachement pour Mr. Rose (König Ludwig) ne sont nullement diminuées. Il les veut au contraire augmenter tous les jours étant bien persuadé que Mr. Rose fera pour lui tout ce qu'il pourra, et étant trop raisonnable pour s'attendre à autre chose présentement qu'à des marques secrets de son amitié, en attendant qu'il lui en puisse donner d'autres."

An Kardinal Gualterio.

de Plombières, 30. Auguſt.

(Br. Mus. 31255.)

„Je profite de mon premier loisir, pour me donner le plaisir de vous écrire. Quoique mes efforts pour le passé aient été inutiles, cela ne me découragera pas de les continuer à l'avenir, et de poursuivre mon but, tant que Dieu me conservera la vie. C'est une grande consolation dans ces tristes occasions que de n'avoir rien à se reprocher, mais plus mes

propres sujets me négligent, plus je me sens obligé de chercher des secours d'ailleurs, espérant que Dieu protégera la justice de ma cause, et celle de la religion qui sont inséparables. La bonté vraiment paternelle de Sa Sainteté pour moi ne me permet pas de douter qu'elle n'entre dans mes peines et qu'elle ne souhaite sincèrement d'y remédier. Il est vrai qu'Elle ne saurait pas elle-même agir directement pour mon rétablissement, et même moins la liaison que j'ai avec elle paraisse aux yeux des Anglais, mieux cela sera, mais elle pourrait sous mains contribuer infiniment à mes intérêts, en représentant aux princes catholiques et surtout à l'Empereur combien le bien de la religion est intéressé par le règne d'un Prince protestant en Angleterre, et combien la cause de la Religion même est unie à la mienne. Vous pouvez mieux que je ne puis vous le prescrire, représenter à Sa S. tout ce qu'il faut en cette conjuncture. Je vous prie de le faire et en me mettant à ses pieds, de l'assurer que je me trouve trop heureux de souffrir pour une si bonne cause et que par la grâce de Dieu ni les biens ni les maux de cette vie ne me feront jamais manquer ni à notre St. religion ni à l'obéissance que j'aurai toute ma vie pour le St. Siége. Vous ne saurez trop vous étendre sur ce sujet et j'ose me flatter que cela ne sera point sans effet et qu'un si digne pontife ne laissera pas sans quelques marques de sa bonté et de sa générosité un fils qui lui est si attaché et qui fera toujours sa gloire de l'être. Vous pouvez si vous le jugez à propos montrer cette lettre à Sa Sainteté.

Anhang 2.

Auszüge aus der Hannoverschen Korrespondenz [1]).
(British Museum. Landsdowne Mss. 1236. Originale.)

Kurfürstin Sophie an Lord Oxford.

Göhrde, le 8 octobre 1711.

Monsieur, J'ai reçu par le C^{te} de Rivers, l'obligeante lettre par laquelle il vous a plû me donner des assurances de l'affection que vous avez pour moi et pour ma maison, dont je voudrais vous pouvoir témoigner ma parfaite reconnaissance par des services, mais de l'âge dont je suis j'en dois laisser le soin à ceux qui viendront après moi, cependant je suis bien fâchée que la Reine a sujet de se plaindre de ses alliés qui laissent tout le fardeau de la guerre sur ses sujets, car il est triste qu'àprès tant de victoires que ce soit la nécessité qui fait souhaiter la paix à la Grande Bretagne; de ne m'étendre point sur ce sujet, le C^{te} de Rivers a pris sur lui de vous en parler. Je ne doute pas que vous me ferez le plaisir de l'écouter surtout quand il vous assurera de l'estime que je fais de votre amitié et de votre mérite et à quel point je suis, Monsieur

Votre très affectionée à vous servir
Sophie Electrice.

Dies. an dens.

Herrenhausen, le 30 septembre 1712.

Dankt für die Mission Thomas Harleys. Je n'ai pas mérité les remerciments que vous me faites sur son sujet, car je crois avoir une très grande obligation à la Reine d'a-

1) Der größere Teil der zwischen dem englischen und hannoverschen Hofe gewechselten Briefe ist bei Macpherson, ins Englische übersetzt, gedruckt. Die Originale befinden sich teils in dem hier citierten Bande, teils unter den Add. Mss. „4903", teils unter den Stowe Mss. (Br. Mus.).

voir bien voulu employer à cette cour une personne de tant d'esprit et de tant de mérite ...

Dies. an dens.

Göhrde, le 12 octobre 1712.

Mylord, après l'amitié que vous m'avez toujours fait paraître par vos agréables lettres, je crois que vous ne serez pas fâché que je vous en fasse voir mon souvenir et ma reconnaissance par le baron de Grot que mon fils l'Electeur envoit à la Reine et qui a ordre de s'adresser à vous pour le faire agréer à Sa Majesté. Vous verrez par là, Mylord, la confiance que l'on a en vous; de l'âge dont je suis il n'y a guère d'apparence que je vous donnerai d'autres marques, mais tant que je vivrai je suis avec beaucoup d'estime pour votre personne, Mylord,

Votre très affectionée à vous servir

Sophie E.

Je vous prie de faire souvenir notre Mr. Harley de l'estime que j'ai pour lui.

Der Kurfürst an Lord Oxford.

Göhrde, le 13 novembre 1712.

Bittet Grote seine Protektion leihen zu wollen. Un des principaux points de son instruction, Mylord est de s'attacher à acquérir l'honneur de votre amitié et de vous renouveller les assurances de la considération que j'ai pour vous .. Je souhaite fort de vous avoir toute l'obligation du succès de ses négociations. Je suis ..

Ders. an dens.

Hannover, le 27 avril / 6 mai 1714.

Mylord, La lettre que vous m'avez écrite par le Sieur Harley ne contient pas seulement des assurances de votre zèle pour la Succession Protestante établie par les loix, mais

même les preuves que vous en avez données en diverses occasions. Vous pouvez compter que j'y suis fort sensible, et comme je suis persuadé que vous ne voudriez pas laisser un si grand ouvrage imparfait, et que je désire que la principale gloire vous en soit due, je vous prie de vouloir appuyer de tout votre crédit auprès de la Reine le mémoire que j'ai fait délivrer à votre Parent. Vous y verrez ce que je désirerais qu'on fit pour le plus grand Affermissement de la Succession. Vous êtes trop clairvoyant, Mylord, pour ne pas demeurer d'accord que l'Etat présent des affaires le demande, et vous êtes trop zelé pour rien négliger qui puisse mettre de si grands intérêts en sûreté. Je ne crois donc pas les pouvoir mettre en de meilleurs mains, et vous ne pouvez pas aussi obliger personne qui en soit plus reconnaissant, ni plus sincèrement,

Mylord

Votre très-affectioné
G — L. E.

Kurfürstin Sophie an Lord Oxford.

27. April / 6. Mai 1714 [1]).

Dankt für den durch Th. Harley übermittelten Brief und Oxfords Versicherungen [2]). „Comme on est persuadé que le mémoire que mon fils l'Electeur et moi avons fait au Sr. H. vous fournira les moiens de nous donner de nouvelles preuves de ce zèle, je ne doute pas que vous ne nous direz votre sentiment là dessus et que vous n'embrasserez avec plaisir l'occasion de travailler à mettre en sûreté des intérêts que vous témoignez avoir si fort à coeur, me confiant entièrement à votre amitié. Vous ne sauriez cependant, Mylord, jamais nous obliger d'avantage, qu'en emploiant le crédit que votre

1) Im Original ohne Datierung. Dieses Schreiben ist besonders interessant, weil es nach dem Schreiben der Fürstin an Schütz abgefaßt ist.
2) Bei Klopp Anhang, S. 696.

mérite et vos services vous ont acquis auprès de la Reine, que de nous conserver les bonnes grâces de S. M. Je vous en aurais toute ma vie une sincère reconnaissance.“

Anhang 3.

Relation sur la Cour d'Angleterre et l'état du Conseil de la Reine.

Par le Duc d'Aumont.

le 10 août 1712.

(Aff. étrang. Angleterre Reg. No. 242 fol. 2sqq.)

Il y a présentement une grande différence entre ce que l'on nommoit autrefois le Conseil privé et le Conseil du cabinet d'aujourd'huy. Le premier est composé de plusieurs membres, il n'y a cependant que ceux d'entre eux que la Reyne y fait appeller et qui sont du party dominant qui y soient admis. Ces conseillers n'ont point d'appointemens et ne tirent de cet employ que de médiocres avantages. On n'agite dans ce conseil que les matières qui regardent l'intérieur de l'Estat, les constitutions et les affaires du Parlement, sur lesquelles la Reyne est obligée selon les loix de conférer avec les seigneurs de son conseil privé. C'est là que la pluspart des Edits sont projettez et arrestez. La Reyne y déclare aussy les changemens qu'Elle a résolu de faire, soit dans le Ministère, soit dans d'autres emplois importans; mais c'est dans le conseil du cabinet que se traitent les affaires les plus secrètes.

La Reyne y est toujours présente. L'Archevêque de Canterbury en est le 1er membre, cependant comme celuy d'aujourd'huy est valétudinaire, et de peu de considération à la Cour il y a longtemps qu'il n'y a esté appellé. Celuy qui le suit est le Garde du grand sceau; cette charge est a

peu près la mesme que celle du grand chancellier quoyqu'elle porte un autre nom. Elle n'est point encore donnée à Mylord Harcourt quoyqu'il en fasse les fonctions. Il est l'ami intime du grand Trésorier qui luy fait part des affaires les plus secrètes.

Le Grand Trésorier est à proprement parler le 1er ministre. Sa charge et le crédit où il est auprès de la Reyne, font qu'il gouverne tout. Le nom de sa famille est Harley de la province de Galles. Il fut dépossédé de cette charge par les intrigues des Whigs. Il a sceu si bien profiter des conjonctures pour s'avancer que de simple gentilhomme en moins de neuf mois il a esté fait Comte d'Oxford et de Mortimer, et Grand Trésorier d'Angleterre. On croit mesme qu'il n'en demeurera pas là et qu'il aura dans peu l'ordre de la Jarretière. Il est scavant, scachant parfaitement les affaires intérieures du Royaume, sans ignorer celles du dehors auxquelles il s'est appliqué depuis qu'il fut fait secrétaire d'Estat. Il est malin et pénétrant, parlant bien avec politesse à tout le monde, sans donner cependant des réponses trop positives ny qui l'engagent trop. Il ne passe pas pour estre esclave de sa parole. Il aime les plaisirs surtout ceux de la table, il y demeure volontiers et fait toute la joye d'un repas. Un fils et deux filles composent sa famille. Le fils qu'on nomme Mylord Harley est un jeune homme fort posé. Le Père s'intrigue fort pour luy faire epouser la fille du Duc de Newcastel qui est le plus riche party d'Angleterre, ce Seigneur ayant pour le moins vingt mille Livres Sterlings de rente. Il a marié une de ses filles à Mylord Duplin, Seigneur Ecossois, qui fut fait Baron d'Angleterre l'hiver passé.

Après le rang de Grand Trésorier est celuy de Président du Conseil du Cabinet qui n'a de voix que comme un autre membre, mais qui dans le Conseil privé propose et dirige tout. Celuy d'aujourd'huy est le Duc de Buckingham, homme rafiné, mais peu aimé. On ne luy fait part des affaires secrètes qu'autant qu'on ne peut se

dispenser de les agiter. Dans le Cabinet Mylord Privy-seal Evesque de Bristol cy devant sous le nom de Robinson, Envoye d'Angleterre en Suède, et maintenant Plénipotentiaire de la Reyne au Congrez d'Utrecht, est homme de naissance médiocre. Quoyqu'il ait de l'esprit et du mérite, sa prompte élévation à un poste si important n'a pas laissé de surprendre. On veut qu'il ait proffité de l'embarras où l'on estoit sur le choix entre bien des concurrents, il est cependant certain qu'il est bien dans l'esprit de la Reyne.

Le Duc d'Ormond comme viceroy d'Irlande dont est sa famille entre aussy dans le Conseil du Cabinet. C'est un seigneur poly et fort aimé de la Reyne et du peuple. Il a servi longtems, c'estoit luy qui commandoit à l'exp[on] de Vigo. Sa conduite dans l'affaire de Cadiz a esté censurée. Il est mauvais économe et avec plus de 20 m. l. sterlings de rente, il est toujours endetté. La Duchesse son Epouse est Dame d'honneur de la Reyne, et en grande considération. Il est Colonel du premier regiment des gardes à pied.

Mylord Steward ou grand Maréchal est aussy appellé à ce conseil du Cabinet. Celuy d'aujourdhuy se nomme Mylord Paulet, tres riche, honneste homme, et d'un génie assez médiocre. Ce fut à luy que Mylord Malborough envoya un cartel il y a quelque tems pour avoir raison de quelques expressions un peu fortes dont il s'estoit servy en parlant de luy dans la chambre haute. Ce Seigneur n'est pas du secret.

Mylord Chamberlain a aussy scéance dans ce Conseil. Le Duc de Shrewsbury est aujourd'huy revestu de cette charge: c'est un Seigneur sçavant et illustre, il estoit secretaire d'Estat du tems du Roy Guillaume. Il se démit volontairement de cet employ, s'en alla en Italie, y resta quelques années, s'y maria et revint ensuite. Son vray nom est Talbot bonne et ancienne famille. Il est né catolique, mais il a changé depuis aussy bien que la Duchesse son Epouse. Les Whigs, les croyent encore catoliques, dans le

coeur en quoy ils pourroient bien se tromper. Comme sa prudence va jusqu'à la timidité, on ne luy communique les entreprises hardies que lorsqu'elles sont au point à ne plus pouvoir manquer.

Le Grand Escuyer est aussy membre de ce conseil du cabinet, et cette charge est présentement vacante. Le dernier qui la remplissoit estoit le Duc de Sommerset. Il y a eu un grand nombre de pretendans, mais dans les conjonctures présentes la Reyne a mieux aimé les tenir tous en suspens que de faire plaisir à un d'eux, et de degouster tous les autres. C'est pourquoy cette charge est exercée par deux gentilshommes qui en partagent le revenu sans pouvoir pretendre au rang et aux honneurs qui y sont attachez.

Chacun des secretaires d'Estat dans son département propose les affaires qui s'agitent dans le conseil du Cabinet, et dressent ensuite les minutes des résolutions qui s'y prennent. Il n'y en avoit autrefois que deux dont l'un avoit pour département la partie méridionale de l'Europe, et l'autre la Septentrionnale. A l'égard des affaires du dedans ils y participent également.

Les deux secretaires d'Estat d'aujourd'huy sont le Comte de Dartmouth et Mylord Bolingbroke. Le premier est un seigneur doux et posé. On s'en sert plutost pour exclure d'autres pretendans que pour rendre justice à son mérite. On ne croit pas qu'il vieillisse dans cet employ surtout depuis que M. de St. Jean est devenu Lord Bolingbroke et employé dans la chambre haute et comme il faudra que la Reyne ayt un secretaire d'Estat dans la chambre basse comme il a toujours esté d'usage, il y a apparence qu'Elle y employera quelque gentilhomme particulier. On croit que ce choix pourra tomber sur M[r] Thomas Hamner mary de la Duchesse de Grafton.

A parler juste on peut dire que c'est Mylord Bolingbroke qui après le Grand Trésorier a le plus de crédit, et qui gouverne tout. Il est amy intime du Grand Trésorier, il a des talens supérieurs. Il est homme poly, éloquent et

s'estoit acquis par ces raisons un crédit extraordinaire dans la chambre basse pendant qu'il y tenoit scéance. D'ailleurs il aime les plaisirs, son commerce est agréable, il dit son sentiment avec beaucoup de hardiesse et de liberté. Il est amy zélé, dangereux ennemy. Son Père M^r de S^t. Jean est encore en vie, et est Wight aussy outré que le fils est Thorris, ce qui fait peu de commerce entre eux.

Le Conseil du Cabinet ne s'assemble en présence de la Reyne qu'une fois la semaine qui est le lundy au soir, à moins que pendant cet intervale il ne survienne quelque affaire particulière. Les membres de ce Conseil s'assemblent dans le bureau du plus ancien secretaire d'Estat, et là ils préparent ce qu'ils ont à rapporter devant la Reyne [1]).

Anhang 4.

Zwei Schreiben Bolingbrokes nach dem Tode Königin Annas.

1.

An Torcy.

27 mai 1715.

(Aff. étrang.)

„Je vous suis, Monsieur, infiniment obligé de toutes les attentions que vous avez pour ce qui me regarde. Quand

1) Diese Zusammenkünfte sind es offenbar — die zur Vorbereitung des Kabinettsrates ohne die Monarchin tagenden Sitzungen —, welche als „Committee of Council" (Lords of the Council) bezeichnet wurden (vgl. Morley, Walpole S. 143—147 gegen dessen Ausführungen ich mich richte). Da das Kabinett dann in der nächsten Regierung stets ohne den Monarchen tagte, so fiel die Bezeichnung „Committee of C." hinweg, wenngleich das Kabinett König Georgs recht eigentlich die Fortsetzung des „Committee" und nicht des „Cabinet Council" Königin Annas ist.

je répondrai en 3 ou 4 jours d'ici à Mons. de Pet. (Peterborough) ce sera assez à temps; car pour ne vous rien déguiser je ne goûte nullement les propositions qu'il me fait. Il souhaite, que je lui écrive certaines lettres antidatées de l'an 1711 et de l'an 1712, en produisant lesquelles il pourra montrer que Mr. d'Oxf. a précipité les mesures de la paix contre mon sentiment. Or le fait n'est pas véritable et je ne veux jamais me tirer d'affaire par une fausseté. Mais s'il l'était, je soutiens qu'on ne devrait pas l'avouer. Pendaut qu'on se met sur le pieds de justifier la conduite de la feue reine dans toutes ses parties, et de défendre tous ceux en général qui ont eu l'honneur de la servir, la cause devient une cause commune, et tout ce qu'il y a d'honnêtes gens se ligueront ensemble pour la soutenir. Mais d'abord qu'on avouera que les ministres de ce temps — là ont été de différents sentiments, et que les uns tâcheront de se tirer d'intrigue en rejettant des fautes sur les autres, chacun se trouvera soutenu par ses amis particuliers, mais le principe qui doit animer le public sera perdu. Voilà ce qui m'a paru ridicule et indigne d'un galant homme, dans le procédé de Mr. d'Oxf. avant la mort de la Reine et je ne tomberai pas s'il plaît à Dieu dans la même voie. Tout ce que je viens de dire n'est que pour vous seul. Peterb. ne se trompe pas moins en ce qu'il écrit à Mr. d'Aumont qui m'a envoyé la copie de sa lettre. Tous les amis de Mr. Bolingbroke, dit-il, ont blâmé sa retraite, et certainement ceux du parti contraire ont réussi dans leur projet qui était de procurer son départ. Si les Whigs avaient pû modérer leur malice Mr. Bolingbr. ne serait jamais parti et la conduite que tiennent ces Messrs. montre, qu'il prit bien ses mesures. Au reste il est sur que ma réputation n'a jamais été si haute qu'elle l'est à présent dans ce pays-là et que je n'ai jamais eu tant d'amis. Ce sont des termes dont je ne me servirais pas en écrivant à un autre, mais à vous j'écris naivement tout ce que je sais être vrai.

2.

An Klarke.

Belle-Vue near Lyons, 27. Juni 1715.
Br. Museum Egerton Mss. 2618.
(Im Museum ausgestellt.)

The use I saw was intended to be made of my continuance anywhere near the coast of France, made me determine to remove to this distance, as much on my friends account as on my own. That I continue in their memory and good opinion is the greatest support next to that of a conscience void of guilt, which a man in such circumstances as mine are can wish to have. With these supports I hope to wade thro' that sea of troubles into which I have been the first plung'd, tho' I confess I do not see the shore on which one may hope to land.

Anhang 5.

Marlborough und der Stuart-Hof.

In den hannoverschen Akten findet sich die merkwürdige Mitteilung, daß Lord Oxford bald nach seiner Entlassung, in dem Wunsche Marlborough in Hannover zu diskreditieren, Briefschaften desselben an den Kurfürsten gesandt habe, welche die Verbindungen des Feldherrn mit dem Stuarthofe beweisen sollten. Daß solche Verbindungen bestanden haben, bedarf keines neuen Beleges. Wohl aber ist es von Interesse festzustellen, daß thatsächlich Briefe Marlboroughs vorhanden sind, in denen er sich über diesen bedenklichen Punkt geäußert hat. Uns geben diese Schreiben zugleich aber auch eine willkommenere Erklärung seines zweideutigen Verhaltens, als wir sie bisher besessen haben.

(Kopieen in der Handschrift Middletons.)

Marlborough an Berwick.

15. März 1708.

(Aff. étrang. Angleterre 226, fol. 31.)

„Je souhaite autant de prospérité à vous et votre famille que votre coeur puisse désirer et je serai ravi d'en donner des preuves, quand l'occasion s'en présentera et je ne doute point que vous ne me fassiez la justice de les assurer, qu'ils peuvent attendre de moi, tout ce que sera dans mon pouvoir. Je ne prétends point du tout et ce n'est nullement mon intention que vous vous reposiez absolument sur ce que moi et mes amis pourrions faire; au contraire je vous conseille de vous servir de toutes sortes de moiens pour obtenir vos justes prétensions.

An denſ.

17. Juli 1708.

(fol. 99.)

„Quand je pourrai servir le Roi sans préjudice de l'intérêt de la nation, je le ferai de tout mon coeur, mais qu'il faut toujours s'opposer à tout ce qui est de l'intérêt de la France.“

An denſ.

24. Auguſt 1708.

(fol. 118.)

„Je ne suis pas si déraisonable de croire que le Roi doit perdre une occasion pour faire valoir son droit. Mais aussi il ne faut pas que ni vous ni personne l'attend que je puisse agir conjointement avec, que lorsque je croirai que c'est pour le bien de mon pays; et cela n'arrivera que quand e Roi sera appelé par la nation.“

Druck von Friedrich Andreas Perthes in Gotha.

Druck von Friedrich Andreas Perthes in Gotha.